UNIV. OF
TORONTO
LIBRARY



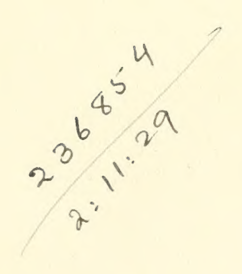
Presented to
The Library
of the
University of Toronto
by
Professor H. A. Innis.

298 W

Dr. Ernst Wagemann

Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile

Zur Entwicklungsgeschichte der Geldwirtschaft und der Papierwährung



München und Leipzig
Verlag von Duncker & Humblot
1913

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg
Piererssche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Seiner Exzellenz

Georg Freiherrn von Gayl

in Verehrung zugeeignet

Inhaltsverzeichnis.

Dritter Abschnitt.

Die Entwicklung des Geld- und Finanzwesens.

Vierter Abschnitt.

Grundlagen und Folgen der Geldwirtschaft.

Einleitung.

Das Zeitalter der Naturalwirtschaft in Chile.

1. Die Kolonialzeit.

Als die Spanier in Südamerika Fuß faßten, war die Alte Welt in einer großen Umwandlung begriffen. Die erstarkende Fürstengewalt war am Werke, die Grundherrschaften und Städte unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen und so das feudalistische und städtische Herrschaftssystem des Mittelalters zu zertrümmern. Die absolute Monarchie mit ihrem stehenden Söldnerheer und ihrer straff organisierten Bureaukratie bildete sich aus.

Und im Zusammenhange damit begann sich das Wirtschaftsleben völlig umzubilden. Es strebte aus der Haus- und Stadtwirtschaft hinaus zur Territorial- und Volkswirtschaft. Handel und Verkehr, die sich seit den Kreuzzügen mehr und mehr entfaltet hatten, bereiteten sich zu einer neuen Entwicklung vor.

So erklärt sich, daß eine wahre Sucht nach Umlaufsmitteln, nach Gold und Silber die Völker und Fürsten ergriff. Die Alchimie wurde in den Dienst dieses Strebens gestellt. Die Edelmetallproduktion in Europa wurde mächtig stimuliert. Ihre Ausbeute, die gegen Ende des 15. Jahrhunderts beträchtlich zunahm, konnte aber das schier unersättliche Geldbedürfnis des Zeitalters nicht befriedigen. Auch der Goldstaub, den portugiesische Seefahrer von der afrikanischen Ostküste brachten, vermochte der Geldnot nicht zu begegnen.

Da wurden die großen Gold- und Silberfunde in Süd- und Mittelamerika gemacht, und ein gewaltiger Edelmetallstrom ergoß sich über Europa, der, die Schranken der Naturalwirtschaft unterwühlend, den neuen wirtschaftlichen und politischen Tendenzen zum Durchbruch verhalf.

In Südamerika selber vermochte die Edelmetallproduktion die Geldwirtschaft aber nur wenig zu fördern. Die spanischen Kolonien sollten noch über drei Jahrhunderte lang in vorwiegender Naturalwirtschaft verharren, in einem ähnlich verkehrsarmen Zustande, wie ihn die fremden Eroberer bei den Indianern bereits vorfanden. Selbst das Inkareich war zur

Zeit der Invasion weit von aller Geldwirtschaft entfernt. Dieser in vieler Beziehung hoch entwickelte Ackerbaustaat, der es zu hervorragenden Kunststraßen und Berieselungsanlagen gebracht hatte, war theokratisch-kommunistisch organisiert. Geld kannten seine Bewohner nicht. Gold und Silber dienten nur zum Schmuck der Tempel und Königspaläste, nicht aber als Umlaufsmittel.

Daß an diesen, für das Mutterland leicht zu beherrschenden und auszubeutenden Verhältnissen so wenig wie möglich geändert wurde, dafür sorgte das koloniale Regime in wahrhaft virtuoser Weise durch ein kunstvoll gefügtes System feudalistischer, stadtwirtschaftlicher, merkantilistischer und kirchenpolitischer Maßregeln: Lehnsgüter und Leibeigenschaft, Binnenzölle und sonstige Verkehrssteuern, eine prohibitive Handels- und Gewerbepolitik nebst einem harten Einwanderungs- und Fremdenrecht waren zusammen mit einer alles geistige Leben bevormundenden strengen Zensur die Grundpfeiler dieses Systems.

Bis ins 18. Jahrhundert war der Verkehr Südamerikas mit Europa aufs äußerste beschränkt. Alle Schiffahrt zwischen den Kolonien und dem Auslande war untersagt. Jedes nach Amerika gehende oder von dorther kommende Schiff mußte von den Beamten einer Aufsichtsbehörde, der Casa de Contratacion zu Sevilla (seit 1715 zu Cadiz), besichtigt werden. Kein Schiff durfte vereinzelt fahren. Zur Erleichterung der Kontrolle und zum Schutz gegen feindliche Angriffe, die an der Tagesordnung waren, mußten sich alle nach Südamerika bestimmten Segler zu Flotten vereinigen, zu Seekarawanen, wie Roscher bezeichnenderweise sagt. Höchstens ein- oder zweimal im Jahre fuhr nun eine solche Flotte nach dem heute ganz verödeten Hafen von Portobello an der Landenge von Panama. Dort fand bei ihrer Ankunft eine vierzigtägige Messe statt, wo sich der Warenumsatz für ganz Südamerika vollzog. Die nach Peru und Chile bestimmten Güter gingen auf Maultieren nach dem an der Westseite gelegenen Hafenplatz Panama und von da zu Schiff weiter. Die Versorgung eines großen Reiches wurde nach Humboldts Wort betrieben wie die Verproviantierung einer blockierten Festung.

Der Jesuitenstaat Paraguay, wo eine Art Kommunismus durchgeführt war, wo es weder Geld noch Handel gab, — was seine Bewohner brauchten, wurde von Staats wegen beschafft — wird gern als eine Besonderheit, als ein Experiment hingestellt; in Wirklichkeit war er nur ein besonders prägnanter Ausdruck der südamerikanischen Wirtschaftsverfassung.

Auch Chile war trotz seiner ausgedehnten Küste ein ganz verkehrsarmes Land, dessen Entwicklung schon dadurch hintangehalten wurde, daß seine Bodenschätze nur harter Arbeit

zugänglich waren. Im Süden war es mit schwer zu bewältigenden Urwäldern bedeckt, im Norden mit Wüstensand und schwer erschließbarem Gestein. Nur in seiner landwirtschaftlich nutzbaren Mitte schien es einigen kolonisatorischen Wert zu haben. Seine bergbauliche Produktion blieb bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts ganz unbedeutend. Das von den Eroberern so heiß begehrte gelbe Metall fand sich zwar an vielen Stellen des Landes vor, aber überall doch nur in kleinen Mengen. Auch die Silber- und Kupferausbeute blieb gering.

Überdies war Chile von einer kriegerischen, schwer bezähmbaren Urbevölkerung besiedelt, deren Niederwerfung schwere Opfer an Gut und Blut erforderte.

So kam es, daß die Kolonie dem Mutterlande mehr kostete als einbrachte. Lange Perioden hindurch mußte ihr der Vizekönig von Peru alljährlich einen Zuschuß zur Bestreitung ihrer Verwaltungs- und Kriegsausgaben, den sogenannten Real Situado, senden.

Bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts war Chile kommerziell so gut wie völlig abgeschlossen. Erst das große Erdbeben, das 1687 Lima zerstörte, schuf der chilenischen Landwirtschaft dort einen kleinen Absatzmarkt, der ihr von da an offen blieb. Gleichzeitig nahm der Handel über die Anden nach Argentinien zu. Der Verkehr konnte sich dann weiter entfalten, als Spanien sein Absperrungssystem durchbrach, als es begann, vereinzelt segelnden Schiffen die Fahrt um das Kap Horn zu erlauben, und als es vollends im Jahre 1778 die Seekarawanen ganz beseitigte und das Schiffahrtsmonopol von Cadiz aufhob.

2. Chile um 1830.

Im Jahre 1810 sagte sich Chile von Spanien los. Die kriegerischen Wirren, die nun zwei Jahrzehnte lang das Land beunruhigten, ließen aber keinen wesentlichen wirtschaftlichen Fortschritt zu. Die Kontributionen und Aushebungen schädigten Bergbau und Landwirtschaft. Zwar wuchs dabei der Außenhandel, nachdem im Jahre 1811 die Handelsfreiheit proklamiert worden war, aber das war nur die Folge des Kriegsbedarfs und im Grunde das Symptom eines Verblutungsprozesses [1].

Der eigentliche Wendepunkt in der Geschichte des Landes ist das Jahr 1830, das den Frieden brachte und eine Zeit wirtschaftlicher und politischer Neugestaltungen einleitete, die dem jungen Staatswesen die Ehrennamen eines Preußens und zugleich eines Großbritanniens in Südamerika eintragen sollten.

Um 1830 befand sich Chile noch tief in naturalwirtschaftlichen und verkehrslosen Verhältnissen. War es im Grunde

[1] Barros Arana Bd. VII Kap. 24.

anders zu erwarten von einem Lande, das geradezu am Ende der Welt lag? Die Umseglung des Kap Horn war bei der Rückständigkeit der Nautik weit gefährlicher als heute. Die Reise über die Anden war im Sommer langwierig und beschwerlich und im Winter nur mit der größten Gefahr zu bewerkstelligen. Die alte Verbindung über Panama hatte, wie es scheint, mit der Aufhebung der alten Schiffahrtsgesetze ganz aufgehört. Sie wurde erst wieder aufgenommen, als der Dampferverkehr aufkam.

Die Städte waren damals gering an Zahl und unbedeutend. Valparaiso, der Haupthafen, heute eine Großstadt von über 150 000 Einwohnern, die in einen luxuriösen Villenvorort ausläuft, hatte um 1830 nur etwa 25 000 Einwohner [1], obwohl sich seit der Unabhängigkeitserklärung alle wirtschaftliche Entwicklung des Landes, soweit von einer solchen überhaupt die Rede sein konnte, hauptsächlich auf diesen Platz konzentriert hatte.

Valparaiso war gegen 1810 [2] noch ein kümmerlicher Hafenplatz von höchstens 5500 Einwohnern gewesen, in dessen Bucht sich nur während einiger Monate im Jahr eine kleine spanische Handelsflotte von 10—15 winzigen Seglern aufgehalten hatte. Jetzt liefen immerhin im Jahre über 150 Schiffe aller Nationen ein. Größere Handelshäuser waren, besonders von Engländern, errichtet worden. Eine nicht unbedeutende Fremdenkolonie hatte sich gebildet. Mehrere Zeitungen erschienen bereits, wenn sie auch an die nordamerikanische Hinterwäldlerpresse erinnern. Sogar ein Theater, allerdings überaus kümmerlicher Art, war vorhanden. So zeigten sich verschiedene Ansätze einer neuen Zeit, aber noch handelte es sich um ganz kleine Verhältnisse.

Poeppig schildert Valparaiso als „ein Labyrinth unregelmäßiger Häuser, mit niedrigen Strohhütten untermengt, von keinem großen öffentlichen Gebäude oder Turm unterbrochen“ [3].

Eine einzige Straße (heute Calle Serrano) war gepflastert. Die öffentlichen Beleuchtungsanlagen beschränkten sich auf kleine Laternen, deren Talglichter die Einwohner widerwillig an den Haustüren befestigten, wenn beim Dunkelwerden der Nachtwächter sein „El farolito á la puerta“ rief. Schon um 9 oder 10 Uhr waren die Lichter niedergebrannt oder wurden von den Hausbewohnern wieder hereingeholt [4].

Wo heute große Kaianlagen mit Dampfkrähnen stehen, lag damals der nackte Strand, an den watende Träger die Waren aus den Booten herbeischaffen mußten.

[1] Poeppig Bd. 1 S. 72.
[2] Barros Arana Bd. XVI Kap. 19.
[3] Poeppig Bd. 1 S. 49.
[4] V. D. Silva S. 34.

Santiago war damals eine Stadt von 60 000 Einwohnern, die als Sitz der Regierung einen vornehmeren Anblick gewährte als Valparaiso. Sie hatte wissenschaftliche Institute und eine Bibliothek [1]. Im ganzen war sie aber noch nicht entfernt das, was sie heute ist, nämlich eine mit allen Attributen einer modernen Großstadt ausgestattete Metropole von über 300 000 Einwohnern.

Neben Santiago und Valparaiso gab es nur noch einige wenige Land- und Hafenstädtchen.

Untereinander standen die Städte in geringem Verkehr, hatte Chile doch nur eine einzige — in den 90 er Jahren des 18. Jahrhunderts erbaute — Kunststraße. Sie verband Valparaiso mit Santiago und ermöglichte es, daß wenigstens zwischen diesen beiden Orten die Personenbeförderung in der Postkutsche, der Gütertransport im Ochsenkarren vor sich gehen konnte. Im übrigen war der Verkehr auf Landwege angewiesen, die so schlecht und kümmerlich waren, so häufig bergauf und bergab oder durch Bäche und Flüsse führten, daß kein größeres Gefährt hier hätte vorwärtskommen können. Man reiste daher in der Regel zu Pferde und transportierte alle Güter auf Maultieren. Pferd und Maultier waren die charakteristischen Verkehrsmittel im damaligen Chile. In den Wintermonaten, während und nach den großen Regenfällen, durch die die Wege der Ebene in Moraste verwandelt und die Bergpfade mit Steingeröll verschüttet werden, war fast jeglicher Verkehr über Land unmöglich.

Was im Lande produziert wurde, mußte bei der Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Transports zumeist an Ort und Stelle konsumiert werden und diente also vorwiegend zur unmittelbaren Deckung des eigenen Bedarfs oder zur Versorgung des nahen städtischen Marktes, wenn es nicht überhaupt ungeerntet auf dem Felde verkam. In die Ferne ging ein verhältnismäßig geringer Teil der produzierten Werte.

Ganz im Dienste des Außenhandels und unter dem Zepter der Geldwirtschaft standen allerdings die Bergwerksgebiete, die Provinzen Coquimbo und Atacama. Die Geldwirtschaft war hier aber ebenso primitiv wie die Technik der Kupfer- und Silbergewinnung [2]: Das Erz wurde noch mit der Brechstange und dem Fäustel losgearbeitet. Die Anlegung der Stollen ließ noch viel zu wünschen übrig, und an die Anwendung von Maschinen dachte man nicht. Die Kupfererze wurden in Öfen verarbeitet, die nur die Kupferoxyde zu

[1] Poeppig Bd. 1 S. 182.

[2] Poeppig Bd. 1 S. 256 ff. — Vicuña Mackenna: El libro del cobre y del carbon de piedra 1883. — A. Herrmann, La produccion en Chile de los metales i minerales . . ., 1903. — Vergl. auch Kap. II, 1.

schmelzen vermochten, während die wertvollen Schwefelerze ungenutzt liegen blieben. Das wurde erst anders, als man im Jahre 1830 Reverberieöfen einzuführen begann.

Die Bergwerksunternehmer waren in der Regel eine Art Teilpächter. Sie erhielten von den sogenannten Habilitadores das Kapital vorgestreckt, wofür sie diesen die Produkte verkaufen mußten, natürlich zu einem sehr niedrigen Preise. Die Bergwerksarbeiter bekamen sehr hohe Löhne. Da sie aber alle Waren vom Magazin des Unternehmers beziehen mußten — wo hätten sie diese in der menschenleeren Wüste auch sonst kaufen können? — so konnte sich der Unternehmer durch hohe Preise dafür schadlos halten.

Neben den Bergwerkserzeugnissen wurden aus Chile in geringen Mengen auch landwirtschaftliche Erzeugnisse ausgeführt: Weizen aus dem Süden, aus Concepcion, Talg und Häute aus den Mittelprovinzen. Dieser Export berührte die Landwirtschaft aber sozusagen nur ganz an der Oberfläche.

Fast alle landwirtschaftliche Produktion erfolgte in nahezu geschlossenen hauswirtschaftlichen Betrieben, zumeist auf großen Fronhöfen, auf den Haciendas [1]. Selbständige Bauern gab es nur im Süden, wo die Abwehr räuberischer Überfälle der Indianer fast zum Tagewerk gehörte. Die spanische Regierung hatte sie gleichsam als Grenzwache angesiedelt. Der Not gehorchend war man hier von dem sonst streng befolgten Prinzip abgewichen, nur große Grundherrschaften zu schaffen. Manche davon waren Zehntausende von Cuadras groß und hatten mehr als 4000 Arbeiter [2].

Die Arbeiter befanden sich zum großen Teil in einem der Hörigkeit verwandten Verhältnis zum Hacendado, zum Grundherrn. Ursprünglich waren sie Leibeigene gewesen [3]. Die Leibeigenschaft wurde jedoch in Chile gegen Ende des 18. Jahrhunderts abgeschafft, ein Werk, das der Gouverneur Ambrosio O'Higgins durchführte, nachdem es vor ihm vergeblich erstrebt worden war. Es hatte allerdings geringere Tragweite, als es zunächst scheinen möchte. Denn da sich aller Grund und Boden in den Händen der Hacendados befand, die Freigelassenen also kaum die Möglichkeit hatten, eigenes Land zu erwerben, auch zu bedürfnislos und ungebildet waren, um darnach zu trachten, so blieben sie nach wie vor auf den Haciendas. Sie erhielten nun ein Stück Land zur Bearbeitung und zur Weide für ihr Vieh und mußten ihrerseits hierfür ohne weiteren Lohn die Arbeiten der Hacienda verrichten. Sie waren also auch jetzt, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich an die Scholle gebunden und zu Fronden und Diensten verpflichtet.

[1] Poeppig, Bd. 1 S. 83 ff.
[2] Cl. Gay, S. 87.
[3] Amunátegui Solar.

Sie wohnten in kümmerlichen Hütten (Ranchos), die sie sich selber errichteten. Als Nahrung dienten ihnen hauptsächlich Hülsenfrüchte, und diese zogen sie natürlich auf ihrem eigenen Boden. Auch den Wein bereiteten sie sich selber. Ihre Kleidung ließen sie von ihren Weibern anfertigen, denen umherziehende Weberinnen zur Hand gingen. Schuhe und Hüte gehörten zu dem Wenigen, was sie mit dem geringen Erlös aus dem Verkauf ihrer Produkte auf dem nächsten Markte erstanden [1].

Der Grundherr selber huldigte mehr einem halb barbarischen Luxusbedürfnis, als daß er sich mit dem werktäglichen Komfort des Europäers umgeben hätte. Seine Wohnungseinrichtung erinnerte an die der alten Hunnenfürsten. „Reiche englische Teppiche bedecken (nach Poeppigs Schilderung) den rohen Tennenboden des besten Gesellschaftssaales, ein eleganter Kronleuchter hängt von dem unkünstlichen Querbalken, der sich frei zwischen Dach und Zimmer hinzieht."

Unter diesen Umständen nimmt es nicht wunder, daß auch das Geld- und Kreditwesen sehr kümmerlich aussah.

Kreditinstitute irgendwelcher Art gab es nicht. Der Zinsfuß betrug 12, wenn nicht 18 und 24 % oder noch mehr, obwohl solche Sätze im Widerspruch mit dem Gesetz standen, wonach der Zinsfuß 6 % nicht übersteigen durfte [2]: ein Wucherverbot, wie es damals übrigens auch in Europa üblich war. Der Produktivkredit war natürlich wenig entwickelt. In der Landwirtschaft kam er in der Form vor, daß die Müller (die Müllerei hatte sich bereits zum Teil von der Landwirtschaft losgelöst und war ein selbständiges Gewerbe geworden) oder die andern Aufkäufer des Getreides auf dieses Vorschüsse gewährten [3]. Den im Bergbau üblichen Habilitationsvertrag, den wir oben erwähnten, muß man gleichfalls als eine Form des Produktivkredits bezeichnen. Der kaufmännische Kredit mochte schon höhere Formen erreicht haben, wenn auch in der spanischen Zeit der Wechsel unbekannt gewesen war [4].

Der Staatskredit befand sich in den ersten schüchternen Anfängen. Im Jahre 1822 hatte Chile seine erste auswärtige Anleihe, und zwar in London, aufgenommen, jedoch unter sehr drückenden Bedingungen. Von dem Nominalbetrag von einer Million £ erhielt es nur 655 000 £. Wie wenig eine solche Kreditoperation den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes angemessen war, zeigt sich schon darin, daß man im Jahre 1826 den Zinsen- und Amortisationsdienst ganz hatte einstellen müssen, und daß man ihn erst in den 40er Jahren

[1] Mary Graham, S. 184.
[2] Poeppig, Bd. 1 S. 118.
[3] Th. Schneider, La agricultura en Chile S. 5.
[4] Barros Arana, Bd. VII Kap. 24.

wieder aufnehmen konnte [1]. Neben der auswärtigen entstanden einige kleinere innere Anleihen.

Das Münzwesen befand sich in großer Unordnung und war voller Mängel. Die spanische Währung war noch immer nicht abgeschafft worden. Im Jahre 1817 hatte die Regierung zwar verfügt, daß bei Neuausmünzungen das monarchische Prägebild, „die schändliche Büste der verkörperten Tyrannei", durch die republikanischen Embleme zu ersetzen sei [2]; alles andere wurde aber beibehalten. So blieb man bei der alten unpraktischen Geldeinheit und Stückelung, so blieb man bei der Doppelwährung und dem gesetzlichen Wertverhältnis zwischen Silber und Gold von 1 : 16, das seit 1772 bestand und z. B. in den 20 er Jahren eine Flucht des Silbers zur Folge hatte [3].

Neben dem Gelde spanischer und chilenischer Prägung lief alles mögliche ausländische Geld um. Viele Münzen waren unterwertig. Besonders schlimm stand es in dieser Hinsicht um die Macuquinas (die Glattgeränderten) oder das Kreuzgeld (Moneda de Cruz), wie sie auch genannt wurden. Es waren mit dem Meißel geschnittene und auf dem Amboß durch Hammerschlag mit einem Kreuz versehene Silbermünzen, die keine regelmäßige Form hatten. Im größeren Zahlungsverkehr war daher die Wage noch unentbehrlich [4].

Die Steuern [5], die man, ebenso wie das Geld, im wesentlichen in der alten Form hatte fortbestehen lassen, waren teilweise Naturalabgaben. Zu diesen gehörte der Zehnt, der von den Steuerpächtern allerdings in Geld verwandelt wurde. Reines Naturalverhältnis war z. B. die Verpflichtung der Grundbesitzer, für Brücken und Wege zu sorgen. Freilich nahmen die Zölle, die ganz in Geld gezahlt wurden, schon jetzt im Steuersystem den breitesten Raum ein. Eine andere Abgabe, die nicht (oder nur zum geringsten Teil) naturaler Art war, die aber doch nur bei ganz vorwiegender Eigenwirtschaft bestehen konnte, war die Alcabala. Das war eine Steuer, die alle wirtschaftlichen Umsätze traf, die auf dem Mobilien- wie dem Immobilienverkehr, auf den Kaufgeschäften wie auf den Schenkungen und Pachtverträgen lastete. Selbst die zollpflichtige Einfuhr war von ihr nicht frei. Jeder Tausch sollte ebenfalls von ihr erfaßt werden; wir nehmen an, daß sie in diesem Falle in natura bezahlt wurde. Befreit war eigentlich nur der Kleinverkauf „an Stellen, die für den Warenverschleiß

[1] E. Molina, Bosquejo de la Hacienda Pública de Chile S. 106 ff.
[2] Proklamation vom 9. Juni 1817 (H. P.).
[3] Bericht des Münzdirektors vom 6. Februar 1824. (H. P.)
[4] Agustin Roß, Chile 1851—1910 S. 16.
[5] Cruchaga, S. 21 ff. — Miers, S. 165 ff. — E. Molina, S. 56. — Poeppig, Bd. 1 S. 219 ff.

an die Armen bestimmt waren“. Eine große Rolle spielten auch die Regalien, insbesondere das Tabaks- und Spielkartenmonopol. Daneben gab es eine Unzahl weiterer, meist in Geld zahlbarer, Abgaben. Trotzdem waren die fiskalischen Einnahmen noch außerordentlich gering. Denn in Wirklichkeit paßten die Geldsteuern in die damalige Wirtschaftsverfassung nicht ganz hinein.

Alles zusammengenommen, trägt das chilenische Wirtschaftsleben der 20 er und 30 er Jahre fast alle typischen Züge der Haus- und Naturalwirtschaft:

Die einzelne Wirtschaftseinheit produziert die Güter, die sie braucht, noch meist selber innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Es ist also eine volkswirtschaftliche Arbeitsteilung, abgesehen von der durch den Bergbau bedingten, nur in den Ansätzen vorhanden. Die Güterbewegung von Ort zu Ort und der Güteraustausch mit dem Auslande sind noch gering. Daher ist auch der Geldumlauf träge und unbedeutend. Er vollzieht sich nur an der Oberfläche des Wirtschaftskörpers. Entsprechend der schwer möglichen Käuflichkeit und Beweglichkeit der Güter findet auch ihre Übertragung auf dem Wege des Kreditgeschäfts nur in roher Form statt. Zinstragende Kapitalien gibt es daher kaum. Fast alles Einkommen fließt unmittelbar aus der Bearbeitung des Bodens, hat die Form der Grundrente und des Naturallohns. Daher sind auch die fiskalischen Einnahmen noch winzig klein. Von einer Kapitalkonzentration ist keine Rede, wenngleich die Grundbesitzverteilung latifundienartig ist. Die Technik steckt in den Kinderschuhen. Die Lebenshaltung ist nicht schlecht, aber primitiv; die elementaren wirtschaftlichen Bedürfnisse finden leichte Befriedigung, aber von einer Ausstattung des Lebens mit den feineren materiellen Gütern ist wenig wahrzunehmen. Die Bevölkerung wohnt noch ganz vorwiegend auf dem Lande; die Städtebildung ist wenig fortgeschritten.

In den nächsten Jahrzehnten, besonders von den 50 er Jahren an, sehen wir fast all diese Merkmale der Natural- und Hauswirtschaft langsamer oder schneller zu ihrem Gegenteil werden. Es entsteht eine Wirtschaftsverfassung, die wir, je nachdem, welche ihrer Seiten wir gerade betrachten, als Volks-, Erwerbs-, Geld-, Verkehrs-, Kreditwirtschaft oder als Kapitalismus bezeichnen.

—

Erster Abschnitt.

Die arbeitsteilige und kapitalistische Ausgestaltung der Produktion.

Erstes Kapitel.

Die Salpeterindustrie.

1. Die Entstehungsgeschichte.

Um 1830 war auch Europa noch in vieler Beziehung nicht über den Zustand der Naturalwirtschaft hinausgelangt. Soweit dort die Fundamente der neuen Zeit aber noch nicht vollendet waren, wurde doch mit Macht daran gearbeitet. Das Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität brach an. Mehr und mehr wurden aus den alten, in sich abgeschlossenen Agrarländern moderne Handels- und Industriestaaten, die sich in steigendem Maße Rohstoffe und Lebensmittel aus fernen Weltteilen holen mußten, weil ihr eigener Boden den Bedarf daran nicht mehr zu decken vermochte.

Chile sollte zwar nicht wie Nordamerika, Australien und Argentinien in die Lage kommen, den europäischen Staaten in großen Mengen Getreide und Viehzuchtprodukte zu liefern, dafür war es aber berufen, dem erschöpften Boden der Alten Welt ein wunderwirkendes Elixier zu spenden: den Salpeter.

Früher wußte man den Salpeter fast nur zur Bereitung des Schießpulvers zu verwenden. Die Ausbeutung der natürlichen ostindischen und ungarischen Fundstätten war aber trotzdem der Nachfrage nicht immer gewachsen gewesen. Man hatte ihn daher auch auf sogenannten Salpeterplantagen künstlich hergestellt. Im 17. und 18. Jahrhundert war infolge der vielen Kriege in Europa eine richtige Salpeternot entstanden, was die Beamten der Fürsten zuweilen veranlaßt gehabt haben soll, die Fußböden der bäuerlichen Ställe aufzureißen, um den Salpeter zu erlangen, der sich durch Oxydation der tierischen Exkremente gebildet hatte.

Die ersten Funde südamerikanischen Salpeters wurden in der früher peruanischen Provinz Tarapaca gemacht. Das dort lagernde Natriumnitrat konnte zunächst für die Pulverfabrikation, die des Kalisalpeters bedurfte, nicht verwandt werden. Erst als im Jahre 1809 ein in Bolivien ansässiger deutscher Naturforscher, namens Thaddäus Haenke, ein Verfahren erfand, hieraus Kalisalpeter herzustellen, ging man dazu über, einige sehr primitiv ausgestattete Werke zu errichten, die in geringen Mengen Natriumsalpeter zu erzeugen begannen. Solange dieser

nur als Rohprodukt des Schießpulvers in Frage kam, blieb die neue Industrie unbedeutend. Entfalten konnte sie sich erst von den 30 er Jahren an, als man in Europa lernte, den Natronsalpeter als Dünger zu verwerten.

Heutzutage findet nur ein kleiner Teil, an die 20 %, für andere Zwecke Verwendung; und zwar außer zur Bereitung von Sprengstoffen zur Herstellung der Salpeter- und Schwefelsäure, zur Glasfabrikation, zur Konservierung des Fleisches usw.

Während man anfänglich glaubte, daß die Salpeterlager sich auf Tarapaca beschränkten, wurde es im Jahre 1858 allgemein bekannt, daß auch südlich vom Loaflusse in dem damals bolivianischen Antofagasta große Fundstätten vorhanden waren, und im Jahre 1876 begann man in den zu Chile gehörigen Pampas von Taltal Salpeter zu gewinnen.

Die meisten Salpeterfelder lagen also ursprünglich nicht auf chilenischem Staatsgebiet. Jedoch war schon früh chilenisches Privatkapital ziemlich stark an der Salpeterproduktion auch auf peruanischem und bolivianischem Gebiete beteiligt. Und diese wirtschaftliche Durchdringung wurde die Vorstufe für die Erstreckung der chilenischen Staatshoheit auf das ganze Produktionsgebiet der kostbaren Stickstoffverbindung. Als nämlich im Jahre 1879 Bolivien unter Verletzung eines Vertrages versuchte, die dortige chilenische Salpetergesellschaft zur Zollzahlung zu zwingen, kam es zum Kriege. Peru trat auf die Seite von Bolivien. Aber Chile ging als Sieger aus dem Kampfe hervor, und seine Gegner mußten ihm ihre Salpeterprovinzen abtreten. So machte es sich zum alleinigen Herren über einen Produktionszweig, der sich zum wichtigsten der ganzen südamerikanischen Westküste auswachsen sollte.

Die Salpeterausfuhr hat wie folgt zugenommen:

1881	358 000 000 kg
1891	892 000 000 „
1901	1 292 000 000 „
1911	2 455 000 000 „

Dieser Aufschwung war nur möglich, weil die Nachfrage des Weltmarkts gewaltig stieg, und weil ihr die Produktion stürmisch und sie häufig überholend folgte und dank ihrer technischen Fortschritte folgen konnte.

2. Die Technik der Salpetergewinnung.

Der Natronsalpeter kommt rein — kristallisiert oder kristallinisch — in der Natur fast gar nicht vor, sondern findet sich durchweg mit chloridischen und schwefelsauren Salzen sowie mit steinigen und erdigen Bestandteilen vermengt vor. Dies Gemenge, Caliche genannt, lagert entweder unmittelbar an der Oberfläche oder etwas darunter, jedoch höchstens 5 bis

8 m tief; und zwar in Schichten, die eine Mächtigkeit von mehreren Metern erreichen können, die aber, soweit abbauwürdig, gewöhnlich 30—100 cm dick sind. Der Caliche wird durch Tagebau gewonnen: man sprengt die Schicht mit (selbstbereitetem) Pulver auseinander. Die so losgebrochenen Blöcke werden zu handlichen Stücken zerkleinert, von tauben Bestandteilen gereinigt und hierauf auf Maultierkarren oder Feldbahnen zu der Fabrik, der sogenannten Oficina, gefahren.

In der Oficina wird der Salpeter von den andern Salzen und den steinigen und erdigen Substanzen getrennt, was in der Weise geschieht, daß man ihn auslaugt und ihn dann aus der Lauge herauskristallisieren läßt. Um dies zu bewerkstelligen und möglichst wirtschaftlich zu gestalten, bedarf es eines ausgedehnten Apparates: es bedarf mächtiger Steinbrecher, um den Caliche zunächst, d. h. vor der Auslaugung, in faustgroße Stücke zu zerdrücken. Erhebliche Vorkehrungen sind erforderlich, um das nötige Wasser zu beschaffen. Denn dies muß entweder aus Brunnen, die häufig mehrere Kilometer entfernt liegen, herangepumpt oder weither vom Gebirge zugeleitet werden. Ferner braucht man große Kesselanlagen zur Erzeugung des Dampfes, der zum Treiben der Steinbrecher, der Pumpen und besonders zur Auslaugung notwendig ist. Ein gewaltiges System von Auslaugekästen (Cachuchos), die durch Heizschlangen erhitzt werden, dient dem Auslaugungsprozeß selber. Am einfachsten, ohne maschinelle Hilfe, werden die letzten Operationen bewerkstelligt: in großen Behältern (Bateas) läßt man den Salpeter herauskristallisieren. Dann wird er auf den tiefer gelegenen Trockenplatz (Cancha) geschüttet, hier in Säcke gefüllt, die sogleich vernäht und auf die Eisenbahn geladen werden, welche ihn zum Einschiffungshafen bringt.

Als Nebenprodukt des Salpeters gewinnt man Kochsalz, Natriumperchlorat und vor allem Jod.

Die Jodproduktion wurde im Jahre 1868 begonnen. Es betrug die Jodausfuhr im Jahre:

1881	200 000 kg
1891	424 000 „
1901	285 000 „
1911	437 000 „

3. Der technische Fortschritt in der Salpeterindustrie.

Was zunächst die Gewinnung des Rohstoffs betrifft, so vollzieht sie sich heute fast genau so wie früher. Die etwa denkbare Anwendung von Maschinen zur Herstellung von Bohrlöchern verbietet sich aus verschiedenen Gründen, z. B. wegen der außerordentlich ungleichen Härte der zu durchbohrenden

Erdkruste. Nur die Beförderung des Rohstoffs zur Fabrik hat sich teilweise modernisiert. In vielen Betrieben werden dazu zwar noch Maultierkarren benutzt, die größeren haben aber doch zumeist schon Feldbahnen im Gebrauch.

Völlig umgestaltet hat sich im Laufe der Zeit die Technik der Rohstoffverarbeitung.

Anfänglich ließ man den Caliche in kleinen Kesseln (den Paradas) einige Stunden lang in Wasser kochen, schöpfte dann die Lauge in Klärgefäße über und überließ schließlich die geklärte Lösung dem Kristallisationsprozeß.

Dies primitive Verfahren gestattete nur die Verwertung von sehr salpeterreichem Rohstoff; 20--30 % des Salpeters verblieben dabei in den Rückständen (dem Ripio). Die Methoden haben sich im Laufe der Zeit so verbessert, daß es bei dem jetzigen Stande der Technik noch rentabel ist, 16 prozentigen Caliche zu verwerten. Die alten 20—30 prozentigen Rückstände hat man natürlich von neuem verarbeitet. —

Der erste große technische Fortschritt erfolgte im Jahre 1853, als der Chilene Gamboni lehrte, den Salpeter mit Dampf auszulaugen: statt wie bisher das Wasser unmittelbar zum Kochen zu bringen, erhitzte man es jetzt dadurch, daß man Dampf zuströmen ließ.

Noch bedeutsamer war wohl die Änderung, die sich in den 80 er Jahren vollzog. Damals begann Humberstone in der Oficina Agua Santa die in der Sodafabrikation übliche Auslaugungsmethode anzuwenden; ein Verfahren, das sich in der Salpeterindustrie bald allgemein einbürgerte und, von kleinen Änderungen abgesehen, hier heute noch herrscht.

Eine weitere Stufe wurde erklommen, als die „Deutschen Salpeterwerke" Anfang der 90 er Jahre den elektrischen Betrieb einführten. Unter Ausbeutung der Wasserkraft des Loaflusses wurde ein Strom von 5000 Volt erzeugt, der die Feldbahnen und alle Maschinen zu treiben hatte. Späterhin ist man zur Erzeugung von Elektrizität auch in anderen Oficinas geschritten, die über keine Wasserkraft verfügen und statt dieser den Dampf benutzen müssen. Man hat elektrische Zentralen errichtet, die gleichzeitig verschiedene Werke zu speisen haben.

Eine wichtige Neuerung geht in jüngster Zeit vor sich: die Verdrängung der Kohle durch das Petroleum. Sie ist wirtschaftlich von großer Bedeutung. Denn die neuen Heizanlagen funktionieren in höherem Grade automatisch, wodurch ein großer Teil der Bedienungsmannschaft entbehrlich und eine größere Gleichmäßigkeit des Dampfdrucks und somit des ganzen Betriebes erzielt wird. Das Petroleum bietet außerdem den Vorteil, daß es sich leichter als die Kohle aufspeichern läßt. Freilich ist sein Transport kostspieliger, da die Rück-

fracht wegfällt. Im Jahre 1911 wurden von der Salpeterindustrie bereits 179 000 t Petroleum gegen 644 000 t Kohle verbraucht. Im Jahre 1912 hat vollends der durch die englischen Streiks hochgetriebene Kohlenpreis den Entschluß gefördert, zum flüssigen Heizmaterial überzugehen.

Daß diese neue Phase in der Produktionstechnik große kommerzielle Tragweite hat, daß sie insbesondere die Verdrängung eines englischen Exportprodukts zugunsten eines nordamerikanischen bedeutet, haben wir hier nicht weiter zu erörtern.

Nicht alle Salpeterbetriebe haben mit dem Gewaltmarsch der modernen Technik Schritt halten können. „Die maschinellen Einrichtungen der Salpeterwerke sind vielfach veraltet und oft in sehr mangelhaftem Zustande“, heißt es in dem ausgezeichneten Werke von Semper und Michels. Besonders im ältesten Salpeterdistrikt, in Tarapacá, gibt es noch eine ganze Reihe sehr rückständiger „Quetschen“. Im großen und ganzen hat aber die Salpeterindustrie einen starken Entwicklungsdrang bewiesen und es immer wieder verstanden, sich die Errungenschaften der Technik dienstbar zu machen.

Sie ist infolgedessen in der Lage gewesen, ihr Betätigungsfeld immer weiter auszudehnen und fort und fort neue Salpeterlager in Angriff zu nehmen [1]. Käme für sie auch heute noch nur der ganz salpeterreiche Caliche in Betracht, so könnte sie nur an wenigen Orten bestehen, so hätte sie nicht von Tarapacá und Tocopilla, wo der gegenwärtig abgebaute Rohstoff durchschnittlich mehr als 20 % Salpeter hat, weiter nach dem Süden, nach Pampa Central, Aguas Blanca und Taltal vordringen können, wo der Caliche schwerlich mehr als 18 % enthalten dürfte. Noch im Jahre 1901 war der Durchschnittsgehalt der verarbeiteten Caliche 28 %, im Jahre 1909 dagegen nur 19 %.

In welchem Maße sich der Schwerpunkt der Industrie nach dem weniger begünstigten Süden verlegt hat, das zeigen folgende Zahlen über die Salpeterproduktion der einzelnen Gebiete:

	1901	1911	
Tarapacá	23,6	23,4	Mill. span. Ztr.
Tocopilla	2,9	7,1	„ „ „
Antofagasta	0,6	14,6	„ „ „
Aguas Blancas	—	3,3	„ „ „
Taltal	1,7	6,4	„ „ „
	28,8	54,8	„ „ „

[1] Der sinkende Kurs hat fast gar keinen Einfluß darauf gehabt (Kap. X, 6).

4. Betriebsgröße und Arbeitsleistung.

In der Technik der Salpeterindustrie liegt es begründet, daß sich die Salpetergewinnung ohne Ausnahme großbetrieblich vollzieht. Die kleineren Werke beschäftigen 100—300 Arbeiter, die größeren bis zu 1000. Eine zunehmende Betriebskonzentration lassen die folgenden Zahlen erkennen:

	1902	1907	1911
Anzahl der Salpeterwerke	89	137	158
Davon im Betriebe	80	110	107
Zahl der Arbeiter	24 538	39 653	43 877
Arbeiterzahl pro Werk im Betrieb	307	360	410

Die Zahl der auf die einzelnen produzierenden Werke kommenden Arbeiter ist also beträchtlich gewachsen. Diese Zunahme läßt sich zu einem Teil mit geringer werdenden Leistungen der Arbeiter erklären. Denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist mit der Expansion der Industrie so dringlich geworden, daß man heute auch mit minderwertigem Angebot fürlieb nehmen muß, während doch die Arbeit in der Sonnenglut der Salpeterwüste sehr hohe Anforderungen an die physische Leistungsfähigkeit stellt, von manchen Verrichtungen, wie dem Entladen und Beladen der Siedekästen, die besonders schwierig sind, ganz zu schweigen. Eine oft angeführte Erklärung für die abnehmenden Leistungen ist auch die, daß die — durchweg Akkordlohn beziehenden — Arbeiter durch die gestiegenen Löhne veranlaßt worden wären, die Arbeitszeit zu verkürzen.

Im ganzen ist aber die wachsende Zahl der im einzelnen Betriebe beschäftigten Arbeiter doch ein scharfer Ausdruck für die Betriebsvergrößerung, um so mehr, als die technischen Fortschritte arbeitersparend haben wirken müssen.

Diese Ersparnis ist allerdings nur so zu verstehen, daß die Arbeiter dank der Maschine heute größere Rohstoffmengen zu bewältigen vermögen oder doch dieselben Mengen trotz ungünstigerer Bedingungen, z. B. trotz größerer Entfernung der Salpeterfelder vom Siedewerk.

Die Menge der auf den einzelnen Arbeiter kommenden Salpeterproduktion hat dagegen abgenommen, und zwar hauptsächlich, weil, wie wir ja wissen, die Ergiebigkeit des Rohstoffs sehr nachgelassen hat:

Jahr	Salpeterproduktion pro Arbeiter
1881	73 t
1891	74 t
1901	65 t
1911	56 t

5. Die Unternehmungen und Kombinationen.

Die 158 Oficinas des Jahres 1911 verteilen sich auf 89 Unternehmungen, und zwar kommen auf einige der Unternehmungen bis zu 6 Oficinas. Viele Unternehmungen sind Aktiengesellschaften, von denen die größten eine Kapitalkraft von 10, 20, 30 Mill. Mark darstellen (wenn auch das nominelle Kapital geringer ist).

Durch die Kapitalkonzentration ist die Kartellierung derartig begünstigt worden, daß, wenn auch kein Kartellverband dauernd ins Leben getreten ist, ein solcher doch verschiedene Male auf einige Jahre Tatsache werden konnte.

Viermal ist eine sogenannte Combinacion Salitrera zustandegekommen und wieder zusammengebrochen:

1. Kombination:	Juni	1884	bis	Ende	1886
2. „	Jan.	1891	„	März	1894
3. „	Anfang	1896	„	Okt.	1897
4. „	April	1901	„	März	1909

Jedesmal führte ein tiefer Preisfall zur Vereinigung der Produzenten und zur Beschränkung der Produktion.

Sowohl das erste wie das dritte Mal wurde der Kartellierungszweck vereitelt: der Preis sank trotz der künstlichen Regelung des Angebots, denn es fanden sich in beiden Fällen beim Beginn der Kartellperiode so große Salpetervorräte in Europa vor, daß diese im Verein mit weiteren preisdrückenden Umständen keine wesentliche Besserung des Marktes zuließen, sondern allen Bestrebungen zum Trotz bald sogar eine Preisverschlechterung herbeiführten. Die kräftigsten Produzenten sagten sich dann jedesmal los, weil sie sich den ungünstigen Zeiten allein besser gewachsen fühlten.

Die zweite und die vierte Kombination dagegen brachen zusammen, weil eine günstige Marktgestaltung die Leistungsfähigsten zur Überzeugung geführt hatte, daß sie, auf sich selber gestellt, die Konjunktur besser ausnutzen könnten.

Der einzige Überrest der Kartellherrlichkeit ist die Asociacion Salitrera de Propaganda (die Nachfolgerin des 1887 geschaffenen Comité Salitrero de Propaganda), die beim Ablauf des zweiten Kartells im Jahre 1894 als dauernde Organisation errichtet wurde mit der Aufgabe, den Salpeterkonsum durch Propaganda zu fördern sowie über die Salpeterindustrie statistisches und anderes Material zu sammeln. Sie veröffentlicht dieses in vierteljährlichen Berichten.

Zu einer noch heute bestehenden Kartellierung hat man es nur in der oben erwähnten Nebenproduktion, in der Jodgewinnung, gebracht. Jod läßt sich in großen Mengen und billig erzeugen; da der Konsum aber sehr beschränkt und kaum ausdehnungsfähig ist, so hat es hier zu dem eigentümlichen

und seltenen Gebilde eines Weltsyndikats kommen können, nachdem sich die chilenischen Produzenten am 1. Januar 1887 zur Combinacion de Iodo zusammengeschlossen hatten.

6. Salpeterindustrie und Volkswirtschaft.

Die in der Salpeterindustrie wirksame Tendenz zur Kartellierung ist ein beredter Ausdruck für die ausgeprägte kapitalistische Natur dieses Produktionszweiges. Die Salpeterindustrie ist in Chile zur Hochburg des modernen Kapitalismus geworden, der vermöge seines schrankenlosen Ausdehnungsdranges von diesem festen Punkte aus den Siegeszug über das ganze Land angetreten hat. In alle Gebiete des Wirtschaftslebens ist er machtvoll eingedrungen. Das pulsierende Leben, das in der Wüste des Nordens geweckt wurde, hat sich allen Organen des Wirtschaftskörpers mitgeteilt, hat ihre geld- und verkehrswirtschaftlichen Funktionen gewaltig angeregt und ihr Wachstum außerordentlich gefördert.

Seit vielen Jahren liefert der Ausfuhrzoll auf Salpeter und Jod fast die Hälfte aller ordentlichen Staatseinnahmen. Aber auch im übrigen stammen diese zum großen Teil aus der Salpeterindustrie, was besonders von den Importzöllen gilt, geht doch sehr viel von der Einfuhr direkt oder indirekt in die Salpeterdistrikte. Hinzukommt, daß die meisten der noch unbearbeiteten Salpeterfelder dem Fiskus gehören, so daß ihm die Versteigerung dieser Ländereien beträchtliche außerordentliche Einnahmen gewährt.

Wie der Staatshaushalt ganz vorwiegend auf der Salpeterproduktion ruht, so ist überhaupt die ganze Volkswirtschaft darauf aufgebaut.

Aus folgenden Zahlen ist zu ersehen, daß der Salpeterexport mehr als zwei Drittel der ganzen Ausfuhr ausmacht:

	1908	1909	1910	1911
	Millionen Pesos zu 18 d			
Gesamtausfuhr	319	306	329	339
Salpeterausfuhr	234	211	236	263
Jodausfuhr	3,9	5,6	6,8	5,1

Der Handel Valparaisos lebt zu einem erheblichen Teil von der Versorgung der Salpetergegend und der Vermittlung ihres Absatzes. Valdivias Industrie sendet viele ihrer Erzeugnisse in die Salpeterprovinzen. Die chilenische Landwirtschaft hat ebendort einen wichtigen Absatzmarkt. Und für die Banken ist die Finanzierung von Salpetergeschäften ein bedeutender Geschäftszweig.

7. Die Zukunft des Salpeters.

Mit der Salpeterindustrie steht und fällt in der Tat das ganze Gemeinwesen. Chiles Schicksal wäre besiegelt, wenn die Salpeterwerke ihren Betrieb einstellen müßten. Dessen ist man sich bewußt, und daher tauchen immer wieder die bangen Fragen auf: wie lange werden die Calichevorräte noch reichen, und welche Konkurrenz wird die Industrie gefährden können?

Semper und Michels kommen in ihren Schätzungen über die noch vorhandenen Fundstätten zu folgendem Ergebnis: „Keinesfalls wird die Lebensdauer der Industrie durch bessere Ausnutzung des Rohmaterials um einen längeren Zeitraum über die oben veranschlagten 44 Jahre hinaus verlängert werden, als anderseits die Erschöpfung durch das voraussichtliche Anwachsen der Produktion beschleunigt werden wird."

Die neuesten Untersuchungen berechtigen jedoch zu größerem Optimismus. Nach der Denkschrift der Delegacion Fiscal de Salitreras i Guaneras vom 31. Dezember 1909 sollen die bisher erforschten Privat- und Regierungsfelder, die zusammen eine Fläche von 5811 qkm einnehmen, noch soviel (nach heutigen Methoden) abbauwürdigen Caliche bergen, daß dadurch eine Ausbeute von 5,4 Milliarden spanische Zentner Salpeter gewährleistet wird. Dabei sind an die 200 000 qkm der Salpetergegend noch unerforscht. Selbst wenn man annimmt, daß in diesem Riesengebiet keinerlei Salpeter vorkommt, so gelangt man zum Ergebnis, daß der Salpeterindustrie noch ein hundertjähriges Dasein beschieden ist, vorausgesetzt, daß der Jahreskonsum, der heute etwa 50 Millionen Zentner beträgt, die 50 bis 60 Millionen nicht überschreitet.

Während also kaum zu befürchten ist, daß sich die Fundstätten in absehbarer Zeit erschöpfen werden, steht es anderseits nicht so ganz fest, ob die jetzige Nachfrage des Weltmarkts von Dauer sein wird.

Wenn man von den stickstoffsammelnden Pflanzen absieht, die zur Gründüngung verwendet werden, so hat es der Salpeter hauptsächlich mit zwei Konkurrenten zu tun: dem schwefelsauren Ammoniak und dem künstlichen Salpeter. Vorläufig bedeuten diese beiden allerdings keine ernste Gefahr. Das schwefelsaure Ammoniak, das als Nebenprodukt gewonnen wird und infolgedessen sehr billig hergestellt werden kann, ist aus demselben Grunde an eine Produktionsgrenze gebunden. Nur wenn die Fabrikation von Gas, Koks usw. zunimmt, wird auch die Herstellung des schwefelsauren Ammoniaks Fortschritte machen. Die Erzeugung des künstlichen Salpeters (durch Bindung des Luftstickstoffs) hat bisher keine großen Erfolge aufzuweisen und wird auch schwerlich in der nächsten Zeit dem Konsum des Chilesalpeters Abbruch zu tun vermögen.

Zweites Kapitel.

Die Kupferproduktion.

1. Gold, Silber, Kupfer.

Wenn man sagen kann, daß Chile erst durch die Salpeterindustrie zu einer kapitalistischen Volkswirtschaft ausgereift ist, so muß man doch ergänzend hinzufügen, daß der Silber- und der Kupferbergbau dieser Entwicklung Vorschub geleistet haben.

Die Goldproduktion hat keine Rolle dieser Art gespielt. Sie hat im ganzen Jahrhundert 1811—1910 nur etwa 100 000 kg, jährlich im Durchschnitt also 1000 kg, betragen und belief sich:

1901 auf 1100 kg,
1911 auf 578 kg.

Der Goldbergbau (in den Provinzen Tacna bis Santiago) sowohl wie die Goldwäscherei (in den Provinzen Coquimbo bis Magallanes) geht rasch zurück. Diese soll allerdings noch (nach G. Yunge) zu großen Hoffnungen berechtigen.

Nicht bedeutender als die Goldproduktion ist heutzutage in Chile der Silberbergbau. Doch gab es eine Zeit, wo Chiles Silberschätze weltberühmt waren. Diese Glanzperiode begann mit der Entdeckung der Minen von Chañarcillo (Provinz Atacama) im Jahre 1832 und erreichte ihren Höhepunkt in den 50er Jahren. Darnach erfolgte ein rascher Rückgang. Die Entdeckung der Minen von Caracoles (Provinz Antofagasta) führte in den 70er Jahren einen neuen vorübergehenden Aufschwung herbei. Andere Funde bewirkten im darauffolgenden Jahrzehnt sogar, daß die Produktionsziffern der 50er Jahre wieder erreicht wurden. Das war aber die alte Herrlichkeit nicht mehr, da der Silberpreis inzwischen stark gesunken war. Vom Jahre 1888 an geht es fast unaufhaltsam bergab:

Silberproduktion in 1000 kg.

1844	32	1878	109
1851	100	1887	220
1855	213	1891	130
1856	140	1901	70
1859	75	1910	35
1876	149	1911	28

Auch der Kupferbergbau begann in den 30er Jahren einen starken Aufschwung zu nehmen. Die Technik der Kupfergewinnung, wie sie bis dahin in Chile üblich war, erfuhr damals eine völlige Umgestaltung. Der französische Ingenieur Lambert führte nämlich im Jahre 1831 den Reverberie- oder Herdflammofen ein, durch den es möglich wurde, das Kupfer auch aus den bisher ungenutzten Schwefelerzen auszuscheiden. Nun begann die Blütezeit der wegen ihres außerordentlichen Reichtums berühmten Minen von Tamaya (Provinz Coquimbo). Die Kupferausbeute nahm allgemein derart zu, daß Chile bald zum ersten Kupferproduzenten der Welt wurde.

Kupferproduktion in 1000 Tonnen.

1844	9,6	1881	40,0
1854	17,4	1891	20,9
1861	33,6	1901	30,2
1867	43,2	1909	42,7
1872	48,8	1910	38,2
1876	52,3	1911	36,4

Ende der 70er Jahre wurde der Höhepunkt erreicht. Dann setzte ein fast unaufhaltsamer Niedergang ein. Die reichsten Kupfererze waren allmählich abgebaut worden. Anderseits vermochte man es nicht, das ärmere Gestein, an dem Chile noch einen großen Überfluß behielt, in Angriff zu nehmen, weil die technische Leistungsfähigkeit der Betriebe noch viel zu wünschen übrig ließ. Erst im letzten Jahrzehnt sind in dieser Beziehung größere Fortschritte gemacht worden, so daß die Kupferausbeute wieder hat steigen können.

Chiles Kupferproduktion beläuft sich in der Gegenwart auf nur 4—5 % der Weltproduktion. Immerhin ist das Kupfer noch heute nächst dem Salpeter der wichtigste Gegenstand der Ausfuhr, von der er freilich im Jahre 1911 nicht viel mehr als 5 % ausmachte. Dem Werte nach betrug die Kupferproduktion in Chile:

	Millionen Pesos zu 18 d		Millionen Pesos zu 18 d
1903	21,4	1908	27,2
1904	23,0	1909	26,5
1905	23,5	1910	23,9
1906	27,0	1911	21,8
1907	28,0		

2. Die Kupferunternehmungen.

Die größte unter den heute in Chile bestehenden Kupferunternehmungen ist die vor wenigen Jahren errichtete amerikanische Braden Copper Company, deren riesenhafter Berg-

werks- und Hüttenbetrieb El Teniente bei Rancagua noch im Ausbau begriffen ist. Durch sie ist die alteingesessene Compañia de Lota y Coronel, die über ein Kapital von 16 Millionen und große Reserven verfügt, an die zweite Stelle gerückt. Neben diesen beiden ganz großen Unternehmungen gibt es eine Reihe solcher, die mit ein paar Millionen Pesos Kapital arbeiten, so die 1836 gegründete Copiapó Mining Company, die 1899 gegründete Société de Mines de Catémou und die Société des Mines et Usines de Cuivre de Chañaral. Außerdem gibt es eine große Anzahl kleinerer, zum Teil winziger Unternehmungen.

Die größeren vereinigen meistens den Bergwerks- mit dem Hüttenbetrieb; der eine ist jedoch zuweilen weit von dem anderen entfernt.

Am schärfsten kommt das bei der Compañia de Lota y Coronel zum Ausdruck. Diese besitzt Bergwerke bei Copiapó in der Provinz Atacama, also im Norden des Landes, und hat die Kupferschmelzen in Lota und Maitenes im Süden. Die Verschiedenheit des Standortes ist dadurch bedingt, daß die Gesellschaft in Lota und Coronel Kohlenbergwerke ausbeutet, die das Heizmaterial für die Kupferverhüttung liefert. Eine Flotte von Dampfern und Segelschiffen, die der Gesellschaft selber gehören, besorgt den Transport der Erze nach dem Süden und bringt als Rückfracht Kohle nach dem Norden.

Während in der Salpeterindustrie die Gewinnung und die Verarbeitung des Rohstoffs in einem Betriebe zusammenfallen, sind sie also bei der Kupferproduktion oft völlig getrennt. Es kommt auch selten vor, daß in ein und derselben Unternehmung die Erzförderung sich mit dem Kupferverbrauch der Schmelze deckt. In der Regel muß Erz hinzugekauft werden.

3. Die Kupferbergwerke.

Die Kupfererze werden, wie folgende Tabelle zeigt, in den nördlichen und mittleren Provinzen gewonnen; die in der letzten Hausseperiode gegründeten Bergwerksbetriebe bei Punta Arenas, im äußersten Süden, sind wieder eingegangen. Es wurden im Jahre 1911 an Kupfererzen gefördert in:

	1000 Tonnen
Tacna	0,5
Tarapacá	27,9
Antofagasta	74,8
Atacama	100,3
Coquimbo	80,5
Aconcagua	52,4
Santiago	52,3
O'Higgins	126,6
	515,3

Diese 515 000 t Erz, die einen Kupfergehalt von durchschnittlich 8,2 % hatten, wurden in etwa 750 Betrieben gewonnen, so daß also auf die einzelne Mine durchschnittlich eine Jahresausbeute von weniger als 700 t kam. 80 Minen allein lieferten zusammen etwa 300 000 t. Die übrigen 200 000 t verteilen sich also auf 670 Bergwerke, von denen jedes demnach nur wenig über 300 t erzeugte.

13 031 Arbeiter wurden im Jahre 1911 im Kupferbergbau gezählt; im einzelnen Betriebe waren durchschnittlich somit nicht einmal 20 Arbeiter beschäftigt.

Diese Zahlen zeigen, wie kleine Verhältnisse noch heute im Kupferbergbau vorwalten. Maschinen sind noch wenig im Gebrauch. Beispielsweise waren im Jahre 1909 nur acht Bohranlagen vorhanden und davon nur sechs im Betriebe. Dampfmotore werden auch nicht viel benutzt. Diese Rückständigkeit erklärt sich teilweise damit, daß die Minen für den Maschinenbetrieb vielfach überhaupt zu unbedeutend sind, teilweise auch damit, daß es an Transportgelegenheiten für die Zuführung des Heizmaterials fehlt. Vielleicht ist auch Mangel an Kapital oder Unternehmungsgeist dafür verantwortlich zu machen.

Pro Kopf der Arbeiter betrug die Ausbeute im Jahre 1909: 33 t, im Jahre 1911: 40 t. „Das ist zweifellos ein sehr schlechtes Ergebnis," sagt darüber ein so trefflicher Kenner wie G. Yunge. Die Gründe dafür sieht er hauptsächlich in der schlechten Organisation der Arbeit, in der großen Zahl der Kleinbetriebe und darin, daß — zugleich mit den verwertbaren Erzen — große Mengen solcher Erze gefördert werden, die wegen ihres geringen Gehalts zum Abraum kommen oder im Innern der Mine als Füllsel bleiben.

4. Die Kupferverhüttung.

Ein Teil der Erze wird unmittelbar exportiert, wofür natürlich nur die reicheren Erze in Betracht kommen. Der Rest wird im Lande verhüttet: entweder zu 95—99 prozentigen Kupferbarren oder nur zu 40—60 prozentigem Kupferstein (Ejes). Im Jahre 1911 waren 22 Schmelzwerke mit zusammen 2322 Arbeitern im Betriebe; und zwar stellten 11 Werke Barren her und 11 Werke Kupferstein. Es betrug:

Im Jahre 1903	Menge (1000 kg)	Gehalt (%)	Feinkupfer (1000 kg)
Ausfuhr von Kupfererzen	17 961	19,5	3 505
Ausfuhr von Kupferstein	2 698	54,7	1 476
Produktion von Kupferbarren . .	24 709	97,6	24 114
Im Jahre 1911			
Ausfuhr von Kupfererzen	65 171	23,4	15 264
Ausfuhr von Kupferstein	8 709	48,6	4 230
Produktion von Kupferbarren . .	16 724	98,3	16 439

Wir sehen, daß die Verhüttung mit der Steigerung der bergbaulichen Produktion nicht hat Schritt halten können: Die Ausfuhr von Erzen hat bedeutend zugenommen, und wenn auch größere Erzmengen zu Kupferstein aufbereitet worden sind, so hat sich doch die Herstellung von Kupferbarren sehr vermindert. Als Grund hierfür wird angegeben, daß in England für das Erz bessere Preise bezahlt worden sind als in Chile, wo die Kohlenpreise höher gewesen sind und wo die Verhüttungstechnik noch manches zu wünschen übrig läßt, wenngleich diese besonders während des letzten Jahrzehnts starke Fortschritte gemacht hat.

Die Herdflammöfen sind seit 1872 durch Schachtöfen mehr und mehr ersetzt worden. Im Jahre 1903 wurden erst 56 %, im Jahre 1909 schon 90 % des Erzes in Schachtöfen geschmolzen. Auch kommen — zur Raffination des Kupfers — die Bessemeröfen mehr und mehr in Anwendung. Im Jahre 1903 wurden 10 % des Barrenkupfers in Bessemeröfen gewonnen, im Jahre 1909: 31,5 %, im Jahre 1911: 46,7 %.

Während gegenwärtig noch meist nur 6—7 prozentiges Erz verwertet werden kann, werden die Werke der Braden Copper Company sogar 1 1/2 prozentiges Erz zu verhütten imstande sein.

5. Übersicht über die chilenische Bergbauproduktion im Jahre 1911.

	$ zu 18 d
Metalle:	
Kupfer	21 773 000
Silber	1 150 000
Gold	1 000 000
Eisen	782 000
Salze:	
Salpeter	269 150 000
Jod	5 140 000
Kaliumperchlorat	61 000
Borat	6 378 000
Kochsalz	1 186 000
Sonstiges:	
Kohle	20 197 000
Kalk	1 272 000
Guano	714 000
Schwefel	534 000
	329 337 000.

Neben der Salpeterindustrie spielt außer dem Kupferbergbau nur der Kohlenbergbau eine größere Rolle, der ebenso wie die in den Anfängen steckende Eisenproduktion als Grundlage

der Fabrikindustrie zu würdigen sein wird. — In den letzten Jahren hat die Borsalzgewinnung große Fortschritte gemacht; sie betrug 1904: 1,7, 1911: 45,6 Mill. Kilogramm. Fast alles, nämlich 44,8 Mill. Kilogramm, haben die Lager in Ascotan (Antofagasta) geliefert, die der englischen Borax Consolidated Limited (Kapital 2 150 000 £, 950 Arbeiter) gehören. Kochsalz wird zum kleinen Teil als Nebenprodukt des Salpeters gewonnen, das meiste kommt aber aus den Salzseen oder Salzlagern (Salares) von Arica und Tarapacá. Kalkgruben gibt es an mehreren Stellen Mittelchiles. (Es bestehen drei Zementfabriken im Lande.) Die Guanolager (an der Küste im Norden) dürfen nur vom Fiskus ausgebeutet werden; Guano darf nicht exportiert werden. Schwefel wird nur in Tacna gewonnen und deckt nicht den Bedarf des Landes, obwohl sich ungeheure Mengen in den Anden vorfinden.

Drittes Kapitel.

Die Landwirtschaft.

1. Ihre Entfaltung.

Das Aufblühen des Bergbaus hat Nordchile zu einem zunehmend aufnahmefähigen Absatzmarkt für die landwirtschaftlichen Produkte der südlichen und mittleren Provinzen gemacht. In der Wüste selber sind allerdings einige Oasenkulturen entstanden: die einen, wie die von Tacna, Pica, Guataconda usw., werden durch künstliche Bewässerung ermöglicht, die anderen, die sogenannten Canchones, hat man auf den großen Salzflächen der Pampa Tamarugal (in Tarapacá) angelegt, indem man durch Entfernung der Salzkruste Gräben gebildet hat, wo die Pflanzen dank einer unterirdischen Wasserströmung gedeihen.

Die Oasenkulturen könnten noch bedeutend weiter ausgedehnt werden, doch vermöchten sie auch dann den großen Bedarf der Nordprovinzen an Getreide, Wein, Futtermitteln und Vieh nur zum geringen Teil zu decken.

Die chilenische Landwirtschaft ist aber nicht nur durch die Bedürfnisse des Bergbaus aus der Eigenwirtschaft herausgehoben worden. Schon früh haben sich ihr im Auslande glänzende Absatzgelegenheiten geboten. So hatte der chilenische Weizen Ende der 40er Jahre auf den kalifornischen, Anfang der 50er Jahre auf den australischen Goldfeldern Eingang gefunden. Der Markt verschloß sich ihm allerdings sehr bald wieder, da sowohl Kalifornien wie Australien durch die Entfaltung der eigenen Landwirtschaft vom Auslande unabhängig wurde. Heutzutage sendet die chilenische Landwirtschaft nur einen kleinen Teil ihrer Erzeugnisse ins Ausland, ja bis zu einem gewissen Grade ist sie zur Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs auf dessen Mitwirkung angewiesen.

Wie sich im Laufe der Zeit die landwirtschaftlich genutzte Fläche ausgedehnt hat, läßt sich bei dem Mangel einer einigermaßen guten Statistik nur schlecht sagen. In Mittelchile haben die Latifundien, die allerdings, besonders seit der Beseitigung der Majorate in den 50er Jahren, dem Klein- und Mittelbesitz langsam weichen [1], die extensive Entwicklung ge-

[1] Aus dem Indice de propietarios rurales für 1908 entnehmen wir, daß es in Chile 45 000 ländliche Grundstücke von je über 2000 $ Wert gibt. Dabei kommen jedoch oft mehrere Grundstücke auf einen Eigentümer.

hemmt. Denn der Hacendado läßt aus Mangel an Unternehmungsgeist oder Kapital häufig einen großen Teil des Bodens ungenutzt liegen.

Dafür sind im Süden Chiles der Landwirtschaft ganz neue Gebiete erschlossen worden. In den 40er Jahren begann die Ansiedlung der Deutschen in der Provinz Valdivia. In den 50er Jahren schlug deutscher Fleiß eine Bresche in den Urwald am Llanquihue-See. Nachdem in den 80er Jahren die araukanischen Indianer im Fronteragebiet endgültig unterworfen waren, wurde hier von der Regierung ein trotz mancher Fehler glänzendes Siedlungswerk in die Wege geleitet. In den 90er Jahren wurde, allerdings mit kläglichem Erfolge, die Kolonisation der Insel Chiloé unternommen. Neuerdings sind große Aktiengesellschaften in das Innere der patagonischen Westküste vorgedrungen und haben dort eine bedeutende Schafzucht ins Leben gerufen.

2. Die drei Zonen.

Man pflegt in Chile drei große landwirtschaftliche Zonen zu unterscheiden: die nördliche, ganz regenarme, reicht bis zum Flusse Aconcagua, bis zum 33. Breitengrade, die mittlere, nur im Winter regenreiche, grenzt beim Flusse Bio-Bio, auf dem 37. Breitengrade, an die südliche Zone, wo es zu allen Jahreszeiten stark regnet, wenn auch im Sommer weniger als sonst.

Die Landwirtschaft des Nordens beschränkt sich, wenn man von den Oasen absieht, auf das Gebiet südlich von Copiapó, und zwar wird sie auch hier fast nur in den wenigen, das Land durchquerenden Flußtälern mit Hilfe künstlicher Bewässerung betrieben. Weizen, Gerste, Luzerne, Wein, Mais usw. gedeihen dort vorzüglich. Dagegen besteht auf den Höhen ein kümmerlicher Pflanzenwuchs, der höchstens der genügsamen Ziege als Weide zu dienen vermag.

In Mittelchile gedeihen wohl alle Kulturpflanzen der gemäßigten Zone. Weizen, Gerste und Hafer, Mais, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, Luzerne und Klee, die Olive, der Wein, das verschiedenartigste Obst sind hier heimisch geworden. Die Rinder- und Pferdezucht haben sich trefflich entfalten können. Die Küstenkordillere zerlegt das Gebiet in das große Längstal (valle central), das im Osten von den Anden begrenzt wird, und in das Küstengebiet, das regenreicher, aber auch hügeliger und schwerer bewässerbar ist als jenes. Im Norden des großen Längstales kann der Ackerbau mit sicherem Erfolge nur bei künstlicher Bewässerung betrieben werden, an der Küste und besonders im ganzen Gebiete südlich vom Rio Maule schon eher auf unbewässertem Gelände, wiewohl selbst hier Bewässerungskulturen bessere Erträge liefern.

Im Süden kommt der Ackerbau ganz ohne künstliche Bewässerung aus, ja, dort leidet die Ernte häufig unter zu starken Niederschlägen. Wein und Olive, Hanf und Tabak gedeihen dort nicht mehr. Getreide, Kartoffel, Hülsenfrüchte finden aber sehr günstige Bedingungen. Rinder- und Schweinezucht haben sich gut entwickeln können. Es ist die Zone des Urwaldes. Der landwirtschaftliche Betrieb wird besonders in Valdivia und Llanquihue durch die Waldrodungen sehr erschwert.

Der äußerste Süden ist für den Ackerbau ungeeignet, er ist das Gebiet der Schafzucht.

Man schätzt die Fläche, die der künstlichen Bewässerung unterworfen ist (Tierra de Riego im Gegensatz zur Tierra de Rulo) auf etwa 1 Mill. Hektar. In den Provinzen Aconcagua bis Linares sind 40 % des ebenen Bodens und darüber bewässert, in der Provinz O'Higgins sogar 80 %. Und doch ist auf diesem Gebiete noch viel zu leisten. — Auch das Wasserrecht harrt einer öffentlich-rechtlichen Regelung. Daraus, daß es an einer solchen fehlt, haben sich schon unzählige Prozesse ergeben, ganz abgesehen davon, daß eine volkswirtschaftlich unzweckmäßige Wasserverteilung darauf zurückzuführen ist.

Die ungünstigen Wasserverhältnisse Nord- und Mittelchiles, die Überschwemmungen im Frühjahr und die Trockenheit im Sommer, sind teilweise eine Folge der Waldverwüstungen. Diese hat bis zu einem gewissen Grade der Bergbau verschuldet; hat doch der große Bedarf an Feuerungsmaterial, der sich nach der Einführung der Reverberieöfen in den 30er Jahren einstellte, große Abholzungen veranlaßt.

Der größte Feind des Waldes ist aber das auf den Berghängen weidende Vieh, dem die jungen Pflanzenkeime als gute Weide dienen. Im Fronteragebiet sind die Bergwaldungen durch Axt und Feuer der Kolonisten zerstört worden. Die Regierung hätte das durch eine richtige Siedelungspolitik verhindern können, ja, nach dem bestehenden, sehr zweckmäßigen Waldgesetz verhindern müssen. Wenn aber der Staat selber gegen sein Gebot verstoßen hat, so wird man sich nicht darüber wundern, daß es auch sonst keine Beachtung findet.

3. Der Ackerbau: Fläche und Anbau.

Chiles landwirtschaftliche Statistik liegt so sehr im Argen, daß die vorliegenden amtlichen Zahlen bestenfalls nur als Schätzungsgrundlage betrachtet werden können. Von den 67 000 offiziellen Fragebögen sind z. B. im Jahre 1911 nur 56 000, und diese sicherlich zum Teil sehr unvollkommen, beantwortet worden. Ausnahmsweise ist die Statistik für 1884 fast vollständig ausgefallen, findet sich darin doch nur das Departement Valdivia nicht berücksichtigt. Wir stellen diese

Zahlen daher neben die das Jahr 1909 betreffende Schätzung von F. Rojas, die eher zu niedrige als zu hohe Angaben enthält:

Anbaufläche in 1000 Hektaren.

	1884/85	1909
Weizen	452	480
Gerste	43	60
Hafer	—	35
Mais	66	26
Bohnen	43	35
Linsen und Erbsen	23	23
Kartoffeln	25	35
	652	694

Nach andern Schätzungen (Schneider, Galdames) nimmt der Ackerbau gegenwärtig 1450 ha und der Weizenbau 1100 ha ein. Wie dem auch sei, darin stimmen alle Zahlen überein, daß etwa zwei Drittel der mit Ackerfrüchten bestellten Fläche auf den Weizen kommen. Zumeist wird weißer Weizen kultiviert; nur im Norden, in den Provinzen Coquimbo, Aconcagua, Valparaiso, wird ganz vorwiegend der dunkle, harte Weizen (trigo candeal) angebaut.

Die Weizenproduktion soll, in Millionen Hektolitern ausgedrückt, wie folgt zugenommen haben:

1847	2—2½
1870	5½
1885	6
1910	7—10

Der chilenische Weizenbau steht heute fast ganz im Dienste der inländischen Konsumtion. Nur ein geringer, von Jahr zu Jahr sehr schwankender Überschuß geht ins Ausland; zuweilen hat sogar Weizen importiert werden müssen.

Der Anbau von Gerste hat in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht. Während früher nur Futtergerste (Cebada común) produziert wurde, ist man mehr und mehr auch zur Braugerste übergegangen, die nördlich vom Maule ganz vorzüglich gedeiht. Der Aufschwung des Brauwesens in Chile ist ihrem Anbau natürlich sehr förderlich gewesen. — Gerste wird in beträchtlichen Mengen exportiert:

	1910	1911	
Futtergerste	26,9	20,0	Mill. Kilogramm
Braugerste	0,6	0,5	„ „

Hafer wird fast nur im Süden, hauptsächlich in den Provinzen Malleco und Cautin, gewonnen. Vor einigen Jahrzehnten wurde er, wie es scheint, fast gar nicht, wenn überhaupt, angebaut.

Mais wird hauptsächlich in den Mittelprovinzen Santiago bis Talca gepflanzt, am wenigsten im Süden. Er wird grün (Choclo = grüner Maiskolben) oder reif geerntet und in den verschiedensten Formen gegessen, z. B. als Mote (in Lauge aufgeweichter und geschälter Mais, der mit Fruchtsaft oder Zuckerwasser eine erfrischende und nahrhafte Speise darstellt). Er wird auch als Viehfutter verwendet, besonders wenn die Futtergerste sehr hoch im Preise steht. Früher wurde er hauptsächlich von den Brennereien verwertet. Durch deren Verfall (siehe Kap. IV) ist auch die Maiskultur in Mitleidenschaft gezogen worden, wenn auch die in den letzten Jahren gestiegene Nachfrage der Brauereien einen gewissen Ausgleich dafür geschaffen hat.

Neben dem Weizen sind die Hülsenfrüchte und die Kartoffel die wichtigsten Volksnahrungsmittel. Die Bohne, in Chile Poroto genannt (span. Frejol), gilt als das chilenische Nationalgericht. Sie wird zumeist mit dem Mais zusammen gepflanzt. Wie der Mais, wird daher auch die Bohne hauptsächlich in den Mittelprovinzen kultiviert. Südlich vom Maule wird die Erbse gesät. Die Kartoffel wird in fast allen Gegenden angebaut, hauptsächlich aber im Süden und besonders auf der Insel Chiloé.

Alle diese Kulturen, also der Anbau von Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Mais, sowie ferner von Wassermelonen, Kürbissen, Zwiebeln, Tabak usw. faßt man unter dem Begriff der Chacareria zusammen. (Chacra heißt das diesem Anbau gewidmete Feld.) Das Wort stammt aus der Quechuasprache und bedeutet ursprünglich den Hackbau der Indianer. Auch heute wendet man das Wort auf den Anbau von Hackfrüchten an und im weiteren Sinn auf den Anbau überhaupt aller Pflanzen, die während ihres Wachstums bearbeitet werden müssen (Plantas escardadas; vergl. Lenz: Diccionario etimolojico).

Die Chacareria geht immer im Kleinbetrieb vor sich. Sie liegt in den Händen der Kleinbauern, die als Inquilinos, Halbpächter, Pächter oder Eigentümer das Land bestellen. Damit hängt zusammen, daß sie der einzige Produktionszweig ist, der in größerem Umfange noch Eigenwirtschaft darstellt. Freilich wird dabei die Bohne in nennenswerter Menge exportiert.

Der Großbetrieb hat sich der Chacareria noch fast gar nicht angenommen, da sie ihm an die Arbeitsintensität zu große Ansprüche stellt. Versuche, die dahin gingen, z. B. den Tabak großbetrieblich zu bauen, sind gescheitert. Neuerdings scheint sich jedoch die Chacareria mit Hilfe der Maschine auf 20—30 Cuadras ausdehnen zu wollen. Es handelt sich dabei natürlich nur um ganz vereinzelte Bestrebungen. So sehr ist der Begriff der Chacareria mit dem Kleinbetrieb verknüpft, daß man unter Chacra auch schlechthin ein kleines Landgut versteht im Gegensatz zur Hacienda.

4. Der Ackerbau: die Betriebsweise.

Die landwirtschaftliche Technik hat in Chile im Laufe der letzten Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht; und zwar hat besonders das Steigen der Löhne (siehe Kap. IX) die Landwirte angespornt, das ausgefahrene Gleis veralteter Routine zu verlassen. Noch Ende der 90er Jahre konnte Kaerger in seinen ausgezeichneten Untersuchungen über die chilenische Landwirtschaft (die seitdem leider von keiner Seite in gleich mustergültiger Weise erneuert worden sind) die große Rückständigkeit der hier herrschenden Methoden feststellen und auf die unglaublich primitive Betriebsart hinweisen, die besonders da zu beobachten war, wo sich kein fremder Einfluß geltend gemacht hatte.

„Der Chilene“, das sind Kaergers Worte, „arbeitet nach alter Vorväter Sitte weiter, ritzt den Boden noch immer mit demselben hölzernen Hakenpflug, mit dem wahrscheinlich schon vor 6000 Jahren der Boden Vorderasiens geritzt worden ist, und sucht die aufrecht stehengebliebenen Schollen zu ebnen, indem er sie ein klein wenig mit einigen zusammengebundenen Dornsträuchern kitzelt.“

Heute liegen die Dinge aber doch schon wesentlich anders. Der hölzerne Hakenpflug ist ziemlich allgemein in die Rumpelkammer verbannt worden und wird fast nur noch fern von den großen Verkehrsadern, insbesondere in manchen Küstengegenden, gebraucht. An seine Stelle ist der eiserne Pflug getreten, wenn auch ganz vorwiegend der amerikanische einfachster Konstruktion. Hier und da sind aber auch die modernsten und vollendetsten Pflüge eingeführt worden. Auch die Strauchegge hat der eisernen Egge mehr und mehr Platz gemacht.

Ferner hat der Gebrauch von Mähmaschinen zugenommen. Diese sind allerdings oft nicht verwendbar, nämlich da, wo das Gelände zu bergig ist und wo Bewässerungsgraben im Wege stehen oder Bäume, die man zum Schutze des Viehes stehen läßt. Daher hat die Sichel noch ziemlich das Feld behaupten können. Die Sense ist, wenigstens in Mittelchile, nicht im Gebrauch, wohl weil mit der Sichel die Halme besser so zu schneiden sind, daß ein Teil als Viehweide übrigbleibt.

Das Ausdreschen ging noch zu Kaergers Zeit oft auf folgende Weise vor sich: Auf einem runden, umzäunten Platze, in dessen Mitte ein großer Pfahl aufgepflanzt war, wurden die Getreidegarben aufgeschichtet. Eine Anzahl Stuten ließ man dann hinein und jagte sie im Kreise herum, so daß ihre unbeschlagenen Hufe das Dreschen besorgten. Der ziemlich niedere Preis der Pferde, die gute Bezahlung des klein getretenen Strohes haben die Einführung von Dreschmaschinen lange hintangehalten; aber auch hierin hat sich neuerdings ein großer Wandel vollzogen.

Die Statistik bringt über die im Jahre 1911 in der Republik vorhanden gewesenen Maschinen folgende Zahlen, die als Minimalziffern anzusehen sind:

Sämaschinen	1538
Mähmaschinen	4471
Dreschmaschinen	2698
Dampfmotore	2589

Wie in der Maschinenanwendung, so sind auch in der Düngung Fortschritte gemacht worden. Diese beschränken sich aber wohl hauptsächlich auf das Gebiet der deutschen Kolonisation, auf den Süden, wo besonders der Mangel an Phosphorsalzen zu ersetzen ist. Im Norden scheint dagegen nicht viel geschehen zu sein. Und doch erheischt der chilenische Boden, der sich an Fruchtbarkeit mit dem argentinischen Steppenlande nicht entfernt messen kann, dringend die künstliche Zufuhr von Pflanzennährstoffen. Die künstliche Bewässerung bedeutet allerdings schon an sich eine, wenn auch unvollkommene Zuführung von Düngestoffen, da das Wasser der Kordillere sehr schlammreich ist. — Daß die chilenische Landwirtschaft von dem im Lande selbst gewonnenen Dünger, dem Salpeter, nur wenig Gebrauch macht, ist nicht zu verwundern, da es dem Boden vorwiegend an mineralischen Nährstoffen, weniger aber an Stickstoff fehlt und daher mit Salpeterdüngung nur selten gute Erfolge erzielt worden sind.

Die in Mittelchile übliche Fruchtfolge ist die nachstehende: Auf unbewässertem Land (tierra de rulo) baut man ein Jahr Weizen und läßt das Land dann mehrere Jahre als Naturweide liegen. Auf bewässertem Land (tierra de riego) wird je nach der Fruchtbarkeit des Bodens ein- oder zweimal Weizen (im nördlichen Mittelchile oft das zweitemal statt Weizen Gerste) gebaut. Dann wird das Land in Weide gelegt. Unter Luzerne bleibt es 3—10 Jahre, unter Klee 3—4 Jahre und wird nun ein halbes Jahr (Frühjahr bis Herbst) der Chacareria unterworfen, worauf der Turnus von neuem beginnt.

Im Süden, im Fronteragebiet, haben sich (nach Kaerger) zwei nebeneinander hergehende Fruchtfolgen ausgebildet: Der größere Teil des Grundstücks wird in 3—4 Schläge eingeteilt; 1—2 Schläge dienen das ganze Jahr als Weide, 1 Schlag wird bis zum November beweidet und dann aufgebrochen, um als schwarze Brache den Sommer über liegen zu bleiben und im Herbst bestellt zu werden, 1 Schlag wird mit Weizen bebaut. Der kleinere Teil des Grundstücks, der in der nächsten Nähe des Hauses liegt, wird abwechselnd mit Getreide, Hülsenfrüchten und Kartoffeln bebaut.

Wir sehen, daß der Ackerbau in Chile, im Gegensatz zu Argentinien, innig mit der Viehzucht verknüpft ist.

5. Die Viehzucht.

Während auf den chilenischen Ackerbau vermutlich 1 Mill. Hektar kommen, nehmen die Weideflächen vielleicht 1½ Mill. Hektar ein.

Die Viehzählung von 1906 ergab folgendes:

	Je tausend									
	Pferde, Esel, Maulesel		Rinder		Schafe		Ziegen		Schweine	
Südl. Nordchile										
Atacama	31		28		25		59		2	
Coquimbo . . .	105	**136**	165	**193**	269	**294**	266	**325**	7	**9**
Nördl. Mittelchile										
Aconcagua . . .	42		117		82		21		4	
Valparaiso . . .	42		100		43		4		5	
Santiago	76		230		208		6		7	
O'Higgins . . .	24		113		32		4		7	
Colchagua . . .	35		191		206		8		18	
Curico	68		174		239		60		60	
Talca	25	**312**	112	**1037**	97	**907**	6	**109**	6	**107**
Südl. Mittelchile										
Linares	20		84		112		3		3	
Maule	16		53		73		3		5	
Nuble	43		178		244		7		24	
Concepcion . . .	32	**111**	88	**403**	112	**541**	8	**21**	16	**48**
Südliches Chile										
Arauco	43		234		147		2		50	
Bio Bio	19		167		149		4		9	
Malleco	18		163		106		6		14	
Cautin	25		98		133		1		14	
Valdivia	16		116		47		1		12	
Llanquihue . . .	30		190		131		1		34	
Chiloé	13	**164**	39	**1007**	198	**911**	6	**21**	40	**173**
Territ. Magallanes		**24**		**38**		**1874**		—		**1**
		747		**2678**		**4527**		**476**		**338**

Diese Zahlen geben ein ungefähres Spiegelbild der Wirklichkeit. Wie wenig zuverlässig sie im einzelnen sind, wird scharf beleuchtet durch das, was uns der Bürgermeister eines Landstädtchens sagte. Danach hatte ein Grundbesitzer bei der Erhebung etwa 1000 Stück als Zahl seines Viehbestandes angegeben, während er höchstens den dritten Teil wirklich davon besaß. Derartig krasse Fälle wird man aber als seltene Ausnahmen betrachten dürfen.

Die Statistik zeigt uns mit Sicherheit, daß alle aufgeführten Viehgattungen über das ganze Land hin verteilt sind. Dabei ist vom äußersten Norden abgesehen, wo — natürlich nur als Arbeitstiere — im Jahre 1911 auf den Salpeterwerken 13—14 000 Maultiere und 6—700 Pferde vorhanden waren.

Als die Gegend der Ziegen ist Coquimbo berühmt. Die Schweinezucht wird erst südlich von der Provinz O'Higgins bedeutend. Die Schafzucht beherrscht das Wirtschaftsbild des Territoriums Magallanes, des chilenischen Patagonien. Die Rinderzucht ist in den südlichen Provinzen etwa ebenso groß wie in den mittleren, obwohl sie sich im Süden erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, während sie in Mittelchile schon seit Jahrhunderten betrieben wird. Ursprünglich hat sie sich auf den natürlichen Weideflächen entfaltet; heute aber gibt es neben 1 Mill. Hektar natürlicher Weide ½ Mill. Hektar Land, wo das Weidefutter künstlich geschaffen wird, und zwar wird im Norden ganz vorwiegend Luzerne ausgesät, im Süden Gras und Klee.

Eigentümlich ist die Viehzucht in den Wäldern von Llanquihue und Valdivia. „Die hier getriebene Waldwirtschaft", so lauten Kaergers Worte, die auch für die Gegenwart noch gültig sind, „dürfte sich kaum an irgendeiner anderen Stelle der Erde wiederfinden, weil wohl nirgends sonst Wälder mit immergrünem, vom Vieh gern gefressenem Blattwerk in einem für die Rindviehzucht so gut geeigneten Klima vorhanden sind. Das Vieh bringt hier den ganzen Winter im Walde zu und wird nur während einiger Sommermonate auf die aus dem Waldland geschaffenen Grasflächen (Pampas) gebracht."

Im Fronteragebiet werden die zum Ackerbau gewöhnlich zu feuchten Täler und Niederungen dauernd, die Hügel und Abhänge dann, wenn sie unbebaut bleiben, zur Viehzucht benutzt.

In Mittelchile gibt es gegenwärtig Naturweiden fast nur noch in den Kordilleren, kaum in den Tälern. Die Naturweiden bieten im allgemeinen nur dürftiges Futter. Daher werden auf diese lediglich die Tiere getrieben, die weder zur Mast noch zur Milchproduktion, noch als Zugtiere verwendet werden. Im Winter kommen sie in die Invernadas, d. h. in die tiefer gelegenen Gebiete der Anden und in die Küstenkordillere, im Sommer in die Veranadas, in das Hochgebirge. Von Stallungen hier wie dort ist natürlich keine Rede. Der Quartierwechsel vollzieht sich im Herbst und im Frühjahr in Form der großen Rodeas, d. h. das Vieh wird aus den Schluchten und Berghängen aufgejagt und auf den Haciendas zusammengetrieben, wo die jungen Tiere gezeichnet und dasjenige Vieh ausgesondert wird, das für den Verkauf oder die Ackerweide bestimmt ist. Die Ackerweide dient, abgesehen von ihrer Eigenschaft als Futterplatz der Zugtiere, für die Viehmästung, die Unterhaltung der Milchkühe und die Heuproduktion.

In Chile werden im Gegensatz zu Argentinien alle Milchkühe für die Milchgewinnung verwertet, findet die Milch doch in den Städten guten Absatz. Die Einführung von Rasse-

tieren, besonders von englischen Durhams, hat viel zur Verbesserung der Milch beigetragen. Die Butterbereitung hat durch die Einstellung von Zentrifugen und anderen Maschinen Fortschritte gemacht.

Ein wichtiger Zweig des landwirtschaftlichen Betriebes im nördlichen Mittelchile ist die Verwertung der Luzerneweiden für das Fettmachen von argentinischem Vieh.

Nicht alle Weide wird jedoch abgegrast, ein Teil wird geschnitten und als Heu für den Winterbedarf aufbewahrt oder exportiert. In den letzten Jahren hat die Heuausfuhr stark zugenommen, während sich die Viehhaltung vermindert hat.

Dieser Rückgang in der Viehzucht ist die Fortsetzung einer Entwicklung, die schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts begonnen hatte. Denn seitdem strebt der Ackerbau die Viehzucht zu überflügeln. Auf Kosten der Viehzucht haben die Landwirte immer wieder den Weizenbau ausgedehnt, sobald die Weizennachfrage größer wurde. Daß neuerdings statt des Weizens mehr Heu auf den Markt gebracht wird, ist nur eine andere Form der allgemeinen Tendenz. Für den Konsum Süd- und Mittelchiles reicht die Fleisch- und Milchproduktion zwar noch bei weitem aus; aber der Fleischbedarf des Nordens kann heute nur mit argentinischer Hilfe gedeckt werden.

Einfuhr von Rindern aus Argentinien.

							$ zu 18 d	
1907	72 000	Stück	im	Werte	von	7,6	Mill.
1908	105 000	„	„	„	„	9,6	„
1909	130 000	„	„	„	„	16,8	„
1910	81 000	„	„	„	„	14,0	„
1911	102 000	„	„	„	„	19,5	„

Es wäre falsch, hierin eine geringere Leistungsfähigkeit des chilenischen Viehzüchters zu sehen, der eigentliche Grund ist die größere natürliche Produktivkraft Argentiniens. Nur wird man zugeben müssen, daß der Betrieb der Rinderzucht in Chile sehr viel Ursprünglichkeit bewahrt hat.

Im Gegensatz dazu hat die Schafzucht im chilenischen Patagonien durchaus moderne, geradezu hochkapitalistische Formen angenommen. Sie wird dort von kapitalgewaltigen Unternehmungen betrieben. Die größte darunter, die Sociedad Explotadora de Tierra del Fuego, hat ein Aktienkapital von 1,5 Mill. £. Sie gebietet über 852 000 ha Land, auf dem sich Ende 1911 1,3 Mill. Schafe befanden, daneben 25 603 Stück Rinder und 9183 Pferde, Maultiere und Esel. Es wurden im Jahre 1906 4 000 000, im Jahre 1911 9 000 000 Pfund Wolle

verkauft. Das Fett der geschlachteten Tiere wird in eigenen Talgfabriken, das Fleisch in eigenen Konservenfabriken der Gesellschaft für den Export präpariert [1].

6. Der Weinbau.

Der Weinbau hat in Chile während der letzten Jahrzehnte große Bedeutung gewonnen. Er ist die Quelle beträchtlicher Reichtümer geworden. Ja noch mehr: man kann beobachten, daß die bekanntesten Weinmarken Senatorennamen zu sein pflegen.

Die Rebe gedeiht in Nord- und Mittelchile vorzüglich, und zwar ohne künstliche Bewässerung südlich vom Mauleflusse, mit künstlicher Bewässerung nördlich davon. Die wichtigste Weingegend des Landes ist das Gebiet der Provinzen Coquimbo bis Talca. Hier werden seit den 50er Jahren, als man französische Weinreben einzuführen begann und französische Weinpflanzer und Küfer ins Land zog, Rot- und Weißweine hergestellt, die sich den guten europäischen Produkten fast ebenbürtig an die Seite stellen können, die jedenfalls die argentinischen und brasilianischen Weine weit übertreffen.

Trotzdem ist die Ausfuhr noch sehr gering. Alle Anstrengungen, sie zu fördern, sind hauptsächlich durch das gewissenlose Vorgehen mancher Produzenten, die verfälschte Ware exportiert haben, zuschanden geworden. Anderseits hat der chilenische Konsum stark zugenommen. Ein besonders wichtiges Absatzfeld ist die Salpetergegend. Daß man sich in Chile von dem importierten Wein mehr und mehr abgewandt hat, zeigen folgende Zahlen über die Einfuhr von Weiß- und Rotwein:

	1896	1897	1910	1911	
In Flaschen:	516 000	678 000	318 000	326 000	Flaschen,
In Fässern:	177 000	167 000	23 000	29 000	Liter.

Neben Rot- und Weißwein werden in großen Mengen Chacolí (unausgegorener Wein) und Chicha (gekochter junger Wein) [2] bereitet. Auch viel Traubenbranntwein wird fabriziert.

In den Oasen des Nordens und in den Flußtälern der Provinzen Atacama und Coquimbo wächst eine Traube, die sich zur Herstellung von süßen Weinen, ferner von Kognak und Pisco sowie von Rosinen hervorragend eignet.

An die 100 000 ha mögen in Chile mit Reben bepflanzt sein; und vermutlich werden etwa 3 000 000 hl Wein und 100 000 hl Traubenbranntwein produziert.

---

[1] Gefrierfleisch produziert die Gesellschaft nicht; die zwei oder drei Fleischgefrieranstalten, die im Territorium Magallanes vorhanden sind, gehören zu anderen Unternehmungen.

[2] Im Süden Chiles wird Chicha genannt, was im Norden Chacolí heißt, und Chacolí, was dort als Chicha bezeichnet wird.

Die chilenische Traube ist natürlich auch als Obst vortrefflich, wie denn Chile überhaupt ein gesegnetes Obstland ist. Die Früchte fast aller Klimate haben hier eine Heimat gefunden. In den wärmeren Teilen des Landes werden Orangen, Zitronen, Feigen, Oliven, Mandeln erfolgreich gezogen. Ja, selbst die herrliche Chirimoya gedeiht, und zwar in der Nähe von Valparaiso, im geschützten Tale von Quillota. Aber auch die Kirschen, Pflaumen, Äpfel, Birnen, Kastanien, Walnüsse fehlen nicht. Sie haben sich mehr im Süden eingebürgert.

7. Landwirtschaft und Geldwirtschaft.

Was Gegenwart und Vergangenheit der chilenischen Landwirtschaft unterscheidet, ist vor allem eines: Heute wird ganz vorwiegend für den Markt produziert, während früher ganz und gar Eigenwirtschaft vorherrschte. Die Produktionsmethoden selber haben sich teilweise gar nicht geändert. Die Viehzucht wird im großen und ganzen noch immer nach alter Väter Weise betrieben, und der Ackerbau hat sich nur in einigen Stücken modernisiert. Von einer streng kaufmännisch-rationellen Wirtschaftsführung ist nur ausnahmsweise die Rede.

Der Grund dafür ist aber nicht der, daß die Macht der Tradition und die Ehrfurcht vor dem Herkommen oder der Zwang der Standessitten und -vorurteile einer Neugestaltung im Wege ständen, wie es vielfach in Deutschland der Fall ist, sondern der, daß es an den geeigneten geistigen und materiellen Kräften mangelt, mit einem Worte: Es fehlt nicht der kapitalistische Wille, sondern das kapitalistische Können.

Jener hat sich leicht bilden können. Der Latifundienbesitz, die soziale, durch Rassenverschiedenheit noch vergrößerte Kluft zwischen dem Grundherrn und seinen Leuten, überhaupt das ganze „koloniale Milieu", das die Plantage der Tropen so leicht zur rücksichtslosen, nur nach Profit strebenden Erwerbsunternehmung macht, hat auch in Chile dahin gewirkt, daß der Landwirtschaftsbetrieb zur reinen Geldquelle geworden ist. Viele der Grundherren leben in der Hauptstadt als Rentiers, Politiker, Advokaten, Spekulanten und überlassen einem Administrator die Verwaltung. Die Hacienda ist ihnen nicht viel mehr als irgendein Wertpapier. Man übertreibt nicht viel, wenn man sagt, daß der landwirtschaftliche Besitz ebenso leicht von Hand zu Hand geht wie eine Aktie. Der Umsatz landwirtschaftlicher Grundstücke ist in Chile zweifellos bedeutend lebhafter als in Westeuropa, wenngleich sich dafür kein ziffernmäßiger Beweis erbringen läßt. Den kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft läßt aber noch mehr die Tatsache hervortreten, daß selbst die Unternehmungsform der Aktiengesellschaft dort Eingang gefunden hat. Es bestehen

in Chile über 40 Viehzuchtgesellschaften, deren wichtigste, die Schafzuchtgesellschaften Patagoniens, bereits erwähnt wurden.

In eigentümlichem Gegensatz hierzu steht das aus der Zeit der Naturalwirtschaft noch in die Gegenwart hineinragende Inquilinosystem, das der freien Lohnarbeit zwar mehr und mehr Platz macht, das aber von ihr doch noch nicht ganz verdrängt worden ist. Freilich hat es sich im Laufe der Zeit nicht unwesentlich umgestaltet.

Anfänglich wurde der Inquilino, wie wir in der Einleitung erwähnten, nur mit Land abgefunden. In dem Maße aber, wie die Grundstückspreise stiegen, wurde die ihm überlassene Acker- und Weidenutzung immer kleiner, so daß ihm schließlich Kost und barer Lohn dazu gewährt werden mußten.

Das Inquilinosystem besteht heute auch im Süden, hat hier aber einen ganz anderen Charakter. Während nämlich in Mittelchile der Inquilino weniger baren Lohn erhält als der freie, gutsfremde Tagelöhner, der Peon, bekommt er in Südchile ebensoviel Geld. Das Land empfängt er als besonderes Entgelt dafür, daß er dem Herrn jederzeit zur Verfügung stehen muß.

Mit der Zeit wird wohl auch das Inquilinoverhältnis Mittelchiles diese Form annehmen, wenn es nicht überhaupt ganz verschwindet.

Viertes Kapitel.

Das Gewerbe.

1. Die Gewerbezählung.

Seit dem Jahre 1908 gibt es in Chile eine einigermaßen ausführliche Gewerbestatistik. Die Ergebnisse sind aber nicht übermäßig befriedigend; denn obwohl für alle Betriebe die gesetzliche Pflicht besteht, statistische Daten zu liefern, so ist doch die Erhebung bisher auf großen Widerstand gestoßen. Die Zählung vom Jahre 1910 erfaßt 5270 Betriebe. Diese gehören teils dem Handwerk, teils der Manufaktur, teils der Fabrikindustrie an. Die kleineren handwerksmäßigen Betriebe scheint man jedoch zum größten Teil übersehen zu haben; denn während z. B. die Volkszählung von 1907 24 009 Schuster aufführt, weiß die Betriebszählung von 1910 nur von 721 Schuhmachereien mit 4924 Arbeitern und von 39 Schuhfabriken mit 3179 Arbeitern zu berichten. Teilweise erklärt sich das damit, daß es unter den Schustern, wie auch in manchen anderen Handwerkszweigen, viele Heimarbeiter oder Hausindustrielle gibt.

2. Das Handwerk.

Wie sich die gewerbliche Entwicklung vollzogen hat, können wir nicht angeben. Natürlich ist das Handwerk im allgemeinen viel eher entstanden als die Fabrikindustrie; aber hier und da mag ihm diese zuvorgekommen sein, ein all den Ländern eigentümlicher Vorgang, die sich ihre Kultur aus der Fremde holen.

Das Handwerk hat nie zunftmäßige Formen erreicht, ist kaum zu einem festen Berufe geworden: wer in Chile Schuster, Bäcker, Schneider ist, betrachtet sich kaum als solchen, fühlt sich mehr als Geschäftsmann überhaupt und nennt sich daher bei der Berufszählung häufig nur Industrial-Gewerbetreibender oder schlechthin Artesano, Handwerker; der Geselle bezeichnet sich stolz als Empleado, Angestellter. Nach der Volkszählung von 1907 gab es:

Bäcker	8 161
Uhrmacher und Juweliere	1 200
Schneider	5 009
Schuster	24 009
Hutmacher	1 139

Daneben, ohne nähere Angaben:

Handwerker	127 284
Gewerbetreibende	7 080
Angestellte	91 758

Die unbestimmbare und unbestimmte Natur des chilenischen Handwerks ist einerseits die Folge seiner technischen Rückständigkeit, die den Übergang von dem einen zu dem anderen seiner Zweige ziemlich leicht macht, anderseits die Folge einer zügellosen Gewerbefreiheit, die weder durch Gesetz noch Sitte gehemmt wird.

In dem lockeren Erdreich solchen Handwerks müßte eine Fabrikindustrie leicht Wurzel schlagen können: sie brauchte, um sich selber zu entfalten, nicht erst alte Wirtschafts- und Lebensformen zu zerstören. Fällt nun aber auch diese in alten Kulturländern bestehende Schwierigkeit für sie fort, so sind dafür die sonstigen Hindernisse, die sie zu überwinden hat, um so größer.

3. Die Gewinnung der motorischen Kraft.

Am schwierigsten ist die Gewinnung der motorischen Kraft.

Kohlen werden zwar seit dem Jahre 1840 im Lande selber gewonnen. In den Provinzen Concepcion und Arauco befinden sich bedeutende Gruben, von denen die größten der Compañia Lota y Coronel und der Compañia Schwager gehören. Die ganze Produktion reicht aber für die Bedürfnisse des Landes nicht aus. G. Yunge schätzt, daß sich der Kohlenverbrauch im Jahre 1909 wie folgt verteilte:

Salpeterindustrie und ihre Bahnen	750 000 t
Metallbergbau und Verhüttung	145 000 t
Schiffahrt	450 000 t
Eisenbahnen	430 000 t
Hausbedarf und anderes	100 000 t
Gewerbe	425 000 t
	2 300 000 t

Da im Jahre 1909 nur 900 000 t in Chile gefördert wurden, so mußten 1 400 000 t importiert werden. Im ganzen Zeitraum 1840—1907 hat die Kohlenproduktion 24,8 Mill. Tonnen betragen. In den letzten Jahren hat sie beträchtlich zugenommen:

1908	940 000 t
1909	899 000 t
1910	1 074 000 t
1911	1 188 000 t

Nach den neuesten Untersuchungen sind noch mächtige Kohlenflöze in Chile, besonders in der Provinz Arauco, vorhanden. Aber ihre Abbauwürdigkeit scheint doch noch nicht ganz sichergestellt zu sein. Übrigens handelt es sich in Chile

um eine Braunkohle, die viel Rauch entwickelt und deren Heizkraft die der englischen Steinkohle natürlich nicht erreicht.

Die Hoffnungen auf eine industrielle Entwicklung stützen sich vorderhand hauptsächlich auf die Tatsache, daß Chile sehr reich an Flüssen ist, deren große, mit den Jahreszeiten allerdings stark wechselnde Stromkraft in Elektrizität umgesetzt werden kann. Den Anfang damit hat man bereits gemacht. Wir erwähnten schon an anderer Stelle den elektrischen Betrieb der Salpeterwerke am Loaflusse. Auch Straßenbahnen, Beleuchtungsanlagen, Mühlen ziehen ihre Betriebskraft aus Flüssen und Wasserfällen. Die große Braden Copper Company ist gleichfalls hier zu nennen.

Gemäß der Gewerbestatistik verwendeten im Jahre 1910 von den 5270 aufgeführten Betrieben:

932	Dampfmotore	25 312	Pferdekräfte
388	Gasmotore	8 495	,,
285	Wasserkraft	13 848	,,
922	Elektrizität	9 910	,,
3	Windmühlen	9	,,
114	Petroleum und Teer	1 335	,,
81	tierische Kraft	151	,,

4. Die Eisenindustrie.

Soweit die Industrie vom Eisenreichtum des Landes abhängt, sind ihre Aussichten gut. Denn Eisen ist in Chile an vielen Stellen und teilweise reichlich vorhanden.

Am leichtesten zugänglich sind die Eisenerze der Provinzen Atacama und Coquimbo. Zu ihrer Ausbeutung wurde im Jahre 1904 unter Mitwirkung von Schneider-Creusot eine französische Gesellschaft gebildet, der durch Gesetz von 1906 vom chilenischen Staate gewisse Privilegien (Zinsgarantie von 5 %, Zollbefreiungen, Produktionsprämien, Landkonzessionen usw.) verliehen wurden, und die daraufhin unter dem Namen der Sociedad Francesa de Altos Hornos mit der Förderung der reichen Eisenerze von Tofo bei La Higuera in der Provinz Coquimbo begann. Das Erz wurde in Dampfern nach Corral gebracht, wo die Verhüttung vor sich ging. Als Brennmaterial diente das Holz der Wälder von Valdivia. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange. Anfang 1910 war der Betrieb aufgenommen worden, und Mitte 1911 mußte er wieder eingestellt werden. Über die Angelegenheit wogt der Streit der Parteien noch hin und her, so daß sich ein abschließendes Urteil vorläufig nicht fällen läßt.

Gegenwärtig muß jedenfalls alles Eisen importiert werden. Trotzdem gibt es in Chile schon heute eine kleine Eisenindustrie, die sich allerdings zum großen Teil nur mit Reparaturen befaßt

und im übrigen nicht viel mehr tut, als Halbfabrikate weiterverarbeiten. Die Gewerbestatistik zählt unter anderem auf:

58 Gießereien	mit 1666	Arbeitern,
5 Bettstellenfabriken	„ 380	„
8 Nagelfabriken	„ 149	„
3 Kesselschmieden	„ 32	„
8 Küchenherdfabriken	„ 192	„
2 Eisenkassenfabriken	„ 104	„
3 Maschinenfabriken, darunter 1 für Mühlenbau	„ 750	„

Die drei Maschinenfabriken können aber nur einen bescheidenen Bedarf decken. Fast alle Maschinen müssen importiert werden.

Das bedeutet ein weiteres Hindernis für die industrielle Entwicklung. Die Löschvorrichtungen der chilenischen Häfen sind so unzureichend, daß mit der Ausladung oft Bruch, Verzögerung oder dergleichen verknüpft ist. Hinzu kommt, daß die zum Teil sehr schlechten Landwege den Transport der Maschinen sehr kostspielig gestalten und das Entstehen solcher Industrien erschweren, die wegen des Rohstoffs oder aus anderen Gründen fern von den Verkehrszentren errichtet werden müssen. Ein Nachteil des Maschinenbetriebs in technisch rückständigen Ländern ist auch noch die Schwierigkeit, notwendig werdende Reparaturen herstellen zu lassen.

5. Das Großgewerbe.

Trotz all dieser widrigen Umstände konnte eine Großindustrie aufkommen, weil entweder eine hohe Tarifmauer vor der fremden Konkurrenz schützte oder weil der Rohstoff unter sehr günstigen Bedingungen erreichbar war. Wenn man von den rein handwerksmäßigen Unternehmungen wie den Bäckereien, Schuhmachereien, Schneidereien absieht, so sind gemäß der Statistik die sechs wichtigsten gewerblichen Produktionszweige die folgenden:

	Betriebe	Arbeiter	Kapital	Produktion	Verbrauch von Rohstoffen inländ. Ursprungs	Verbrauch von Rohstoffen fremden Ursprungs
	Anzahl	Anzahl	Mill. $	Mill. $	Mill. $	Mill. $
Mühlen	174	2204	63	100	73	3
Gerbereien	132	2762	30	30	18	1
Holzindustrie[1]	131	3095	22	24	13	1
Zuckerraffinerien	8	1679	27	37	0.3	20
Schuhfabriken	39	3179	15	20	8	2,5
Bierbrauereien	62	2609	26	18	5	3

[1] Die folgenden Zahlen beziehen sich nur auf den wichtigsten Zweig der Holzindustrie, auf die sogenannte Elaboracion de maderas, d. h. die

Man sieht, daß die drei erstgenannten Gewerbszweige fast nur inländische Rohstoffe verarbeiten. Viele Mühlen sind noch heute unmittelbar mit dem landwirtschaftlichen Betriebe verknüpft [1], wenngleich gerade die Müllerei schon früh zum selbständigen Gewerbe geworden ist. — Holzindustrie und Gerberei sind hauptsächlich im Süden zu Hause. Ihre heutige Bedeutung verdanken sie den deutschen Kolonisten, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts nach Valdivia kamen. Diese fanden nämlich so ungünstige landwirtschaftliche Verhältnisse vor, daß sie es vorzogen, sich in den Städten (Valdivia, Osorno, La Union) als Gewerbetreibende niederzulassen, statt kümmerlich vom Ackerbau zu leben; sie haben es verstanden, sich den Reichtum an Nutzholz, Gerberrinde und Wasser und die vorzüglich schiffbaren Flüsse zunutze zu machen. Die Gerbereien sind allerdings seit einigen Jahren im Niedergang begriffen, viele Betriebe sind sogar ganz eingestellt worden. Verschiedene Gründe spielen dabei mit: die Lohnerhöhungen, die Verteuerung der Gerberrinde, mit der Raubbau getrieben worden ist, zollpolitische Änderungen in Deutschland und den Vereinigten Staaten, die den Export von Häuten erleichtert und den von Rohleder erschwert haben.

Früher war ein wichtiger Produktionszweig Südchiles auch die Fabrikation von Kornbranntwein, wozu das Getreide verwendet wurde, das sich zum Vermahlen nicht eignete, z. B. infolge verregneter Ernten. Durch das Alkoholgesetz von 1902, das den Kornsprit höher besteuert als den Weinsprit, ist diese blühende Industrie aber zum großen Teil vernichtet worden.

Die Bierbrauereien, Schuhfabriken und Zuckerraffinerien sind darauf angewiesen, einen großen Teil ihres Rohmaterials aus dem Auslande zu beziehen. Die Brauereien erhalten zwar Gerste und Mais von der heimischen Landwirtschaft, den Hopfen müssen sie aber importieren. Die Schuhfabriken können zwar das Sohlleder von den einheimischen Gerbereien kaufen, hinsichtlich des Oberleders und sonstigen Materials sind sie aber fast ganz auf das Ausland angewiesen. Auffällig ist es, wie wenig sich die Zuckerraffinerien auf den Rübenbau im eigenen Lande stützen können. Diese Tatsache erklärt sich damit, daß die Rübenkultur starke Anforderungen an einen intensiven Anbau stellt, wie sie die chilenische Landwirtschaft nicht zu erfüllen vermag.

Man kann sagen, daß ohne Schutzzoll nur die Industriezweige auskommen können, die den Rohstoff im eigenen Lande haben. Alle anderen bedürfen der Deckung durch eine mehr

Verarbeitung des von den Sägereien gelieferten Holzes zu Brettern für Bauzwecke usw. Die Möbelfabriken, die gleichfalls einen ziemlich wichtigen Industriezweig bilden, sind nicht mit einbegriffen.

[1] Die landwirtschaftliche Statistik zählt 801 Mühlen.

oder weniger hohe Tarifmauer. Teils zu der einen, teils zu der anderen dieser Gattungen gehören die paar Dutzend kleineren oder größeren Industrien, die sonst noch im Lande gedeihen oder kümmerlich ihr Leben fristen. Neben der Eisenindustrie sind da unter anderen zu nennen: Textil-, Papier-, Zigaretten-, Glas-, Nudel-, Kakes-, Seifen- und Parfümeriefabriken. Einige davon beschränken sich darauf, Halbfabrikate weiterzuverarbeiten, wenn sie nicht überhaupt nur fertige Teilstücke zu einem Ganzen zusammenstellen. Das gilt z. B. von der Eisen- und Parfümerieindustrie.

An Kapital steckt in allen von der Statistik erfaßten Unternehmungen zusammen die Summe von 420 Mill. $, wovon 93 Mill. auf Maschinen und 101 Mill. auf Grundstücke und Gebäude kommen, während der Rest von 226 Millionen das umlaufende Kapital darstellt. Die größten Unternehmungen — durchweg Aktiengesellschaften — haben ein Kapital von 5—10 Mill. $.

In den letzten Jahren hat die Kartellbildung im Großgewerbe starke Fortschritte gemacht. Das bedeutendste Ereignis dieser Art war die Gründung der Compañia de Tabacos im Jahre 1910. Damals schlossen sich eine Reihe von Tabakfirmen nach mehrjährigem, erbittertem Konkurrenzkampfe zu einer Aktiengesellschaft von 5 Mill. $ Kapital zusammen. Der glänzende Erfolg dieses Unternehmens — die Aktien stiegen bald um weit über 200 % — scheint zur Nachahmung angefeuert zu haben. So sind im Jahre 1913 mehrere Bettstellenfabriken und ebenso mehrere Streichholzfabriken zu einer Aktiengesellschaft zusammengetreten. — Preiskonventionen einzelner Industriezweige sind in Chile nichts Neues, doch haben sie in den letzten Jahren an Zahl zugenommen. Solche Verabredungen bestehen heute z. B. unter den Bierbrauereien, den Nagel-, den Lichtefabriken. Die ganze Kartellbildung im chilenischen Großgewerbe wird dadurch erleichtert, daß es sich meist um sehr wenige Unternehmungen handelt, so daß auch dann Einigung erzielt werden kann, wenn starke sonstige Hemmnisse, wie verschiedene Nationalität und Geschäftsmoral der Unternehmer, vorliegen.

Auch für das Verständnis der Zollpolitik wird man sich darüber klar sein müssen, daß Chiles Industrie noch ganz unbedeutend ist. Es gibt nur einige Dutzende von Fabriken, die mehr als 100 Arbeiter beschäftigen. Zuckerraffinerien, Bierbrauereien, Schuhfabriken gehören dahin. Nur wenige Betriebe bringen es auf mehrere hundert Arbeiter. Die Geringfügigkeit der chilenischen Industrie wird uns vielleicht am besten klar, wenn wir bedenken, daß all ihre Dampfmotore zusammengenommen nicht mehr als 25 000 Pferdekräfte haben, während in der deutschen Industrie schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts über 5 Millionen Pferdekräfte tätig waren.

6. Der industrielle Protektionismus.

Wie in der ganzen Welt, so hat auch in Chile der protektionistische Gedanke seit den 70er und 80er Jahren an Boden gewonnen, obwohl das freihändlerische Dogma hier fester Fuß gefaßt hatte als je in Europa selber, wozu der Haß gegen das spanische Kolonialregime natürlich beitrug.

In den 50er Jahren war der französische Nationalökonom Courcelle-Seneuil als Universitätsprofessor und wirtschaftspolitischer Berater der Regierung nach Santiago berufen worden. Seiner Wirksamkeit gelang es, den Lehren der klassischen Nationalökonomie geradezu biblische Autorität in Chile zu verschaffen. Noch in den 90er Jahren trat Zorobabel Rodriguez, wohl der bedeutendste Wirtschaftstheoretiker, den Chile hervorgebracht hat, als Universitätslehrer und Chef der Zollbehörde mit aller Energie für den Freihandel ein.

Aber schon hatte der Protektionismus entscheidende Fortschritte gemacht. Im Jahre 1883 war die Sociedad de Fomento Fabril ins Leben getreten, die durch Hebung des technischen Schulwesens, durch industrielle Ausstellungen und vor allem durch Befürwortung des Schutzzolls die Gewerbetätigkeit zu fördern suchte.

Hauptsächlich auf ihren Einfluß ist es zurückzuführen, daß Chile in den 90 er Jahren zu einer systematischen Schutzzollpolitik überging. Durch Gesetz von 1897 wurden viele Fabrikate, z. B. Schuhe, Möbel, fertige Kleidungsstücke, mit 35 oder 60 % des Wertes belastet; Halbfabrikate wurden mit einem mittleren Zoll belegt und Maschinen, Werkzeuge sowie Rohstoffe von jedem Zoll frei gelassen. (Das Nähere siehe im zwölften Kapitel.)

Im Jahre 1912 ist — auf drei Jahre — ein allgemeiner Zollaufschlag von 5 % des Warenwerts eingeführt worden, eine Maßregel, die zwar nur durch ein Defizit im Staatshaushalt veranlaßt worden ist, die aber doch verrät, daß die protektionistische Bewegung keineswegs an Einfluß verloren hat. Im Gegenteil, schärfer als je wird heute betont: Chile muß seine Zukunft auf die Fabrikindustrie gründen. Die Entwicklungsmöglichkeiten seiner Landwirtschaft sind territorial stark begrenzt. Seine Salpeterlager werden einmal erschöpft sein. Seiner industriellen Entfaltung hingegen bieten sich große Wasserkräfte und reiche Kohlen- und Eisenschätze dar. Daher, so schließt man, muß die Wirtschaftspolitik schon heute mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, die Fabrikindustrie zu wecken und zu heben suchen.

In der Tat liegt die Vermutung nahe, daß einmal die Zeit kommen wird, wo die Wirtschaftskraft Chiles mehr und mehr für die Fabrikindustrie frei wird. Und soweit man bisher

sehen kann, würden hierfür auch die wichtigsten natürlichen Bedingungen vorhanden sein. Es fragt sich aber, ob man heute schon mit den schärfsten protektionistischen Maßregeln vorgehen darf, es fragt sich, ob es zweckmäßig ist, heute schon der großen Masse der Konsumenten wichtige Bedarfsmittel wie Schuhe, Möbel, Kleidung zu verteuern, um einer Industrie willen, die noch winzig klein und so unentwickelt ist, daß sie den an sie gestellten Anforderungen vielfach noch gar nicht genügen kann.

Die Verteuerung der Lebenshaltung an sich, lediglich als Belastung der Konsumenten betrachtet, wäre noch erträglich; sie bedeutet aber auch eine Erschwerung der Daseinsbedingungen des Bergbaues, der Landwirtschaft, der Salpeterindustrie, die mit Personal- oder Kapitalmangel schon genügend zu kämpfen haben, und für die doch selber noch bedeutende Entwicklungsmöglichkeiten vorliegen, die ihnen durch das allzu rasche Wachstum der Fabrikindustrie möglicherweise beschnitten würden, während vorläufig die erste Sorge sein müßte, ihnen die Bahn frei zu halten.

Damit vereinbart sich durchaus, wenn die jetzige Generation dem industriellen Fortschritt vorsichtig den Weg ebnet. Ein gemäßigter Schutzzoll ist natürlich durchaus nicht in allen Fällen zu verwerfen. Für einen hochgespannten industriellen Protektionismus, wie er schon teilweise Tatsache geworden ist, ist es aber noch nicht an der Zeit.

Zweiter Abschnitt.

Die Entfaltung des Verkehrs und des Kredits.

Fünftes Kapitel.

Die Verkehrsmittel.

1. Die überseeischen Verkehrswege.

Die Zunahme der Arbeitsteilung und Güterproduktion ist in Chile als dem „äußersten Winkel der Welt“ und dem Lande der verhältnismäßig größten Längenausdehnung mehr als wo anders den modernen Verkehrsmitteln zu verdanken, haben diese Chile doch den Zentren des Weltmarktes um Monate näher gebracht und seine Ortschaften um Tage und Wochen einander näher gerückt.

Während noch vor wenigen Jahrzehnten die Reise nach Europa mehr als drei Monate dauerte, läßt sie sich heute in weniger als drei Wochen ausführen. In anderthalb Tagen bringt einen die Bahn von Valparaiso wie von Santiago dreimal die Woche nach Buenos Aires; wenigstens dem Fahrplane nach, der allerdings infolge von Schneeverwehungen im Winter nicht immer innegehalten werden kann. Im Jahre 1912 kam es sogar zu einer Verkehrsstockung von mehreren Monaten.

Der Weg über die Anden dient gegenwärtig noch fast ausschließlich der Post- und der Personenbeförderung.

Dasselbe gilt vom Wege über Panamá. Da die Umladung am Isthmus große Unkosten und Verluste durch Diebstahl, Bruch usw. mit sich bringt, hält sich der Güterverkehr heute von dieser Route fern. Das wird sich erst nach Fertigstellung des Panamakanals ändern, der jedenfalls für den Güterverkehr zwischen dem Osten der Vereinigten Staaten und Chile die natürliche Durchgangspforte bilden wird. Wie der Panamakanal die Warenbewegung zwischen Chile und Europa beeinflussen wird, läßt sich aber noch kaum sagen. Auch ist nicht abzusehen, ob sich die Frachten ermäßigen werden. Sie könnten sich sogar erhöhen, da die Dampfer, die heute durch die Magellanstraße nach der nordamerikanischen Westküste gehen, ihren Weg dann durch den Kanal nehmen werden. Wohl zweifellos ist, daß Chiles Ausfuhr nach Perú, Ecuador usw., die übrigens schon heute ganz geringfügig ist, noch mehr zurückgehen wird. Dagegen dürfte der Handel mit Bolivien nach wie vor derselbe bleiben. Denn die Bahnen Arica—La Paz und Antofagasta—La Paz werden die Konkurrenz der

Bahn Mollendo—Arequiba—La Paz vermutlich aus dem Felde schlagen.

Der Warenaustausch zwischen Chile und den überseeischen Märkten geht heute ganz vorwiegend um die Südspitze Südamerikas vor sich: die Segelschiffe fahren um das Kap Horn, die Dampfer durch die Magellanstraße.

Den ersten Dampferverkehr verdankt Chile dem Nordamerikaner Wheelright, der im Jahre 1835 die Pacific Steam Navigation Company gründete, die einen Dampfschiffahrtsdienst zwischen Panama und Valparaiso einrichtete. „Der 15. September 1840 war der denkwürdige Tag, an dem die beiden Raddampfer Chile und Peru, jeder 437 Registertonnen groß, unter den Freudensalven der Artillerie, unter Militärmusik und dem Jubel der Bevölkerung in den Hafen von Valparaiso einliefen und durch mannigfache Fahrtmanöver den staunenden Blicken aller den Sieg Fultons über Poseidon vorführten.“ (V. Domingo Silva: Monografia historica de Valparaiso.)

Der eigentliche Wendepunkt in Chiles Überseeverkehr liegt aber erst im Jahre 1869. Damals eröffnete die Pacific Steam Navigation Company einen regelmäßigen Dampfschiffahrtsdienst zwischen Valparaiso und Liverpool durch die Magellanstraße. Um diese Zeit entstanden auch weitere Dampfergesellschaften. Im Jahre 1872 reihte sich die deutsche Flagge ein: die Kosmoslinie begann ihre Fahrten nach der Westküste.

Die Segelschiffahrt spielt in unseren Tagen noch eine gewisse Rolle für die Salpeterausfuhr und die Kohleneinfuhr. Im allgemeinen tritt sie aber gegenüber der Dampfschiffahrt ganz in den Hintergrund: 1911 kamen auf 26,2 Millionen Dampfertonnen 1,3 Millionen Seglertonnen.

Neben den ausländischen stehen auch einige chilenische Reedereien im Dienste des chilenischen Waren- und Personenverkehrs. Sie beschränken sich aber fast nur auf die Küstenschiffahrt. Die größte unter ihnen ist die Compañia Sud-Americana de Vapores, die ein Kapital von 7,5 Millionen Pesos Gold hat.

2. Der Binnenverkehr.

Chile kann sich rühmen, die erste Bahn Südamerikas gebaut zu haben. Denn schon im Jahre 1852, in der Zeit der großen Silberausbeute, wurde die Bahn von Caldera nach Copiapó in der Bergbauprovinz Atacama eröffnet. Auch hierbei war Wheelright die Seele des Unternehmens. Der Bau einer Bahn zwischen Valparaiso und Santiago wurde 1852 begonnen, aber erst 1863 beendigt. Diese Bahnlinie ist dann weiter nach Süden fortgesetzt worden, so daß sie heute das ganze chilenische Längstal, das durch die Anden und die Küstenkordillere gebildet wird, bis nach Puerto Montt hin durchzieht,

wo die Küstenschiffahrt den Verkehr bis zur Magellanstraße fortführen kann.

Während also das Zentrum des Landes mit den südlichen Provinzen durch den Schienenstrang verbunden ist, fehlt gegenwärtig noch eine entsprechende Bahnverbindung nach dem Norden. Bis auf den heutigen Tag sind die Nordprovinzen von Valparaiso aus nur zu Schiff erreichbar. Zwar gibt es im Norden selbst, in den Provinzen Coquimbo, Atacama, Antofagasta und Tarapacá mehrere Bahnen. Diese dienen aber nur dem Lokalverkehr, hauptsächlich dem Salpeter- und Erztransport, und bilden kein zusammenhängendes Netz.

Ein solches wird erst durch die große im Bau befindliche Nordbahn hergestellt werden, die, einige der schon vorhandenen Linien in sich aufnehmend, die Salpeter- und Bergbauprovinzen mit dem Zentrum zusammenschließen wird. Zusammen mit der Südlinie wird sie die große „Longitudinalbahn" bilden, die Tacna und Puerto Montt, welche 3400 km voneinander entfernt sind, lückenlos verbinden soll. — Schon im Jahre 1913 wird der Bahnbau aller Voraussicht nach bis Lagunas vorgerückt sein, von wo aus bereits eine Bahn nach Iquique und Pisagua führt.

Am 1. Januar 1911 waren 5925 km Eisenbahn im Betriebe. Wie folgende Zahlen zeigen, steht Chile mit seinem Bahnbau zwischen Argentinien und Peru. Es betrug die Länge der Eisenbahnen Ende 1910:

	Absolut km	Pro 1000 qkm km	Pro 10 000 Einw. km
Deutschland	61 000	113	9
Vereinigte Staaten .	388 000	42	44
Argentinien	29 000	10	59
Chile	6 000	8	17
Peru	2 500	2	6

Die chilenischen Eisenbahnen sind teils Staats-, teils Privatbahnen. Die Salpeterbahnen von Tarapacá und Antofagasta befinden sich in den Händen von Privatgesellschaften, während alle übrigen Bahnen mit wenigen Ausnahmen dem Staate gehören.

Am 1. Januar	1911 km	1912 km
Länge der Staatsbahnen	2672	3174
Länge der Privatbahnen	3253	3183
	5925	6357

Die starke Verschiebung zugunsten der Staatsbahnen im Laufe des einen Jahres erklärt sich einerseits mit den vorrückenden staatlichen Bahnbauten und anderseits damit, daß der Staat die Copiapó-Bahn von einer Privatgesellschaft übernommen hat.

Der staatliche Eisenbahnbetrieb hat sich in Chile nicht sonderlich bewährt. Die Staatsbahnen haben trotz ihrer immerfort wachsenden Einnahmen seit dem Jahre 1906 alljährlich ein großes Defizit zu verzeichnen.

	Einnahmen	Ausgaben
1906	24,8	28,4 Mill. $ Papier,
1907	32,3	52,9 „ „
1908	45,0	65,8 „ „
1909	47,2	58,7 „ „
1910	50,2	60,7 „ „
1911	54,8	67,3 „ „

Das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen war also im Jahre 1911 bei den Staatsbahnen 123 : 100; bei den meisten Privatbahnen war es in demselben Jahre 50—60 : 100. Freilich ist in Betracht zu ziehen, daß es zu den Kulturaufgaben des Staates gehört, auch solche Bahnen zu bauen und in Betrieb zu halten, die sich nicht rentieren und von denen sich daher das Privatkapital fernhält. Hiermit erklärt sich das ungünstige finanzielle Ergebnis jedoch zum geringsten Teil; in erster Linie ist es auf die administrativen Verhältnisse zurückzuführen. Die Eisenbahnverwaltung, die unter dem ewigen Wechsel im Beamtenpersonal — einer Folge ungesunder politischer Verhältnisse — sehr leidet, hat sich oft genug Lässigkeit und Schlimmeres zuschulden kommen lassen.

Freilich sind auch andere Dinge zu berücksichtigen, für die die Verwaltung nicht verantwortlich zu machen ist, insbesondere die Valutaentwertung, mit welcher der Tarif nicht hat Schritt halten können. Bis zu einem gewissen Grade ist das Defizit der letzten Jahre ein Ausdruck dafür, daß heute rationeller gewirtschaftet wird als früher; hat man doch viele notwendige Aufwendungen, die früher unterblieben waren, nachgeholt.

Ein Übelstand, über den viel geklagt wird, ist der häufig fühlbar werdende Mangel an rollendem Material, der zur Folge hat, daß die Städte nur mangelhaft mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt werden, während gleichzeitig die Ernten auf dem Lande verderben. Demgegenüber ist zu bedenken, daß der Betrieb erschwert wird dadurch, daß die Bahnen fast ausnahmslos eingleisig sind, was an sich den Tadel nicht herausfordern kann, da ein Doppelgleis bei der geringen Bevölkerungsdichtigkeit des Landes an vielen Stellen überflüssig ist und da daher dem Staate vorläufig eine Erweiterung des Betriebes mehr am Herzen liegen muß als eine Intensivierung. — Während der Gütertransport viel zu wünschen übrigläßt, zeichnet sich die Personenbeförderung im allgemeinen durch Pünktlichkeit und Regelmäßigkeit aus.

3. Der internationale Eisenbahnverkehr.

Größere Bedeutung als der Panamakanal und die Longitudinalbahn werden für das Verkehrswesen Chiles in den kommenden Jahrzehnten vielleicht die internationalen Eisenbahnen gewinnen. Mit der Eröffnung der ersten Andenbahn am 5. April 1910 hat ihre Rolle begonnen. Dieser über den Upsallata-Paß führenden Linie werden sich noch weitere, den Stillen mit dem Atlantischen Ozean verbindende Linien zugesellen. Bereits bis an den Fuß der Anden ist die Antucobahn vorgerückt, die den Süden Chiles, insbesondere Concepcion, mit dem argentinischen Eisenbahnnetz in Verbindung bringen soll.

Eine internationale Eisenbahn von zunehmender Bedeutung ist auch die, welche Antofagasta mit La Paz verknüpft. Ihr wird sich demnächst die — leider dem deutschen Kapital entgangene — Bahn zwischen La Paz und Arica an die Seite stellen. Welche Wichtigkeit können diese Schienenwege noch gewinnen, wenn die unermeßlichen Schätze Boliviens mehr und mehr erschlossen werden, was teilweise ja nur von der Verkehrserleichterung selber abhängt!

Und welche Perspektiven eröffnen sich, wenn man daran denkt, daß der La-Plata-Strom die einzige Unterbrechung ist, die die Eisenbahnverbindung zwischen Rio de Janeiro und Santiago de Chile erfährt! Allerdings ist die Bahnlinie zwischen Sao Paulo und der Grenze von Uruguay nichts weniger als von einem modernen Luxuszug befahrbar.

Ein anderer Zukunftstraum ist „die panamerikanische Bahn", die von Nordamerika durch Panama nach der südamerikanischen Westküste bis nach Uyuni führen soll, das sich zum Knotenpunkt besonders eignen dürfte. Mit Chile ist es als Station der Bahn Antofagasta—La Paz bereits verbunden, mit Argentinien wird es durch die fast fertige Bahn Uyuni—Juyuy via Tupiza verknüpft werden und mit Brasilien durch die im Bau befindliche Bahn, die den Paraguay-Fluß in Corumbá überschreitet, um nach Coxún, Ubereba und Rio de Janeiro vorzudringen.

Sechstes Kapitel.

Der Handel.

1. Die Anfänge des modernen Überseehandels.

Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts im spanischen Kolonialreich die merkantilistischen Fesseln gelockert wurden, da waren es die Engländer, die sich in Chile des Überseehandels bemächtigten. Bald kamen die Nordamerikaner hinzu und später auch die Deutschen und Franzosen.

Der Handel begann in der Weise, daß europäische Handelshäuser Kauffahrteischiffe ausrüsteten und deren Ladung Kargadören anvertrauten, die in den fernen Hafenplätzen den Vertrieb der Waren zu bewerkstelligen hatten. Erst wenn alle Ware verkauft und das Schiff mit Rückfracht oder Geld versehen war, konnte an die Heimkehr gedacht werden. Diesem ambulanten Handelsbetrieb folgten bald feste Niederlassungen [1]. In Valparaiso und später auch an anderen Hafenplätzen entstanden als Filialen überseeischer Firmen und dann auch unabhängig davon Geschäftshäuser, die sich mit dem Import aller möglichen Warengattungen befaßten — sie erhielten diese zumeist in Konsignation —, und die gleichzeitig exportierten, was an Produkten dafür in Betracht kam: deren gab es anfänglich nicht viele; Gold, Silber, Kupfer, Häute waren fast das einzige, was nach Europa und Nordamerika geschickt werden konnte. (Poeppig.)

Zwischen die fremden Kaufleute und die konsumierende Bevölkerung schoben sich, wie Miers berichtet, einheimische Händler als Vermittler ein. Allmählich entwickelte sich für das Importgeschäft als „Zweite Hand" eine bedeutende Händlergruppe, deren Hauptaufgabe es war, in die Provinzen weiter zu verkaufen. In den 60er und 70er Jahren wurde von der „Ersten Hand", d. h. von dem Importeur, der anfänglich nebenher wohl noch das Detailgeschäft gepflegt hatte, nur an diese „Zweite Hand" verkauft. Auch im Exportgeschäft mögen Vermittler vorhanden gewesen sein: für die Bergbauprodukte vielleicht die Habilitadores.

[1] Welche Rolle der ambulante Handelsbetrieb gespielt hat, darüber haben wir nichts erfahren können; daß er hier existiert hat, glauben wir der allgemeinen Verkehrsgeschichte entnehmen zu dürfen.

In dem Maße, wie die Produktion im Lande wuchs und der Konsum vielseitiger wurde, gestaltete sich auch der Handelsbetrieb vielseitiger und schwieriger. Eine starke Tendenz zur Arbeitsteilung machte sich geltend. Die zunehmende Mannigfaltigkeit der eingeführten Artikel machte es bald zur Unmöglichkeit, die vielen Branchen des Importgeschäfts in einer Hand zu vereinigen: der Importhandel mußte sich notgedrungen spezialisieren. Im Exporthandel trat dieselbe Notwendigkeit nicht hervor, denn dieser hatte es, wie sehr die Produktion des Landes auch wuchs, nach wie vor mit wenigen großen Massengütern zu tun.

2. Die Arbeitsteilung im Handel.

Man kann heute folgende Händlergruppen unterscheiden:

a) Die großen Export- und Importhäuser. Es gibt deren etwa ein Dutzend. Sie sind zum Teil aus den ältesten Handelsniederlassungen hervorgegangen oder sind in volkswirtschaftlichem Sinne als deren Nachfolger zu betrachten. Die meisten stehen im Filialverhältnis zu überseeischen Firmen, von denen manche zu gleicher Zeit auch in anderen Ländern Niederlassungen haben und über Kapitalien von 10, 20, 30 und mehr Millionen Mark gebieten. Das Ansehen und die Kapitalkraft dieser Welthäuser teilt sich den Filialen mit, die infolgedessen in der Lage sind, Importgeschäfte großen Stils zu betreiben, umfangreiche Regierungslieferungen zu übernehmen, Industriebetriebe mit kostspieligen Maschinen zu versehen. Der Schwerpunkt in der Tätigkeit dieser Filialen liegt aber doch auf dem Gebiete des Exports, den sie, so wenige sie sind, ziemlich beherrschen. Vielfach geben sie sich nebenher mit Bankiergeschäften ab, gewähren Vorschüsse, räumen Kontokorrentkredite ein oder sie beteiligen sich unmittelbar an bergbaulichen und industriellen Unternehmungen, erwerben Salpeterwerke, Minen, Getreidemühlen. Nebenbei sind sie oft Agenten für Schiffahrtsgesellschaften, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Importeure besonders zum Vorteil gereichen mag.

Man kann fast sagen, daß sich ihre Tätigkeit auf den ganzen großen Wirkungskreis des mobilen Kapitals erstreckt. Sie vertreten das Prinzip der Arbeitsvereinigung. Ihre Eigenart und ihr Erfolg liegen in der Zusammenfassung der verschiedenartigsten Geschäfte. Allerdings erleidet ihre Universalität eine große Einschränkung durch die reinen Importhäuser.

b) Die Importhäuser. Deren Stärke liegt in der Spezialisierung. Sie lassen sich entsprechend den folgenden Warengattungen gruppieren:

1. Textil- und Kurzwaren (Trapos y Paqueteria),
2. Metallwaren (Ferreteria y Merceria),

3. Kolonialwaren (Abarrotes),
4. Rest: Drogen, Wein, Tabak, Papier, Kohle usw.

Die größten der nach vielen Dutzenden zählenden Importfirmen arbeiten mit 1—5 (ganz ausnahmsweise mit mehr) Mill. Mark Kapital. Einige haben es in ihrer Branche zu einer fast monopolistischen Stellung gebracht. — Nur wenige sind Filialen überseeischer Häuser; manche haben vielmehr ihrerseits an einem überseeischen Platze ein Einkaufshaus errichtet, das Direktiven nicht zu geben hat, sondern empfängt. Gewöhnlich wird ein solches Einkaufshaus im Nebenamte von einem älteren Teilhaber geleitet, der sich als Rentner nach der Heimat zurückgezogen hat. Wieder andere Importfirmen stehen in dauernder Geschäftsverbindung mit einem überseeischen Exporteur, der den Einkauf aber meist nicht für eigene Rechnung, sondern als Kommissionär vermittelt.

Die Importeure tragen ihre Zahlungsverbindlichkeiten an ihre Lieferanten meist in der Form ab, daß sie in Valparaiso Wechsel kaufen und ihnen einschicken. Wann die Wechsel zu senden sind, wird natürlich in jedem Falle besonders geregelt. Gewöhnlich genießt der Importeur einen Kontokorrentkredit, den er bis zu einer bestimmten Höhe und für eine bestimmte Zeit anspannen darf. Von Zeit zu Zeit begleicht er seine Schuld und hat dann ohne weitere Abmachung von neuem das Recht, sein Debetkonto wieder anwachsen zu lassen. Dieser sogenannte Revolvingkredit ist für dauernde Geschäftsverbindungen solcher Art das Gegebene.

Die beiden bisher gekennzeichneten Händlergruppen tragen unbeschadet ihrer unterschiedlichen Eigenart viele gemeinsame Züge. Sie werden unter dem Begriff des „Alto Comercio“ zusammengefaßt. Der „Hochhandel“ Valparaisos liegt durchweg in den Händen von Engländern und Deutschen. Er hat, wenn auch nicht in seinem Ausmaß, doch in seinen Formen, in seiner Technik und Organisation fast nordamerikanische Vollendung erreicht. Während die größeren Handelshäuser in Deutschland und in England sozusagen monarchische Verfassung haben, wie sich das in der Vererbung des Geschäfts von dem Vater auf den Sohn und in der oft schroffen sozialen Trennung von Angestellten und Prinzipalen zeigt, weisen viele der Kaufmannsfirmen Valparaisos eine mehr republikanische Verfassung auf. Das Emporsteigen der unteren Angestellten zu den leitenden Stellungen erfolgt mehr als in Deutschland nur durch Auslese der Tüchtigsten oder Anpassungsfähigsten, weniger nach dem Rechte der Geburt.

Die Tradition ist noch eine geringe Macht. Man versteht es daher besser, sich neuen Verhältnissen anzupassen. Die sachliche Erwägung, das nüchterne Geschäftsprinzip sind aus-

schlaggebender als bureaukratischer Formalismus. Rücksichten persönlicher und gefühlsmäßiger Art treten stärker zurück. Das ökonomische Prinzip herrscht in größerer Reinheit. Der kapitalistische Geist führt das Zepter fast unumschränkt.

Doch lassen sich schon heute starke Ansätze zu einer Entwicklung in konservativer Richtung beobachten: Je mehr neue Kräfte ins Land strömen, um so mehr macht sich die Aristokratien bildende Macht der Altansässigkeit geltend. Ein kaufmännisches Patriziat ist im Entstehen begriffen, das sich die ersten Stellen zu sichern weiß. Bedeutende Kapitalien sammeln sich mehr und mehr in den Händen einzelner Familien und geben deren Söhnen von vornherein das Übergewicht über die mittellosen, aufstrebenden Talente. Was aber diesen trotzdem noch immer große Möglichkeiten offen läßt, ist die Tatsache, daß gerade die Vermögendsten in die alte Heimat zurückzukehren pflegen.

Die nun zu besprechenden Händlergruppen unterscheiden sich von dem „Hochhandel" in erster Linie durch ihre andere soziale Eigenart.

c) Die Zweite Hand. Was ihr den Namen gegeben hat: daß sie nämlich nicht unmittelbar vom Auslande kauft, sondern die Waren durch Vermittlung des Importeurs bezieht, hat heute nicht mehr volle Gültigkeit, wie wir sehen werden. Auch die Höhe der Kapitalien kennzeichnet sie nicht, gibt es doch viele Häuser zweiter Hand, die mit einer Million und mehr Pesos Kapital arbeiten.

Ihr eigentliches Wesen drückt sich hauptsächlich durch das Folgende aus: Meist sind die Händler zweiter Hand Spanier, Italiener, Chilenen. Oft sind es frühere Detaillisten, die sich emporgearbeitet haben. Eine höhere kaufmännische Bildung fehlt ihnen in der Regel. Trotz ihres oft großen Kapitals fühlen sie sich in Angelegenheiten der Buchführung nicht ganz zu Hause. Das hindert sie auch daran, mit den überseeischen Lieferanten in Verbindung zu treten, wenn diese sie nicht ihrerseits aufsuchen.

Im großen und ganzen besteht bei der Zweiten Hand eine ähnliche Arbeitsteilung wie bei der Ersten Hand, nur ist sie weniger scharf durchgeführt. Der Kolonialwarenhandel ist in der Zweiten Hand oft mit dem Metallwarenhandel vereinigt, zuweilen sogar mit der Textilbranche, und immer mit dem Handel in Landesprodukten (Frutos del pais), wie Weizen, Bohnen, Mais, Gerste.

d) Der Detailhandel. Was über die Vernachlässigung der kaufmännischen Formen von der Zweiten Hand gesagt wurde, gilt natürlich in viel höherem Grade vom Detailhandel: Die Detailhändler sind es nicht einmal gewohnt, dem Lieferanten den Warenempfang anzuzeigen. Sie sind, wie die

Händler zweiter Hand, meist Italiener, Spanier, Chilenen, seit einigen Jahren auch, besonders in der Textilbranche, Türken. Diese ziehen übrigens viel mit Stoffen, Bändern, Spitzen usw. als Hausierer umher.

Die Arbeitsteilung ist im Detailgeschäft noch weniger ausgebildet als bei der Zweiten Hand. Nur in den größeren Städten hat sie sich entwickeln können. Hier unterscheidet man neben Frucht- und Gemüse-, Butter- und Milchhandlungen und dergleichen:

1. Tiendas, d. h. Läden für Weißwaren, Kleiderstoffe, Kurzwaren usw.;
2. Mercerias, Metallwarenläden [1];
3. Despachos: diese vereinigen meist Kolonialwaren, gewöhnliche Haushaltungsgegenstände und Kurzwaren;
4. Drogenhandlungen, Zigarrenläden usw.

Eine Sonderstellung haben die Unternehmungen des Detailhandels, die Luxuswaren, photographische Artikel, Herrenmodewaren, Hüte, Spielsachen und andere solche Gegenstände verkaufen, deren Vertrieb besondere Sachkenntnis erfordert. Diese Unternehmungen importieren alle direkt und sind also in gewisser Weise den Häusern erster Hand zuzuzählen, die übrigens auch ihrerseits häufig nebenbei das Detailgeschäft betreiben.

Man wird sich überhaupt bei diesem ganzen Versuch, die Handelsorgane zu unterscheiden und zu gruppieren, bewußt bleiben müssen, daß dabei den wirklichen Verhältnissen etwas Gewalt angetan wird; das hier aufgestellte Schema der Arbeitsteilung, die doch eine Erscheinung des aller absoluten Regel feindlichen Wirtschaftslebens ist, entspricht nur annähernd den Tatsachen. Die Grenzen bleiben öfters undeutlich, um so mehr, als neuerdings Kräfte am Werke sind, sie in einer Beziehung ganz zu verwischen. Während nämlich die immer mehr Lebensgebiete erfassende und immer komplizierter werdende Verkehrswirtschaft zur wachsenden Arbeitsteilung im Handel geführt hat, haben die Fortschritte der Verkehrsorganisation und der Kapitalkonzentration in Chile, wie anderswo auch, eine Gegenbewegung hervorgerufen: die Tendenz zur „Ausschaltung des Zwischenhandels", d. h. zur Verkürzung oder Beseitigung der Händlerketten, welche Produktion und Konsum verbinden.

3. Die Tendenz zur Ausschaltung des Zwischenhandels auf dem Gebiete des Exports.

Wenn der fremde Überseehändler, wie wir bereits erwähnten, die Exportprodukte früher nicht unmittelbar vom Produzenten, sondern von einheimischen Binnenhändlern kaufte, so stehen

[1] Im kastilischen Spanisch bedeutet Merceria Kram im allgemeinen

sich Exporthändler und Produzent heute durchweg unmittelbar gegenüber und nur der Makler tritt, Angebot und Nachfrage zusammenführend, als Hilfsorgan zwischen die beiden. Ja, teilweise wird selbst der Exporthändler umgangen.

Was zunächst das Salpetergeschäft betrifft, so sehen wir, daß eine Reihe europäischer Salpeterfirmen unmittelbar mit dem Produzenten in Verbindung stehen, was ihnen zum Teil dadurch erleichtert wird, daß viele Salpeterwerke ausländischen Gesellschaften gehören und vom Auslande her geleitet werden, woselbst also dann die Geschäfte gleich abgeschlossen werden können. Bei diesem „direkten Export" bedarf es lediglich der Mitwirkung von Agenten zur Überwachung der Verschiffung und dergleichen.

Nur ein Teil der Salpeterausfuhr liegt somit in den Händen der großen Export- und Importhäuser. Da diese ja aber selber nichts weiter als Filialen europäischer oder nordamerikanischer Firmen sind, so unterscheidet sich ihre Tätigkeit nicht sonderlich vom „direkten Export". Wie sehr beides ineinander übergeht, kommt auch darin zum Ausdruck, daß neuerdings einige überseeische Häuser, die früher nur mit Agenten arbeiteten, eigene Filialen in Chile aufgesetzt haben.

Soweit der Salpeterhandel in Chile selber vor sich geht, ist er in Valparaiso konzentriert. Hier werden alle Kaufverträge zwischen dem Produzenten und dem Exporteur abgeschlossen, wiewohl der Salpeter unmittelbar in den Nordhäfen für seine Reise nach Europa verschifft und dort auch vom Käufer abgenommen wird, den ein Agent zu vertreten pflegt. Die meisten Produzenten haben ihrerseits einen Agenten oder sogar ein eigenes Haus in Valparaiso, um sich mit den Maklern in Verbindung setzen zu können, die das Angebot an den Exporteur heranbringen, gegen ½ %, vom Käufer zahlbar.

Das Geschäft kommt dadurch zum Abschluß, daß Schlußscheine, sogenannte Salpeterkontrakte, ausgefertigt werden. Diese enthalten eine Reihe der Vertragsbedingungen schon vorgedruckt: Als Lieferungsqualität ist 95 prozentiger — ausnahmsweise 96 prozentiger, sogenannter raffinierter — Salpeter festgesetzt. Für Abweichungen hiervon sind die Preisabzüge vorgeschrieben, die sich der Produzent gefallen lassen muß. Über die Zahlung bestehen genaue Bestimmungen; unter anderen sind wöchentliche Zahlungstage, Liquidationstermine, vorgesehen. Diese kommen nur dann nicht in Betracht, wenn der sogenannte Loa-Kontrakt vorliegt, d. h. die Vereinbarung, sofort bei Verschiffung zu zahlen.

Die zu liefernde Menge ist zwar offiziell an keine Mindestgrenze gebunden; man kann es aber schon heute als feststehende Usance bezeichnen, daß die Schlußeinheit 11 000 spanische

Zentner, also 506 Tonnen, beträgt. Nur ausnahmsweise sind die gehandelten Mengen kleiner oder nicht ein Vielfaches dieses Betrages. Über die Lieferungszeit ist unter anderem festgesetzt, daß dem Käufer eine Frist von 40 Tagen zusteht, während der er jederzeit abnehmen kann; eine Bestimmung zu seinen Gunsten, die bei dem unberechenbaren Schiffahrtsbetriebe unumgänglich ist. Dagegen unterliegt die Wahl des Zeitpunkts, von dem an diese Frist zu beginnen hat, völlig dem Willen der Parteien.

Der Salpeterhandel in Chile nähert sich also dem modernen Termingeschäft sehr. Der Salpeter wird oft lange Zeit, ja ein bis zwei Jahre, im voraus verkauft. In der Zwischenzeit, vor der Verschiffung, wandert der indossierbare Salpeterkontrakt häufig durch viele Hände. Die einzelnen Umsätze pflegen sehr groß zu sein, und die Unterschiede zwischen Kaufs- und Verkaufspreisen sind, soweit nicht spekulative Gewinne in Frage kommen, verhältnismäßig gering.

Die Tendenz zur Ausschaltung des Zwischenhandels hat also auf dem Gebiete des chilenischen Salpeterexports kaum mehr ein Betätigungsfeld. Von der Möglichkeit, auch den europäischen Salpeterimporteur und die von ihm beziehenden Händler zu umgehen, haben wir nicht zu reden. Die Händlerkette wäre am vollständigsten beseitigt, wenn das Beispiel einer nordamerikanischen Sprengstoffgesellschaft, die sich zur Deckung von einem Teil ihres Salpeterbedarfs eine eigene Oficina hält, allgemeine Nachahmung fände.

In eigentümlicher Weise wickelt sich der Kupferhandel ab. Bei einer großen Maklerfirma konzentrieren sich Angebot und Nachfrage. Sobald von ihr die zu verkaufenden Mengen öffentlich bekanntgegeben worden sind, machen die Exporteure ihre Offerten. Der Höchstbietende erhält dann die Ware. Es liegt also eine Art Versteigerung vor.

Der Kupferhandel wird ganz vorwiegend kommissionsweise betrieben, und zwar zumeist für Rechnung überseeischer Interessenten, die auf telegraphischem Wege ihre Aufträge zu erteilen pflegen. Als Kommissionäre treten neben den Handelshäusern auch die Banken auf.

Wie viele Salpeterwerke, so verkaufen auch manche Kupferunternehmungen ihr Produkt unmittelbar ins Ausland.

4. Die Tendenz zur Ausschaltung des Zwischenhandels auf dem Gebiete des Imports.

Auf dem Gebiete des Imports sind die Glieder der Handelskette — soweit diese in ihrer alten Form noch besteht — wie folgt verbunden: Die Erste Hand verkauft an die Zweite Hand, sei es nun, daß jene an diese herantritt, sei es, daß diese ihrerseits die Initiative ergreift, oder daß, wie es in der Kolonial-

warenbranche der Fall ist, Makler die Geschäfte vermitteln. Die Firmen der Zweiten Hand verkaufen dann an den Detaillisten, meist indem sie ihn durch Reisende in den Provinzen oder durch andere Angestellte am Platze selber aufsuchen lassen.

In diese Beziehungen eine Bresche zu legen, ist man seit zwei bis drei Jahrzehnten vom Auslande her eifrig am Werke.

Immer mehr gehen die europäischen und nordamerikanischen Fabrikanten oder Exporteure dazu über, in Chile (wie im Auslande überhaupt) Agenten zu werben und Reisende hinauszusenden, um ihre Waren unmittelbar an die Zweite Hand oder an den Detaillisten zu verkaufen.

Die Tätigkeit des Agenten besteht darin, Kaufaufträge der Zweiten Hand und der Detaillisten zu sammeln und an den überseeischen Fabrikanten oder Exporteur zu senden. Die Bestellung wird nun nicht in der Weise ausgeführt, daß man dem Besteller die gewünschte Ware unmittelbar zuschickt; es werden vielmehr die Konnossemente zusammen mit einer auf den Kaufpreis lautenden Tratte einer Bank übersandt, und die Bank darf die Konnossemente dem Besteller erst dann aushändigen, wenn er die Tratte akzeptiert hat. Die kapitalkräftigeren Kunden zahlen, statt erst zu akzeptieren, gewöhnlich sofort und erhalten dafür 1½ % Skonto. Der Agent hat also mit der ganzen Geschäftsabwicklung nichts zu tun. Für das Sammeln und Absenden der Kaufaufträge erhält er eine gewöhnlich prozentual bemessene Provision. Eine solche berechnen sich auch die Banken für ihren Inkassodienst.

Um 1880 gab es in Valparaiso schwerlich mehr als zehn Agenten; heute mag sich ihre Zahl auf sechzig, siebzig, wenn nicht auf hundert belaufen.

Neben den Agenten ist ein Heer von Reisenden tätig, Aufträge zu sammeln und überhaupt Beziehungen mit der Zweiten und Dritten Hand anzuknüpfen. Man muß annehmen, daß die Eröffnung der Andenbahn dazu beigetragen hat, ihre Zahl zu vermehren; denn die Reisenden, deren Wirkungskreis früher auf die Ostküste beschränkt war, können ihn jetzt ohne großen Zeitverlust auf die Westküste ausdehnen.

Was die Umgehung der Importeure erschwert, ist zunächst die Festigkeit, die die alten Geschäftsverbindungen zwischen der Ersten, Zweiten und Dritten Hand aus Gründen teilweise persönlicher Art bewahren. Hierzu kommt dann, daß der Überseer die Kreditwürdigkeit der kleinen Händler nicht immer beurteilen kann. Zur Beseitigung dieses Hindernisses wird der Informationsdienst der Banken und die Auskunft der Agenten allerdings etwas beitragen können.

Vor allem ist auch zu berücksichtigen, daß der „direkt exportierende“ überseeische Lieferant zur Herbeiführung der

Zahlung die Tratte nicht entbehren kann; welche Konzessionen er auch der Zweiten und Dritten Hand zu machen bereit sein sollte, auf diese strenge Form der Zahlungsabwicklung wird er nicht verzichten können. — Diese Zahlungsform sowie die Vermittlung der Agenten und Reisenden berechtigt neben dem bereits erwähnten sozialen Moment dazu, nach wie vor von einer Zweiten und Dritten Hand auch da zu sprechen, wo der Importeur ganz umgangen wird, wenn dann auch die Bezeichnung nur historischen Sinn behält.

Die Ausbreitung des direkten Imports wird aber am meisten dadurch hintangehalten, daß der Importeur sich selber zur Wehr setzt.

Verhältnismäßig leicht vermag er der Fahnenflucht der Zweiten Hand zu begegnen: In wachsendem Maße hat er sich mit der Dritten Hand unmittelbar in Verbindung gesetzt. Viele der Detaillisten beziehen heute nur vom Importeur. Das gilt insbesondere von der Metallwarenbranche. In der Textilbranche hat sich die alte Handelskette wohl noch am besten erhalten.

Um sich nun auch die Kundschaft der Detaillisten zu bewahren, wird der Importeur in erster Linie günstigere Zahlungsbedingungen bewilligen, worin ihm der überseeische Lieferant nicht folgen kann. Daß die Zahlungsfrist vielfach von sechs Monaten auf neun erhöht worden ist und daß heute nicht mehr, wie früher, von dem Detaillisten verlangt wird, nach Empfang der Ware einen Schuldschein (Pagaré) auszustellen, glauben wir wenigstens zum Teil auf die Konkurrenz des direkten Imports zurückführen zu können.

In der Kolonialwarenbranche ist freilich an die Stelle des einfachen Schuldscheins sogar die straffe Form des Wechsels getreten. Das erklärt sich damit, daß es hier meist um mehr oder weniger vertretbare Ware handelt, die leicht verkäuflich ist, so daß ein bestimmter Zahlungstermin auch leicht innegehalten werden kann.

Als letztes Kampfmittel bleibt dem Importeur immer übrig, selber Detailgeschäfte aufzusetzen oder sich daran kapitalistisch zu beteiligen. Vielleicht wird er in gewissen Fällen durch größere Spezialisierung seine Konkurrenzfähigkeit erhöhen können und so imstande sein, das Feld zu behaupten. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß sich der Importeur zum Träger der neuen wirtschaftlichen Entwicklung aufzuwerfen wissen und nicht zum bloßen Agenten herabdrücken lassen wird.

Sollte er aber dennoch einmal weichen müssen, so würde das nebenbei gesagt, eine Schädigung des Deutschtums bedeuten. Denn in der Zweiten und Dritten Hand herrschen ja die Spanier, Italiener und Chilenen. Würde die Erste Hand verdrängt werden, so würden sich damit also die Erwerbs-

möglichkeiten für das deutsche Element vermindern, und schließlich würde natürlich auch der deutsche Export darunter zu leiden haben.

Eine völlige Umgehung des chilenischen Handels bedeutet das von Europa ausgehende Versandgeschäft, das unmittelbar an den Konsumenten herantritt. Es hat in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen, und zwar besonders auf dem Gebiete der Textilbranche. Es sind vorwiegend Pariser Warenhäuser, die es betreiben. Auf Grund sehr ausführlicher Preiskataloge erfolgt die Bestellung. Die Ware wird als Postpaket geschickt, und der Betrag durch Nachnahme erhoben. Im Jahre 1910 betrug die Einfuhr in Form von Postpaketen 3,4 Millionen, im Jahre 1911 4 Millionen Pesos Gold.

Daß der Importeur die Konkurrenz der Agenten und Reisenden und Warenhauskataloge noch nicht gerade schmerzlich empfindet, liegt daran, daß der gesamte Handel Chiles außerordentlich rasch gewachsen ist. Machte der direkte Import vor drei Jahrzehnten wohl kaum 1—2 % der ganzen Einfuhr aus, so kommen auf ihn heute möglicherweise 20—25 %, wenn nicht noch mehr. Die Einfuhr im ganzen hat aber in derselben Zeit um 200—300 % zugenommen.

5. Die kommerziellen Umsätze.

Die Tendenz zur Beseitigung des Zwischenhandels fällt also gegenüber dem kommerziellen Fortschritt gar nicht ins Gewicht. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Land in zwei bis drei Menschenaltern zur Volkswirtschaft und zu einem Glied der Weltwirtschaft geworden ist. Ja, die Verkehrswirtschaft ist in Chile vielleicht weiter vorgedrungen als selbst in Deutschland. In Chile hat man es noch mehr als in Deutschland verlernt, im eignen Haushalt herzustellen, was man braucht. In der eignen Wirtschaft zu spinnen und zu weben, wie es doch auf deutschen Bauernhöfen noch heute weitverbreiteter Brauch ist, läßt sich in Chile — außer bei den Araukanern (Kap. XV, 3) — kaum mehr beobachten, sei es auch, weil man hier keine langen Winterabende mit solcher Arbeit auszufüllen braucht. Halb in diesen Zusammenhang gehört auch, daß, während noch heute viele deutsche Hausfrauen sogar in den größeren Städten das Waschen im eigenen Hause besorgen, diese Arbeit in Chile allgemein von den Wäscherinnen übernommen wird [1].

Die hohe Stufe der kommerziellen Entwicklung läßt sich auch statistisch beobachten.

Im Jahre 1907 wurden 82 383 Händler in Chile gezählt. Um aber die Gesamtheit der im Handelsgewerbe beschäftigten

[1] Die Volkszählung von 1907 ergab 63 000 Waschfrauen.

Personen zu erhalten, müssen wir einen großen Teil der in der Statistik schlechthin als Angestellte bezeichneten 91 758 Personen hinzurechnen. Wir können also mit Bestimmtheit annehmen, daß im Jahre 1907 mindestens 100 000 Erwerbstätige dem Handelsgewerbe angehörten. Galdámes (Jeografía económica de Chile) glaubt ihre Zahl sogar auf 140 000 schätzen zu dürfen. In Deutschland waren es in demselben Jahre weniger als zwei Millionen Personen. Wenn wir nun berücksichtigen, daß Deutschland fast zwanzigmal so viel Einwohner hat als Chile, so sehen wir, daß der Handel in Chile einen mindestens ebenso großen Teil aller wirtschaftlichen Tätigkeit in Anspruch nimmt wie in Deutschland.

Ähnliches sagen uns auch die Zahlen der Handelsstatistik:

Jahr	Gesamteinfuhr (Millionen	Gesamtausfuhr Pesos	Küstenhandel zu 18 d)
1860	54	62	42
1885	85	108	155
1910	297	329	270
1911	349	339	323

In der Gesamteinfuhr (Importacion) ist die Einfuhr in den Freihafen Punta Arenas (der erst seit 1912 zum Zollgebiet gehört) und die Einfuhr in Postpaketen einbegriffen.

Die Gesamtausfuhr setzt sich wie folgt zusammen:

1) Spezialausfuhr (Exportacion de mercaderias nacionales),
2) Wiederausfuhr (Exportacion de mercaderias nacionalizadas),
3) Schiffsproviant (Embarques á rancho).

Im Jahre 1911 lauteten die Zahlen für:

1)	330,6	Millionen
2)	8,8	,,
3)	10,4	,,

Früher wurde der Schiffsproviant zur Gesamtausfuhr hinzugezählt. Heute geschieht das nicht mehr. Teilweise handelt es sich ja auch nur um die Verproviantierung der chilenischen Handelsmarine, also um einen internen Vorgang; was jedoch von fremden Schiffen aufgenommen wird, müßte eigentlich in der Ausfuhr erscheinen.

Die Durchfuhr ist in den Gesamthandel nicht einbezogen. Sie betrug im Jahre 1911 62,3 Mill. $.

Beim Küstenhandel wird ein und dieselbe Ware zweimal gezählt, einmal im Ausgangs- und einmal im Bestimmungshafen. Die von uns angeführten Zahlen beziehen sich nur auf die eine der Zählungen. Auch beim Küsten-

handel werden „nationale“ und „nationalisierte“ Waren unterschieden.

Die Ausfuhrwerte sind auf Grund der Marktpreise des Ausfuhrhafens festgestellt, die Einfuhrwerte auf Grund eines amtlichen Werttarifs (s. Kap. XII, 5). Die einen wie die andern werden nicht in der Einheit der tatsächlich herrschenden Währung ausgedrückt, sondern in der gesetzlichen, aber nur nominellen Einheit: dem Goldpeso von 18 Pence. Die Umrechnung erfolgt auf Grund des Durchschnittskurses im laufenden Monat. Vor dem Jahre 1897 wurden alle Werte der Handelsstatistik in Pesos von 38 Pence ausgedrückt. Vor 1885 war die herrschende Währung auch die der Handelsstatistik. Um die für 1860 vorliegenden Zahlen auf 18 Pence zu bringen, haben wir also vom damaligen durchschnittlichen Jahreskurse von 44 Pence ausgehen müssen.

Aus den angeführten Zahlen ersehen wir, daß der Gesamtaußenhandel Chiles im Jahre 1910: 627 Millionen, 1911: 688 Millionen Pesos zu 18 d betrug. Er überschritt also im Jahre 1911 die Markmilliarde. Wenn wir dem nun gegenüberstellen, daß Deutschlands Außenhandel an die 20 Milliarden noch nicht heranreicht, obwohl Deutschland sicherlich 30 oder 50 mal so reich ist als Chile, so kommen wir zu dem Schluß, daß im Rahmen des ganzen Wirtschaftslebens der Außenhandel in Chile einen größeren Raum einnimmt als in Deutschland.

Chile hat — das bestätigen obige Zahlen — in einer breiten Zone der Bedarfsdeckung die Wirtschaftsstufe des territorialen Verkehrs gänzlich übersprungen und fast ohne Übergang die Stufe der Weltwirtschaft betreten. Es ist dabei gleichgültig, daß hierin ein Zeichen nicht nur des Fortschritts, sondern auch der Rückständigkeit zu sehen ist: Industrie und Handwerk sind teilweise so unentwickelt, daß man zum Import auch solcher Waren greifen muß, die man in Deutschland beim benachbarten Handwerker herstellen lassen würde, wie z. B. vieles Hausgerät.

Dafür herrscht aber in Chile fast völlige Autarkie, was die Deckung des Nahrungsmittelbedarfs betrifft, so daß sich neben dem Außenhandel auch der Binnenhandel stark entfaltet hat. Diesen zahlenmäßig zu erfassen ist sehr schwer. Ein Teil desselben, soweit er überhaupt interlokaler Art ist, tritt in der Statistik des Küstenhandels zutage. Zum größeren Teile wird die Warenbewegung wohl durch die Eisenbahnen vermittelt; wenigstens zeigt die Statistik, daß die Waren des Außen- und Küstenhandels, die in den chilenischen Häfen im Jahre 1911 eingeschifft wurden, 4,2 Millionen Tonnen ausmachten, während allein die staatliche Zentralbahn in demselben Jahre 4,9 Mill. Tonnen beförderte. (Wichtiger wäre natürlich der Vergleich der Werte und der Tonnenkilometer.)

Ob im Verhältnis zum Volksreichtum der Binnenhandel so bedeutend ist wie in Deutschland, können wir zahlenmäßig nicht entfernt feststellen. Das eine halten wir aber für wahrscheinlich: daß nämlich der Binnenhandel in Chile stärker zugenommen hat als der Außenhandel. Freilich ist seit dem Jahre 1885 der Küstenhandel nicht in demselben Maße gewachsen wie der Außenhandel. (Die Zahlen von 1860 mit den heutigen zu vergleichen, wäre nicht statthaft, da sich infolge der Eroberung der Salpeterprovinzen das Verhältnis zwischen Außen- und Küstenhandel verschoben hat: was früher dorthin ging oder von dorther kam, war Außenhandel und ist jetzt Küstenhandel.) Dafür hat aber der Eisenbahnverkehr außerordentliche Fortschritte gemacht; er ist allein auf der staatlichen Zentralbahn von 2,1 Millionen Tonnen im Jahre 1900 auf 4,9 Millionen Tonnen im Jahre 1911 gestiegen.

Wie sich in Chile der interlokale Güterumlauf vollzieht, ersehen wir halbwegs aus folgenden Zahlen des Jahres 1911:

	Außenhandel		Küstenhandel	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Valparaiso	163	15	24	135
Iquique	28	65	68	15
Antofagasta	26	50	52	17
Talcahuano	41	4	9	35
Valdivia	11	2	5	21
	269	136	158	223
Alle Häfen zusammen .	349	339	323	323

Im ganzen hat Chile 61 Häfen, und zwar 16 „Großhäfen" und 45 „Kleinhäfen". Wir haben in obiger Tabelle den durch die Schiffahrt vermittelten Güterumsatz der Haupthafenstadt und der zwei wichtigsten Nord- sowie der zwei wichtigsten Südhäfen vor uns. Ihren Landverkehr müssen wir uns hinzudenken. Wir sehen, daß Valparaiso als Einfuhrhafen bei weitem an erster Stelle steht: In Valparaiso ist die Einfuhr bis zu einem gewissen Grade zentralisiert, von hier aus wird fast die Hälfte aller Einfuhrwaren über das ganze Land hin verteilt. Doch ist in dieser Beziehung ein Rückgang zu beobachten: In den Jahren 1903 und 1904 war die Einfuhr von Valparaiso noch 56 und 57 % der Landeseinfuhr, 1911, wie obige Tabelle zeigt, nicht einmal mehr 50 %. Teilweise ist das ein Zeichen für die wachsende Bedeutung und Selbständigkeit der Nord- und Südprovinzen und für die Entstehung größerer Importhäuser daselbst. Teilweise ist es auch ein Ausdruck für die fortschreitende Umgehung der Ersten Hand: die Zweite und die Dritte Hand der Provinzen beziehen eben mehr und mehr ihre Waren aus dem Auslande direkt. Teilweise erklärt es

sich damit, daß die Importeure ein großes Filialennetz über das Land geworfen haben, um die Waren möglichst von vorneherein in die Provinzen zu dirigieren und so Küstenfracht und dergleichen zu sparen.

Die Ausfuhr geht ganz vorwiegend von den Nordhäfen aus, von denen Iquique heute der bedeutendste ist, wenngleich er diese Stellung bald an Antofagasta wird abtreten müssen, da sich der Schwerpunkt der Salpeterindustrie mehr und mehr nach dem Süden verschiebt.

Siebentes Kapitel.

Die Banken.

1. Die Entstehung.

Die Entwicklung des Kreditwesens geht begreiflicherweise der Verkehrs- und Handelsentwicklung parallel. Die kommerzielle Mobilisierung der Güterwelt zieht die kreditmäßige Mobilisierung des Kapitals nach sich. Es ist kein Zufall, daß in dasselbe Jahrzehnt, das die erste Eisenbahn brachte, auch die Errichtung der ersten Kreditinstitute fiel.

In den 50er Jahren entstanden zunächst mehrere Privatbanken. 1855 wurde von Staats wegen eine Hypothekenbank gegründet. 1856 trat die erste Aktienbank, der Banco de Valparaiso, ins Leben, mit dem statutarisch umschriebenen Zweck, das Diskont- und Depositengeschäft zu pflegen [1].

Als Entstehungsgrund für diese Neubildungen können wir nur angeben, daß die bedeutenden Überschüsse an flüssigen Kapitalien, die damals durch den Aufschwung im Bergbau erzielt wurden, bankmäßige Verwertung suchten.

In den 60er Jahren tauchten einige weitere Banken auf. Größere Bedeutung gewannen die Kreditinstitute aber erst in den 70er Jahren, und seitdem ist eine zwar nicht stetig fortschreitende, aber doch im allgemeinen stark aufwärtsstrebende Entwicklung erfolgt. Viele der früheren Gründungen sind wieder eingegangen, aber ebenso viele und noch mehr sind neu ins Leben getreten. Filialen der europäischen Überseebanken sind im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte zu den nationalen Banken hinzugekommen.

2. Die Arbeitsteilung unter den Kontokorrentbanken.

Im chilenischen Bankgewerbe ist nur wenig Arbeitsteilung zu beobachten. Notenbanken sind seit der Aufhebung der Notenfreiheit im Jahre 1898 nicht vorhanden. Volksbanken, Raiffeisensche Darlehnskassen und dergleichen gibt es mit ein oder zwei unbedeutenden Ausnahmen nicht, wenn wir von

[1] Ramón Santelices, Los Bancos Chilenos, Santiago 1893. Agustin Roß, Los Bancos de Chile y la lei que los rije, Valparaiso 1886.

den zahlreichen Pfandleihämtern absehen. Ohne diese und ohne die Sparkassen und Hypothekenbanken, die gesondert zu betrachten sind, gewahren wir nur eine einzige Gattung von Kreditinstituten. Dem allgemeinen Sprachgebrauch nach heißen sie schlechthin Banken. Um sie näher zu bezeichnen, könnte man sie Kontokorrentbanken nennen.

Sie ähneln am meisten den deutschen Kreditbanken, die sich bekanntlich von den englischen Depositenbanken dadurch unterscheiden, daß sie viel spekulativer geartet sind, daß sie nicht nur kurzen kaufmännischen Kredit geben, sondern auch Geschäfte auf lange Sicht eingehen, mit denen vielleicht größerer Gewinn, aber gleichzeitig auch größeres Risiko verbunden ist. Die englischen Depositenbanken dienen ihrem Wesen nach nur zur Beschaffung von Betriebskapital, die deutschen Kreditbanken daneben auch zur Gewährung von Anlagekapital. — Während sich nun aber die deutschen Kreditbanken im allgemeinen auf Geschäfte im Bereich des Großhandels und der Industrie beschränken, verschmähen es die Banken in Chile nicht, in alle Sphären des Wirtschaftslebens einzudringen. Sie kreditieren landwirtschaftlichen Unternehmungen ebensogut wie dem Kleinhändler und dem Handwerker, dem Bergbau so gut wie der Industrie und dem Großhandel. Sie geben z. B. Vorschüsse auf das Vieh, das zur Mästung von Argentinien her importiert wird, und gleichzeitig strecken sie die Gelder zum Bau eines Salpeterwerks vor oder eröffnen einem Handwerker zur Ausdehnung seines Geschäfts einen Kontokorrentkredit.

Ist nun aber ihr Geschäftskreis in einer Beziehung weiter als der der deutschen Kreditbanken, so ist er doch in gewisser Hinsicht wieder enger. Gerade das, was die Kreditbanken oder Effektenbanken, wie sie ja auch genannt werden, in hohem Grade kennzeichnet, die Emissionstätigkeit, also die Ausgabe von Aktien, Obligationen und Staatsanleihen, gerade das betreiben die chilenischen Banken kaum. Effekten werden in Chile gewöhnlich unmittelbar an die Börse gebracht.

Versucht man es, die chilenischen Kontokorrentbanken zu gruppieren, so tritt einem zunächst die Tatsache entgegen, daß sie alle im Grunde die gleichen Geschäfte pflegen. Man kann sagen, daß sich keine von ihnen einem Bankgeschäft entzieht, welcher Art es auch sei, wenn es nur gewinnreich erscheint. Und doch lassen sie sich klassifizieren. Das Hauptunterscheidungsmerkmal ist der Sitz der Geschäftsleitung. Darnach gibt es: 1. Großstädtische nationale Banken, 2. Provinzbanken und 3. Filialen der Überseebanken, sogenannte fremde Banken.

Am 31. Dezember 1912 bestanden in Chile folgende Kontokorrentbanken:

1. Großstädtische nationale Banken.

Name	Kapital	Reserven	$	
Banco de Chile	40	23,4	Mill.	Papier
„ Español de Chile . . .	30	11,3	„	„
„ Nacional	16	6,1	„	„
„ de la República . . .	14	3,5	„	„
„ Italiano	10	1,3	„	„
„ Santiago	5	1,6	„	„
„ A. Edwards y Cia . .	5	—,	„	„
„ Popular	1	0,3	„	„
„ Union Comercial . . .	1	0,1	„	„

2. Provinzbanken.

„ Tacna	0,5	0,14	„	Gold
		0,2	„	Papier
„ Mercantil de Tacna .	0,5	0,36	„	Gold
„ Curicó	3,0	0,96	„	Papier
„ Comercial de Curicó . .	0,75	0,05	„	„
„ Talca	5,0	1,9	„	„
„ Constitucion	0,23	—	„	„
„ Nuble (in Chillan) . .	1,3	0,16	„	„
„ Concepcion	3,0	0,85	„	„
„ Arauco	0,1	0,03	„	„
„ Mulchen	0,25	0,04	„	„
„ Osorno y La Union .	0,9	0,09	„	„
„ Llanquihue (in Puerto Montt)	0,2	0,04	„	„
„ Punta Arenas	1,7	0,3	„	„

3. Fremde Banken.

„ Aleman Transatlántico	5	1,0	„	Gold
		+ 2,1	„	Papier
„ Chile y Alemania . .	5,6	—	„	„
„ Germánico de la America del Sur	3,3	—	„	Gold
„ Anglo Sud-Americano .	6,1	—	„	Papier
„ Londres y Rio de la Plata	2,0	—	„	„

Dazu einige Bemerkungen:

Banco de Chile, die größte der nationalen und überhaupt aller in Chile arbeitenden Banken, zeichnet sich vor den andern insbesondere dadurch aus, daß sie die Kassenhaltung des Staates versieht. Sie hat infolgedessen eine Art offiziöse Stellung inne. Jedenfalls steht sie in enger Fühlung zu den regierenden Kreisen. Dabei ist und bleibt sie eine reine Privatbank.

Banco Español de Chile, die zweitgrößte der Banken, steht, wie schon ihr Name anzeigt, in nahen Beziehungen zur spanischen Kolonie. Sie gehört aber durchaus zu den nationalen Banken; denn sie ist nicht etwa einem überseeischen Bankhause unterstellt.

Banco Italiano ist durch Lostrennung vom Banco Español entstanden. Wie dieses Institut mit der spanischen, ist der Banco Italiano mit der italienischen Kolonie verknüpft.

Banco de Santiago verdient als Verwalter der kirchlichen Gelder besondere Erwähnung.

Banco A. Edwards & Cia ist von den größeren Banken die einzige, die nicht Aktiengesellschaft ist. Sie befindet sich in den Händen der Familie Edwards, die zu den reichsten des Landes gehört.

Die Provinzbanken sind im kleinen ein Abbild der großstädtischen Institute, nur daß sie, die mit wenigen Ausnahmen (Banco de Tacna, Banco de Punta Arenas) Binnenbanken sind, fast gar nichts mit Überseegeschäften zu tun haben.

Als fremde Banken werden diejenigen bezeichnet, die Niederlassungen überseeischer Banken sind, die somit nach Direktiven geleitet und mit Kapitalien gespeist werden, die vom Auslande kommen. So unterscheiden sie sich von den nationalen Banken schon äußerlich. Aber auch ihrem ganzen Wesen nach sind sie etwas anderes. Gewiß, der Geschäftskreis der beiden Gruppen ist mehr oder weniger derselbe; denn auch die fremden Banken begeben sich in alle Gebiete des Wirtschaftslebens hinein. Im ganzen pflegen sie aber doch mehr als die nationalen Banken die Beziehungen zum Großhandel und zur Großindustrie. Hinzu kommt, daß sie weit mehr als jene im Dienste des internationalen Zahlungsverkehrs stehen. Ja, man kann sagen, daß die Vermittlung der internationalen Zahlungen ihnen das Gepräge gibt. Es sind besonders zwei Geschäftszweige, die damit verbunden sind: der Devisenhandel und der Inkassodienst. Vom Inkassodienst sprachen wir, als vom „direkten Import" die Rede war. Den Devisenhandel werden wir in anderem Zusammenhange eingehend zu erörtern haben.

Die fremden Bankniederlassungen arbeiten mit verhältnismäßig wenig eigenem Kapital — keine einzige reicht an die 10 Millionen heran —, dafür genießen sie aber den Kredit und das Ansehen ihrer Mutterinstitute in gewisser Weise mit. Sie verfügen überdies in Europa — meist bei Londoner Bankers — über große sogenannte Ziehungskredite, auf die sie jederzeit trassieren können. Daher können sie sich, was wirtschaftliche Macht betrifft, den bedeutendsten nationalen Banken durchaus an die Seite stellen. Was Organisation, Banktechnik und

Geschäftsführung anlangt, sind sie jenen im allgemeinen sogar überlegen.

Sie operieren nicht nur vorsichtiger und genauer als die meisten der nationalen Banken, sondern dabei auch rascher und schlagfertiger, was sich teilweise mit ihrer sozusagen monarchischen Verfassung erklärt, der eine mehr oligarchische Organisation der nationalen Banken gegenübersteht. Während nämlich bei den ausländischen Banken die Direktoren mit weitgehenden Vollmachten versehen sind, sind die Direktoren der chilenischen Banken bei jeder etwas größeren Kreditbewilligung an die Zustimmung eines Verwaltungsrats (Consejo de Administracion) gebunden, der zwar auch bei den ausländischen Banken besteht, aber bei diesen im allgemeinen die tägliche Geschäftsführung nicht so sehr beeinflußt.

So erklärt es sich, daß die fremden Banken in der kurzen Zeit ihres Bestehens — die älteste derselben, die Anglo South American Bank, ist im Jahre 1889 nach Chile gekommen — außerordentlich große Erfolge erzielt haben, wie das die folgenden Zahlen beleuchten, die das Verhältnis des Kapitals und der Reserven zu den Depositen wiedergeben:

	Am 31. Dezember 1912			
	Kapital und Reserven		Depositen	
	Papier Mill. $	Gold Mill. $	Papier Mill. $	Gold Mill. $
Banco de Chile	63,4	—	143,7	17,3
„ Español	41,3	—	61,5	0,5
„ Italiano	11,3	—	14,9	0,5
„ Edwards	5,0	—	10,4	1,9
„ Aleman Transatlántico	2,1	6,0	35,5	9,1
„ Chile i Alemania . . .	5,6	—	17,3	1,1
„ Germánico.	—	3,3	1,6	0,6
„ Anglo Sud-Americano.	6,1	—	36,2	8,7
„ Londres y Rio de La Plata	2,0	—	4,0	7,1

Diese der ministeriellen Bankstatistik entnommenen Daten zeigen, daß den fremden Banken, wenn wir von dem erst kürzlich gegründeten Banco Germánico absehen, mehr Depositen im Verhältnis zu ihrem Kapital anvertraut worden sind als den nationalen Instituten. Ein großer Teil der Depositen fließt ihnen natürlich aus den Reihen ihrer landsmännischen Kundschaft zu; die größere Hälfte ihrer Depositen stammt aber aus einheimischen Kreisen.

Begreiflicherweise hat diese Tatsache den Konkurrenzneid der nationalen Banken erweckt und periodisch wiederkehrende Preßangriffe veranlaßt, die hauptsächlich mit zwei Argumenten geführt werden.

Das kläglichste dieser Argumente ist die Behauptung, die fremden Banken hätten nichts weiter als ihr Namensschild ins Land gebracht und ihre Tätigkeit sei nichts weiter als Schmarotzertum am nationalen Wirtschaftskörper. Diese Behauptung gründet sich darauf, daß die fremden Banken, die ihr Kapital natürlich nicht in barem Golde, sondern durch Devisenverkauf eingeführt haben, sich den Goldwert dieses Kapitals zu sichern suchen, indem sie den Wechselbetrag, den sie verkaufen, gleichzeitig auf einen späteren Termin zurückkaufen, eine Operation, die sie dann immerfort wiederholen (siehe Kap. VIII, 10). Die South American Bank, die nicht so verfahren hat, ist durch die Valutaentwertung zu starken Abschreibungen gezwungen worden.

Die Kurssicherung verhindert natürlich durchaus nicht, daß die Bankkapitalien der Volkswirtschaft zugute kommen. Sie ist im Gegenteil eine gesunde und zweckmäßige Maßregel.

Ja, man kann noch weiter gehen und sagen: die Kapitalien und Ziehungskredite der fremden Banken kommen der Volkswirtschaft auch dann zugute, wenn sie gar nicht ins Land gezogen werden, sondern für gewöhnlich als Reserven im Auslande bleiben. Sie bilden dann einen unschätzbaren Rückhalt für Zeiten der Krisis.

In welchem Maße die fremden Banken Auslandsgelder verwenden, ergibt sich bis zu einem gewissen Grade aus dem Vergleich der Depositen mit den Ausleihungen und den Kassenbeständen:

Am 31. Dezember 1912

	Depositen		Kasse u. Ausleihungen	
	Papier	Gold	Papier	Gold
Banco Aleman Transatlántico.	35,5	9,1	46,4	11,1
„ Chile y Alemania . . .	17,3	1,1	37,7	1,9
„ Germánico	1,6	0,6	9,9	2,6
„ Anglo Sud-Americano .	36,2	8,7	47,7	8,7
„ Londres y Rio Plata . .	4,0	7,1	10,4	3,8

Das zweite Argument der fremdenfeindlichen Kreise betrifft das Verhältnis zwischen den Depositen und dem Kapital. Daß die Sicherheit der Depositengelder in gewisser Weise von der Größe des verantwortlichen Kapitals abhängt, läßt sich nicht bestreiten. Doch kann keine Rede davon sein, daß in dieser Beziehung bei den fremden Banken ein Mißverhältnis vorliege, zumal hinter ihnen die gewaltige Kapitalmacht der Mutterinstitute schützend steht. Vor allem ist aber zu bedenken, daß für die Sicherheit der Depositen die Größe des Bankkapitals gegenüber dem Charakter der Aktivposten kaum ins Gewicht fällt. Daß diese in ihrer Höhe wie in ihrer Verfallfrist den Passiven entsprechen, daß mit anderen Worten der

Bankstatus liquide sei, darauf kommt im letzten Grunde alles an. Und in dieser Beziehung können die fremden Banken den nationalen nur als Muster dienen.

3. Die goldene Bankregel.

Daß die meisten nationalen Banken gegen den obersten Grundsatz aller Bankleitung, gegen das Prinzip der Liquidität, fort und fort gesündigt haben und immer wieder sündigen, ist nicht nur öffentliches Geheimnis, sondern sogar eine allgemein bekannte und häufig kritisierte Tatsache. Freilich geht das aus den Bankbilanzen nicht hervor. Nach der offiziellen Zusammenstellung ergaben sich am 31. Dezember 1912 als Aktiva und Passiva aller in Chile arbeitenden Banken zusammen die folgenden Zahlen:

	Millionen	Pesos
Aktiva.	Papier	Gold
1. Kasse: Silber	1,7	—
Papiergeld	53,6	—
Gold	—	15,7
2. Schecks und sonstige fällige Verbindlichkeiten anderer Banken	45,8	1,8
3. Vorschüsse und Portefeuille	575,9	48,5
4. Immobilien	33,1	1,1
5. Eigene Effekten	23,8	3,0
6. Fremde Effekten („in Verwahrung und Garantie“)	378,4	28,3
7. Andere Aktiva	83,4	31,3
	1195,7	129,7
Passiva.		
8. Depositen auf Sicht und im Kontokorrent	224,8	32,0
9. Verrechnungsposten der Banken untereinander	14,0	2,1
10. Befristete Depositen	204,9	19,0
11. Kapital	152,2	9,3
12. Reserven	54,2	1,5
13. Fremde Effekten	378,4	28,3
14. Andere Passiva	164,9	39,8
	1193,4	132,0

Die Bankausweise bestehen in der Form, wie wir sie hier — etwas gekürzt — wiedergegeben haben, erst seit dem Gesetz vom 13. Mai 1912, das den Banken für die Bilanzveröffentlichung eine Reihe von Vorschriften macht. Früher hatten die publizierten Bankbilanzen fast gar keinen Wert: Gold- und Papierposten wurden durcheinandergeworfen, die den Banken zur

Aufbewahrung und Verwaltung von der Kundschaft anvertrauten Effekten wurden nicht gesondert aufgeführt usw. Auch heute freilich genügen die Bankausweise noch nicht ganz den Anforderungen, die man zu stellen berechtigt wäre: z. B. tritt nicht vollständig hervor, was die Banken sich gegenseitig schulden, ferner ist z. B. nicht angegeben, wieviel von dem Golde des Banco de Chile in seiner Londoner Filiale ruht. In der obigen Aufstellung gar haben wir die Zahlen für die fälligen und die befristeten Golddepositen aus der Augustbilanz nehmen müssen, da die Dezemberbilanz, so wie das Ministerium sie veröffentlicht hat, nur die Summe der beiden Zahlen wiedergibt. (Diese Summe stimmt mit der Summe der Augustbilanz fast ganz überein.)

Es ist jedenfalls nicht angebracht, eingehende Untersuchungen auf Grund der angeführten Bankausweise anzustellen. Immerhin sieht man, daß den Sichtdepositen von 225 Mill. $ Papier 55 Mill. $ Papier an Kasse gegenübersteht, was an sich kein schlechter Status wäre. Die 30 Mill. $ Papier, die sich die Banken gegenseitig schulden (Posten 2 abzüglich Posten 9) kann man nicht als jederzeit verfügbare Mittel ansehen: Davon sind nämlich 20 Mill. $ Guthaben des Banco de Chile, der — das ist notorisch — diesen Posten keineswegs sofort flüssig machen könnte. Es verbleiben nach Abzug der Kassenbestände 170 Mill. $ Papier Sichtdepositen. Ob nun aber diese Differenz mit sofort realisierbaren Gegenwerten gedeckt ist, und ob sich auch die anderen Schulden der Banken mit gleichfristigen Ausständen die Wage halten, läßt sich nicht ersehen.

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des chilenischen Kreditwesens, daß unter den Aktivgeschäften der Banken die Wechseldiskontierungen nur eine ganz geringe Rolle spielen. Wir haben bereits bei der Betrachtung des Handels gesehen, daß Wechselziehungen auf Grund von Warenlieferungen im allgemeinen ungebräuchlich sind. Der größte Teil der Handelswelt kann also für die von ihr beanspruchten Kredite den Banken kein Wechselmaterial zur Verfügung stellen, und dasselbe gilt von den Produzenten (von den ausländischen Wechseln sehen wir hier ab). Der für den wirtschaftlichen Kreislauf in Europa so wichtige Warenwechsel hat im Getriebe der chilenischen Volkswirtschaft fast gar nichts zu bedeuten.

Eine Erklärung dafür finden wir in dem chilenischen Wechselrecht, das den Bedürfnissen des modernen Verkehrs gegenüber völlig versagt. Schon die Bestimmung, daß ein Wechsel nur von einem Ort auf einen andern gezogen werden darf, verhindert seine größere Verbreitung und zeigt übrigens, daß man sich von seiner Urform nicht hat loslösen können. Freilich läßt sich diese Bestimmung im Geschäftsleben meist

umgehen: etwa so, daß ein Handelshaus eine an einem andern Orte befindliche Filiale mit der Wechselausstellung betraut.

Was der Einbürgerung des Wechsels in Chile aber vor allem im Wege steht, sind die Bedingungen, die an den Protest geknüpft sind. Dieser kann nämlich nur erfolgen, wenn der Schuldner am Fälligkeitstermin sein Akzept persönlich anerkennt. So wenigstens pflegt das Gesetz ausgelegt zu werden. Da sich der Schuldner aber den Blicken seines Gläubigers leicht entziehen kann, so wird die Wechselstrenge illusorisch, wenn der Schuldner an dem kritischen Tage etwa zufällig verreist ist. Der Wechsel wird dann zum gewöhnlichen Schuldschein und begründet nur eine gewöhnliche Forderungsklage. Ja, die Schuld muß erst nachgewiesen werden, so daß der Prozeß oft durch Jahre in die Länge gezogen wird [1].

So kommt es, daß meist von vornherein der einfache Schuldschein (Pagaré, Vale) an die Stelle des Wechsels gesetzt wird, und daß auch die Banken ihre Kredite gegen den Pagaré bewilligen, wenn nicht überhaupt ganz in Blanko. Die Blankokredite werden nun vielfach in Kontokorrentform gewährt (aktives Kontokorrentgeschäft). Gegen diese Bankgeschäfte wäre nicht viel einzuwenden, wenn sie sich auf das kommerzielle und überhaupt auf das kurzfristige Darlehen beschränkten. Leider werden sie aber auch oft dem Kapitalbedarf für Anlage- oder gar für Spekulationszwecke dienstbar gemacht.

Sie stehen dann auf einer Stufe mit einer andern Gattung von Bankgeschäften, die leider große Bedeutung gewonnen haben. Es hat sich nämlich die Unsitte verbreitet, daß die Banken Kontokorrentkredite gegen — hypothekarische Sicherheit gewähren, und also — ein Hohn auf alle gesunden Geschäftsprinzipien! — das Kontokorrentdarlehen die Rolle des Pfandbriefs übernehmen lassen. Natürlich gehört es in solchem Falle zu den schwer realisierbaren Ausständen der Banken. Der Abmachung nach ist es zwar jederzeit kündbar und von da an meist in 30 Tagen rückzahlbar. Aber welcher Grundbesitzer wäre imstande, diese Bedingungen gegebenenfalls zu erfüllen, ist doch das Darlehen in Grundstücken, Gebäuden, Meliorationen investiert, wenn nicht überhaupt, was nicht selten vorkommen dürfte, gänzlich unproduktiv angelegt. Wie viele der täglich fälligen oder kurzfristigen Depositen, die von der Kundschaft zufließen, dieser verwerflichen Form des Aktivgeschäfts zugewandt worden sind, läßt sich nicht sagen.

Selbst als die Banken noch das Recht der Notenausgabe hatten, hat sich die goldene Bankregel kaum der Beachtung erfreut. Im Jahre 1860 wurde die Notenfreiheit proklamiert.

[1] Zwar hat neuerdings der Warenwechsel an Boden gewonnen, aber doch hauptsächlich nur da, wo die kaufmännischen Sitten mehr als das Gesetz für die Einlösung bürgen.

Zahlreiche kleine und große Notenbanken wurden daraufhin gegründet. Natürlich wiederholten sich die schlechten Erfahrungen, die England, die Union und die meisten andern Länder mit dem System der Notenfreiheit gemacht haben, auch in Chile. Der Staat griff dann unter Preisgabe der Metallwährung ein, um den Bankrott der Banken zu verhindern. Er erklärte den Zwangskurs der Noten im Jahre 1878 und dann wieder im Jahre 1898, wie später noch näher auszuführen sein wird.

Wohl selten ist es Mangel an Einsicht, wenn gegen das Prinzip der Liquidität gefehlt wird. Meist werden die sachlichen Erwägungen durch persönliche Abhängigkeiten, durch Vetternwirtschaft und dergleichen in den Hintergrund gedrängt. Im Grunde handeln die Banken dabei ja gegen ihr eigenes Interesse. Was ihnen darüber hinweghilft, ist ein ungesunder Optimismus, der letzten Endes auf Staatshilfe baut. Diese ist in der Tat noch selten ausgeblieben. Man muß auch zugeben, daß es, so wie die Dinge heute liegen, für die einzelne Bank fast unmöglich ist, mit den alten Geschäftspraktiken zu brechen. Die Bank, die damit den Anfang machen wollte, würde natürlich viele ihrer Kunden verlieren. Nur das solidarische Vorgehen aller Kreditinstitute könnte fruchten. An Derartiges ist aber nicht zu denken, jedenfalls nicht, bevor ein neues Bankgesetz den Weg bereitet.

Die Wurzel des Übels liegt aber nicht nur bei der Geschäftsführung der Banken, sondern häufig noch tiefer: in der ganzen Organisation des Wirtschaftslebens. Wie in allen Neuländern ist auch in Chile der Unternehmergewinn sehr hoch. Die Unkosten brauchen daher nicht so genau berechnet zu werden. Das hat zur Folge, daß eine Zinserhöhung die Unternehmungslust kaum zu dämpfen vermag. Die Zinsänderungen, die in Europa das Wirtschaftsleben so gewaltig beeinflussen, vermögen in Ländern wie Chile kaum zu wirken. Was macht es hier aus, ob der Zinssatz 8, 9 oder 10 % ist, wenn der Unternehmergewinn 20 und 30 % beträgt, von den großen Spekulationsgewinnen gar nicht zu reden. Die Banken müssen aus diesem Grunde auf viel schärfere Weise vorgehen; sie müssen in Fällen, wo in Europa einfach die Kreditbedingungen erschwert zu werden brauchen, den Kredit schlechthin versagen. Das ist ein Umstand, der in Chile eine gesunde Bankpolitik sehr erschwert, ohne sie allerdings unmöglich zu machen, wie ja die fremden Banken zeigen (siehe auch Kap. XI).

4. Kapital, Konzentration, Dezentralisation.

Trotz aller Mängel und Fehltritte ihrer Geschäftsleitung sind die Kontokorrentbanken im Laufe der Zeit zu den größten Machtfaktoren im Wirtschaftsleben geworden. Waren noch

vor ein bis zwei Jahrzehnten die großen Handelshäuser die Großmächte der Volkswirtschaft, so sind es heute die Banken. Das ist zwar nicht so zu verstehen, als ob die Banken den Handel niedergerungen hätten, wenngleich sie zur Verkürzung der kommerziellen Kette in der Tat etwas beigetragen haben, sondern so, daß sie durch die Förderung des Kapitalverkehrs den wirtschaftlichen Organismus mehr beherrschen, als die großen Handelshäuser.

Die kreditmäßige Durchdringung der Volkswirtschaft ist in Chile außerordentlich weit fortgeschritten, vielleicht ebenso weit, wenn nicht weiter als in Deutschland. Der Vergleich der Bankkapitalien bestärkt uns in dieser Behauptung. Im chilenischen Bankgewerbe sind mehr als 200 Millionen Pesos Papier in Kapital und Reserven investiert. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß allein die Deutsche Bank über mehr als 300 Mill. Mark Kapital und Reserven verfügt, so erscheint jene Zahl, absolut genommen, gering. Im Verhältnis zum Volksvermögen ist sie aber sehr groß. Während in Deutschland die Bankkapitalien 1 % des Volksvermögens ausmachen mögen, betragen sie in Chile 1½—2 %. Wir nehmen an, daß das in Chile werbende Vermögen 10—12 Milliarden Mark beträgt.

Eine Konzentration, wie sie der Entwicklung des europäischen Bankgewerbes eigentümlich ist: die Aufsaugung der kleinen Banken durch die großen und das Zusammentreten der großen zu Rieseninstituten, dabei eine Betriebsvergrößerung der Banken in sich, derartiges läßt sich in Chile noch wenig beobachten. Gewiß, das Kapital einzelner Banken hat stark zugenommen, und zwar nicht nur nominell entsprechend der Valutaentwertung. Auch ist gerade die größte der chilenischen Banken, der Banco de Chile, durch die Fusion dreier Banken entstanden. Dafür hat sich aber anderseits der frühere Banco Español y Italiano in zwei Institute gespalten; auch haben sich eine Reihe kleiner und winziger Banken neben den großen erhalten und in der letzten Zeit sogar neugebildet.

Konzentrations- und Dezentralisationstendenz scheinen sich zu bekämpfen.

Die zentrifugalen Kräfte im Bankgewerbe schöpfen ihre Nahrung aus der Dezentralisation des chilenischen Wirtschaftslebens überhaupt, die eine Folge der Längenausdehnung des Landes ist. Man hat es oft ausgesprochen, daß der Süden Chiles ein Staat, ein Volk, eine Wirtschaftseinheit für sich sei. Und auch der Salpeterdistrikt im Norden führt in gewisser Weise ein Sonderleben für sich.

Anderseits machen sich, wie es in der Natur aller kapitalistischen Entwicklung liegt, zentripetale Kräfte geltend: die großen Banken befolgen eine ausgesprochene Politik der Filialengründungen. Sie haben ein großes Netz über das Land ge-

zogen, und dauernd sind sie an der Arbeit, es zu vergrößern. Sie entfalten sich so immer mehr zu Staat und Wirtschaft umspannenden Gewalten. Der Banco de Chile hat schon in den 70er Jahren mit der Gründung von Zweiganstalten begonnen. In fieberhafter Ungeduld ist er auf diesem Wege fortgeschritten. Der Banco Español hat ihm das eifersüchtig nachgemacht. Und auch die andern Banken sind, wenn auch langsamer, dem Beispiele gefolgt.

Der Banco de Chile gebietet heute über mehr als 40 Bankstellen, der Banco Español hat deren mehr als 30 und der Banco Aleman Transatlántico mehr als 10.

Erfolgreich machen die Filialen vielfach den Lokalbanken Konkurrenz, ohne ihnen jedoch den Boden abgraben zu können. Diese haben vielmehr zum Teil das Tun der Großen im kleinen nachgeahmt und sich selber weiter verästelt. Der Banco de Talca z. B. verfügt heute über vier oder fünf Filialen.

5. Die Hypothekenkasse; ihre Verfassung.

Die Caja de Crédito Hipotecario wurde durch Gesetz vom Jahre 1855 geschaffen. Sie ist also eine staatliche Schöpfung. Dabei ist sie aber keine eigentliche Staatsanstalt. Ihre Verfassung ist vielmehr ein Gemisch staatlicher und privater Elemente. Staatlicher Natur ist die Kasse nur insofern, als die höheren Beamten von Staats wegen ernannt werden und ein gewisses staatliches Aufsichtsrecht besteht. Die Beamten sind jedoch nicht der Staatsgewalt unterstellt. Auch haftet der Fiskus nicht für die Schulden der Kasse. Die Kasse ist dabei keine Aktiengesellschaft wie der Crédit Foncier oder die deutschen Hypothekenbanken. Wie die preußischen Landschaften hat sie keinerlei Erwerbscharakter; sie hat kein Kapital, das zins- oder dividendenberechtigt wäre. Die Verwaltungskosten werden durch Kommissionsgebühren der Schuldner bestritten. Man dürfte die Hypothekenkasse aber trotzdem nicht als eine Genossenschaft bezeichnen. Von einer Solidarhaft der Schuldner ist keine Rede.

Das oberste Organ der Kasse ist der Verwaltungsrat (Consejo). Dieser besteht aus sechs Mitgliedern, nämlich aus einem präsidierenden Direktor, einem juristischen Sachverständigen (Fiscal), die beide besoldete und dauernd angestellte Beamte sind, und ferner aus vier Räten (Consejeros), die ihr Amt unentgeltlich und nur für zwei Jahre zu versehen haben. Direktor und Fiscal werden vom Präsidenten der Republik ernannt, zwei der Consejeros vom Senat und zwei von der Deputiertenkammer. Jede Kammer ist dabei an die Bedingung gebunden, den einen der Consejeros aus dem Kreise der größten Debitoren der Kasse zu wählen.

Der Verwaltungsrat tritt wöchentlich mindestens einmal zusammen. Er gibt nicht nur allgemeine Anweisungen für die Geschäftsleitung, sondern entscheidet auch über viele Einzelheiten, insbesondere über jede Kreditgewährung, wie er denn überhaupt alles und jedes zur Entscheidung an sich reißen kann.

Die Ausführung der Geschäfte besorgt ein Beamtenkörper, der aus dem Direktor, dem Fiscal, drei weiteren vom Staatspräsidenten zu ernennenden und 36 vom Direktor anzustellenden Beamten besteht.

Im Gegensatz zu den Kontokorrentbanken, die an kein Prinzip der Arbeitsteilung gebunden sind, ist die Hypothekenkasse auf zwei Funktionen beschränkt: auf die Gewährung von halbjährlich amortisierbaren, langfristigen Darlehen und auf die Ausgabe von Pfandbriefen.

Die Darlehnsgewährung ist an folgende Hauptbedingungen geknüpft:

1. Immobilien unter einem bestimmten Wert dürfen nicht beliehen werden. Lange Zeit belieh man keine Grundstücke unter 20 000 $ Wert. Im Jahre 1892 wurde diese Grenze auf 5000 $ herabgesetzt. Man machte aber damit sehr schlechte Erfahrungen; wenn man auch kaum Verluste davontrug, so wurden doch infolge häufiger Zahlungsunfähigkeit der kleinen Grundbesitzer viele Zwangsvollstreckungen nötig. Im Jahre 1895 kehrte man daher zu der alten Untergrenze zurück. Leider hat man sie im Jahre 1910 wieder auf 10 000 $ heruntergesetzt.

2. Immobilien, deren Ertrag zur Zahlung der Zinsen und der Amortisation nicht ausreicht, sollen trotz etwaigen hohen Marktwerts im allgemeinen nicht beliehen werden.

3. Auch auf Immobilien, die durch Erdbeben, Wasser usw. gefährdet sind, soll kein Darlehn gewährt werden. Gebäude müssen natürlich gegen Feuerschaden versichert sein.

4. Bei nachträglicher Entwertung der beliehenen Grundstücke kann die Kasse sofortige Rückzahlung des Darlehns oder erhöhte Garantie verlangen.

5. In der Regel ist nur auf erste Hypothek zu leihen.

6. Die Darlehen dürfen die Hälfte des Immobilienwertes nicht überschreiten. Dies ist die vom Gesetz gezogene Beleihungsgrenze. Nach den heute herrschenden Verwaltungsgrundsätzen liegt diese Grenze jedoch tiefer. Ländliche Grundstücke sollen hiernach je nach Lage und Art (Bewässerung, Anbau usw.) nur bis zu einem Viertel oder einem Drittel oder bis zu 40 % ihres Werts, nie aber darüber hinaus beliehen werden. Darlehen auf städtische Immobilien sollen den Wert des Bodens nicht überschreiten, wie hoch der Wert der Gebäude auch sei.

7. Für die Feststellung des Bodenwerts kommen verschiedene Methoden zur Anwendung. Bei ländlichen Grund-

stücken dienen die Katasterergebnisse als Grundlage: Der ermittelte Grundstücksertrag wird mit 5 % kapitalisiert. Dieser Zinsfuß reicht an den landesüblichen so wenig heran, daß sich viel zu hohe Bewertungsziffern ergeben würden, wenn die bei der Steuerveranlagung ermittelte Ertragshöhe nicht durchweg weit hinter der Wirklichkeit zurückbliebe und so den nötigen Ausgleich herbeiführte. Ja, der Eigentümer ländlicher Grundstücke wird häufig — und das Recht dazu ist ihm ausdrücklich vom Gesetz eingeräumt worden — ihren Wert auf dieselbe Weise ermitteln lassen, wie es bei städtischen Grundstücken geschieht. Deren Wert wird durch Taxation festgestellt, die bestimmten Vorschriften gemäß von Sachverständigen vorgenommen wird, welche der Verwaltungsrat ernennt. Gerichtliche Taxen der letzten fünf Jahre können unter Umständen dies Verfahren ersetzen.

Die Darlehen werden nicht bar ausgezahlt, sondern in Form von Pfandbriefen (Letras de Crédito oder Bonos hipotecarios genannt), die in Nominalbeträgen von 100, 200, 500 und 1000 Pesos ausgegeben werden. Sie lauten entweder auf den Inhaber oder sind indossierbare Namenspapiere.

Die Kasse hat je nach der Konjunktur und der jeweiligen Höhe des Zinsfußes Pfandbriefe von 5, 6, 7 und 8 % ausgegeben. Die Amortisation beträgt 1 oder 2 % pro Jahr. Die zurückzuzahlenden Pfandbriefe werden ausgelost. Neben dem ordentlichen Amortisationsdienst ist auch außerordentliche Tilgung erlaubt, kann doch der Schuldner jederzeit die volle Höhe seiner Schuld abtragen, und zwar, indem er Pfandbriefe auf dem Markte kauft und sie der Kasse einliefert, oder auch, indem er sein Darlehen bar zurückzahlt, in welchem Falle eine entsprechende Anzahl von Pfandbriefen ausgelost wird. Von dem Kurse der Pfandbriefe wird es abhängen, ob er das eine oder das andere tut.

Die Pünktlichkeit des Zinsen- und Amortisationsdienstes wird durch strenge Bestimmungen gegen Säumnis der Schuldner (Verzugszinsen von 2 % pro Monat, Zwangsverwaltung, Zwangsversteigerung) unterstützt und bis zu einem gewissen Grade durch einen Reservefonds garantiert. Dieser betrug am 31. Dezember 1910: 6,9 Mill. $. Er entsteht aus den Kommissionsgebühren und den Verzugszinsen der Schuldner und vermehrt sich überdies durch eigene Verzinsung. Im Jahre 1887 wurde die Kommission der Schuldner ganz aufgehoben und erst im Jahre 1910 wieder eingeführt. Sie beträgt seitdem ¼ % der Pfandbriefausgabe.

6. Die Hypothekenkasse; ihre Wirksamkeit.

Die Kasse hat unter verschiedenen schweren landwirtschaftlichen Depressionen und Krisen zu leiden gehabt. Die

erste herrschte in den Jahren 1861—1866. Damals blieben so viele Schuldner mit ihren Zahlungen im Rückstande, daß der angesammelte Reservefonds vollständig preisgegeben werden mußte. Ja, der Staat glaubte der Kasse damals mit einem Depositum von 100 000 $ beispringen zu müssen; allerdings wurde es schließlich doch nicht nötig, dieses anzugreifen.

Das Kriegsjahr 1879 bereitete der Kasse neue Verlegenheiten, und die Pfandbriefe erlitten einen starken Kurssturz. Doch stellten die Waffenerfolge das Gleichgewicht bald wieder her.

Ende der 90 er Jahre begannen wiederum schlechte Zeiten für die Kasse. In den 12 Jahren 1898—1909 büßte der Reservefonds 1,1 Mill. $ ein. Wie folgende Tabelle zeigt, ist er trotzdem und obwohl, wie wir erwähnten, auch die Kommission der Schuldner wegfiel, gewachsen; dabei hat er sich aber im Verhältnis zur Pfandbriefausgabe wesentlich verringert:

Ende des Jahres	Pfandbrief-ausgabe Mill. $	Reserve-fonds Mill. $	Verhältnis zwischen beiden %
1868	4,0	0,05	1,2
1879	16,8	0,8	5,0
1889	30,7	2,3	7,3
1899	89,2	4,3	4,8
1909	182,2	6,8	3,8
1910	205,1	6,9	3,4

Die relative Verringerung des Reservefonds will nicht viel besagen, fällt jedenfalls nicht ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß die Kasse allezeit ihren Verpflichtungen vollauf nachgekommen ist, und daß sie sich über ein halbes Jahrhundert vortrefflich bewährt hat. Man ist heute berechtigt, sie ein wirtschaftspolitisches Kunstwerk zu nennen.

Der ausgezeichnete Volkswirt und Staatsmann Antonio Varas (Ministerpräsident unter Manuel Montt, gestorben 1886) hat sie nach dem Vorbilde der europäischen Bodenkreditinstitute geschaffen. Er hat dabei aber nicht den Fehler begangen, in den bekanntlich die südamerikanischen Gesetzgeber nur zu häufig verfallen sind: europäische Institutionen gedankenlos zu übernehmen, wie billige Fabrikware, ohne zu prüfen, ob sie in die andersartigen Verhältnisse passen. Varas hat die Erfahrungen des Auslandes zwar verwertet, darauf dann aber ein eigenes System gegründet, das auf den ersten Blick allerdings gekünstelt erscheint, jedoch, wie der Erfolg beweist, innere Berechtigung hat.

Es sind hauptsächlich drei Vorzüge in der Verfassung der Hypothekenkasse, denen sie ihre Erfolge zu verdanken hat. In erster Linie ist es die Beschränkung auf den hypothekarischen

Kredit und die Pfandbriefausgabe. Daß die Kasse so streng an das Prinzip der Arbeitsteilung gebunden ist, hat sie davor bewahrt, das Beispiel der nationalen Kontokorrentbanken nachzuahmen und die goldene Bankregel zu mißachten. Das Fernhalten des kapitalistischen Erwerbsinteresses und somit aller Dividendenpolitik hat sie ferner vor den Gefahren geschützt, denen all die Bodenkreditinstitute ausgesetzt sind, die die Form der Aktiengesellschaft haben. Eine gedeihliche Arbeit der Kasse ist ferner dadurch gewährleistet worden, daß ihre Verfassung dem Staatseinfluß gewisse Grenzen zieht. Die korrupte Parlamentsherrschaft, so wie sie sich in den letzten Jahrzehnten leider herausgebildet hat, hat auf manche Gebiete des Wirtschaftslebens unheilvoll genug eingewirkt, dabei aber die Kasse nicht berühren können. Man kann sagen, daß diese vor parteipolitischen Machenschaften ziemlich sichergestellt worden ist. Wenn auch im Parlament die Großgrundbesitzer herrschen, die an und für sich das größte Interesse daran haben, der Kasse einen möglichst hohen Grad von Kreditwürdigkeit zu verschaffen und zu bewahren, so ist es trotzdem gut, daß das Institut ihrem Einfluß nicht ganz ausgeliefert ist. Denn man weiß ja, wie leicht unverantwortliche Majoritäten augenblicklichen Vorteilen zuliebe dauernde Interessen preisgeben.

Der Hypothekenkasse ist nun noch weiteres zustatten gekommen, und zwar mehr als alles andere wohl der Umstand, daß ihr Urheber in den ersten Jahren ihres Bestehens auch ihr Leiter war. Varas hat das Werk, dessen Grundriß er entworfen hatte, selber ausbauen können. Wer bedenkt, wie oft gerade in Ländern mit einer wenig gefestigten Bureaukratie das beste Gesetz umgangen oder gar mit Füßen getreten wird, weiß auch, wie wertvoll es war, daß in diesem Falle Legislative und Exekutive in einer Person vereinigt war. Es kommt hinzu, daß Varas der Mann war, den Posten, den er so lange ausgefüllt hat, auf eine Höhe zu heben, die ihn der Korruption unerreichbar macht.

Es ist schließlich noch eine außerhalb alles persönlichen Verdienstes liegende Tatsache zu erwähnen, die dem Wirken der Kasse sehr förderlich gewesen ist: das ist das Steigen der Grundstückspreise, das durch die verkehrswirtschaftliche Entwicklung, durch die Bevölkerungszunahme und durch die Valutaentwertung hervorgerufen worden ist.

Nach alledem zu urteilen, gehören die Pfandbriefe der Hypothekenkasse zu den sichersten Anlagemöglichkeiten im Lande. Ja, man muß sie für sicherer halten als die Staatspapiere. Denn diese können sowohl durch wirtschaftliche als auch durch politische Katastrophen unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen werden, jene aber unmittelbar nur durch wirtschaftliche Krisen und Depressionen.

Entsprechend der kapitalistischen Entwicklung haben die

Pfandbriefe einen wachsend aufnahmefähigen Markt im Lande gefunden, zumal der Gesetzgeber darauf verschiedentlich hingearbeitet hat. Die politisch so einflußreichen Grundbesitzer haben es verstanden, den Fiskus für diesen Zweck wirken zu lassen. Für den Schuldner ist es ja barer Gewinn, wenn er in dem Zeitpunkt, wo er sein Darlehen flüssig machen, d. h. seine Pfandbriefe verkaufen will, einen besonders hohen Preis dafür erhält. Das ist der Hauptgrund, weswegen dem Fiskus des öfteren der Ankauf von Pfandbriefen auferlegt worden ist. Auf dem Effektenmarkte stehen die achtprozentigen Pfandbriefe meist über Pari, die fünf-, sechs- und siebenprozentigen meist darunter, so daß die Grundbesitzer ihr Darlehen gewöhnlich zu 7—8 % erhalten. Dadurch aber, daß der Staat als Käufer auf den Markt gedrängt wurde, haben gelegentlich sogar die sechsprozentigen Pfandbriefe das Pari erreichen können. Ende 1911 waren in Pfandbriefen etwa 60 Mill. $ Staatsgelder investiert (und zwar 22 Mill. als Sicherheit für eine fundierte innere Schuld, 33 Mill. als Aktivum des Konversionsfonds und 5 Mill. als Garantiefonds der Caja de Crédito Salitrero). —

Wir haben bisher eine große Gefahr verschwiegen, der die auf Papierwährung lautenden Pfandbriefe ausgesetzt sind: die Valutaschwankungen. Nicht nur eine Valutaentwertung schädigt die Pfandbriefinhaber, auch durch einen steigenden Valutawert können sie Verluste erleiden. Zwar würde ein solches Steigen für sie zunächst von Vorteil sein, aber schließlich könnte es zur Zahlungsunfähigkeit vieler Schuldner und also mittelbar auch zur Schädigung der Gläubiger führen. Freilich dürfte dieser Fall kaum je zur Wirklichkeit werden. Dafür ist der andere Fall, die Valutaentwertung, um so schärfer hervorgetreten. (Das Nähere siehe Kap. IX.)

Begreiflicherweise hat sich aus diesem Grunde das ausländische Kapital von den chilenischen Pfandbriefen ferngehalten. Um nun darin Abhilfe zu schaffen, ging die Kasse im Jahre 1910 dazu über, auf Frankenwährung lautende Pfandbriefe auszugeben. Es wurden damals 25 Mill. Francs fünfprozentiger Papiere von einer französischen Finanzgruppe übernommen und zu einem Kurse von 496,50 für 500 Francs in Paris aufgelegt. Um diese Goldpfandbriefe ausgeben zu können, hat die Kasse Hypothendarlehen in entsprechender Menge auf die Goldbasis gebracht. Liefen nunmehr die Schuldner — statt wie bisher die Gläubiger — das Risiko der Valutaentwertung, so wurde ihnen dafür der Vorteil geboten, nur 5½ % Zinsen zahlen zu müssen. Man darf sich allerdings nicht verhehlen, daß der Gläubiger das Risiko insofern mitträgt, als der Schuldner durch eine große Entwertung des Papiergeldes zahlungsunfähig werden könnte.

Im Jahre 1912 hat man 48 Mill. Mark fünfprozentiger Goldpfandbriefe zu einem Kurse von 96¼ in Deutschland untergebracht. Diese Pfandbriefe sind aber statt durch Goldhypotheken durch Papierhypotheken gedeckt. Das Risiko der Valutaentwertung hat der Staat auf sich genommen: er verpflichtet sich, der Kasse die Verluste zu ersetzen, die sich aus etwaigem Rückgange des Wechselkurses ergeben. Diese sonderbare Opferbereitschaft wird nur dadurch gerechtfertigt, daß es sich um fiskalische Pfandbriefe handelte, d. h. um solche, die der Staat gekauft hatte, und die er dann ans Ausland weiter veräußerte, zu welchem Zwecke er sie in Goldforderungen verwandeln mußte, wobei es natürlich nicht angängig war, das Risiko der Valutaentwertung der Kasse oder den Schuldnern aufzubürden.

Am 31. Dezember 1911 betrug der Pfandbriefumlauf der Hypothekenkasse:

218,3 Mill. Pesos Papier,
40,0 „ Francs,
0,184 Mill. Pfund Sterling.

7. Die Hypothekenbanken.

Das Gesetz, das die Hypothekenkasse schuf, erlaubt ausdrücklich, neben ihr Hypothekenbanken in Form der Aktiengesellschaft oder der Genossenschaft zu gründen. Diese sind aber nicht an all die Bestimmungen gebunden, die sich auf die Hypothekenkasse beziehen. Soweit sie als Aktiengesellschaften errichtet werden, unterliegen ihre Statuten nach dem herrschenden Aktienrecht der staatlichen Genehmigung. Sie haben sich einen Verwaltungsrat zu wählen, auf dessen Vorschlag hin der Staatspräsident den Direktor ernennt.

Trotz der gesetzlichen Erlaubnis ist in Chile kein Bodenkreditinstitut genossenschaftlicher Art entstanden; alle Hypothekenbanken haben die Form der Aktiengesellschaft gewählt. Die erste wurde im Jahre 1865 gegründet. Im ganzen sind deren dreizehn ins Leben getreten, und zwar sieben als Abteilungen von Kontokorrentbanken und sechs als selbständige Institute. Die meisten sind im Laufe der Zeit wieder eingegangen.

Heute kommen nur die drei folgenden in Betracht:

	Am 31. Dezember 1911 Eingezahltes Kapital [1] Mill. $	Reserven Mill. $	Pfandbriefumlauf Mill. $
Banco Hipotecario de Chile . . .	6,0	1,5	93,6
„ Hipotecario de Valparaiso	2,0	0,2	8,9
„ Garantizador de Valores .	0,3	1,5	33,7

Die Pfandbriefe des Banco Hipotecario de Chile sind wie

[1] Das gezeichnete Kapital beträgt beim Banco Garantizador de Valores 1,8 Mill. $, bei den andern stimmt er mit dem eingezahlten überein.

die der Hypothekenkasse mündelsichere Wertpapiere. Ihr Börsenkurs steht meist nur ein wenig tiefer als der Kurs der Pfandbriefe der Hypothekenkasse.

8. Die Sparkassen.

Das Sparkassenwesen ist in Chile sehr spät zur Blüte gekommen. Ein gesetzgeberischer Versuch zur Begründung von Sparkassen, der im Jahre 1861 gemacht wurde, schlug vollständig fehl, und noch im Jahre 1878 konnte Cruchaga darüber klagen, daß bisher nichts Ernstliches geschehen wäre, um diese Institutionen, „die in Ländern höherer Zivilisation eine Hauptquelle des Fortschritts seien", auf Chile zu übertragen.

Erst im Jahre 1884 wurde eine Sparkasse errichtet: die Caja de Ahorros de Santiago. Ihre Wirksamkeit war aber auf die Hauptstadt beschränkt und überhaupt nicht sehr bedeutend. So fiel die Pflege des Sparkassenwesens zunächst den Kontokorrentbanken zu, die diesen Geschäftszweig trefflich zu organisieren wußten. Doch kam das fast nur den mittleren Klassen der Bevölkerung zugute; die Spartätigkeit der unteren Schichten wurde kaum davon berührt [1].

Mit dem Beginn dieses Jahrhunderts wurde das aber anders. Über das ganze Gebiet der Republik hin hat man in den letzten Jahren Sparkassen errichtet:

im Jahre 1901 in Valparaiso,
1904 „ Iquique und Concepcion,
1905 „ Talca und Chillan,
1906 „ Antofagasta und Valdivia,
1907 „ La Serena, Curicó und Temuco,
1910 „ Tacna und San Felipe.

Diese 12 Kassen mit ihren 70—80 Agenturen bilden zusammen die Caja Nacional de Ahorros; die Sparkasse von Santiago steht für sich. Aber auch sie ist so gut wie die andern dem Verwaltungsrat der Hypothekenkasse unterstellt.

Die Sparkassen sind somit in demselben Sinne halbstaatliche Anstalten wie die Hypothekenkasse. Jedoch werden sie dabei noch besonders vom Staate subventioniert.

Die Spargelder werden in den Pfandbriefen der Hypothekenkasse angelegt, was bei der Solidität dieser Papiere durchaus zweckmäßig ist. Für die laufenden Zahlungsverpflichtungen ruhen an die 15 % der Depositen bei andern Banken als täglich verfügbare Forderungen. Kapital und Reserven sind gering.

[1] Dasselbe gilt von der 1858 gegründeten Caja de Ahorros de Empleados Públicos, die wir nur anmerkungsweise erwähnen, weil sie nicht zum öffentlichen Sparkassenwesen gehört. Depositen werden nur von Staatsbeamten entgegengenommen; und zwar nur in beschränktem Maße. Der Gesamtbetrag der Einlagen war am 31. Dezember 1911: 4,4 Mill. $. Zeitweise sind weit über 10 % Zinsen vergütet worden. Ähnlicher Art ist die Sparkasse der Eisenbahner, die Ende 1911 0,4 Mill. $ Depositen aufzuweisen hatte.

Folgende Zahlen beziehen sich auf den 31. Dezember 1911:

Caja Nacional de Ahorros.

Passiva:	Mill. $	Aktiva:	Mill. $
Reservefonds	1,3	Pfandbriefe	21,6
Spareinlagen	26,5	Guthaben bei and. Banken	4,8
Sonstiges	0,9	Kasse und Sonstiges. . .	2,3
	28,7		28,7

Caja de Ahorros de Santiago:

Passiva:	Mill. $	Aktiva:	Mill. $
Kapital und Reserven. .	1,2	Pfandbriefe	15,0
Spareinlagen	19,6	Guthaben bei and. Banken	2,4
Sonstiges	1,9	Kasse und Sonstiges . . .	5,3
	22,7		22,7

Die Sparkassen vergüten 5 % für täglich fällige Depositen und 6 % für befristete.

Obwohl das Beamtenpersonal meist ohne Vorbildung an seine Aufgaben herangetreten ist — einer der tüchtigsten Direktoren war vorher Landwirt und nichts anderes — hat sich die Institution bewährt. Der Wetteifer der Kassen untereinander und der Ehrgeiz der Beamten, die keinerlei Vergütung im Verhältnis zum Umsatz oder zum Gewinn, sondern nur Gehalt bekommen, scheinen neben guter Überwachung ihrer Tätigkeit die Hauptgründe des Erfolgs gewesen zu sein. Eine rührige Werbearbeit nach dem Muster etwa der Heilsarmee hat Wunder gewirkt. Der Kreis der Sparer hat sich erweitert. Allerdings sind darunter noch wenig Lohnarbeiter, sondern mehr Beamte, Handwerker, Angestellte. Unteroffiziere und Polizisten sind verpflichtet, einen Teil ihres Soldes zur Sparkasse zu tragen. Von den unteren Klassen finden wir weit mehr Frauen als Männer unter den Deponenten, besonders Wäscherinnen, Näherinnen und Dienstmädchen.

Das rasche Anwachsen der Depositen der Sparkassen wird zum Teil durch den Rückgang der Spareinlagen bei den Kontokorrentbanken aufgewogen. Die folgenden Zahlen sind also keineswegs ein reiner Ausdruck für die Zunahme der Spartätigkeit:

Depositen am 31. Dezember 1901:	3,6	Mill. $
1906:	14,8	„
1910:	33,0	„
1911:	46,1	„

Immerhin sind das verheißungsvolle Ziffern. Allerdings, sie müßten zwanzigmal so groß sein, um — im Verhältnis zur Bevölkerung — den Betrag der deutschen Spargelder zu erreichen, die sich auf über 15 Milliarden belaufen.

Achtes Kapitel.

Das Börsenwesen, insbesondere der Devisenmarkt.

1. Allgemeines.

Für keinen Zweig des Warenhandels besteht in Chile ein beherrschendes Zentralorgan in der Form einer Börse. Nur der Kapitalmarkt verfügt über eine börsenmäßige Organisation. Es gibt in Chile drei Effektenbörsen: eine in Santiago und zwei in Valparaiso. In Santiago geht vorwiegend der Umsatz der Hypothekenpfandbriefe und der meisten Bergwerks- sowie vieler Salpeteraktien vor sich. Überhaupt vollzieht sich dort wohl der größte Teil des Effektenhandels. Dafür konzentriert sich in Valparaiso der ganze so außerordentlich wichtige Devisenhandel.

Von den beiden Börsen Valparaisos kommt die eine, der Centro de Corredores, gegenüber der andern, der Bolsa de Corredores, gar nicht in Betracht. Der Centro de Corredores verdankt dem Spekulationsfieber der Jahre 1905/06 seine Entstehung und fristet heute nur das kümmerliche Dasein einer Winkelbörse. Die Bolsa de Corredores hat sich im Anfang der 90er Jahre gebildet, wenigstens stammen die ältesten Stücke ihres Archivs aus dieser Zeit. Anfänglich diente sie nur dem Devisenhandel; später ist dann das Effektengeschäft dazu getreten.

2. Die Organisation der Bolsa de Corredores zu Valparaiso.

Die Bolsa de Corredores ist, wie schon ihr Name andeutet, eine geschlossene Vereinigung von Maklern. Rechtlich hat sie die Form einer Aktiengesellschaft; und zwar seit dem Jahre 1905; vorher hatte sie keine Korporationsrechte. Als ordentliche Mitglieder mit dem Rechte, Maklergeschäfte zu betreiben, gelten nur die Aktionäre. Das Aktienkapital beträgt 325 000 $. Es ist in Aktien von je 5000 $ eingeteilt, so daß die Zahl der ordentlichen Mitglieder auf 65 beschränkt ist. Wenn eine Aktie mehreren gehört, so darf jeweilig nur einer der Eigentümer als Makler auftreten.

Anfang Juni 1912 wurden für eine der Börsenaktien 96 000 $ gezahlt, Ende Oktober 1912 sogar 140 000 $. Die Bolsa de

Corredores hat also — wie z. B. die Londoner und die Newyorker Börse — plutokratischen Charakter.

Sie ist, wie jede andere Aktiengesellschaft, privater Natur. Ihre Statuten haben dem chilenischen Aktienrecht zufolge staatlicher Genehmigung unterlegen. Aber darüber hinaus hat sich der Staat aller Einmischung enthalten. Sie wird autonom verwaltet und zwar von einem jährlich neuzuwählenden Direktorium, das ähnlich weitgehende administrative und disziplinarische Befugnisse hat wie der Vorstand der Newyorker oder der Londoner Börse.

Ihre Haupteigentümlichkeit ist, daß in ihren Räumen als handelnde Personen nur die Makler auftreten. Die Statuten enthalten zwar Bestimmungen über die Zulassung anderer Personen zum Börsenbesuch, das hat aber praktisch keine Bedeutung. Zur Zeit der Rueda (d. h. Rad, Börsenzirkel), um 11 und um 2½ Uhr, versammeln sich die Makler, um über die Aufträge zu verhandeln, die ihnen das Publikum gegeben hat. Dieses verschmäht es seinerseits, die Börsenräume zu betreten; es läßt die Makler an sich herankommen, die Aufträge sammelnd von Kontor zu Kontor wandern.

Die Bolsa de Corredores würde kaum den Namen einer Börse verdienen, wenn nicht die Makler selber in hohem Grade Eigenhandel betrieben und wenn man nicht in gewisser Weise als ihre Kulisse den freien Markt betrachten könnte. Hier, d. h. auf der Straße oder in den Banken, wickelt sich bei weitem der größte Teil des Devisen- und Effektenhandels ab, gibt es doch auch manche Makler, die keiner Börse angehören, und suchen doch auch die Börsenmakler selber Angebot und Nachfrage möglichst außerhalb der Börse und ohne Hinzuziehung eines Kollegen zusammenzuführen, um zu vermeiden, daß sie die Kurtage mit ihm teilen.

Die Börsentätigkeit ist also nur schwach zentralisiert. Das hat vor allem einen großen Übelstand zur Folge: den Mangel einer einheitlichen Preisbildung. Die offiziellen Kurse, d. h. die, zu denen die Geschäfte in der eigentlichen Börsenversammlung abgeschlossen werden — sie werden alle zugleich mit dem Betrag des Umsatzes notiert und veröffentlicht — haben zwar eine gewisse Autorität, sie bilden aber doch nur mehr die Ausgangspunkte für die andern Transaktionen und sagen daher nur wenig über die ganze Marktgestaltung.

Mit der Dezentralisation des Börsenwesens erklären sich bis zu einem gewissen Grade auch die Auswüchse der Spekulation, die besonders in den Zeiten der Hausse immer wieder hervortreten. Denn überall in der Welt hat sich gezeigt, daß da, wo die Börse noch nicht zu Organisationsformen gelangt ist, die durch Gesetz und Sitte gefestigt sind, die gefährlichsten und widerwärtigsten Erscheinungen korrupter Geldwirtschaft an dieser Stelle des Wirtschaftskörpers hervorzubrechen streben.

Immerhin ist die Organisation des Börsenwesens schon so weit erstarkt, daß es vor wenigen Jahren gelungen ist, eine Geschäftsform zu beseitigen, die eine wahre Anarchie der Börsentätigkeit hervorrief: das sogenannte Exijible- und Entregable-Geschäft, ein Zeitgeschäft, bei dem bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Käufer oder der Verkäufer oder beide Parteien das Recht haben, jederzeit Erfüllung zu verlangen. Dies Geschäft (Geschäft per ultimo täglich), das auf der Warenbörse seine Berechtigung hat, diente auf dem Effektenmarkt nur der spielermäßigen Spekulation und führte zu übermäßigen Preisschwankungen und Störungen des Geldmarkts. Der Börse ist es nun gelungen, an seine Stelle das Termingeschäft mit festen Lieferungsterminen zu setzen, was einen großen volkswirtschaftlichen Fortschritt darstellt.

Wir sehen also, daß das Börsenwesen Chiles — die Börse von Santiago, die wohl schon seit mehreren Jahrzehnten besteht, unterscheidet sich von derjenigen in Valparaiso nur in unwesentlichen Punkten — an das europäische in Form und Technik durchaus heranreicht. Freilich beteiligen sich die chilenischen Börsen noch nicht am internationalen Arbitragegeschäft, wie sie denn überhaupt keine Beziehungen zu den Weltbörsen unterhalten. Wiewohl sie sich also der Weltwirtschaft noch nicht angegliedert haben, sind sie doch schon lebenswichtige Organe der Volkswirtschaft geworden.

3. Das Effektenmaterial.

Ein sehr großer Teil des im Lande arbeitenden Kapitals hat die Aktienform. Im Jahrzehnt 1900—1909 sind (nach Galdámes: Jeografia Económica de Chile, S. 286) über 700 Aktiengesellschaften ins Leben getreten. Davon sind freilich über 100 wieder eingegangen, so daß im Jahre 1909 nur 595 davon noch bestanden. Diese verteilten sich auf die einzelnen Gewerbszweige wie folgt:

Goldproduktion	28
Kohlenbergbau	11
Zinnbergbau	12
Salpeterindustrie	43
Sonstiger Bergbau	115
Metallverhüttung	13
Banken, Versicherung usw.	53
Elektrizitätswerke	19
Beleuchtungsgewerbe	8
Transportgewerbe	44
Viehzucht	41
Holzindustrie	12
Sonstiges	196

Als nominelles Kapital der in den Jahren 1900—1909 gegründeten Gesellschaften wird etwa 1 Milliarde Pesos Papier angegeben. Das eingezahlte ist natürlich viel geringer, und überdies sind, wie gesagt, viele der Gesellschaften wieder von der Bildfläche verschwunden. — Wie hoch der Betrag aller chilenischen Aktienkapitalien ist, können wir nicht angeben. Doch vermuten wir, daß sie sich auf mehr als 1 Milliarde Mark belaufen. —

Die auf Papiergeld lautende Pfandbriefausgabe der großen Hypothekeninstitute betrug Ende 1911 über 350 Millionen.

Die inneren Staatsanleihen erreichten nur die Höhe von 30 Millionen Pesos Papier und 6 Millionen Pesos Gold.

Alles in allem mögen 1½ Milliarden Mark Effekten in Chile vorhanden sein. Das wären etwa 15 % des im Lande wirkenden Kapitals, die direkt oder indirekt von der Preisbildung an den Börsen zu Santiago und Valparaiso abhängen.

4. Die internationalen Zahlungsmittel.

Von viel größerer Tragweite als der Effektenhandel ist der andere große Zweig der Börsentätigkeit: der Handel in Auslandswechseln (Devisen), entscheidet doch der Preis, der hierfür zu zahlen ist, über fast alle Wertbildung im Lande. Denn die Devise, der auf das Ausland gezogene Wechsel, ist eine Anweisung auf ausländische Zahlungsmittel, der Devisenpreis demnach der Preis der Preise aller Einfuhr- und Ausfuhrwaren und somit auch sämtlicher Werte, die mit den Einfuhr- und Ausfuhrwerten zusammenhängen. Welche Werte wären aber gänzlich davon losgelöst in einem Lande, das so weit von dem Zustande der Autarkie entfernt ist wie Chile?

Als Devisen haben wir Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel und einfache Sichtwechsel. Dazu kommen als sonstige Anweisungen auf ausländisches Geld: der Scheck, der mit dem Sichtwechsel fast identisch ist und vielfach auch als Devise bezeichnet wird, und ferner die telegraphische Überweisung (Cable oder Telegraphic Transfer). Als internationales Zahlungsmittel, wenn wir als solches die Anweisung auf ausländisches Geld bezeichnen wollen, kommt in Chile aber fast ausschließlich der Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel in Betracht. Sichtwechsel, Scheck und telegraphische Überweisung spielen daneben nur eine ganz geringe Rolle.

Sie werden auf Bedarf von den Banken geliefert, die zu dem Zweck ihre überseeischen Guthaben angreifen. Um diese wieder aufzufüllen, senden die Banken dann in entsprechendem Betrage Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel, die ihnen von den Käufern der telegraphischen Überweisungen als Gegenwert gleich geliefert zu werden pflegen. (Die Banken berechnen sich natürlich Zinsen und Telegrammkosten.)

Man darf aber nicht glauben, daß der telegraphischen Überweisung, dem Scheck und dem Sichtwechsel unter allen Umständen der Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel folgen müßte, und daß jene daher nichts anderes sein könnten, als eine Art Kleinmünzen des internationalen Zahlungsverkehrs. In Europa werden nicht nur Scheck und Sichtwechsel, sondern wird auch die telegraphische Überweisung vielfach als voller Ersatz des Neunzig-Tage-Sicht-Wechsels verwendet [1].

In Chile, wo nur vorübergehend verfügbare Bankguthaben in den Dienst des telegraphischen Zahlungsverkehrs gestellt zu werden pflegen, ist freilich noch immer so gut wie ausschließlich die Devise das endgültige internationale Zahlungsmittel.

Effekten können natürlich ebensowenig zu internationalen Zahlungsmitteln werden wie Waren. An den Export der einen wie der anderen schließt sich in der Regel eine Wechselziehung an, und wenn auch der Einzelne Effekten wie Waren dazu benutzen kann, um die Forderung eines ausländischen Gläubigers zu tilgen, so kann er es doch nur mit dessen Einwilligung und auf Grund einer Preisvereinbarung: es wickelt sich dann eben ein neues Geschäft ab, das eine Forderung begründet, die gegen eine andere aufgerechnet wird [2]. Solche Aufrechnung findet fast nur zwischen Stammhaus und Filiale einer Export- und Importfirma statt. Seitdem sich der Importhandel vom Exporthandel größtenteils losgelöst hat, kommt sie wenig in Betracht.

Es gibt auch noch eine Reihe anderer internationaler Umsätze, die sich ausgleichen, ohne Wechsel entstehen zu lassen (z. B. ein Unternehmer bringt sein Kapital unmittelbar durch Warenimport ins Land). Der größte Teil aller internationalen

[1] Prion (Das deutsche Wechseldiskontgeschäft, S. 205) sagt darüber: „Wenn z. B. eine deutsche Firma in Paris von einer dortigen Firma 100 000 Francs zu fordern hat, so stellt letztere die Summe der deutschen Firma etwa beim Crédit Lyonnais zur Verfügung. Die deutsche Firma verkauft die ihr in Paris zur Verfügung stehenden 100 000 Francs an die Großbank in Berlin, die entweder selbst dafür Bedarf hat oder sie an der Berliner Börse an eine andere deutsche Firma verkauft. Diese deckt ihrerseits damit ihre Schulden in Paris. Obwohl diese Geschäfte den Wechselkurs beeinflussen, lassen sie doch keine Wechsel entstehen, auf die vielleicht Stempelgebühren zu entrichten sind. Berücksichtigt man die Loblieder, die dem Wechsel in seiner Funktion als Zahlungsmittel zur Vereinfachung des zwischenländischen Verkehrs in früheren Zeiten gesungen sind, so muß die neuere Verfeinerung mit ihrer gänzlichen Formlosigkeit, die ihren Höhepunkt in den telegraphischen Überweisungen erreicht, erst recht Bewunderung erregen."

[2] Eine eigentümliche Stellung nimmt das Gold ein, das in ein Goldwährungsland geschickt wird: man kann es als Zahlungsmittel ansprechen, wenn der Schuldner es unmittelbar an seinen Gläubiger sendet; meist wird es aber von einer Bank wie Ware exportiert und veranlaßt so eine Wechselziehung auf das Ausland.

Umsätze Chiles erscheint aber als Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkte, und zwar auf dem Devisenmarkte des Landes selber. In Chile wird nämlich alles Devisenmaterial produziert, das zum Ausgleich seiner internationalen Forderungen und Verbindlichkeiten nötig ist. Zwar wird von Europa oder den Vereinigten Staaten auf Chile trassiert, wie wir das bei der Betrachtung des direkten Imports gesehen haben, aber die Tratte wird nicht im Auslande selber weiter verkauft (sie würde dort keinen Abnehmer finden), sondern unmittelbar (unter Mitwirkung einer Bank) nach Chile geschickt, um hier eine Zahlung in Papiergeld zu bewirken, die dann dem überseeischen Exporteur mit Hilfe einer Devise, von Chile auf das Ausland gezogen, zugeführt wird.

5. Der Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel.

Scheck, Sichtwechsel und telegraphische Überweisung werden, wie gesagt, nur am Schalter der Banken verkauft. Auf dem großen Markt erscheinen nur Neunzig-Tage-Sicht-Wechsel, d. h. nur solche Devisen, die fällig werden in 90 Tagen, nachdem sie dem Bezogenen über See zugegangen sind und dieser sie akzeptiert hat. Sie laufen also heutzutage, wo die Postsendungen nach Europa etwa drei Wochen unterwegs sind, vom Tage der Ausstellung an ungefähr 110 Tage.

Ausgestellt werden fast nur auf englische Währung lautende Wechsel, sogenannte Pfundwechsel, die zumeist auf London (selten auf Liverpool usw.) lauten. Andere Ziehungen kommen allerdings auch vor: So schreiben die Lederfabrikanten Valdivias, die einen Teil ihrer Produktion nach Hamburg senden, Reichsmarkwechsel aus. Auch die Exporteure von Honig, Nüssen und anderer solcher „Frutós del pais“ trassieren auf Deutschland. Der italienische Kleinhändler schickt seine Ersparnisse in Lirewechseln nach Hause, ebenso der Spanier in Pesetas. Aber das alles ist kaum der Rede wert. Solche Wechsel werden an der Börse gar nicht umgesetzt, sondern erscheinen nur im Schalterverkehr der Banken.

Daß keine größeren Wechselziehungen auf Deutschland vorkommen, erscheint uns sonderbar, wenn wir bedenken, daß der deutsch-chilenische Handel dem britisch-chilenischen sehr nahekommt, wenn er ihn nicht gar überflügelt. Das geht allerdings aus der Handelsstatistik nicht hervor. Hiernach kamen nämlich im Jahre 1911 32 % der chilenischen Einfuhr aus England und 26 % aus Deutschland, während von der Ausfuhr 44 % nach England und 22 % nach Deutschland gingen. Die beiden letztgenannten Zahlen der Handelsstatistik bedürfen aber starker Korrektur: als Ausfuhr nach England wird nämlich auch derjenige Salpeterexport verzeichnet, der

zunächst „für Order" nach dem Kanal geht, aber nachher zum größten Teil nach Deutschland dirigiert wird.

Anderseits hat England den Hauptanteil an den Zahlungen, die nicht durch Handelsumsätze hervorgerufen werden. Immerhin ist der deutsche Anteil im ganzen genommen so groß, daß man nach Gründen für die Tatsache sucht, daß die Reichsmark auf dem chilenischen Devisenmarkte noch nicht Fuß gefaßt hat. Diese Gründe sind zunächst wohl historischer Art:

Noch vor wenigen Jahrzehnten hätte niemand auf eine deutsche Bank oder Handelsfirma zu ziehen gewußt, deren Akzept auf dem Devisenmarkte zu Valparaiso genügendes Ansehen genossen hätte. Ja, damals hätten es Hamburger Handelshäuser nicht einmal gern gesehen, wenn man ihnen auf Hamburg gezogene Wechsel übersandt hätte, da die vorsintflutliche Anschauung herrschte, daß ein solcher Wechsel nicht diskontiert werden dürfte. Ein Verstoß gegen das alte Herkommen hätte dem Ruf der betreffenden Firma geschadet. Auch gab es in Deutschland kein Kreditinstitut, das den Überseern Kredite eröffnet hätte, so wie der Londoner Banker dank seines Kapitals und seiner Auslandserfahrung es konnte. (Hugo Kunz: Chile und die deutschen Colonien, 1890, S. 205 ff.)

Allgemeiner gesprochen: England als die größte Kapitals- und Handelsmacht ist das natürliche Clearinghaus der Welt, wo die internationalen Zahlungen größtenteils zusammentreffen. Wenn sich ihm auch Deutschland mit seinem Handel und Frankreich mit seinen verfügbaren Kapitalien an die Seite stellen kann, so ist doch die eine Volkswirtschaft kapitalistisch, die andere kommerziell der englischen nicht gewachsen; und beiden fehlt überdies die Auslandserfahrung. Daher wird in Ländern wie Chile der Pfundwechsel vorderhand seine Monopolstellung behaupten, zumal auch die Tradition ihn darin befestigt.

6. Die Kursnotierung.

Der Wechselkurs wird in Chile nach englischem Vorbilde anders notiert als sonst die Preise ausgedrückt werden. Obwohl das englische Geld der Kaufgegenstand ist, drückt sich der chilenische Devisenmarkt so aus, als ob der Peso gekauft würde und notiert: der Kurs von einem Peso ist 10 oder 11 oder 12 Pence, anstatt zu notieren: der Kurs von 1 Pfund Sterling ist 24 oder 22 oder 20 Pesos. In Deutschland heißt es folgerichtig: 1 Pfund Sterling gleich 20 Mark und so und soviel Pfennige.

In Chile entsprechen also hohe Devisenpreise einem niedrigen Kurs und niedrige Devisenpreise einem hohen Kurs. Fällt der Kurs von 24 auf 12 Pence, so heißt das: jeder Penny eines Wechsels hat seinen Pesopreis verdoppelt. Die Notierung

macht also zu Haussiers die, die auf einen sinkenden Devisenpreis spekulieren, und zu Baissiers deren Gegner. Dagegen liest man in den Marktberichten bei sinkendem Kurse, also bei vorwiegender Nachfrage, von einer festen, bei steigendem von einer flauen Tendenz.

Die chilenische Notierung ist insofern anschaulich, als sie den Wert der inländischen Valuta gegenüber dem — als feststehend angenommenen — englischen Valutawert unmittelbar zum Ausdruck bringt.

Dies Wertverhältnis kommt jedoch nicht rein zum Ausdruck. Der Kurs enthält noch fremde Bestandteile.

Zunächst den Zins, der als Diskont von der Nominalsumme gleich beim Verkauf abgezogen wird und als Kursaufschlag erscheint. Der Diskont wird jedoch nicht gesondert notiert.

Viele der auf den Markt kommenden Wechsel müssen sich noch einen weiteren Kursaufschlag gefallen lassen, nämlich eine Risikoprämie.

7. Die Rangklassen des Devisenmaterials.

Ein Teil des Devisenmaterials gilt als unbedingt sicher und ist von solcher Risikoprämie frei. Die betreffenden Wechsel bezeichnet der Markt als „Letras de primera Clase“. Es sind die Ziehungen von einer Reihe der großen Banken und Handelshäuser, die das große Vorrecht genießen, daß ihre Devisen ohne jede Risikoprämie genommen werden. Voraussetzung ist, daß die Ziehungen an Londoner Bankers von Weltruf gerichtet sind; nur zwei der ältesten Firmen (Gibbs und Huth) dürfen auf ihre eigenen Stammhäuser trassieren, die allerdings auch zu den Bankers von Weltruf gehören [1].

Die Ziehungen einiger großer Handelsfirmen und Banken auf ihre Stammhäuser nehmen den zweiten Rang ein. Der Markt bezeichnet sie als „Muy Buen Londres“ und nimmt sie nur mit einem Aufschlag von $^1/_{64}$ Penny.

Der Rest der marktgängigen Devisen wird als „Buen Londres“ bezeichnet und erfährt einen Aufschlag von $^1/_{32}$ bis $^1/_{16}$ Penny. Viele dieser Wechsel, nämlich die Ziehungen von solchen Firmen, die dem Markt nicht genügend bekannt sind, werden nur mit angehefteten Dokumenten genommen und gewöhnlich nur von den Banken gekauft.

Man darf aber nicht glauben, daß dies Schema unbedingte Gültigkeit hätte: die Grenzen sind fließend und der Aufschlag ändert sich.

---

[1] Der Kreis der Wechsel, die die für den Salpeterhandel gemäß der Übereinkunft der Handelskammer und der Asociacion Salitrera als ersten Ranges gelten sollen (Buenas Letras Salitreras), ist etwas weiter; es gehören dazu auch die Ziehungen einiger Firmen, die sonst nicht als de primera Clase anerkannt sind.

Wenn man die Prinzipien betrachtet, nach denen das Wechselmaterial qualifiziert wird, so fällt auf, daß teilweise auch die Devisen privilegiert sind, die der Aussteller auf das eigene Stammhaus zieht und die darum auch Haustratten oder Hauspapiere genannt werden.

Der Käufer einer Haustratte läuft natürlich ein verstärktes Risiko infolge des Umstandes, daß ihm nur der Form nach zwei Wechselgläubiger haften, während er sich in Wirklichkeit nur an eine Vermögenseinheit halten kann. Auch liegt die Gefahr nahe, daß Hausziehungen vorgenommen werden, ohne daß ein entsprechendes Guthaben dazu berechtigte, was eine illegitime Geldmacherei bedeuten würde. Jedenfalls paßt die Haustratte nicht in das komplizierte, zahlreicher Verankerungen bedürftige Gerüst der modernen Kreditwirtschaft. Jeder Versuch der Banken, dem Übel zu steuern, ist aber bisher auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen, soweit es sich um Wechsel großer Handels- und Bankhäuser gehandelt hat. Einen solchen Wechsel zurückzuweisen oder mit höherer Prämie zu belasten, würde nämlich den sofortigen Bruch mit dem Aussteller bedeuten.

8. Das Devisentermingeschäft.

Das Devisengeschäft ist durchweg Termingeschäft. Das Kassageschäft in Devisen dient nicht den Bedürfnissen des großen Handels und erscheint daher nur im Schalterverkehr der Banken beim Umsatz kleiner Beträge.

Das hat eine sehr nahe liegende Ursache. Bis zur Eröffnung der Andenbahn konnten Wechsel nur an jedem vierzehnten Tage abgeschickt werden. Denn nur alle zwei Wochen ging ein Postdampfer nach Europa. Es hätte für den Käufer also meist Zinsverlust bedeutet, wenn er die Devise an einem beliebigen Tage abgenommen hätte. So ergab es sich ganz von selbst, daß die Devisengeschäfte mit der stillschweigenden Bedingung abgeschlossen wurden, daß am Posttage zu liefern sei. Dieser war immer jeder zweite Dienstag.

Mit der Eröffnung der Andenbahn, die dreimal in der Woche Verbindung mit Europa herstellt, ist dieser Brauch nun nicht, wie man annehmen sollte, beseitigt worden. Aber man hat einen neuen Termin eingeschoben. Es ist begreiflich, daß die Devisenverkäufer, besonders also die Salpeterproduzenten, ein Interesse daran haben, möglichst zeitig zu ihrem Gelde zu kommen. Sie haben daher erreicht, daß jetzt ein Nebentermin eingeführt worden ist, die sogenannte Salpeterpost (Mala Salitrera), die mitten zwischen den Hauptterminen liegt. Noch sind die Umsätze für diese Tage freilich von geringer Bedeutung und die Devisenverkäufer müssen sich daher einen schlechteren Kurs gefallen lassen, wenn sie eine Woche eher zu ihrem Gelde kommen wollen.

Eine große Zahl der Geschäfte wird, statt für den nächsten Posttag, für den übernächsten, für den dritten, vierten und so weiter auf ein Jahr hinaus abgeschlossen.

9. Die Prolongationsgeschäfte und die Schiebungsdifferenz.

Wenn jemand, der sich verpflichtet hat, zu einem bestimmten Posttage Devisen zu liefern, die Devisen nachher an diesem Tage nicht liefern will, so wird er das laufende Geschäft zu „prolongieren“, d. h. den Lieferungstermin hinauszuschieben trachten.

Er könnte nun mit seinem Vertragsgegner eine entsprechende Vereinbarung treffen; in der Regel wird er aber einen Dritten, etwa eine Bank suchen, die bereit ist, ihm das Devisenmaterial bis auf weiteres zur Verfügung zu stellen. Das pflegt diese nun in der Form zu tun, daß sie ihm das gewünschte Devisenmaterial für den festgesetzten Termin verkauft und es gleichzeitig von ihm für einen späteren Termin zurückkauft.

Umgekehrt wird ein Devisenkäufer, der die Devisen am festgesetzten Tage nicht abnehmen will, sondern erst später, jemanden suchen, der sie statt seiner vorübergehend durch entsprechenden Kauf und Verkauf übernimmt, „hereinnimmt“.

Je nach der Marktkonstellation ist nun der Kurs der früher lieferbaren oder der Kurs der später lieferbaren Devisen höher. Danach richtet es sich, ob die eine oder die andere der prolongierenden Parteien einen Prolongationssatz, die sogenannte Schiebungsdifferenz, zu zahlen hat.

Wenn z. B. Wechsel für die nächste Post auf 12 d stehen und solche für die darauffolgende auf $11^{15}/_{16}$, so liegt eine Schiebungsdifferenz zugunsten der Hereinnehmer des Devisenmaterials, also der Geldgeber vor, mit anderen Worten ein Reportsatz. Im umgekehrten Falle hätten wir Deport.

Natürlich kommt es auch vor, daß die Schiebung „glatt ist“, daß keinerlei Schiebungsdifferenz zu zahlen ist.

10. Die Kurssicherung.

Das Termingeschäft ist bekanntlich die bequemste Form für den Spekulationshandel. Es läßt sich daher begreifen, daß die Devisen ein sehr beliebtes Spielobjekt sind, solange ihr Kurs nicht durch entsprechende Währungsgesetze stabilisiert ist. Die Devisenspekulation hat in Valparaiso zeitweise die reinsten Orgien gefeiert. Wohl alle Formen der Ausschreitung, die die Geschichte der Börsen bisher aufgezeichnet hat, sind auch hier zu beobachten gewesen. Wir werden später auf die Devisenspekulation als einer Ursache der Kursschwankungen zurückkommen.

Wie die Kursschwankungen wirken, welche Wirtschaftskreise sie benachteiligen, welche sie begünstigen, was sie überhaupt volkswirtschaftlich bedeuten, haben wir gleichfalls erst im nächsten Abschnitt zu erörtern. Hier nur das eine: nichts ruft solche Unstetigkeit und Verwirrung im Bereich der wirtschaftlichen Werte hervor, wie ein unberechenbarer Kurs. Er stellt das ganze Wirtschaftsleben auf eine wankende Unterlage, verursacht unverschuldete Verluste und unverdiente Konjunkturgewinne. Er benachteiligt also ehrliche Arbeit und gesunden Unternehmungsgeist gegenüber waghalsiger und rücksichtsloser Spekulationssucht. Er hilft das Vertrauen untergraben und schmälert den Kredit des Landes, was sich darin äußert, daß das Kapital abfließt und die Kapitalzufuhr hintangehalten wird, von den indirekten schädlichen Folgen, wie Korruption und Lohnkämpfen, ganz zu schweigen.

Bis zu einem gewissen Grade besteht allerdings die Möglichkeit, dem Risiko der Kursschwankungen auszuweichen, und zwar gerade mit Hilfe des Termingeschäfts, das anderseits die Devisenspekulation so sehr begünstigt.

Die Vermeidung des Kursrisikos, die ,,Kurssicherung" erzielt man dadurch, daß man im voraus Devisen kauft oder verkauft, um den jeweils herrschenden Devisenpreis einer zukünftigen Transaktion zugrunde zu legen oder für eine schwebende festzuhalten, wobei man freilich auf einen möglichen Kursgewinn von vornherein verzichtet.

Gegen einen Kursrückgang schützt man sich dadurch, daß man im voraus Devisen kauft im Betrage der Forderungen, die man in der schwankenden Valuta ausstehen hat (oder der in Papiergeld gehaltenen Kassenvorräte).

Setzen wir den folgenden Fall: Ein Importeur kauft in Europa für 1000 £ Ware. Nach Ankunft der Ware verkauft er sie an einen Detaillisten für 24 000 $, ein Betrag, der bei dem vorliegenden Kurse von 12 d gleich 1200 £ ist. Die 24 000 $ sind aber erst nach 3 Monaten zahlbar. Wenn nun bis dahin der Kurs auf 9 d sinken sollte, so wären sie dann nur 900 £ wert, so daß der Importeur einen Verlust von 300 £ erleiden würde. Wie kann er das verhüten? Sehr einfach: indem er schon in dem Zeitpunkt, wo die Ware dem Detaillisten belastet wird, für 1200 £ Wechsel zu 24 000 $ kauft, lieferbar und zahlbar nach 3 Monaten. Nach 3 Monaten entrichtet der Detaillist die vereinbarten 24 000 $. Der Importeur bezahlt nun damit, wie der Kurs auch jetzt sein möge, die 1200 £ Wechsel, die ihm jetzt überreicht werden, so daß er nach Befriedigung seines Lieferanten 200 £ übrig behält.

Wie der Importeur, so kann sich auch jeder andere, der in die Papierwährung hineingeht, vor dem Risiko des Kursrückgangs bewahren.

Zum Beispiel sichern sich die Bankniederlassungen den Gegenwert ihres in Gold zu Buch stehenden Kapitals und ihrer überseeischen Verbindlichkeiten in folgender Weise: Um ihre verfügbaren (eigenen oder fremden) Mittel ins Land zu ziehen, trassieren sie auf Europa, verkaufen die Devisen zum nächsten Termin und erhalten dafür Papiergeld, das als solches der Entwertung ausgesetzt ist, möge es zur Kassenbildung oder zu Ausleihungen dienen. Um nun trotzdem keinen Schaden durch etwaigen Kursrückgang zu erleiden, kaufen die Banken, während sie ihr eigenes Devisenmaterial verkaufen und flüssig machen, andere Devisen, die in mehreren Monaten, unter Umständen in einem Jahre und später lieferbar und zahlbar sind.

Wenn nun dieser neue Termin heranrückt und die Bank die Kapitalien nicht etwa wieder nach Europa legen will, dann verkauft sie die Devisen zu diesem Termin und kauft sie gleichzeitig für einen späteren wieder zurück, was sich so endlos wiederholen läßt. Die Bank schiebt die Devisen sozusagen vor sich her. Es liegt also nichts anderes als ein Prolongationsgeschäft vor, das je nach der herrschenden Schiebungsdifferenz mit Verlust oder mit Gewinn verbunden ist. Zeitweise haben die Banken so große Differenzen zahlen müssen, daß sie dadurch den ganzen Gewinn eingebüßt haben, der ihnen aus den so gesicherten Kapitalien erwachsen ist.

Für den Importeur, der eine Kurssicherung vornimmt, ergibt sich (wenn auch in verhüllter Form) ebenfalls ein Gewinn oder Verlust, wenn der Devisenpreis für später höher oder niedriger ist als bei sofortiger Lieferung.

Wie sich die Exporteure und die Exportproduzenten gegen eine Kurssteigerung verteidigen, brauchen wir nicht weiter auszuführen: sie operieren natürlich in entgegengesetzter Weise, indem sie im voraus verkaufen. — Eine Kurssicherung, die nicht in den Bereich des Devisenmarktes gehört, werden wir später kennen lernen: die Verabredung der „Goldzahlung", d. h. die vertragliche Abmachung, daß Mieten, Gehälter und andere Zahlungen zwar in Papiergeld, aber dem jeweiligen Wechselkurs entsprechend zu leisten sind.

Freilich wird von der Kurssicherung nicht in dem Umfange Gebrauch gemacht, wie es wohl wünschenswert wäre. Teilweise ist Unkenntnis daran schuld sowie die Unfähigkeit. die nötigen Finanzoperationen durchzuführen. Teilweise steht ein unverbesserlicher Optimismus im Wege, der an eine ungünstige Kursgestaltung nicht glauben will und der sich den möglichen Kursgewinn nicht entgehen lassen möchte.

Oft ist die Kurssicherung aber trotz möglichen Kursverlustes überhaupt nicht angebracht.

So zum Beispiel, wenn der Importeur befürchten muß, daß die Zahlungen derer, die ihm seine Ware abgenommen haben,

nicht zur rechten Zeit eingehen, und er daher der Gefahr ausgesetzt ist, die im voraus gekauften Devisen am Lieferungstage nicht bezahlen zu können, falls er nicht besonders kapitalkräftig ist. Der Kapitalbesitzer wird vielfach durch große Schiebungsdifferenzen, die seine Zinsen völlig aufzehren können, abgehalten werden, seinen Kapitalien den Kurs zu sichern. Der Exportproduzent anderseits muß in Betracht ziehen, daß er durch schlechte Marktlage, durch Betriebsstörungen, Streiks usw. verhindert werden kann, seine Ware rechtzeitig zu verkaufen und das versprochene Devisenmaterial zu liefern.

Die Kurssicherung ist also schließlich nur ein dürftiger, durchaus nicht immer anwendbarer Notbehelf.

11. Die Liquidation.

Von allen Devisengeschäften, die abgeschlossen werden, sind die meisten rein spekulativer Art. Ohne die Beschaffung oder die Realisierung von Devisenmaterial zu bezwecken, sind sie nur auf den Gewinn einer Preisdifferenz gerichtet. Oder es sind Prolongationsgeschäfte, bei denen es nicht einmal auf die Preisdifferenz abgesehen ist, sondern nur darauf, eine Transaktion in der Schwebe zu erhalten.

Wenn A. von B. im voraus zu einem bestimmten Zeitpunkt 1000 £ Devisen kauft und sie für denselben Zeitpunkt an C. verkauft, dann will A. mit der Abnahme und der Übergabe der Stücke möglichst gar nichts zu tun haben, sondern nur mit der etwaigen Preisdifferenz. B. und C. sind vielleicht in derselben Lage, ebenso ihre anderen Kontrahenten E. und F. und so fort, so daß eine lange Käufer- und Verkäuferkette entstehen kann, von der nur die letzten Glieder Y. und Z. effektiv liefern und abnehmen wollen. Diese beiden unter Umgehung der anderen zusammenzuführen, ist nun die Aufgabe, die leicht gelöst werden könnte, wenn für den Devisenhandel eine Liquidationskasse vorhanden wäre, wie sie der Hamburger Kaffeehandel in der Warenliquidationskasse oder der Berliner Effektenhandel im Liquidationsbureau hat.

In Valparaiso gibt es jedoch eine solch zweckmäßige Einrichtung nicht. Eine Kompensierung der Devisengeschäfte findet aber doch in gewisser Weise statt. Jede einzelne Bank ist nämlich bestrebt, die bei ihr zusammenlaufenden Devisengeschäfte, d. h. die Kaufs- und Verkaufsverträge, die sie entgegengenommen hat, untereinander möglichst auszugleichen, so daß nur der Saldo bleibt. Die Banken freilich rechnen untereinander nicht ab, so daß überflüssiger Umlauf von Devisenmaterial nicht ganz zu vermeiden ist.

Dritter Abschnitt.

Die Entwicklung des Geld- und Finanzwesens.

Neuntes Kapitel.

Die Geschichte der Währung und der Konjunkturen.

1. Der Merkantilismus.

Der rasche Übergang zur Verkehrs- und Weltwirtschaft mußte Chile in eine ähnliche Schwierigkeit versetzen, wie sie die europäischen Staaten im Merkantilzeitalter erfahren hatten, und die darin bestand, daß mit den wachsenden Umsätzen die Menge der Umlaufsmittel nicht immer Schritt hielt.

Die Staatsmänner des Merkantilzeitalters hatten es als ihre wichtigste wirtschaftspolitische Aufgabe angesehen, Edelmetall ins Land zu leiten. Für sie war der Edelmetallvorrat eines Landes der wahre und volle Ausdruck seines Reichtums. Und die wesentlichste Handhabe, diesen Reichtum hervorzurufen und zu fördern, war ihnen eine Zollpolitik, die den Außenhandel so beeinflußte, daß eine möglichst hohe Einfuhr von Edelmetall erzielt wurde.

Ihr Bestreben war durchaus berechtigt. Denn ein verkehrswirtschaftlich aufsteigendes Land bedarf eben der Zahlungsmittel, bedarf ihrer — historisch betrachtet — in der Form des Edelmetalles. Darauf zu achten, daß es an diesem Stoff nicht fehle, ist in den Anfängen der Geldwirtschaft besonders wichtig, weil gerade dann die Gefahr besonders groß ist, daß es aus dem Lande gezogen wird. Denn die Geldwirtschaft wird in der Regel von draußen herangebracht, sie beginnt meist durch die Berührung mit fremden Händlern, die für die Ware, die sie einführen, mit Vorliebe Edelmetall wieder mitnehmen, ja, die dazu gezwungen sind, da sie keine Exportproduktion vorfinden und außer Edelmetall oft keine transportablen und im Auslande absatzfähigen Güter erlangen können.

Und nun kommt noch hinzu, daß mit der zurückweichenden Naturalwirtschaft das Geld mehr und mehr den Charakter des Wertgegenstandes und des Luxusobjekts, der Ware, abstreift und zum reinen Wertzeichen wird. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß es zweckmäßig sei, das Geld zinstragend und ertragbringend anzulegen, statt es in der Truhe oder im Strumpf aufzubewahren. Ein jeder sucht seine Barmittel jetzt „arbeiten“ zu lassen. Kreditinstitute entstehen, die ein Geschäft daraus machen, dies Bedürfnis zu erfüllen. Als Erwerbsunternehmungen sind diese nun erst

recht bestrebt, das Geld weiterzugeben und ergiebig zu machen. So entsteht dann in erhöhtem Maße die Gefahr, daß das Geld außer Landes geht. Wenn nun der Staat nicht bemüht ist, durch merkantilistische oder bankpolitische Maßregeln das freie Spiel der privaten Erwerbsinteressen zu zügeln, wenn er gar selber durch seine fiskalischen Bedürfnisse dazu gedrängt wird, das Geld aus dem Lande zu treiben, dann bricht die Währungsnot über das Land herein.

Das scheinen uns, grob skizziert, die Ursachen für die monetären Schwierigkeiten zu sein, in die alle geldwirtschaftlich emporsteigenden Staaten so leicht geraten. Jedenfalls haben sich in Chile die Dinge ungefähr so abgespielt.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als Chile zur Weltwirtschaft in enge Beziehungen zu treten begann, da haben sich die fremden Kaufleute vor allem mit Edelmetall, in gemünzter und ungemünzter Form, bezahlen lassen. Obwohl nun der Staat nichts unternahm, um das Geld im Lande zu halten, obwohl er selber Anleihen kontrahierte, die zum großen Teil in Warenform eingingen und in barem Gelde abgetragen wurden, entstand damals nur selten Geldmangel, da Chile selber Edelmetall produzierte. Erst als die zweite Ursache wirksam wurde, als das Kreditwesen sich entfaltete, tauchte, wie wir sehen werden, in Chile das Währungselend auf.

2. Die Periode des Sortengeldes (1810—1851)[1].

Bis zum Jahre 1851 befand sich das chilenische Geldwesen in der größten Verworrenheit. Wie man es von Spanien übernommen hatte, so behielt man es in vielen Dingen bei, doch versah man es im Laufe der Zeit mit allerlei Flickwerk.

Von Spanien hatte man die Doppelwährung geerbt, d. h. die Bestimmung, daß sowohl das Gold als auch das Silber frei ausprägbar und gesetzliches Zahlungsmittel sein sollten, und zwar im Verhältnis von 1 : 16. Freilich kam ein Schlagschatz hinzu, der mehrfach geändert wurde und dies Verhältnis in bezug auf den Ankauf der Metalle durch die Münze verschob.

Im allgemeinen haben sich, wie es scheint, Gold und Silber nebeneinander behaupten können, wenn sich auch in den 20er und 40er Jahren Abfluß von Silbermünzen, in den 30er Jahren von Goldmünzen vorübergehend bemerkbar machte. Von einer eigentlichen Doppelwährung konnte aber nicht die Rede sein. Es lag vielmehr der Zustand vor, den Helfferich den des Sortengeldes nennt, den „nicht das Nebeneinander zweier Währungen, sondern das Nebeneinander einer Anzahl von Münzsorten“ kennzeichnet. Denn es liefen in Chile damals

[1] Vgl. die Einleitung.

neben den Landesmünzen die verschiedenartigsten ausländischen Geldsorten um, die, wie man annehmen muß, sich gegenseitig nicht vertreten konnten. Dabei waren die Geldstücke vielfach unterwertig, so daß der Großhandel sie nur mit der Wage in der Hand annahm. Von einem zweckmäßig gegliederten Münzsystem derart, daß jede Münze zu der anderen in einem einfachen unverrückbaren Wertverhältnis steht, konnte dabei keine Rede sein.

3. Die Währungsreform von 1851.

Dieser Zustand war einigermaßen erträglich, solange Naturalwirtschaft vorherrschte. Je mehr sich aber die Geldwirtschaft ausbreitete, desto notwendiger wurde eine Reform. Schon in den 30er und 40er Jahren wurden administrative und gesetzgeberische Versuche unternommen, die Münzwirrnis zu beseitigen. Aber erst in den 50er Jahren erfuhr das Geldwesen eine durchgreifende Regelung. Im Jahre 1851 wurde das Münzgesetz [1] erlassen, das bis zum Jahre 1878 das Geldwesen Chiles beherrschen sollte. Ehe allerdings der Verkehr von den alten Münzen gesäubert war, vergingen eine Reihe von Jahren, und bedurfte es noch vieler münzpolitischer Bemühungen [2]. Immerhin kann man die neue Geldordnung vom Jahre 1851 an rechnen.

Sie bedeutete einen großen Fortschritt, weil sie das Münzwesen einheitlich gestaltete und darin das Dezimalsystem konsequent durchführte. Verfehlt war sie insofern, als sie die Doppelwährung aufrechterhielt, wozu das französische Geldsystem, wie es seit 1803 bestand, die Veranlassung gab. Wie in vielen Stücken, so nahm man es auch in dieser Beziehung zum Vorbild. An sich hätte es nahegelegen, nach englischem Vorbild die Goldwährung durchzuführen, stand man doch zu Frankreich eigentlich nur in geistigen, zu England aber in so nahen kommerziellen und finanziellen Beziehungen, daß damals schon der Wechselkurs auf London ganz und gar der ausschlaggebende war. Aber die 1848 erfolgte Entdeckung der kalifornischen Goldfelder legte die Furcht einer Goldentwertung so nahe, daß man es vorzog, die Preise nicht ausschließlich auf das gelbe Metall zu basieren, während man sich anderseits nicht dazu entschließen konnte, das Silber zum alleinigen „Wertmesser“ zu erheben [3].

Als Geldeinheit behielt man den Peso bei. Es wurden dreierlei Goldmünzen, nämlich solche zu 10, zu 5 und zu 2 Pesos,

[1] Gesetz vom 9. Januar 1851.
[2] Münzdekrete aus jener Zeit.
[3] Artikel im Mercurio vom 2. Januar 1851. — Sitzung im Senat vom 20. Dezember 1850.

sowie fünf Arten von Silbermünzen, nämlich solche zu 1 Peso, zu 50, 20, 10 und 5 Centavos, eingeführt. Der Silberpeso sollte 25 g Silber $^{9}/_{10}$ fein enthalten, das goldene Zehnpesostück $15^{253}/_{1000}$ g Gold ebenfalls $^{9}/_{10}$ fein, die anderen Münzen das hiernach ihrem Nennwert Entsprechende. Scheidegeld sollten zwei Kupfermünzen sein: der halbe und der ganze Centavo [1].

Daß der Silberpeso genau dasselbe Rauh- und Feingewicht erhielt wie das französische Fünffrankenstück, für das gleichfalls 25 g Silber von der Feinheit $^{9}/_{10}$ festgesetzt waren, beruhte keineswegs auf sklavischer Nachahmung eines fremden Vorbilds, sondern hatte tiefere Berechtigung, war doch der Gehalt des Silberpesos, der allerdings ursprünglich höher gewesen war, im Laufe der Zeit durch Abnutzung tatsächlich geringer und dem der französischen Fünffrankenstücke etwa gleich geworden [2].

Daß anderseits der Silberpeso 16,3902 mal so viel Gewichtsteile Silber bekam als der Goldpeso Gewichtsteile Gold, daß mit anderen Worten das Wertverhältnis zwischen Silber und Gold vom chilenischen Gesetz auf 1: 16,3902 festgelegt wurde, während es in Frankreich 1: 15,5 betrug, so daß also das Silber in Chile von nun an um 5¾% geringer bewertet war als in Frankreich, hatte ebenfalls seine guten Gründe.

Zwar war bereits im Jahre 1850 der Silberpreis auf dem freien Markte derart gestiegen, daß es in Frankreich lohnend wurde, Silbergeld auszuführen und Gold ausprägen zu lassen. Da nun das gesetzliche Wertverhältnis zwischen den beiden Edelmetallen in Chile dem Golde noch günstiger war als in Frankreich, so hätte es in Chile erst recht zum Export silberner Münze gegen Gold kommen müssen, wie man auf den ersten Blick meinen sollte. Das geschah aber nicht; denn erstens ruhte sowohl auf Silber wie auf Gold ein beträchtlicher Schlagschatz (seit 1832: 5,58 % auf Gold, seit 1843: 3,54 % auf Silber) [3], und zweitens waren die Transportkosten für Silber sehr hoch. Sie betrugen nach einer Angabe in der damaligen Denkschrift des Finanzministeriums [4] etwa 6 %. Dafür, daß das im Lande produzierte Silber den Londoner Silbermarkt der Münzstätte von Santiago nicht unbedingt vorzog, sorgte überdies ein Ausfuhrzoll von 5 % auf Silberbarren [5].

So erklärt es sich auch, warum der Wechselkurs auf London tiefer sinken, d. h. der Devisenpreis höher steigen konnte, als dem Silberpreis in London entsprach, ohne daß dadurch die

[1] H. P. — Vgl. auch Espinoza, S. 345 ff. und S. 583, 4.
[2] Roß, Chile 1851—1910, S. 29.
[3] H. P. I. S. 101. — Roß, S. 17.
[4] Memoria de Hacienda von 1857.
[5] Miquel, S. 71.

Silbermünzen ohne weiteres ins Ausland gedrängt worden wären. Die Parität des Goldpesos war 44,99 Pence: 1 Pfund Sterling enthielt nämlich 7,32239 und das chilenische Zehnpesostück 13,7277 g Feingold. Das in einem Silberpeso steckende Silber war dagegen bei einem Silberpreise von 61—61½ Pence pro Unze Standard [1] (höher ging die Notierung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre im allgemeinen nicht) 47,7—48,1 Pence wert. Der Wechselkurs bewegte sich nun im Zeitraum 1851 bis 1859 in der Regel zwischen 45 und 46 Pence [2].

Dabei lohnte es sich für die Silberproduzenten zwar meist, sich ihre Ware auf dem Devisenmarkte bezahlen zu lassen, d. h. das Silber zu exportieren, in vielen Fällen war es aber auch für sie vorteilhaft, sich die Zahlungsmittel auf der Münze zu holen, d. h. das Silber ausprägen zu lassen und in Umlauf zu setzen. Das schließen wir aus folgenden Zahlen [3]:

Jahre:	1852—1856	1857—1860
Münzen-, meist Silbermünzenausfuhr . .	2½ Mill. Pesos	4 Mill. Pesos
Silberprägungen . . .	4⅓ „ „	1⅓ „ „
Goldprägungen. . . .	6 „ „	5 „ „

Wir sehen, daß in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre der Goldumlauf wahrscheinlich überwog, daß aber auch der Silberumlauf beträchtlich war, und daß erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre der Silberumlauf zurückging. Am stärksten äußerte sich das 1859.

4. Die Entstehung silberner Scheidemünze im Jahre 1860.

Die mit den australischen und kalifornischen Goldfunden zusammenhängende Goldentwertung hatte in den Ländern der Frankenwährung seit 1850, in den Vereinigten Staaten schon vorher, Vergrößerung des Goldumlaufs und Abfluß des Silbergeldes bewirkt. Um dem so entstandenen Mangel an Kleingeld, der sehr fühlbar wurde, abzuhelfen, schritt man 1853 in der Union dazu, die kleineren Silbermünzen unterwertig auszuprägen, d. h. sie in Scheidemünze zu verwandeln. So erreichte man, daß sie nicht eingeschmolzen wurden und nicht außer Landes gingen. In den Ländern der Frankenwährung griff man erst in den sechziger Jahren zu derselben Maßregel.

Aus den im vorigen Paragraphen auseinandergesetzten Gründen konnten Ausprägung und Umlauf silberner Münze in Chile erst vom Jahre 1856 an zurückgehen. Dieser Silberabfluß findet seine volle Erklärung überhaupt nur mit einer

[1] 1 Unze Standardsilber gleich 28,77 g Feinsilber.
[2] Vgl. Kurstabelle im Anhang.
[3] Miquel, S. 222.

stark passiven Zahlungsbilanz, die damals hervortrat und die dadurch hervorgerufen wurde, daß der Absatz chilenischen Getreides in Kalifornien und Australien ins Stocken geriet, während die Kupferpreise auf dem Weltmarkte sanken und die Silberausbeute im Lande zurückging, ein Konjunkturrückgang, der in der heftigen Wirtschaftskrisis von 1861 zum Austrag kommen sollte [1].

Um der Geldnot zu steuern, tat Chile nun dasselbe, was in der Union bereits geschehen war. Durch ein Gesetz vom Jahre 1860 [2] wurde der Präsident nämlich ermächtigt, für 500 000 Pesos silberne Scheidemünze auszuprägen, und zwar Stücke von 20, 10 und 5 Centavos, die 4,60, 2,30 und 1,15 g Silber $^{9}/_{10}$ fein enthalten sollten, was einem Rauhgewicht von 23 g und einem Feingewicht von 20,7 g für den Silberpeso entsprach. — Außerdem sollten vollwertige Goldmünzen von 1 Peso geprägt werden, und überdies wurde sowohl der Schlagschatz für Gold wie für Silber herabgesetzt.

Jetzt war die Goldwährung in Chile volle Tatsache geworden, wenn auch die Doppelwährung noch auf dem Papier stand. Wir müssen annehmen, daß sich nun auch ein Agio auf vollwertige Silbermünze herausbildete, was vor 1856 schwerlich der Fall gewesen sein dürfte. Leider ist uns hierüber nichts bekannt.

5. Das Banknotengesetz von 1860.

Das Gesetz über die Scheidemünze reichte nicht aus, kam jedenfalls viel zu spät, um für den Mangel an baren Zahlungsmitteln genügenden Ersatz zu bringen. So geschah es, daß der Verkehr, der in den fünfziger Jahren einen besonders großen Aufschwung genommen hatte, sich damals aus eigener Machtvollkommenheit noch andere Zahlungsmittel schuf. Daß in dieser Zeit Zeichengeld aus Leder hergestellt wurde, wollen wir nur der Merkwürdigkeit halber erwähnen [3]. Weit wichtiger war, daß sich der Scheck und die Banknote einzubürgern begannen.

Das Scheckwesen hat dann weiterhin eine glänzende Entwicklung erfahren. Es spielt heute in Chile eine fast ebenso große Rolle wie in England und eine größere als das Girowesen in Deutschland. Es ist, wie wir sehen werden, gut organisiert, obwohl es noch an einer gesetzlichen Regelung fehlt.

Ganz im Gegensatz dazu blickt das chilenische Notenwesen, auf das der Staat schon früh sein Augenmerk richtete, auf eine traurige Geschichte zurück, für die zum großen Teil den Gesetzgeber die Schuld trifft. Obwohl England und auch das für

[1] Miquel, S. 251 ff., Artikel von Juni 1861. — Mercurio vom 14. Mai 1861, Artikel von Courcelle-Seneuil.

[2] Gesetz vom 28. Juli 1860.

[3] Mercurio vom 24. und 25. Juni 1860, Artikel von Chacon.

Chile sonst vorbildliche Frankreich, durch schlechte Erfahrungen gewitzigt, bereits zu einer straffen Zentralisierung und Regelung des Notenwesens übergegangen waren, ließ sich die junge Republik durch individualistisch-freihändlerische Einflüsse betören und proklamierte durch ein Gesetz vom Jahre 1860 fast unbeschränkte Notenfreiheit. Für das Gesetz trägt besonders der französische Nationalökonom Courcelle-Seneuil (der, wie bereits erwähnt, in den fünfziger Jahren nach Santiago berufen wurde) die Verantwortung; hat er doch seinerzeit den Entwurf dazu ausgearbeitet [1].

In diesem Gesetz wurde nicht nur bestimmt, daß „jede geschäftsfähige Person Notenbanken errichten und leiten durfte", wie es im ersten Artikel des Textes heißt, sondern man hielt es auch „für das Zweckmäßigste, dem persönlichen Interesse der Bankdirektoren ganz zu vertrauen und ihnen völlige Bewegungsfreiheit zu lassen", wie die Begründungsschrift zum Gesetzentwurf hervorhebt. Diesem Grundsatz entsprechend, wurde keinerlei Bestimmung über die Notendeckung getroffen. Jedoch wurde verfügt, daß die Notenausgabe 150 % des Kapitals nicht überschreiten dürfte, und daß die Noten nur auf Beiträge von 20, 50 und 100 Pesos zu lauten hätten.

Im Anfange der sechziger Jahre blieb der Notenumlauf zunächst ganz geringfügig und wurde auch bloß von einer einzigen Bank unterhalten. Denn die Banknote stieß damals in den Handelskreisen noch auf lebhaftes Mißtrauen und vermochte daher den großen Zahlungsverkehr nicht zu erobern. In den kleinen Zahlungsverkehr konnte sie aber nicht eindringen, weil ja ihrer Stückelung eine Grenze gesetzt war.

Das änderte sich, als es im Jahre 1865 zum Kriege mit Spanien kam. Die entstehenden Geldschwierigkeiten gaben die Veranlassung, daß jetzt erstens die Noten in Beträgen von 1 Peso aufwärts gestattet wurden, daß man zweitens ihre Annahme an den Staatskassen für 22 Jahre verbürgte, und daß man sie drittens auf fast zwei Jahre für uneinlösbar erklärte. Diese Vorrechte wurden den Banken zuteil, die dem Fiskus gewisse Summen vorstreckten [2].

Obwohl den Noten die Eigenschaft des gesetzlichen Zahlungsmittels nach wie vor versagt blieb (also noch kein Zwangskurs vorlag), begannen sie doch jetzt in größeren Mengen umzulaufen, zumal der durch den Krieg entfachte Patriotismus dazu beitrug, sie populär zu machen [3]. Da nachher die Einlösung nach

[1] Revista Económica, Bd. I, 1886/87. Aufsatz über die Vorgeschichte des Gesetzes von N. Osse.

Revista Ecónómica, Bd. VII, 1889: Motive zum Gesetzentwurf von Courcelle-Seneuil.

[2] Gesetze vom 24. Sept. 1865, vom 20. Dez. 1865 und 20. Juli 1866.

[3] Roß, El problema financiero 1894, S. 10.

Ablauf der festgesetzten Frist keinen Schwierigkeiten begegnete, konnte sich der Notenumlauf nun auch in normalen Zeiten halten und sogar weiter ausbreiten. Die Notenausgabe [1] nahm wie folgt zu:

1861 . . .	1	Bank	mit	284 000	Pesos	Notenausgabe
1865 . . .	1	„	„	570 000	„	„
1866 . . .	4	Banken	„	4 724 000	„	„
1867 . . .	5	„	„	5 411 000	„	„
1869 . . .	7	„	„	7 126 000	„	„
1875 . . .	12	„	„	17 100 000	„	„
1877 . . .	12	„	„	19 463 000	„	„

6. Der Übergang zur Silberwährung im Jahre 1875.

In den siebziger Jahren kam ein besonderer Umstand hinzu, die Ausdehnung des Notenwesens zu fördern: die Silberentwertung. Diese hatte in Chile, wie in allen Doppelwährungsländern, zur Folge, daß die zierliche Goldmünze durch das plumpe Silbergeld verdrängt wurde. So groß war die der Münze zur Ausprägung gelieferte Silbermenge, daß die Prägemaschinen den gestellten Anforderungen technisch nicht gewachsen waren. Sehr bald mußte daher für die Rücklieferung in Münzform eine mehrmonatige Frist ausbedungen, ja vorübergehend die Silberannahme verweigert werden [2]. Trotzdem war binnen kurzem der Verkehr von Silbergeld überschwemmt, während fast alles Gold aus dem Lande ging. So hatte sich der Übergang zur Silberwährung, wenn auch nicht gesetzlich, so doch tatsächlich und auch administrativ vollzogen; denn wie das Publikum so konnte auch der Fiskus fortan nur in Silber zahlen, wie er nur Silber erhielt.

Für den Handel hatte diese Tatsache nun zunächst den Nachteil, daß er da, wo er bisher für seine Zahlungen das handliche gelbe Metall zur Verfügung gehabt hatte, nun das voluminöse Silbergeld gebrauchen mußte. Begreiflicherweise griff er nun lieber zur Banknote — soweit ihm das Scheckwesen keinen Ersatz bieten konnte.

In einer Beziehung, und zwar gerade in der wichtigsten, vermochte aber die Banknote das Gold nicht zu vertreten: in der Aufrechterhaltung eines festen Kurses zur Goldvaluta, der sich jetzt die meisten weltwirtschaftlich bedeutenden Staaten zuwandten, soweit sie sich noch nicht dazu bekannten. Chile hätte deren Beispiel nachahmen können, tat das aber nicht, und so mußte es zusehen, wie der Wechselkurs zu sinken begann:

[1] Espinoza, S. 402 ff. Notenumlauf einschließlich der in den Kassen der Banken vorhandenen Noten.
[2] Berichte des Münzdirektors vom Jahre 1876.

1873	$44^{13}/_{16}$	Pence
1874	$44\ ^{5}/_{8}$	,,
1875	$43^{13}/_{16}$	,,
1876	$40\ ^{9}/_{16}$	,,
1877	$42\ ^{1}/_{16}$	,,
1878	$39\ ^{5}/_{8}$	,,

Bald sollte der Kurs noch tiefer sinken, als der Silberentwertung entsprach.

7. Der Zwangskurs der Banknoten: 1878.

Nach der Krisis von 1861 hatte das Wirtschaftsleben einen starken Aufschwung genommen. Diese Aufwärtsbewegung ging mit wenigen unwesentlichen Unterbrechungen — selbst der Krieg mit Spanien war kein großes Hemmnis — bis in die Mitte der siebziger Jahre vor sich, kam dann aber zum Stocken und führte im Jahre 1878 zu einer neuen heftigen Krisis. Den Gang der Konjunktur geben die folgenden Zahlen wieder [1]:

	Ausfuhr in Millionen Pesos			
	Jahr	Produkte des Bergbaues	Jahr	Produkte der Landwirtschaft
Ausgang . . .	1861	14,2	1861	4,7
Maximum . .	1876	21,9	1874	15,9
Stockung . .	1877	16,8	1875	11,3
Krisis	1878	17,5	1878	8,7

Dem mehr oder weniger entsprechend folgten sich Hausse und Baisse auch bei Handel und Gewerbe. Der Zusammenhang mit der europäischen Krisis der Jahre 1873—1875 ist offenbar [2]. Die Katastrophe wäre wohl eher hereingebrochen und infolgedessen auch milder verlaufen, wenn nicht der Kursrückgang seit 1874 zunächst stimulierend gewirkt hätte, und vor allem: wenn die Banken der Unternehmungslust rechtzeitig gesteuert hätten.

An dem ganzen Verlauf der Dinge hatten die Banken überhaupt wesentlichen Anteil [3]. Durch ihre Kreditgewährung, die durch das Notenwesen sehr erleichtert wurde, waren sie mächtige Förderer der Hausse geworden. Dabei ließen sie sich aber verleiten, über das richtige Maß hinauszugehen. Sie stürzten sich in allzu gewagte Geschäfte, vernachlässigten dem Dividendenhunger der Aktionäre zuliebe den Reservefonds und sorgten nicht für genügende Deckung ihrer Verbindlichkeiten. Das „Interesse der Bankdirektoren" ließ also die Erwartungen des Gesetzgebers schmählich im Stich.

---

[1] H. P. V, 5.

[2] Concha i Toro, La situacion económica 1876, S. 49 ff.

[3] Santelices, S. 178 ff. — Roß, Chile 1851—1910, S. 33 ff. — Espinoza, S. 402 ff.

Der Status der Banken gestaltete sich wie folgt[1]:

	1874	1875	1876	1877	
Notenumlauf. . .	11,0	13,5	16,5	16,2	Mill. Pesos
Depositen	33,1	37,8	39,8	42,7	,, ,,
Metallbestand . .	5,2	4,8	3,7	4,6	,, ,,
Reserven	1,5	1,4	1,5	1,4	,, ,,

Erst im Jahre 1877 sehen wir die Banken bemüht, die drohende Gefahr zu beschwören. Das Unheil nahte aber unaufhaltsam heran. Im ersten Semester des Jahres 1878 zog das Publikum für 4 Mill. Pesos Depositen zurück. Der Betrag der zur Einlösung eingereichten Noten mehrte sich. Der Bankrott der größten Bank (Banco Nacional) stand unmittelbar bevor. Da, im Augenblick der höchsten Not, griff der Staat ein. Am 23. Juli 1878 wurde der Zwangskurs proklamiert: die Banknoten wurden für uneinlösbar und für gesetzliches Zahlungsmittel erklärt.

Allerdings wurde die Einlösbarkeit nicht bedingungslos aufgehoben, sondern nur auf kurze Zeit verschoben. Aber neue Ereignisse traten ein, die diesen Aufschub sehr verlängerten, so daß es schließlich noch zu einer Vermehrung der uneinlösbaren Noten kam. Der Notenumlauf betrug[2]:

Ende 1879	14,5	Mill. Pesos
,, 1882	11,2	,, ,,
,, 1887	15,2	,, ,,
,, 1888	17,7	,, ,,
,, 1889	17,9	,, ,,
,, 1890	18,5	,, ,,
,, 1891	20,3	,, ,,
,, 1892	14,3	,, ,,

8. Die Papiergeldemissionen der Kriegsjahre 1879—1881 und des Revolutionsjahres 1891.

Als im Jahre 1879 der Krieg mit Peru und Bolivien entbrannte, nahm der chilenische Staat, um die Kosten des Feldzugs zu bestreiten, zum erstenmal im größeren Stil seine Zuflucht zur Zwangsanleihe. Mehrere Papiergeldemissionen folgten einander, so daß der Papiergeldumlauf betrug:

Ende 1879	12	Mill. Pesos
,, 1880	26	,, ,,
,, 1881	28	,, ,,

Die Papierwährung blieb auch nach dem siegreich beendeten Kriege bestehen. Denn obwohl Chile durch den Krieg in den Besitz der Salpeterprovinzen gelangte und obwohl da-

[1] Espinoza, S. 404, 424, 427.
[2] Espinoza, S. 421. — Subercaseaux, S. 140.

durch seine finanzielle Kraft so wuchs, daß z. B. die auswärtigen Anleihen zu sehr günstigen Bedingungen konvertiert werden konnten (Kap. XII, 10), tat die Regierung jahrelang nichts, um die zerrütteten Währungsverhältnisse zu reformieren.

Erst im Jahre 1887 wurde ein Gesetz erlassen [1], das die Rückkehr zur Metall-, und zwar zur Silberwährung, anbahnen sollte: dieses ordnete an, den Papiergeldumlauf auf 18 Millionen zu vermindern und einen Konversionsfonds in Silber anzuhäufen; auch enthielt es über die Notenausgabe einige einschränkende Bestimmungen, die allerdings an dem Zwangskurs nichts änderten und die auch einer gewissen Vermehrung des Notenumlaufs nicht im Wege standen.

Hatte man sich durch dies Gesetz der Metallwährung ein wenig genähert, so wurde man durch den Bürgerkrieg, der im Jahre 1891 gegen den Präsidenten Balmaceda ausbrach, wieder tief in die Papiergeldwirtschaft zurückgeschleudert; denn nun wurde die Notenpresse von neuem in Bewegung gesetzt, und zwar sowohl vom Fiskus wie von den Banken.

Der Papiergeldumlauf stieg von 21,3 Mill. Pesos (Ende 1890) — bis zu diesem Betrage hatte er sich bereits vermindert — auf 41,3 Mill. (Ende 1891), der Banknotenumlauf von 18,5 auf 20,3 Millionen.

Die Regierung, die nach Balmacedas Sturze ans Ruder kam, schritt dann aber energisch zur Beseitigung der Papierwährung. Sie verfügte schon im Februar des Jahres 1892 die Einziehung von einem großen Teil der umlaufenden Scheine und verfolgte diesen Weg dann weiter [2], bis daß sie trotz aller Interessenpolitik, die ihr entgegenarbeitete, die Goldwährung errichten konnte.

Inzwischen hatte der Devisenkurs die abenteuerlichsten Sprünge vollführt. Im Jahresdurchschnitt war er wie folgt gewesen:

Kurs der Wechsel auf London in Pence.

Krisis und Krieg		Nach dem Kriege		In und nach der Revolution	
1877:	$42^1/_{16}$	1882:	$35^3/_8$	1891:	$18^{13}/_{16}$
1878:	$39^5/_8$	1883:	$35^1/_4$	1892:	$18^{13}/_{16}$
1879:	33	1884:	$31^3/_4$	1893:	15
1880:	$30^7/_8$	1885:	$25^7/_{16}$	1894:	$12^9/_{16}$
1881:	$30^{15}/_{16}$	1886:	$23^{15}/_{16}$	1895:	$16^{13}/_{16}$
		1887:	$24^1/_2$		
		1888:	$26^1/_4$		
		1889:	$26^9/_{16}$		
		1890:	$24^1/_{16}$		

[1] Gesetz vom 14. März 1887.

[2] Gesetze vom 2. Februar 1892, 26. November 1892, 13. Mai 1893, 31. Mai 1893.

Im Juli des Jahres 1878, vor und kurz nach der Erklärung des Zwangskurses, lautete die Notierung auf etwas über 40 d. Erst Ende August fiel der Kurs auf 37 d. Dann stieg er wieder, und zwar auf 39 d Ende 1878.

Nach der Kriegserklärung vom 5. April 1879 und den darauf folgenden Papiergeldemissionen kam er ins Sinken und gelangte bis auf 24½ d Ende September 1879, um nach dem wichtigen Seesiege vom 8. Oktober (Huascar) von 24½ d am 10. Oktober auf 27¼ d am 17. und 32 d am 31. Oktober emporzuschnellen und nach weiteren Waffenerfolgen der chilenischen Streitkräfte Ende 1879 37 d zu erreichen.

Darauf folgte trotz fortdauernd günstigen Verlaufs des Krieges ein fast stetiges Zurückweichen bis auf 25½ d Ende August 1880 und dann vorübergehendes Steigen während der Friedensverhandlungen im Oktober, die erfolglos ausliefen. Die Einnahme von Lima am 15. Januar 1881, die für Chile die endgültige Niederwerfung der Gegner bedeutete, scheint auf den Devisenmarkt wiederum fast gar keinen Eindruck gemacht zu haben.

Erst Ende 1881 erreichte der Kurs halbwegs die alte Höhe wieder. Er ging auf 35 d, auf welchem Stande er sich in den Jahren 1882 und 1883 im großen und ganzen behauptete. Im Jahre 1884 sank er jedoch fast unaufhaltsam von 34 auf 27 d. Im Zeitraum 1885—1890 bewegte er sich zwischen 20 und 30 und meist um 25 d.

Die Revolution von 1891 brachte ihn dann wieder zu einem größeren Fall. Ende 1890 bereits begann er sehr merklich zu weichen, nach ihrem Ausbruch sank er sturzartig bis auf fast 15 d im April des Jahres 1891. Nach der Niederlage Balmacedas im August ging er wieder in die Höhe und gelangte bis auf 22 d im November.

Doch vermochte er sich auf diesem Stande nicht zu halten. Mit vielen Schwankungen ging er bis auf 10 d im Mai des Jahres 1894 hinab.

Erst die Goldwährung legte ihn auf 18 d fest.

9. Die Goldwährung der Jahre 1895—1898.

Auf Grund des Gesetzes vom 1. Februar 1895 ging Chile am 1. Juni 1895 zur Goldwährung über. Von diesem Tage an löste der Staat sein Papiergeld gegen Gold ein. Die neue Geldeinheit, die an die Stelle des Papierpesos trat, war der Goldpeso von der Parität 18 Pence.

Diese Parität ergibt sich aus den folgenden für die drei neueingeführten Goldmünzen festgesetzten Gehalt:

Kondor oder	Zwanzigpesostück:	11,982 07 g Gold,	11/12 fein
Doblon „	Zehnpesostück:	5,991 03 „ „	11/12 „
Escudo „	Fünfpesostück:	2,995 51 „ „	11/12 „

Dem Goldpeso entsprechen somit 0,599 103 g Rauhgewicht und 0,549 178 g Feingewicht: er geht genau $13\frac{1}{3}$mal in einem Pfund Sterling auf, mit anderen Worten es kommen auf ihn 18 Pence.

Für die Ausprägung stellt das Gesetz die Fehlergrenzen (Toleranz) fest. Abgenutzte Stücke sind vom Staat nach ihrem Nennwert zu übernehmen; das Passiergewicht ist allerdings nicht besonders bestimmt. Prägegebühr wird nicht erhoben.

Als Scheidegeld mit auf 50 Pesos beschränkter Zahlungskraft wurden vier Silbermünzen geschaffen: der Peso von 100 Centavos mit 20 g Rauh- und 16,7 g Feingewicht und ferner das Zwanzig-, Zehn- und Fünfcentavosstück mit entsprechendem Gewicht und Gehalt. — Später ist die Feinheit heruntergesetzt worden und das Vierzig- und Fünfzigcentavosstück hinzugekommen.

Über die Banknoten traf das Gesetz folgende Anordnungen: zu ihrer Sicherstellung seien von den Banken Gold, Staatspapiergeld, staatliche oder vom Staat garantierte kommunale Schuldverschreibungen, Schatzscheine und Bankobligationen auf der Münze zu hinterlegen; ihr Gesamtbetrag dürfe 24 Mill. Pesos nicht übersteigen und die Stückelung die Grenze von 20 Pesos nicht überschreiten.

Man hatte 29,6 Mill. $ Papiergeld und 8,9 Mill. $ Schatzscheine, im ganzen also 38,5 Mill. $ einzulösen. Zur Aufbringung dieser Summe wurde ein Teil der Zollerträge, ferner der Erlös aus dem Verkauf von Salpeterfeldern und schließlich der gemäß dem Gesetz von 1887 angesammelte Silberschatz bestimmt. Obwohl auf diese Weise weit mehr als 38,5 Mill. $ erzielt wurden, griff man noch zu einer auswärtigen Anleihe von 2 Mill. £ (24,3 Mill. $). Das erklärt sich damit, daß der Staat, um sein Werk zu sichern, auch die Einlösung der Banknoten auf sich nahm und den Banken noch 16,3 Mill. $ Depositengelder zur Verfügung stellte, was beides freilich nur leihweise geschah [1].

Das alles war aber für den reichen chilenischen Fiskus kein großes Opfer, so daß man sagen kann, daß sich die Währungsreform ohne nennenswerte finanzielle Schwierigkeiten vollzog.

Und doch sollte der Goldwährung keine lange Dauer beschieden sein. Das lag in erster Linie an der Parität von 18 Pence, die den Kurs über das Niveau der letzten drei Jahre beträchtlich hinaushob.

Es muß zwar zugegeben werden, daß diese Erhöhung so etwas wie ein Akt der Gerechtigkeit war, wenn auch der aus

---

[1] Roß, Chile 1851—1910, S. 51 ff. — Subercaseaux, El papel moneda, S. 353 ff. — Memorias de Hacienda 1895—1897.

dem Kursrückgang erwachsene Schaden in vielen Fällen, z. B. bei denen, die ihr Kapital bereits ins Ausland gebracht hatten, nicht wieder gutgemacht und ebensowenig der Gewinn z. B. derer rückgängig gemacht werden konnte, die etwa ihre Grundstücke zu einem dem geringen Kurse entsprechenden Preise schon verkauft hatten. Und finanzpolitische Gründe mußten den Staat zur Festsetzung einer Parität treiben, die der ursprünglichen möglichst nahe kam.

Anderseits war aber zu bedenken, daß die Kurserhöhung vielen Unternehmungen schaden und der Goldwährung erbitterte und verzweifelte Gegner schaffen mußte. Gewiß, die Gruppe von Interessenten, die die Papierwährung mit schwankendem und sinkendem Kurse erstrebte, war klein. Sie bestand hauptsächlich aus den Großgrundbesitzern Mittelchiles. Gering an Zahl, waren diese aber doch mächtig genug, ihren Willen durchzusetzen, zumal eine falsche, nicht genügend geregelte Geschäftsführung der Banken ihnen in die Hand arbeitete.

10. Der Zusammenbruch der Goldwährung: 1898.

Es ist ziemlich klargestellt worden, daß es mindestens ebensosehr politische als wirtschaftliche Ursachen waren, die den Zusammenbruch der Goldwährung herbeigeführt haben [1].

Die landläufige Beweisführung ist allerdings die folgende: Das Land sei für die Goldwährung nicht reif, nicht genügend darauf vorbereitet gewesen, es hätte nicht genügend für Kapitalbildung gesorgt und infolge seiner verrotteten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr konsumiert als produziert, was in einem zu hohen Import zutage getreten wäre, den man mit Warenexport nicht hätte bezahlen können. Die Ausfuhr von Metallgeld sei die „naturgesetzliche" Folge davon gewesen. So seien die Banken ihres Barschatzes mehr und mehr beraubt worden und ihre Kassen hätten sich vollends geleert, als der Fiskus wegen eines drohenden Krieges mit Argentinien für Rüstungszwecke große Summen ans Ausland hätte zahlen müssen.

Richtig ist, daß während der ganzen Dauer der Goldwährung die Zahlungsbilanz eher passiv als aktiv gewesen ist. Darauf deutet wenigstens der Kurs, der niemals bis auf Pari stieg, sondern sich meist auf 17½ hielt. Damit stand er aber meist noch ein wenig über dem unteren Goldpunkt, so daß sich der Goldexport nur in beschränktem Maße lohnte. Dieser betrug, soweit er von der Zollstatistik [2] erfaßt werden konnte, nur einen Bruchteil des zur Ausprägung gelangten Metalls:

---

[1] Subercaseaux, El papel moneda, S. 354 ff. — Roß, Chile 1851—1910, S. 65 ff. — Espinoza, S. 18 ff.

[2] H. P. I, S. 64 und V, S. 6.

	Münz-export	Ausprägung von Gold	Silber	
1895 . . .	1,5	23,1	6,1	Mill. $
1896 . . .	0,8	14,7	1,9	„
1897 . . .	0,3	0,06	0,04	„

Dabei wurde der Geldmarkt im Jahre 1897 auf eine schwere Probe gestellt. Denn die Salpeterindustrie wurde in diesem Jahre von der schwersten Krisis heimgesucht, die sie je zu bestehen gehabt hat. Der Salpeterexport ging der Menge und noch mehr dem Werte nach bedeutend zurück. Gleichzeitig lagen Landwirtschaft und Kupferbergbau danieder. Ein wenig hat zweifellos zu diesem Konjunkturrückgang die Kurserhöhung beigetragen. Die meisten Ursachen lagen jedoch außerhalb der Währungsverhältnisse: der Salpeterabsatz stockte infolge der schlechten Lage der europäischen Rübenzuckerindustrie, infolge der Konkurrenz des schwefelsauren Ammoniaks und verschiedener anderer Umstände. Und die Landwirtschaft hatte unter Mißernten zu leiden.

Die Depression wurde, wie es scheint, noch dadurch verstärkt, daß viele Kapitalisten, um den günstigen Kurs auszunutzen, ihre Kapitalien ins Ausland gelegt hatten. Darauf deutet der starke Rückgang der Pfandbriefkurse. Während im Juni des Jahres 1892 die sechsprozentigen Pfandbriefe der Hypothekenkasse auf 96 gestanden hatten, standen sie Juni 1896 auf 71.

Ein Zeichen dafür, daß der Geldmarkt selber dadurch nicht stark in Mitleidenschaft gezogen wurde, war der Umstand, daß der Bankzinsfuß von 10 % — so viel hatte er seit dem 1. Juni 1895 betragen — auf 8 % im März des Jahres 1897 heruntergesetzt werden konnte, auf welcher Höhe er bis April 1898 blieb, was ja nicht gerade auf Mangel an Umlaufsmitteln schließen läßt (doch siehe Kap. VII, 4 betreffs des Einflusses der Zinsänderungen).

Im Anfang des Jahres 1898 befand sich das Wirtschaftsleben wieder in ziemlich normalen Verhältnissen. Insbesondere hatte auch der Fiskus über keinerlei Bedrängnis zu klagen. Da traten Gerüchte auf über einen drohenden Krieg mit Argentinien. Die Gefahr schien sehr ernstlich zu sein. Rüstungen wurden eifrig betrieben und vom Kongreß für diesen Zweck an außerordentlichen Ausgaben 14 Mill. $ bewilligt.

Es scheint nun, daß dieser ganze Kriegslärm von einflußreichen Politikern, wenn auch nicht hervorgerufen, so doch verstärkt wurde, um die Goldwährung zu stürzen. Zweifellos waren auch die Bankinteressen mit dieser Angelegenheit stark verquickt. Wie immer, so hatten auch damals die Banken nicht genügend für liquide Deckung ihrer Verbindlichkeiten

gesorgt. Insbesondere scheinen sie auch der Verteidigung ihres Barschatzes nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Jedenfalls hätten sie schon im Jahre 1897 den Bankzinsfuß von 8 % heraufsetzen können. Dieser wurde aber erst April 1898 auf 9 % erhöht. Wahrscheinlich hätten sie auch in der ganzen Kreditgewährung wählerischer sein müssen.

Wie dem auch sei: durch den künstlich genährten Kriegslärm wurde in Santiago eine Panik hervorgerufen. Den Banken drohte, wie 1878, der Zusammenbruch. Um ihn zu verhüten, mußte das berüchtigte Moratorium vom 11. Juni 1898 verhängt werden, das den Banken für die Lösung ihrer Verbindlichkeiten eine Frist von 30 Tagen bewilligte.

Darauf folgte das Gesetz vom 31. Juli 1898, das ein deutlicher Beweis dafür ist, daß sowohl die Regierung wie die Mehrheit des Kongresses die Papierwährung wollte.

Durch dieses Gesetz wurden die Banknoten für Staatspapiergeld erklärt und die ganze Notenausgabe im Betrage von 19 Mill. $ vom Staate übernommen, welche Summe die Banken in drei Jahren abzahlen sollten. Für die Dauer des Zwangskurses war jede weitere Notenausgabe untersagt.

Gleichzeitig wurde der Präsident ermächtigt, für 50 Mill. $ Papiergeld (einschließlich des schon vorhandenen Banknotenumlaufs) auszugeben und dies den Banken zu einem Zinsfuß von 2 % zu leihen, oder — wenn ein Rest bliebe — Pfandbriefe der Hypothekenkasse dafür zu kaufen.

Das Papiergeld wurde mit Zwangskurs ausgestattet; es war nun Währungsgeld. Doch sollten die Einfuhrzölle in Gold zahlbar bleiben, die Ausfuhrzölle teils in Gold, teils in Wechseln auf London entrichtet werden.

Aus den Zolleinnahmen sollten vom 1. Juni 1899 an jährlich 10 Mill. einem Konversionsfonds zufließen, mit dem vom 1. Januar 1902 an das Papiergeld in Gold eingelöst werden sollte.

Dieses Gesetz ist in mehr als einer Beziehung merkwürdig: daß durch das Moratorium der Zusammenbruch der Banken verhütet worden war, war durchaus zweckmäßig und berechtigt gewesen. Nur mit nackter Interessenpolitik erklärt sich aber, daß man im Anschluß daran, ohne im entferntesten die so notwendige Reform des Notenwesens in Angriff zu nehmen, den Banken von neuem das Recht der Notenausgabe, wenn auch in verkappter Form, verlieh. Oder war das fast zinslose Darlehen, das der Staat den Banken in neugeschaffenem Papiergeld auszahlte, etwas anderes als die erneute Verleihung der Notenfreiheit? Ob die Banken eigene Scheine oder vom Staate geliehene in den Verkehr warfen, blieb sich ja im Grunde

gleich. Ja, durch den Zins von 2 % wurde aus der Notenfreiheit ein halber Notenausgabezwang. Denn dieser erschwerte ja den Banken die Kassenhaltung und trieb sie zu liberaler Kreditgewährung unmittelbar an.

Indem der Gesetzgeber andererseits für den ganzen Umlauf eine starre Obergrenze festsetzte, beging er den Fehler der Peels-Akte und legte so, wie wir sehen werden, den Grund zu weiteren Papiergeldemissionen.

Der Konversionsfonds hat bis auf den heutigen Tag seinen Zweck nicht erfüllen können. Denn an eine Einlösung des Papiergeldes hat man bisher niemals ernstlich gedacht. Die dafür festgesetzte Frist wurde schon Ende 1901 auf den 1. Januar 1905 verschoben, dann auf den 1. Januar 1910 und dann abermals auf den 1. Januar 1915.

Die Wirkung der Währungskatastrophe[1] war zunächst eine Lähmung aller Geschäfte. Auf dem Devisenmarkt fanden keine Umsätze statt, so daß auch kein Kurs notiert werden konnte. Die kommerziellen Transaktionen wurden aufs äußerste beschränkt. Die Banken gewährten keine Kredite. Die Preise wurden nach wie vor in Gold berechnet und veränderten sich auch nicht in ihrer Beziehung zu diesem Zahlungsmittel. Zahlungen in Papier oder Silber wurden aber nur mit einem beträchtlichen Agio angenommen. Das Gold verschwand aus dem Verkehr und aus dem Lande. Der Münzexport betrug im Jahre 1898: 14,0 Mill. $, und zwar wurde das Gold wohl größtenteils nicht vor, sondern nach dem Moratorium ausgeführt.

Erst Mitte August kam in die Geschäfte wieder etwas Leben. Es dauerte aber noch geraume Zeit, bis daß ihr normaler Gang wiederhergestellt war. Im Zusammenhange mit der Hausse auf dem Weltmarkte, besonders infolge der hohen Salpeter- und Kupferpreise, erfuhr das chilenische Wirtschaftsleben sogar in den Jahren 1900 und 1901 einen gewissen Aufschwung. Die Krisis in Europa zog dann aber 1902 und 1903 auch Chile in Mitleidenschaft. Im Rückblick der Revista Comercial auf das Jahr 1903 wird über das Darniederliegen des Handels geklagt sowie über die politische Zerrüttung, die in den fünf Ministerkrisen zum Ausdruck komme, die im Laufe des Jahres stattgefunden hätten.

Der Rückblick auf 1904 ist dagegen auf sehr frohen Ton gestimmt: das Jahr sei eine Periode lebhaften Aufschwungs gewesen. Die Salpeterindustrie, der Kupferbergbau und die Schafzucht in Patagonien seien durch die hohen Preise, die ihre Produkte auf dem Weltmarkt erzielt hatten, sehr belebt und gefördert worden. Viele neue Unternehmungen seien ins

[1] Mercurio und Revista Comercial von Juli und August 1898.

Leben getreten. Die Börse sei in reger Tätigkeit. Der Kurs hätte sich auf guter Höhe gehalten.

Dieser hatte sich bisher wie folgt gestaltet:

1898	$15^{11}/_{16}$
1899	$14^{1}/_{2}$
1900	$16^{4}/_{5}$
1901	$15^{31}/_{32}$
1902	$15^{3}/_{16}$
1903	$16^{5}/_{8}$
1904	$16^{9}/_{16}$

11. Die Papiergeldemissionen und die Hausseperiode 1905 bis 1907.

Auch der Fiskus befand sich in erträglicher Lage. Die Staatseinnahmen waren gegenüber 1901 und 1902 in den Jahren 1903 und 1904 beträchtlich gestiegen. Allerdings ergab sich 1904 ein kleines Defizit, das aber leicht hätte getilgt werden können, und zwar ohne irgendwelche Zwangsanleihe [1].

Nichtsdestoweniger ergriff den Kongreß gerade jetzt eine Art Emissionssucht. Ohne daß der Fiskus in Bedrängnis gewesen wäre, wurde die Notenpresse, die sieben Jahre lang außer Tätigkeit gestanden, wieder in Bewegung gesetzt, und fieberhaft wurde Papier über Papier in den Geldumlauf geworfen.

Es kamen die folgenden drei Emissionsgesetze zustande:

1. Gesetz vom 29. Dezember 1904: 30 Mill. Pesos Papier.
   Zweck: 10 Mill. für die Aufbesserung des Etats,
   20 „ „ den Ankauf von Hypothekenpfandbriefen.
   Zeit der Emission: 15 Mill. im Januar 1905,
   2 „ in jedem der folgenden Monate.

2. Gesetz vom 23. Dezember 1906: 40 Mill. Pesos Papier.
   Zweck: 20 Mill. für den Bau der Bahn Arica—La Paz usw.,
   20 „ „ Schulbauten usw.
   Der größte Teil davon wurde aber zunächst bei den Banken deponiert.
   Zeit der Emission: Januar 1907.

3. Gesetz vom 27. August 1907: 30 Mill. Pesos Papier.
   Zweck: Ankauf von Hypothekenpfandbriefen,
   Zeit der Emission: 6 Mill. im September 1907,
   3 „ in jedem der folgenden Monate.

[1] Memorias de Hacienda.

Binnen kurzem, im Laufe von nur drei Jahren, wurde der Papiergeldumlauf auf das Dreifache, von 50 auf 150 Millionen, vermehrt. Eine Inflation der schlimmsten Sorte! Zwar läßt sich wenigstens der ersten Emission eine gewisse Berechtigung nicht abstreiten. Denn durch das Gesetz von 1895 hatte die Gelddecke in der Tat ihre Elastizität eingebüßt, und der Aufschwung im Jahre 1904 hatte natürlich einen größeren Geldbedarf zur Folge gehabt. Wenn dann aber immer wieder unter dem Schlagwort: „Falta de Circulante" der Ruf nach mehr Umlaufsmitteln erschallte, und wenn das Parlament diesem von Spekulationsfieber und Interessenpolitik diktierten Wunsche nachgab, so war das eine Handlungsweise, deren nur eine unverantwortliche Majorität fähig ist.

Und wie ging man zu Werke! Ohne weitere Verbrämung seiner Absicht zwang der von Hacendados und Bankiers beherrschte Kongreß den Fiskus, mit dem Papiergelde für 50 Mill. Pesos Pfandbriefe zu kaufen und den Rest, der eigentlich für verschiedene Staatszwecke bestimmt war, zum großen Teil bei den Banken zu deponieren, damit diese für ihre Geschäfte Mittel genug zur Verfügung hätten.

Die Wirkung dieser Maßregeln wird leider ein wenig dadurch verhüllt, daß gleichzeitig noch andere Dinge in ähnlicher Weise wirkten: nämlich die Anleihen, die Chile in den Jahren 1905 bis 1907 in Europa aufnahm, und die große Aufwärtsbewegung auf dem Weltmarkt, die mit der Krisis von 1907 endigte. Wie jede einzelne dieser Tatsachen das Wirtschaftsleben beeinflußte, läßt sich fast nur deduktiv feststellen:

I. Wie eine Papiergeldausgabe wirkt, läßt sich im allgemeinen gar nicht sagen. Es kommt eben darauf an, welchem Zwecke sie dient.

1. Der Ankauf von Pfandbriefen mußte verschiedene Folgen haben. Indem dadurch der Kurs dieser Papiere erhöht wurde (Anfang 1905 kamen die 6%igen Pfandbriefe auf Pari), sahen sich viele Kapitalisten veranlaßt, diese Effektengattung abzustoßen, wodurch für den Ankauf von Aktien und für neue Unternehmungen Kapital frei wurde. Andererseits wurde dadurch den Grundbesitzern die Aufnahme hypothekarischer Schulden erleichtert: der Pfandbriefumlauf [1] nahm wie folgt zu:

Ende	1904	118,3 Mill. $
„	1905	154,3 „
„	1906	190,3 „
„	1907	226,2 „

So erhielten die Grundbesitzer reichliche Mittel: a) zu Erweiterungen und Verbesserungen des landwirtschaftlichen

[1] Sinópsis Estadística en 1907, S. 365.

Betriebes, b) zu Spekulationen, c) zur Erhöhung ihres Lebensaufwandes.

2. Das Papiergeld, das die Banken in Form von Staatsdepositen erhielten, mußte das Wirtschaftsleben verschieden beeinflussen, je nachdem die Banken es verwendeten. Teilweise haben sie damit berechtigte und gesunde Unternehmungen unterstützt, zum großen Teil aber auch höchst gewagte und unsolide Spekulationen. Ja, sie haben auch dem unproduktiven Konsum und der Verschwendung Vorschub geleistet, so daß also die Staatsdepositen bei den Banken ganz ähnliche Erscheinungen hervorgerufen haben wie die fiskalischen Pfandbriefkäufe.

3. Das zu Staatsbauten verwendete Papiergeld mußte gleichfalls erhöhte Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften, größeren Import, Preis- und Lohnsteigerungen zur Folge haben.

II. Welche Wirkungen mußte nun die Aufnahme auswärtiger Anleihen[1] nach sich ziehen? Soweit sie unmittelbar, wie es eigentlich vorgesehen war, zum Eisenbahnbau und anderen öffentlichen Arbeiten gebraucht wurden, mußte die Wirkung zunächst ganz dieselbe sein wie die unter I, 3 erwähnte: Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften, Import, Preis- und Lohnsteigerungen.

In Wirklichkeit wurden diese auswärtigen Anleihen aber nur zum geringen Teil sofort ihren Zwecken zugeführt. Die in den Jahren 1905, 1906, 1907 aufgenommenen Anleihen betrugen insgesamt 6,1 Mill. £, deren Nettoerlös 5,6 Mill. £ war. Davon blieb zunächst etwa die Hälfte in Europa (teilweise beim Konversionsfonds)[2]. Diese Hälfte konnte also zunächst überhaupt keine Wirkung äußern. Die andere Hälfte nun floß in der Form von Staatsdepositen den Banken zu, die darüber ebenso verfügen durften wie über die aus den Papiergeldemissionen fließenden Depositengelder des Staates.

Sowohl die einen wie die anderen Staatsdepositen mußten den Banken die Möglichkeit zur Kreditgewährung erweitern. Da auch die Privatdepositen und die Bankkapitalien außerordentlich zunahmen, so konnten die Ausleihungen wie folgt anwachsen (nach der offiziellen, teilweise freilich anfechtbaren Zusammenstellung der Bankbilanzen)[3]:

Ende	1903	163 Mill. $
„	1904	202 „
„	1905	313 „
„	1906	450 „
„	1907	479 „
„	1908	468 „

[1] Vgl. Kap. XII, 11.
[2] Dunker, S. 75, 76.
[3] Anuario Estadístico, Año 1910, Tomo III, S. 604.

Man muß sich hierbei darüber klar sein, daß die aus den Zwangsanleihen hervorgehenden Staatsdepositen anders wirken als die aus den auswärtigen Anleihen stammenden. Die einen wurden in Papiergeld überreicht und verstärkten also die Kassenbestände der Banken, die anderen in Devisen, die erst flüssig gemacht werden mußten und also dazu beitrugen, den Geldmarkt anzuspannen,wie überhaupt alle einem Lande ohne elastischen Geldumlauf zufließenden Kapitalien hierzu beitragen müssen. Der immer wieder erschallende Ruf nach mehr Zahlungsmitteln erhält also von dieser Seite her eine gewisse Berechtigung. Man kann nun einwenden, daß im Scheckwesen ein Weg zur Beschaffung der nötigen Umlaufsmittel offen stand. Darauf ist aber zu erwidern, daß das Kontokorrentguthaben das Papiergeld oder die Banknote nicht ganz zu ersetzen vermag. Dazu müßten die Zahlungsgewohnheiten andere und das Scheckwesen vollkommener organisiert sein. Wir kommen in einem allgemeineren Zusammenhange (Kapitel XI) hierauf zurück.

III. Die dritte große Ursache der Konjunktursteigerung in Chile war die Hausse des Weltmarktes, die höhere Preise für die wichtigsten Exportartikel des Landes bedeutete, insbesondere für Salpeter, Kupfer und Wolle (siehe die Tabelle des Anhangs).

IV. Ja, wir können auch die Erdbebenkatastrophe vom 16. August 1906 als ein die Hausse verstärkendes Moment bezeichnen. Denn wenn sie auch viel Menschenleben vernichtete und unermeßlichen Sachschaden anrichtete, so war doch die Folge davon, daß vom Auslande in Form der Versicherungsentschädigungen, in Form von Krediten oder Verwendung der im Auslande befindlichen Guthaben viel Kapital zuströmte, das dem Wiederaufbau des Zerstörten diente und so eine ähnliche Nachfrage an Gütern und Arbeitskräften hervorrief wie der übrige scheinbare oder wirkliche Kapitalzuwachs.

So wirkten vier mächtige Ursachenreihen zusammen, um dem chilenischen Wirtschaftsleben einen Impuls zu geben, wie es ihn noch nie zuvor erfahren hatte. Der Unternehmungsgeist erhielt geradezu Schwingen, das Spekulationsfieber wurde zur Siedehitze gesteigert. Ein Erwerbstaumel ergriff alle wirtschaftlichen Kreise. Etwas wie ein ökonomischer Fanatismus überkam das Volk.

Eine Unzahl neuer Unternehmungen trat ins Leben. Das Kapital der neugegründeten Aktiengesellschaften betrug[1]:

1900	27 Mill. Pesos
1901	23 „ „
1902	12 „ „
1903	20 „ „

[1] Zegers, S. 191.

1904	74 Mill. Pesos
1905	342 „ „
1906	208 „ „
1907	66 „ „

Die vielen Gründungen verursachten eine intensive Nachfrage nach Arbeitskräften und Gütern (Maschinen, Baumaterial, Futter usw.).

Der Import nahm wie folgt zu:

	$ zu 18 d
1903	142,5 Mill.
1904	157,2 „
1905	188,6 „
1906	225,3 „
1907	293,7 „

Die Zunahme der Güterbewegung im Lande wird durch folgende Zahlen über den Frachtverkehr der Zentralbahn beleuchtet [1]:

1900	2,1 Mill. Tonnen
1904	2,6 „ „
1905	2,7 „ „
1906	2,7 „ „
1907	3,5 „ „
1908	4,0 „ „
1911	4,9 „ „

Wie die Nachfrage nach inländischen Produkten wuchs, zeigen uns die Preise des Produktenmarktes zu Valparaiso, die wir den Wochenberichten der Revista Comercial entnommen und im Anhang wiedergegeben haben.

Über das Steigen der Arbeiterlöhne einige Stichproben! Der Tagelohn des männlichen ungelernten Arbeiters betrug in Centavos:

Jahr	Hacienda Piguchen (Putaendo)	Hacienda Ucuquer (Llai-Llai)	Brauerei (Santiago)	Bettstellenfabrik (Talca)	Staatseisenbahnen [2]
1905	50	75	160	100	160
1906	70	75	220	125	?
1907	100	160	280	150	?
1908	120	160	300	180	?
1910	140	160	350	300	?
1911	160	?	370	350	335

G. Yunge hat berechnet [3], daß der durchschnittliche Tagelohn der Minenarbeiter fast überall — in Nord- wie in Mittel-

[1] S. Marín Vicuña: Los ferrocarriles de Chile, 3. Aufl., S. 141.

[2] S. Marin Vicuña: Los ferrocarriles de Chile, 3. Aufl., S. 97. Durchschnittslohn aller Arbeiter, auch der gelernten.

[3] Estadística Minera, IV, S. 132.

chile — ziemlich genau dem Wechselkurse gefolgt ist. Yunge zeigt, daß im großen Durchschnitt der Lohn des chilenischen Minenarbeiters im Jahre 1903 230 Cents und im Jahre 1908 372 Cents betrug. Auf den Peso von 18 Pence gebracht, lauten diese Zahlen für 1903 206 und für 1908 203 Cents.

Der Zunahme der Lebensmittelpreise und Löhne paßten sich fast alle anderen Geldbeziehungen ebenfalls an. Die Mieten stiegen; in Valparaiso trugen allerdings die durch das Erdbeben angerichteten Verwüstungen noch besonders dazu bei. Die Gehälter der Privatangestellten mußten erhöht werden. Die Staatsbeamten wurden zwar zunächst vertröstet, doch wußten sie sich vielfach auf andere Weise zu helfen.

Der Handel, die Landwirtschaft, die Salpeterindustrie und die meisten anderen Erwerbszweige hatten glänzende Geschäfte zu verzeichnen. Allerdings, viele der neuen Gründungen konnten vorderhand keine Gewinne abwerfen, ja sie mußten immer mehr Kredite in Anspruch nehmen.

Wie es aber auch darum stehen mochte: soweit die Börse damit zu tun hatte, verriet sie einen unerschütterlichen Optimismus [1]. Eine stürmische Hausse kam zustande. Die Effektenumsätze verzehnfachten sich. Nichts vermochte das allgemeine Kurstreiben aufzuhalten. Man riß sich um die Papiere. Die weitesten Kreise der Bevölkerung beteiligten sich an der Spekulation: Schuster, Schneider, Lehrlinge, Kellner, Hausknechte versagten ihre Mitwirkung nicht. Alle Aktien, die angeboten wurden, fanden ihre Käufer. Man hatte die Gewißheit, sie am nächsten Tage, ja in der nächsten Stunde, mit Gewinn wieder losschlagen zu können. So war es kein Wunder, daß viele Gründungen ohne jede ernsthafte wirtschaftliche Grundlage vorgenommen wurden, nur um Material für die Börse zu schaffen, die ja doch alles wahllos aufnahm. Wir brauchen nicht erst Zahlen darüber anzuführen, wie die Kurse stiegen, entbehrte das doch aller Vernunft.

Die großen Gewinne, besonders die durch Spekulation erzielten, vermehrten den Konsum weit über das gewöhnliche Maß. Ein unerhörter Luxus wurde betrieben. Für Juwelen wurden riesige Summen ausgegeben. Man bestellte sich Automobile in Europa, obwohl die Verfassung der Straßen größere Automobilfahrten fast unmöglich macht. Phantastische Preise wurden für Theaterlogen bezahlt: in Santiago an die 20 000 Pesos für das Saisonabonnement einer Loge. In den unteren Klassen nahm der Alkoholkonsum erschreckend zu. — Wenn wir eben die zunehmenden Importziffern als ein Zeichen der belebten Produktionstätigkeit anführten, so müssen wir jetzt hinzu-

---

[1] Unter andern: Zegers, S. 195 ff. — Von der kleinen Börsenkrisis im Mai des Jahres 1905 können wir absehen.

setzen, daß in ihnen natürlich auch die Zunahme des unproduktiven Konsums zum Ausdruck kommt.

Diese Herrlichkeit konnte aber nicht lange währen, denn es war mehr als ein Fehler in der Rechnung.

12. Die Krisis von 1907—1908.

Das so hoch getürmte Konjunkturgebäude war doppelt gefährdet: entweder kam die ganze künstliche Kreditbasis des Inlandes ins Wanken, oder vom Auslande her wurde ihm der Boden abgegraben, wenn nicht beides überhaupt zugleich eintrat.

Vor Kreditkündigungen der Hypothekenkasse war man sicher. Auch brauchte man nicht zu fürchten, daß der Fiskus den Banken seine Depositen plötzlich entziehen würde. Mehr Gefahr drohte schon von den Banken, welche die Sorge für das eigene Wohl dazu veranlassen mußte, mit Krediten zurückzuhalten und ausstehende Forderungen einzuziehen. Ja, sie wurden schon im Anfange des Jahres 1907 teilweise dazu gezwungen; denn manche der von ihnen finanzierten Unternehmungen waren damals schon derart, daß ein Eingreifen nötig wurde.

Zu einer allgemeinen Katastrophe wäre es aber schwerlich so bald gekommen, wenn nicht plötzlich eine heftige Wirtschaftskrisis die Geld- und Warenmärkte Nordamerikas und Europas erschüttert hätte. Von zwei Seiten wirkte dies Ereignis auf die chilenische Volkswirtschaft ein: einerseits sanken die Preise ihrer wichtigsten Exportprodukte, und andererseits wurde ihr ein Teil der ausländischen Kapitalien entzogen.

Freilich, die vom Staat erhobenen Anleihen konnten nicht zurückgefordert werden. Aber die Auslandsbanken und besonders die großen Export- und Importfirmen eilten ihren Stammhäusern mit großen Summen zu Hilfe. Und die Importeure wurden von ihren Lieferanten oder den finanzierenden Banken zu Abdeckungen veranlaßt. Überdies sahen sich die ausländischen Besitzer chilenischer Aktien und Pfandbriefe vielfach gezwungen, ihre Papiere zu verkaufen.

Die nächste Folge war lebhafte Nachfrage auf dem Devisenmarkte. Diese wurde jetzt um so dringender, als der Import unverhältnismäßig groß gewesen war. Das Angebot konnte ihr nicht entfernt folgen. Die Exportproduktion war jetzt nicht in der Lage, dem Markte das Devisenmaterial in dem bisherigen Maße zur Verfügung zu stellen; denn ihr Absatz stockte oder erfolgte nur zu ganz geringen Preisen. Der Salpeterpreis sank von 10—11 Mark (pro 50 kg) im Jahre 1907 im folgenden Jahre rasch auf unter 9 Mark, der Kupferpreis in den Monaten März bis Oktober 1907 von 110 $ (pro 1016 kg)

auf 55 £, der Wollpreis von 6,22 Francs (pro 1 kg) Ende September 1907 auf 4,67 Francs im Dezember[1]. Und die fehlenden Warenwechsel konnten durch die Finanzwechsel der selber in Bedrängnis befindlichen Banken und großen Handelshäuser nicht — wie sonst — ersetzt werden.

Das alles wirkte zusammen, um die Devisenpreise hochzutreiben, mit anderen Worten den Kurs zu senken. Zwar hatte der Kursrückgang schon im Jahre 1905 begonnen; denn der Import war schon damals aus den oben besprochenen Gründen so groß gewesen, daß die Exportproduktion samt den ins Land fließenden Anleihegeldern kein genügendes Äquivalent dafür boten. Aber dieser Rückgang hatte sich doch nur langsam vollzogen. Es war der Durchschnittskurs:

1904	$16^9/_{16}$	Pence
1905	$15^5/_8$	„
1906	$14^3/_8$	„

Dann erfolgte aber ein Kurssturz, wie ihn Chile noch nie erlebt hatte. Anfang Dezember 1907 fiel der Kurs auf 8 Pence, nach vorübergehendem Steigen schließlich[2] Ende Juni 1908 auf $7^{11}/_{16}$. Der Durchschnittskurs war:

1907	$12^1/_{16}$	Pence
1908	$9^5/_8$	„

Damals kamen innerhalb weniger Stunden Schwankungen von ½ Penny, d. h. also von etwa 5 %, vor. Umsätze von nur 500 £ sollen den Kurs um ¼ Penny gedrückt haben[3].

Natürlich erklären sich diese wilden Kursbewegungen nur mit einer zügellosen Spekulation, die neben dem effektiven Handel einherging. Eine Reihe von Wechselspekulanten machte damals Bankrott.

Stark litt unter dem Kurssturz dann vor allem auch der Importhandel. Zuerst wurde hauptsächlich der direkte Import betroffen, d. h. der europäische Lieferant, der unter Umgehung der ersten Hand unmittelbar an die zweite und dritte verkauft hatte. Obwohl seine Abnehmer bei Empfang der Ware bereits die auf sie gezogene Tratte akzeptiert hatten, zahlten sie vielfach nicht, und auch das Einklagen der Schuld führte nicht immer zum Erfolge[4]. Die erste Hand wurde erst Anfang 1908 ernstlich in Mitleidenschaft gezogen; und zwar besonders deswegen, weil sie beim ersten tiefen Kursfall im allgemeinen noch nicht in der Zwangslage gewesen war, sich für ihre Zahlungen ans Ausland eindecken zu müssen. Jetzt mußte sie aber vielfach Devisen um jeden Preis kaufen.

---

[1] Preistabellen der Deutschen Bank.
[2] Kurstabellen der Deutschen Bank.
[3] Dunker, S. 88.
[4] Siehe Kap. VII, 3.

Die Importeure wurden jedoch nicht nur durch den Kursfall geschädigt, sondern vielfach auch dadurch, daß unter ihren Schuldnern viele Unternehmungen waren, die Maschinen, Rohstoffe usw. bezogen hatten, die aber gerade jetzt nicht imstande waren, Zahlung zu leisten.

Freilich kam der tiefe Kurs der Exportproduktion zugute: er war ein gewisser Ausgleich für die niedrigen Weltmarktpreise. Aber er konnte nur denen nützen, die von vornherein auf gesunder Basis aufgebaut, nicht aber denen, die durch die jetzt erfolgenden Kreditentziehungen aufgeworfen waren und die selbst unter den günstigsten Bedingungen kein Daseinsrecht hatten. Und deren gab es viele.

Die schlechte Lage dieser Unternehmungen wirkte auch auf die Banken zurück, deren Status aufs äußerste angespannt war und die sich nun teilweise noch in Wechselspekulationen engagiert hatten [1]. So kam es denn zum Zusammenbruch verschiedener kleiner Banken und auch einer größeren (Banco Mobiliario: 10 Mill. Pesos Kapital).

Die Situation der Banken war auch deswegen gefährlich, weil sie ihre Kredite vielfach gegen Lombardierungen gegeben hatten und weil die verpfändeten Effekten entwertet wurden, wie das in einer Börsenkrisis zum Ausdruck kam, die mit derselben Gewalt hereinbrach, wie sich vorher die Hausse vollzogen hatte.

Diese Börsenkrisis [2] wütete besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 und der ersten Hälfte 1908. Viele Papiere wurden einfach vom Markte weggefegt; andere sanken tief im Kurse. Dabei stiegen aber wirklich solide Anlagen; denn in diese flüchtete sich das freiwerdende Kapital. Darunter befanden sich Aktien von Salpeter-, Viehzucht-, Bergbaugesellschaften, die der niedrige Devisenkurs in günstige Lage versetzte.

Auch begannen jetzt die Bodenpreise zu steigen, die sich bisher nur wenig bewegt hatten, weil das Kapital fast nur in die mobilen Werte hineingegangen war.

Der Grundstückskauf wurde jetzt um so vorteilhafter, als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte von der Krisis nicht zum Sinken gebracht wurden, sondern im Gegenteil in die Höhe gingen. Das war einerseits die Folge schlechter Transportverhältnisse im Inlande, andererseits die Folge des Exportes auch solcher Produkte, die sonst nur auf dem heimischen Markte Absatz gefunden hatten, die aber jetzt bei dem niedrigen Devisenkurs vom Handel gierig aufgegriffen wurden, um ins Ausland geschickt zu werden.

---

[1] Dunker, S. 103.

[2] Revista Comercial.

Berichtigungen.

Da die Drucklegung dieses Buches noch während meines Aufenthalts in Südamerika erfolgt ist, so daß ich die Korrekturen nicht selber habe lesen können, sind einige Fehler stehen geblieben, derentwegen ich den Leser um Nachsicht bitten muß. Wesentlicher Art sind die folgenden:

S. 102, Z. 28: statt „die letzten Glieder Y und Z“ lies „zwei Glieder“.

S. 128, letzte Zeile: statt „110 $“ lies „110 £“.

S. 134, Z. 4: der hier beginnende Satz ist als überflüssig zu streichen.

S. 136, Z. 24: statt „spielen im Marktgefecht keine Rolle“ lies „lassen sich nicht ins Marktgefecht führen“.

S. 138, Z. 3 von unten: statt „Spekulation“ lies „Spekulanten“.

S. 151, Z. 2: statt „Wenn die Grundstückspreise steigen, so steigen auch die Mieten“ lies „Wenn die Mieten steigen, so steigen auch die Grundstückspreise“.

S. 182, Z. 18: statt „20,5 Mill. $“ lies 20,5 Mill. £“.

S. 236, Z. 34: schiebe folgenden Satz ein: „Heute fehlt das Gegengewicht gegen die plutokratisch-oligarchischen Bestrebungen“.

Der Verfasser.

Man kann fast sagen: alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde herangeholt, um damit Devisenmaterial zu schaffen. Schon im November 1907 berichtet die Revista Comercial: Man exportiert, was man nur kann. Bohnen, Linsen, Erbsen, Wachs, Honig, Talg, Heu, Nüsse, Dörrfleisch; was überhaupt transportabel war, wurde verschifft. Bald war auf dem Produktenmarkte von einzelnen Artikeln nichts mehr zu haben. Man befand sich wie in einer belagerten Festung.

Die Weizenausfuhr nahm wie folgt zu:

	kg
1905	8 Mill.
1906	— „
1907	35 „
1908	135 „

Der Export im ganzen stieg wie folgt:

	$ zu 18 d
1905	265,2 Mill.
1906	271,4 „
1907	274,5 „
1908	319,1 „

Im Verein mit dem abnehmenden Import ist das der Ausdruck für einen harten Sparzwang, den sich die Bevölkerung zugunsten der ausländischen Gläubiger auferlegen mußte, mit deren Geld man in den Jahren vorher gewütet hatte.

13. Die im Jahre 1912 errichtete Emissionskasse[1].

Von der geschilderten Krisis hat sich das chilenische Wirtschaftsleben ziemlich rasch erholt. Die Salpeterproduktion hat in den letzten Lahren stark zugenommen. Zwar mußten manche Werke den Betrieb einstellen, nachdem am 31. März 1909 das Salpeterkartell abgelaufen war, aber gerade die leistungsfähigsten Unternehmungen konnten jetzt ihre ganze Produktionskraft entfalten. Auch der Aufschwung der Landwirtschaft hat angehalten, wenn auch hier und da die Ernten nicht ganz befriedigend waren. Nur die Kupferproduktion ist durch niedrige Kupferpreise des Weltmarktes gehemmt worden; doch ist ihre Technik inzwischen teilweise auf neue Grundlagen gestellt. Überdies hat der Fiskus durch große öffentliche Arbeiten, insbesondere durch Eisenbahn- und Hafenbauten, zur Belebung der Geschäfte beigetragen.

Im ganzen genommen waren also die Jahre 1909, 1910, 1911 eine Periode des Aufschwungs, wie auch die wachsenden Zahlen des Außenhandels zeigen:

---

[1] Vgl. die Artikel von Silva de la Fuente im Diario Ilustrado und von Alberto Edwards im Mercurio.

	1909	1910	1911	
Einfuhr	262,1	297,5	349,0	Mill. $ zu 18 d
Ausfuhr	306,4	328,8	339,4	„ „ „ 18 „

Der Wechselkurs hat sich in dieser Zeit auf einem festen Niveau halten können:

1909	$10^{20}/_{32}$ d
1910	$10^{25}/_{32}$ „
1911	$10^{20}/_{32}$ „

Im Gegensatz hierzu sind fast alle Preise im Lande gestiegen. Dies und die wachsenden Umsätze mußten schließlich die mangelhafte Elastizität der Gelddecke fühlbar werden lassen. Seit 1907 war kein Papiergeld mehr ausgegeben worden. Wenn nun auch der Geldumlauf anfänglich zu groß gewesen war, wenn tatsächlich Inflationismus geherrscht hatte, so hatte er auch zur Erhöhung des Preisniveaus beigetragen. Für den Verkehr mußte also über kurz oder lang der vorhandene Papiergeldvorrat nicht mehr reichen.

Schon gegen Ende des Jahres 1911 wurden die Verhältnisse auf dem Geldmarkt besonders schwierig, wozu auch die Verschuldung des Staates beim Banco de Chile — die Folge eines fiskalischen Defizits — wesentlich beitrug. Als dann im Anfange des Jahres 1912 die Kongreßwahlen stattfanden und die Millionen der Bestechungsgelder unter das Volk geworfen wurden, während gleichzeitig die Landwirte für die Ernte den Bankkredit stark in Anspruch nehmen mußten, wurde die Geldknappheit besonders fühlbar. Eine Absatzstockung trat ein. Der Importhandel wurde besonders schwer dadurch getroffen; denn die zur Deckung des Defizits beschlossenen Zollerhöhungen, die am 14. April 1912 in Kraft treten sollten, hatten bewirkt, daß große Warenmengen im voraus eingeführt worden waren. Einige Firmen brachen damals zusammen.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sich die Lage nicht so verschärft hätte, wenn eine gesunde Politik der Notenausgabe möglich gewesen wäre. Zwar enthielt das Emissionsgesetz vom 27. August 1907 die Bestimmung, daß jedermann gegen Hinterlegung von Gold Papiergeld beziehen könne. Aber dafür war der Kurs von 18 d festgesetzt, so daß, wer sich auf diesem Wege neue Umlaufsmittel verschaffte, einen großen Zinsverlust erleiden mußte, da man ja für 18 d Gold Papierpesos erhielt, die nach dem herrschenden Kurse nur 10—11 d wert waren. Trotzdem nahm der Banco de Chile damals hierzu seine Zuflucht und verschaffte sich so 8 Mill. Pesos Papier.

Dieser Weg war aber im allgemeinen doch nicht gangbar. Begreiflicherweise versuchten nun die inflationistischen Interessen, eine Wiederaufnahme der Emissionspolitik der Jahre 1901—1907 durchzusetzen. Sie begegneten aber so energischem

Widerstande, daß sie sich mit einer Herabsetzung des Kurses begnügen mußten, zu dem gegen Gold Papiergeld erhältlich war.

Durch ein Gesetz vom 11. Mai 1912 wurde nämlich das Emissionsamt angewiesen, sowohl den fremden wie den einheimischen Banken gegen Hinterlegung von Gold Papiergeld auszuhändigen; und zwar im Verhältnis von 1 Peso für je 12 Pence. Diese Goldgarantie ist entsprechend zu erhöhen, wenn der Devisenkurs über 12 Pence steigt. Das Gold ist in den Staatskassen oder bei der Bank von England oder einer anderen „erstklassigen" Bank zu deponieren. Das eingelieferte Gold kann gegen die entsprechende Summe Papiergeld jederzeit abgehoben werden, aber nicht von jedermann, sondern nur von den Deponenten oder von denjenigen, denen diese das Recht dazu übertragen haben.

Diese Einrichtung ist mit der argentinischen oder brasilianischen Konversionskasse nicht zu verwechseln, die nicht nur einem jeden Papiergeld gegen Gold, sondern auch Gold gegen Papiergeld geben, was — solange der Goldvorrat reicht — die Stabilisierung des Devisenkurses zur Folge hat. Die neue Emissionstätigkeit in Chile kann natürlich nicht regulierend auf den Wechselmarkt einwirken. Sie hat überhaupt nur geringe Bedeutung gewonnen.

Mitte März 1913 war der den Banken ausgehändigte Notenbetrag der folgende [1]:

Banco de Chile	8,0 Mill. $
Banco Anglo Sudamericano	5,5 „
Banco Aleman Transatlántico	5,0 „
Banco Chile y Alemania	3,0 „
	21,5 Mill. $

Unter den einheimischen Banken hat also nur der Banco de Chile von dem neuen Emissionsgesetz Gebrauch gemacht; und zwar nur insofern, als er die 8 Mill. $, die er, wie erwähnt, schon vorher, gemäß dem Gesetz vom 27. August 1907, für den Gegenwert von 600 000 £ bezogen hatte, nicht zur Einlösung brachte. Natürlich ließ er sich nun aber, dem nunmehrigen Emissionskurse von 12 Pence entsprechend, den dritten Teil der Golddeckung zurückgeben.

Den fremden Banken ist die Emissionskasse im Grunde nur eine bequeme Art der Kurssicherung. Statt ihr Kapital durch Wechselziehungen dem Lande zuzuführen und durch Prolongationsgeschäfte den Kurs zu sichern, haben sie Gold deponiert, um dafür Papierscheine einzutauschen. Die entsprechenden, den Geldmarkt anspannenden Wechseloperationen fallen nun fort. Anderseits steht aber das Devisenmaterial

[1] Nach Mitteilung der Oficina de Emision.

den Importeuren und anderen Wechselkäufern nicht mehr zur Verfügung, so daß eine Tendenz zum Rückgang entsteht. Doch handelt es sich dabei um so kleine Beträge, daß diese Tendenz kaum zum Vorschein kommen konnte. Unter den einheimischen Banken hat nur der Banco de Chile vom Gesetz Gebrauch gemacht, doch nur insofern, als er die Golddeckung entsprechend verringerte, die nötig gewesen war, um die 8 Mill. $ zu erlangen, welche er gemäß dem Gesetz vom 27. August 1907 bezogen hatte.

Die währungsgeschichtliche Betrachtung hat uns gezeigt, wie wenig der chilenische Staat die beiden wichtigsten Probleme aller Währungspolitik, die Anpassung des Geldumlaufs an den Geldbedarf einerseits und die Stabilisierung des Wechselkurses andererseits, zu lösen vermocht hat.

Die Aufgabe der nächsten beiden Kapitel soll es sein, einige Seiten dieser Fragen zu beleuchten, die bei der raschen geldwirtschaftlichen Entwicklung des Landes fast immer im Vordergrunde aller Politik gestanden haben und noch heute dringend einer Lösung harren.

Zehntes Kapitel.

Der Wechselkurs.

1. Die Bestimmungsgründe im allgemeinen.

Bei allen Betrachtungen über den Wechselkurs wird man sich zunächst darüber klar sein müssen, daß dieser nichts anderes ist als ein Preis, der in derselben Weise zustandekommt wie bei freier Konkurrenz jeder andere Marktwert, d. h. durch eine Vereinbarung zweier Parteien, die von den Ergebnissen bereits vorliegender Geschäftsabschlüsse ausgehen und daran festhalten, solange das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage nicht gestört wird. Erst wenn sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen verschiebt, wird die eine oder die andere Seite nach mehr oder weniger intensiven Verhandlungen in der Regel zu Konzessionen gezwungen und eine Preisänderung tritt ein.

Freilich werden nicht alle Devisengeschäfte in dieser Weise abgeschlossen. Viele Umsätze, besonders die kleineren, gehen — sozusagen als Mitläufer — unter derselben Preisbedingung vor sich, die für die größeren Geschäfte erkämpft worden ist. Und im Schalterverkehr der Banken wird der Kurs autonom festgesetzt, ganz wie ein Ladenpreis, aber das geschieht doch immer unter enger Anlehnung an die Ergebnisse der Marktverhandlungen, so daß im Grunde diese allein bei der Kursbildung in Betracht kommen und man also sagen kann: nur Angebot und Nachfrage bestimmen den Kurs.

Es liegt an sich nahe, den Wechselkurs als ein Austauschverhältnis zwischen dem inländischen und dem ausländischen Gelde anzusehen. Das ist er in der Tat, aber doch nur äußerlich betrachtet. Während nämlich beim naturalwirtschaftlichen Tausch die Wertbetrachtung beide Tauschgegenstände ergreift — so etwa drückt sich Bendixen in einem seiner meisterhaften Aufsätze über „Geld und Kapital“ aus [1] —, ist sie beim geldwirtschaftlichen Kaufgeschäft nur auf die Ware, nicht auch auf das Geld gerichtet. Jeder weiß „aus eigener Erfahrung, daß, wenn er eine Sache schätzt oder kauft, er das

---

[1] Im Anschluß an K n a p p s grundlegendes Werk über die „Staatliche Theorie des Geldes“, worin es (auf S. 25) heißt: „Auch dürfen wir bekanntlich den Begriff Wert nicht auf die Zahlungsmittel selber, also auch nicht auf das Geld anwenden, sondern nur auf Dinge, die nicht selber Zahlungsmittel sind . . .“.

Geld als feste Einheit empfindet, über deren Wert er sich keine Gedanken macht". Er erwägt zwar, ob seine Mittel ihm den Kauf erlauben, aber einen Wertvergleich zwischen Geld und Ware zieht er nicht. Was nun vom Warenhandel gilt, gilt auch vom Devisenmarkt. „Denn ausländisches Geld ist für uns Handelsware." Und erst recht sind es die Anweisungen darauf, die Devisen, für die ja auch bestimmte Preisabstufungen bestehen (Kap. VIII, 7).

Niemals wird also auf dem Devisenmarkte — von Zeiten der Währungsrevolution vielleicht abgesehen — der Wert des inländischen Zahlungsmittels gegen den des ausländischen abgewogen. Der Peso wird immer als feste Einheit empfunden und die Devise als der zu bewertende Kaufgegenstand, wiewohl die Kursnotierung ja scheinbar das Gegenteil besagt, Peso und Devise werden mit anderen Worten nicht gegeneinander ausgetauscht wie in Zeiten der Naturalwirtschaft ein Ochse gegen mehrere Sack Mehl; der Markt beachtet vielmehr nur das vorhandene und entstehende Devisenmaterial und läßt sich nur durch tatsächliche und vermutete Änderungen zwischen diesen beiden Größen bestimmen, den Kurs zu erhöhen oder zu erniedrigen. Auf dem Markt entscheidet, wie auf dem Schlachtfelde, eben nur die Macht. Erwägungen über die Kreditwürdigkeit oder sonstige Eigenschaften des staatlichen Geldes spielen im Marktgefecht keine Rolle.

Wenn man hiervon ausgeht, dann läßt sich auch leicht die Frage lösen, die sonst so vieles Kopfzerbrechen bereitet, warum eine Vermehrung oder Verminderung des Konversionsfonds den Kurs unter Umständen gar nicht entsprechend beeinflußt. Der Konversionsfonds steht eben in keiner direkten Beziehung zum Devisenmarkte (wie etwa die brasilianische oder argentinische Konversionskasse). Eine Erhöhung des Konversionsfonds z. B. bewirkt nur dann eine Kurssteigerung, wenn sie etwa der Anlaß zu einer Haussespekulation wird, die, weil auf eine falsche Ansicht gegründet, schließlich auch zusammenbrechen dürfte. So wenig hat der Konversionsfonds etwas mit dem Kurse zu tun, daß sein Metallwert den Kurswert des Papiergeldes überschreiten kann: der chilenische Konversionsfonds beläuft sich auf etwa 100 Mill. Pesos zu 18 Pence; das umlaufende Papiergeld, dessen Nominalbetrag 150 Millionen ist, sofern man von den Emissionen der Emissionskasse absieht, reicht bei dem heutigen Kurse von etwa 10 Pence dagegen lange nicht an die 100 Millionen heran.

Im übrigen ist allerdings mit der Erkenntnis, daß nur Devisenangebot und -nachfrage den Kurs bestimmen, wenig genug gewonnen; denn erstens fragt es sich: wodurch werden diese ihrerseits bestimmt? und zweitens: welche Beziehung besteht zwischen ihnen und der Kurshöhe?

2. Die Größe von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt.

I. Als Angebot erscheinen in der Hauptsache:

1. die Warenwechsel, die auf Grund des Exports gezogen werden.

a) Die Salpeterwechsel bilden die Hauptmasse des Devisenmaterials. Sie kommen vorwiegend in den Sommermonaten, zur Zeit der meisten Salpeterverschiffungen, auf den Markt.

b) Die Kupferwechsel spielen entsprechend der verhältnismäßig geringen Kupferausfuhr nur eine unbedeutende Rolle. Sie haben keine bestimmte Saison.

c) Andere Warenwechsel sind kaum erwähnenswert. Die Wollwechsel kommen kurz nach der Zeit der Schafschur auf den Markt, Getreidewechsel nach der Ernte;

2. die Devisen, die der Kapitalzufuhr dienen. Es kommen hauptsächlich in Betracht:

a) Ziehungen auf Grund von auswärtigen Staatsanleihen (Kap. XII, 11);

b) Ziehungen zur Bewerkstelligung privater Kapitalzufuhr (Kap. XIII, 2);

c) Finanzwechsel der Banken und Handelshäuser, die meist nur vorübergehender Geldbeschaffung dienen.

II. Die Devisennachfrage hat hauptsächlich folgende Entstehungsgründe:

1. Wareneinfuhr; Frachtvergütungen ans Ausland;

2. Kapitalabfluß:

a) Amortisation der Staatsanleihen, meist halbjährlich;

b) Abwanderung von Privatkapital; bei der großen Zahl in die Heimat zurückkehrender Ausländer recht bedeutend;

c) vorübergehende Anlage eines Papiergeldguthabens in Devisen;

3. Gewinn- und Zinszahlungen ans Ausland, vorwiegend an den Quartalswenden;

4. Reisegelder usw. Bekanntlich pflegt die chilenische Aristokratie in Paris große Summen auszugeben.

III. Außerordentlich wichtig für das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkte ist auch die Devisenspekulation: der Blankoverkauf von Devisen, der durch einen entsprechenden Terminkauf kompensiert wird, und ebenso der Spekulationskauf, bei dem es auf wirkliche Abnahme der Stücke gar nicht abgesehen ist und dem daher ebenfalls ein Gegengeschäft folgt. Obwohl bei diesen Differenzgeschäften schließlich kein Devisenmaterial umgesetzt wird, so können sie doch den Kurs entscheidend beeinflussen, wie wir gleich

sehen werden. — Auch die Prolongationsgeschäfte, bei denen gleichzeitig für verschiedene Termine gekauft und verkauft wird, können auf den Kurs einwirken, wie ja die Schiebungsdifferenz zeigt, die oft recht bedeutend wird (Kap. VIII, 9).

3. Die Dringlichkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkte.

Es fragt sich nun, welche Beziehung zwischen der Quantität des Angebots und der Nachfrage und dem Kurse besteht. Daß die Kurshöhe nicht einfach das rechnerische Resultat dieser beiden Größen ist, daß sie sich nicht sozusagen mechanisch daraus ergibt, wie die Quantitätstheorie meint, die noch heute in Chile vorherrscht, ist längst erwiesen.

Schmoller sagt: „Kleine Änderungen von Angebot und Nachfrage haben oftmals gar keine Wirkung auf den Wert, obwohl sie je nach den Menschen und Verhältnissen nicht ausgeschlossen ist. Mittlere Änderungen werden sich bei Wiederholung häufig in gleicher Weise geltend machen. Doch trifft dieses nicht immer zu, und noch weniger wird aus der Größe der Mengen auf die entgegengesetzte Größe der Wertänderung zu schließen sein. Ein Defizit des Angebots von 5 Prozent kann den Wert um 2, um 5, um 10 oder 20 Prozent heben.“

Das ergibt sich schon daraus, daß alle Wertbildung ein Bewußtseinsvorgang, eine psychologische und keine physikalische Erscheinung ist. Es ist dabei eben jene große Unbekannte in Betracht zu ziehen, die wir Willensfreiheit oder Willkür oder sonstwie nennen, und die aller Definition und Voraussage spottet. Aber selbst, wenn wir dieses x eliminieren könnten, wenn die Marktparteien den Kurs wirklich auf Grund einer allgemeingültigen oder überhaupt einer Formel entsprechend der Größe von Angebot und Nachfrage bestimmen wollten, ihnen würde fast immer die Berechnungsunterlage dafür fehlen; denn in den seltensten Fällen sind ihnen diese Größen bekannt.

Und das schon aus dem einfachen Grunde, weil Angebot und Nachfrage bis zu einem gewissen Grade elastisch sind, weil sie oft in demselben Augenblick wieder zurücktreten, in dem sie hervorgetreten sind, weil sie je nach der Marktlage plötzlich erscheinen und plötzlich verschwinden. Ob sie das können, hängt davon ab, ob sie, wie man sagt, dringlich sind oder nicht.

Die Dringlichkeit kann sehr verschiedene Grade haben. Zu den dringlichsten Geschäften gehören die der Spekulation, die große Engagements auf sich geladen haben, deren effektive Erfüllung ihre Kräfte weit übersteigen würde, und die ge-

zwungen sind, zur Kompensation Gegengeschäfte vorzunehmen. Äußerst dringlich kann auch die Devisennachfrage der Importeure sein, die unter Umständen durch die Abmachungen mit ihren Lieferanten genötigt sind, sich einzudecken, koste es, was es wolle. Ebenso dringlich kann aber auch das Angebot der Exportproduzenten sein, die für die Fortführung ihres Betriebs um jeden Preis Geld flüssig machen müssen. Von der größten Dringlichkeit sind auch die Amortisations- und Zinszahlungen des Staats an seine auswärtigen Gläubiger. Weniger dringlich ist meist der sonstige Kapitalabfluß und ebenso der Kapitalzufluß. Ja, ein Teil dieser Kapitalbewegung tritt nur als Folge der Kursbewegung auf; sie ist vorübergehender Art und hat nur den Zweck, die Konjunktur auszunutzen. Ihr Auftreten ist zumeist nicht im mindesten vorauszusehen.

Wenn wir nun die verschiedenen Arten der Devisennachfrage und des Devisenangebots in Chile betrachten — siehe den vorigen Paragraphen —, so will uns scheinen, daß im ganzen genommen die Dringlichkeit der Nachfrage meist größer ist als die des Angebots.

Wir wollen — zuungunsten unserer Behauptung — annehmen, daß die aus dem Import hervorgehenden Verbindlichkeiten ebenso intensiv zur Lösung drängen wie die aus dem Export erstehenden Forderungen, obwohl die Dinge in Wirklichkeit doch wohl so liegen, daß die Devisennachfrage der Importeure alles in allem dringlicher ist als die der Exportproduzenten. — Wir setzen die Importeure den Exportproduzenten, nicht den Exporteuren gegenüber, weil seit Jahren — soweit wir feststellen konnten, seit 1898 — der Devisenverkauf in den Händen der Produzenten liegt. Früher wurden die Devisen von den Exporteuren an den Markt gebracht, die durch ihre große Kapitalkraft und ihre geringe Zahl den Devisenmarkt natürlich ganz anders beherrschten als ihre Gegenpartei, die Importeure, die nach Tausenden zählen. Heute haben die Exporteure mit dem Devisenverkauf in der Regel nicht mehr zu tun. Die Produzenten, die früher in der Landeswährung bezahlt wurden, verlangen heute Bezahlung in Gold, d. h. in Wechseln auf London, die sie ihrerseits realisieren. Doch auch unter diesen Umständen sind die Devisenverkäufer an Zahl geringer und dabei kapitalkräftiger als die große Masse der Devisenkäufer. Wir wollen trotzdem, wie gesagt, annehmen, daß die Devisennachfrage des Imports nicht dringlicher ist als das Devisenangebot des Exports.

Nun bleibt aber noch der Devisenhandel übrig, der sich aus der Kapitalbewegung und den Gewinn- und Zinssendungen ergibt, und dieser wird dadurch gekennzeichnet, daß die staatlichen Amortisations- und Zinszahlungen absolut dringlich sind

und keinen Aufschub leiden[1], was zum Teil auch von den privaten Gewinn- und Zinssendungen zu sagen ist, während die Kapitaleinfuhr zumeist keinem Zwange unterliegt (Ausnahme z. B. Entschädigungssummen der Versicherungsgesellschaften).

Es ergibt sich also folgendes Bild: die Devisennachfrage des Warenimports und das Devisenangebot des Warenexports stehen sich gleich dringlich gegenüber, aber die Devisennachfrage der Kapital- und Zinsausfuhr ist dringlicher als die der Kapitaleinfuhr. (Von allem übrigen können wir absehen)[2]. Wenn nun der Warenimport und die Kapital- und Zinsausfuhr zusammen größer sind als der Warenexport, so daß es zum Ausgleich der Kapitaleinfuhr bedarf, dann ist im ganzen genommen die Devisennachfrage dringlicher als das Devisenangebot. Das scheint in Chile in der Tat der Fall zu sein, wie wir weiterhin des Näheren ausführen werden.

Was nun die Dringlichkeit beim spekulativen Devisenhandel betrifft, so gilt darüber, was in dieser Beziehung vom Differenzhandel überhaupt zu sagen ist.

Häufig hört man die Meinung aussprechen, daß die Differenzgeschäfte höchstens starke Kursschwankungen hervorrufen, aber doch das ganze Kursniveau nicht beeinflussen, da es sich dabei ja um zwei Geschäfte handle, die sich ausglichen: der Kurs, der durch das eine Geschäft eine bestimmte Änderung erführe, müßte durch das andere (entgegengesetzte) Geschäft dieselbe Änderung im umgekehrten Sinne erleiden.

Das ist aber keineswegs der Fall. Wir sind ja davon ausgegangen, daß zwischen Angebot und Nachfrage und dem Kurse keine feste Beziehung besteht. Wie zwei übereinstimmende Geschäfte durchaus verschiedene Wirkung haben können, so kann es auch sehr wohl sein, daß entgegengesetzte Geschäfte trotz gleichen Kaufgegenstandes sich nicht aufheben, sondern eine endgültige Abweichung des Kurses herbeiführen.

Immerhin wird man zugeben müssen, daß die Spekulation in einer Weise zur Folge hat, daß die Kursbildung stetiger verläuft; denn die spekulativen Engagements erweitern den Markt, und ein großer Markt wird durch einzelne Umsätze nicht so leicht aus dem Gleichgewicht gebracht wie ein kleiner.

[1] Zwar sichert sich der Fiskus das Devisenmaterial für seine Auslandszahlungen dadurch, daß er sich seine Ausfuhrzölle teilweise in Wechseln zahlen läßt; aber dadurch nimmt er der privaten Nachfrage einen Teil des Angebots fort, so daß dadurch an der ganzen Sachlage nichts geändert wird.

[2] Auch von den Kompensationen von Devisenangebot und -nachfrage. Ein solcher Ausgleich liegt z. B. vor, wenn ein Unternehmer sein Kapital unmittelbar durch Warenimport ins Land bringt (Kap. VIII, 4)

Diese günstige Wirkung des Differenzhandels wird namentlich zutage treten, wenn die Spekulation der Spekulation, wenn Hausse- und Baissepartei sich in gleicher Stärke gegenüberstehen. Oft liegen die Dinge aber so, daß die Spekulation dem effektiven Handel gegenübertritt.

Setzen wir den folgenden Fall: In einem bestimmten Zeitpunkt hat die Spekulation zur Befriedigung einer effektiven Nachfrage, die durch das effektive Angebot nicht gedeckt wird, in Blanko verkauft, weil sie eine neue Anleihe und damit großes Devisenangebot und einen steigenden Kurs erwartet, der einen hübschen Differenzgewinn verspricht. Durch das Einspringen der Spekulation wird zunächst in der Tat ein Kursrückgang verhütet. Wenn dann das erhoffte Devisenmaterial auf den Markt kommt, steigt der Kurs, die Spekulation macht ein gutes Geschäft und hat sich dabei noch das volkswirtschaftliche Verdienst erworben, einer starken Kursschwankung vorgebeugt zu haben. Wenn die Spekulation sich aber getäuscht hat, wenn keine Anleihe zustandekommt und keine Regierungswechsel erscheinen, dann entsteht ein tieferer Kursfall, als ohne das Eingreifen der Spekulation erfolgt wäre. Denn die Spekulation muß sich unter allen Umständen eindecken (wenn sie auch zunächst prolongieren kann), während die effektive Nachfrage nicht so dringlich zu sein pflegt. Der Kurs wird jetzt, sagen wir, um 10 % gedrückt, während durch den vorhergehenden Blankoverkauf möglicherweise nur ein Kursfall von 5 % verhütet wurde. Das Umgekehrte kann bei einseitigen Baisseengagements eintreten. (Vgl. Prion, Die Preisbildung an der Wertpapierbörse, worin vorzügliche Ausführungen über die Bedeutung der Engagementsverhältnisse für die Kursbildung enthalten sind.)

4. Die Zahlungsbilanz und der Kurs.

Wir haben bisher den Begriff der Zahlungsbilanz absichtlich beiseite gelassen. Denn er ist selbst im wissenschaftlichen Sprachgebrauch noch nicht eindeutig festgelegt.

Vielfach versteht man unter Zahlungsbilanz das Verhältnis von Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande, sozusagen den internationalen Kontokorrent. Dieser begreift jedoch in einem gegebenen Zeitpunkte viele Posten in sich, die den Kurs gar nicht beeinflussen, nämlich neben den fälligen auch die nichtfälligen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Wohl hauptsächlich durch diese Erwägung ist man dazu gelangt, den Begriff der Zahlungsbilanz auf die fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten zu beschränken. In diesem Sinne deckt sich die Zahlungsbilanz mit dem Verhältnis des

effektiven Angebots und der effektiven Nachfrage auf dem Devisenmarkte, wenn man von dem Angebot von Finanzwechseln zur Konjunkturausnutzung und andern Transaktionen absieht, die gar nicht auf Lösung von Forderungen und Verbindlichkeiten gerichtet sind.

Unseren Zwecken entspricht es am besten, eine andere Definition, nämlich die zu übernehmen, wonach die Zahlungsbilanz das Verhältnis der Einzahlungen und Auszahlungen im Auslandsverkehr, sozusagen das internationale Kassakonto darstellt und somit den ganzen effektiven Devisenverkehr (einschließlich der sonstigen internationalen Zahlungsvorgänge s. Kap. VIII, 4) umfaßt. Jedoch können wir selbst bei dieser Auffassung der Zahlungsbilanz den Kurs nicht als den genauen Ausdruck derselben bezeichnen. Denn, wie wir feststellten, wird er einerseits auch durch die Spekulation beeinflußt und anderseits wird er überhaupt nicht durch Angebot und Nachfrage in mechanischer Weise bestimmt.

Immerhin wird man aber doch sagen können, daß die Kursbildung in der Hauptsache von der Zahlungsbilanz abhängt. Damit ist auch zugegeben, daß der fast stetige Kursrückgang, der in Chile seit den 70 er Jahren zu beobachten ist, auf eine seit dieser Zeit fast dauernd passive Zahlungsbilanz hinweist. Was will diese nun besagen?

Der landläufigen Ansicht nach ist der Kursrückgang ein deutlicher Beweis für die Verarmung des Landes. „Es wird eben mehr konsumiert als produziert, infolgedessen mehr importiert als exportiert, und deswegen ist die Zahlungsbilanz passiv und bringt den Kurs zum Sinken“, das ist die gewöhnliche Beweisführung staatsbürgerlicher Gassenweisheit.

An sich ist es ja durchaus möglich, daß zu großer Konsum einen Kursrückgang herbeiführt. Nehmen wir z. B. an, daß die Konsumenten der Einfuhrwaren das Geld dazu nicht aus ihrem Einkommen nehmen können, weil der Ertrag der volkswirtschaftlichen Produktion zu gering gewesen ist, und daß sie gezwungen sind, es auf andere Weise zu beschaffen, etwa durch Aufnahme von Hypotheken und Veräußerung der Pfandbriefe auf dem einheimischen Kapitalmarkte. Der Importeur erhält dann zwar sein Geld, aber das von ihm benötigte Devisenmaterial findet er nicht vor, weil unter der zu geringen Produktion auch der Export gelitten hat. Der Importeur sieht sich daher in der Lage, für die Devisen einen höheren Preis bieten zu müssen, um weiteres Angebot hervorzulocken, das sich vielleicht durch Effektenveräußerungen ans Ausland bildet.

Der sinkende Kurs wäre in diesem Falle ein Ausdruck für die Verarmung der Volkswirtschaft, für einen Verblutungsprozeß.

Es läßt sich wohl nicht leugnen, daß derartiges in Zeiten der Krisis in dieser oder jener Form zu beobachten gewesen ist. Aber nichts wäre verkehrter, als diesen Vorgang chronisch zu nennen. Schon Zorobabel Rodriguez hat seiner Zeit die Ansicht verfochten, und neuerdings sind besonders Agustin Roß und Espinoza dafür eingetreten, daß es eine Gedankenlosigkeit sei, von einer fortschreitenden Verarmung Chiles zu sprechen.

Schon der bloße Augenschein lehrt, daß der Reichtum des Landes in den letzten Jahrzehnten außerordentlich zugenommen hat. Man braucht sich ja nur klarzumachen, daß die Zahlungsbilanz der Volkswirtschaft der Inbegriff der Zahlungsbilanzen aller Privatwirtschaften ist, um zu erkennen, wie unsinnig es ist, im Kursrückgang den Verfall des Volkswohlstandes sehen zu wollen; wäre es doch geradezu absurd, zu denken, daß im großen Durchschnitt die Ausgaben aller Einzelwirtschaften ihre Einnahmen überstiegen. Die in Chile liegenden Vermögenswerte reichen sicherlich an die 10 Milliarden Mark heran, wenn sie nicht gar noch mehr betragen, während das chilenische Volksvermögen um 1830 schwerlich die Milliarde übertraf, auch wenn alle Güter nach heutigem Gelde in Rechnung gestellt würden.

Allerdings ist heute die Schuldenlast des Staates abzuziehen. Diese beläuft sich aber nur auf $^{3}/_{4}$ Milliarden und übersteigt noch lange nicht die Finanzkräfte des Landes (Kap. XII, 11). Eine andere Art der Verschuldung entsteht dadurch, daß Kapitalbesitzer auswandern, was in beträchtlichem Maße geschieht, oder dadurch, daß inländische Vermögenswerte in die Hände von Ausländern gelangen. Es wäre aber viel zu hoch gerechnet, wenn man annehmen würde, daß heute auch nur 5 Milliarden des in Chile werbenden Vermögens dem Auslande tributpflichtig sei.

Übrigens kommt diese Verschuldung ja zunächst gar nicht in einem Kursrückgange zum Ausdruck, vielmehr ist sie in vielen Fällen sogar eine Ursache der Kurssteigerung, hat doch z. B. die Herbeiziehung einer auswärtigen Staatsanleihe Devisenangebot zur Folge. Erst die Rückzahlung der Kapitalien und die Gewinn- und Zinssendungen wirken auf ein Sinken des Kurses hin, weil sie eine besonders dringliche Art der Devisennachfrage hervorrufen.

Wir möchten aber glauben, daß der in Chile chronisch gewordene Kursfall in der Hauptsache oder doch zum großen Teil in etwas anderem seine Erklärung findet, nämlich in der ungesunden Kreditorganisation, von der schon ausführlich die Rede war (Kap. VII und IX). Es is allerdings schwer, den komplizierten volkswirtschaftlichen Kreislauf in dieser Beziehung zu durchschauen. Wir glauben aber das Wesentliche daran mit folgendem Beispile zu treffen:

Ein Importeur bezieht aus dem Auslande Waren, die in 6 Monaten nach ihrer Ankunft zahlbar sind. Er verkauft sie weiter an einen Produzenten, von dem er sich denselben Zahlungstermin ausbedingt. Der Produzent verwertet die Waren für seinen Betrieb, stellt aber sein Produkt erst in einem Jahre fertig. Das Geld zur Bezahlung des Importeurs muß er sich daher inzwischen leihen und erhält es von den Banken, die bei der Kreditgewährung ja großenteils viel zu wenig auf die Liquidität sehen, so daß Umlaufsmittel in den volkswirtschaftlichen Kreislauf treten, bevor die entsprechenden Warenwerte in den Verkehr gelangen. So kommt es, daß der Importeur nach 6 Monaten zwar das Geld erhält, aber nicht die Warenwechsel vorfindet, um seine ausländischen Lieferanten zu befriedigen. Er muß nun durch Mehrzahlung, d. h. durch Bewilligung eines niedrigeren Kurses, das Angebot von Finanzwechseln auf den Markt locken.

Wenn diese Erwägung richtig ist, dann haben wir die Erklärung für den Kursrückgang weniger in einem übertriebenen Konsum und in der Verschuldung an das Ausland zu suchen als in der Überspannung der Kreditwirtschaft, in dem Druck der vorwärtsdrängenden geldwirtschaftlichen Entwicklung.

Die passive Zahlungsbilanz bedeutet also in erster Linie, daß die Devisennachfrage des Imports, die an sich ebenso dringlich sein mag wie das Devisenangebot des Exports, durch dessen verspätetes Erscheinen gezwungen wird, sich an ein weniger dringliches Angebot zu wenden (Bankkapitalien usw.), wobei sie überdies mit der dringlichen Devisennachfrage zu Zwecken der Kapitalsübertragungen und der Zins- und Gewinnsendungen konkurrieren muß.

5. Der Kurs und die Preise.

Wir haben die Untersuchung über die Bestimmungsgründe des Kurses noch nicht abgeschlossen. Wir können aber erst weiter vordringen, wenn wir die Frage beantwortet haben, welche Wirkung von dem Kurse und seinen Änderungen ausgehen. Bisher haben wir uns mit dem Gemeinplatz begnügt, daß der Kurs als der „Preis der Preise der Ein- und Ausfuhrwaren" fast alle Wertbildung im Lande beeinflußt, und zwar so, daß von einem sinkenden Kurse alle auf ein festes Einkommen gestellten Wirtschaftssubjekte, die Beamten, Rentner usw., benachteiligt werden, während die Unternehmer und die Schuldner daraus Vorteil ziehen. Dieser Satz bedarf aber doch in unserem Fall, wie sich bei näherem Zusehen ergeben wird, bedeutender Einschränkungen.

Zunächst steht fest, daß der Devisenpreis auf die Wertbildung in doppelter Weise einwirkt: direkt und indirekt.

Unmittelbar nach dem Kurse richten sich erstens die Preise der Einfuhrwaren. Denn die Importeure kalkulieren diese Preise entsprechend dem Kurse aus. Immer werden sie allerdings ihr Rechnungsergebnis den Käufern nicht aufzuzwingen vermögen. Die vorhandenen Vorräte, die Schärfe der Konkurrenz wird unter Umständen die Anpassung an einen sinkenden Kurs erschweren. Anderseits werden Kurssteigerungen bei ungenügender Konkurrenz langsamer in die Preise übergehen als Kurssenkungen. Ferner: kleine Kursschwankungen werden überhaupt nicht wirken. Während aber bei alledem die Großhandelspreise immer in ganz enger Fühlung mit dem Kurse bleiben, lösen sich die Detailpreise zuweilen halbwegs davon los.

Zweitens sind es die Ausfuhrwaren, deren Preise in unmittelbarer Beziehung zum Kurse stehen. Die Preise der beiden wichtigsten Exportprodukte, die Salpeter- und Kupferpreise, werden sogar in der englischen Währung notiert und, wie bereits erwähnt, werden die Produzenten mit Wechseln auf London bezahlt, so daß also hierbei die Pesopreise der Kursbewegung völlig folgen. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß Salpeter und Kupfer so gut wie ausschließlich für den Export produziert werden. Etwas anders liegen die Dinge bei den Waren, die nur zum Teil ausgeführt, zum Teil aber im Lande selber verbraucht werden, wie z. B. Weizen und Gerste. Hierbei treten eben die Exporteure mit den inländischen Käufern in Konkurrenz. Bei einem Kursfall geht von den Exporteuren eine besonders starke, die Preise in die Höhe treibende Nachfrage aus. Bei steigendem Kurse dagegen tritt die Nachfrage der Exporteure zurück und die Preise neigen zum Sinken. Doch schließt sich die Preisbewegung der Kursbewegung in diesen Fällen natürlich nicht immer vollständig an. — Besondere Erwähnung verdienen die Produkte, die für gewöhnlich nicht exportierbar sind, sondern es nur bei besonders starkem Kursfall werden. Diese werden vom Kurse für gewöhnlich nicht unmittelbar berührt. Nehmen wir an, daß ein Artikel, bevor sein Export in Frage kommt, 10 $ kostet, und daß sich selbst bei einem Kursfall von 15 auf 10 d der Export nicht verlohnen würde. Dann wird sich sein Preis trotz der starken „Valutaentwertung" möglicherweise nicht ändern. Wenn aber ein Kursfall von 15 auf 9 d den Export herbeizuführen vermag, dann wird der Preis jetzt plötzlich vielleicht von 10 auf 15 $ schnellen. Die Kartoffelpreise in Chile sind ein Beispiel dafür, wie lange die Preise derjenigen Produkte, die nicht in den Bereich des Außenhandels kommen, von allen Kursschwankungen unbeeinflußt bleiben können. Nach Kaergers Feststellungen kostete in Chile die Kartoffel im Jahre 1833 2,5 $ per Fanega (92 kg), im Jahre 1875 2 $

und ebensoviel in den 90er Jahren. Erst in den letzten Jahren — etwa seit dem Jahre 1904 — sind die Kartoffelpreise gestiegen [1], dafür aber gleich derart, daß in Chile, in „der Heimat der Kartoffel", dieses wichtige Volksnahrungsmittel heute teurer ist als in Deutschland, so daß deutsche Kartoffeln nach Chile ausgeführt worden sein sollen. Wie sich schon aus dieser Tatsache ergibt, hat die große Steigerung der Kartoffelpreise freilich höchstens zeitweise mit dem Kartoffelexport aus Chile zusammengehangen; sie ist hauptsächlich eine Folge zu geringer Ernten und fehlender Transportgelegenheiten gewesen.

Indirekt beeinflußt der Kurs die Preise auch der Güter, die nicht über die Grenze gehen, und überhaupt alle Werte. Denn die durch einen sinkenden Kurs verteuerten Einfuhrwaren verteuern die ganze Produktion und den Lebensaufwand im Lande, während gleichzeitig die höheren Preise der Exportwaren höhere Unternehmergewinne bringen und höhere Gehälter, Löhne usw. ermöglichen, was wiederum Bewilligung höherer Preise auf den verschiedensten Gebieten mit sich bringt. Diese indirekte Wirkung der Kursänderung ist durchweg aber nicht so intensiv wie die direkte.

Es fragt sich nun, wie rasch und wie vollständig die Umwertung der wirtschaftlichen Werte vor sich geht. Im letzten Jahrzehnt haben sich in Chile, wie wir gesehen haben, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sowie die der ländlichen und städtischen Grundstücke den steigenden Devisenpreisen rasch angeschlossen. Dasselbe ist von den Arbeiterlöhnen zu sagen, die sonst, wie die Geschichte der Papierwährung wohl fast aller Länder beweist, die größte Beharrungskraft zeigen. In dieser Beziehung liegt also in Chile eine Ausnahmeerscheinung vor, die sich teilweise mit einer außerordentlich gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, teilweise mit der Beweglichkeit und mit sonstigen Charaktereigenschaften des chilenischen Arbeiters erklärt. Ganz wehrlos sind immer einem sinkenden Kurse gegenüber die Inhaber festverzinslicher Papiere und überhaupt alle Gläubiger, insbesondere diejenigen, welche ihre Kredite nicht sofort zurückziehen können.

Mit dieser flüchtigen Skizze über den Einfluß des Kurses auf die Wertbildung haben wir uns den Weg gebahnt für die Beantwortung der Frage, was der sinkende Kurs für die einzelnen Berufszweige und die sonstigen Interessenkreise bedeutet.

6. Der Kurs und die Wirtschaftsinteressen.

Auf den ersten Blick sollte man meinen, daß die Salpeter- und Kupferproduzenten, die ja so gut wie ausschließlich für

[1] Preistabelle im Anhang.

den Export arbeiten, mehr als alle anderen Bevölkerungskreise an einer Kurssenkung interessiert seien.

Und in der Tat ist neuerdings der Satz verfochten worden, daß die Salpeterindustrie nur bei einem sinkenden Kurse bestehen könne; denn die Verarbeitung des ärmeren Rohstoffes lohne sich nur, wenn der Kursfall die Unternehmer für die geringere Ausbeute entschädige (Kaulen: La baja del cambio es condicion precisa de la subsistencia de la industria salitrera, Santiago 1912). Und doch ist nichts verkehrter als diese Auffassung, wie eine nähere Betrachtung lehrt.

Für Ende 1907 geben Gandarillas und Ghigliotto folgende Zahlen als Kosten der Produktion, des Transports und der Verzollung eines spanischen Zentners Salpeter an:

Produktionskosten:	Gehälter	1,4 d	meist Gold
	Löhne	15,1 d	Papier
	Kohle	7,5 d	Gold
	Futter	1,2 d	Papier
	Verschied. Materialien	3,6 d	teils Gold, teils Papier
Transportkosten:	Verpackung	3,0 d	meist Gold
	Eisenbahnfracht. . .	5,0 d	Gold
	Hafenausgaben . . .	1,5 d	teils Gold, teils Papier
	Kommissionen . . .	1,0 d	Gold
Ausfuhrzoll		28,0 d	Gold
		67,3 d	

Die Beträge sind in Pence wiedergegeben, obwohl es sich nur teilweise um Zahlungen in Gold (Kap. XI, 2), teilweise um solche in Papier handelt; wir haben daher unserseits hinzugefügt, ob das eine oder das andere vorliegt.

Es ergibt sich, daß 45,9 d in Gold oder meist in Gold und 21,4 d in Papier oder teilweise in Papier, teilweise in Gold gezahlt werden. Man kann also sagen, daß höchstens 30 % aller Ausgaben der Salpeterproduzenten in Papier bestritten werden: es sind hauptsächlich die Löhne und Futtergelder. Wir haben nun aber gesehen, wie rasch sich gerade diese beiden Werte dem steigenden Devisenpreise angeschlossen, wenn ihn nicht gar überflügelt haben. Man kann daher beobachten, daß die Salpeterproduzenten heute keineswegs ein weiteres Sinken des Kurses ersehnen. In früheren Zeiten, als die meisten Ausgaben noch auf die schwankende Valuta lauteten, und als dem Kurse die übrigen Werte noch nicht so rasch folgten, als insbesondere die Arbeiter es noch nicht verstanden, jeden Kursrückgang zum Vorwand zu nehmen, um Lohnerhöhungen

zu fordern, da brachte ein Kursfall den Salpeterproduzenten wohl großen Gewinn. Heute haben sie aber eher Ursache, ihn zu fürchten. — Auch insofern sie mit fremden Kapitalien arbeiten, kommt ihnen der Kursrückgang nicht zugute; denn in der Regel sind die ihnen gewährten Anlagekredite in Gold festgesetzt.

Für die Kupferproduktion ist ein sinkender Kurs wohl noch heute von Vorteil, wenn auch längst nicht in dem Maße, wie man zunächst glauben könnte.

Die Förderung und der Transport von 500 000 t Kupfererz — wir erinnern uns, daß dies die Ausbeuteziffer im Jahre 1909 war — verursachte nach G. Yunge folgende Kosten:

	$ zu 18 d
Löhne	9,4 Mill.
Frachten	2,6 „
Werkzeuge, Kohlen usw.	1,7 „
	13,7 Mill.

Da nur die Werkzeuge und Kohlen in Gold bezahlt werden, während die Löhne und Frachten [1] Ausgaben in Papier darstellen, so lauten im Kupferbergbau schwerlich mehr als 15 % aller Zahlungen auf Gold.

Bei der Kupferverhüttung liegen die Dinge etwas anders. Die Verarbeitung von 327 000 t Erz erforderte im Jahte 1909 an

	$ zu 18 d
Löhnen	1,8 Mill.
Heizmaterial	2,8 „
Sonstigem	1,0 „
	5,6 Mill.

Der starke Verbrauch von Heizmaterial, das durchweg in Gold zu bezahlen ist, bewirkt also, daß wenigstens 50 % aller Ausgaben in Gold zu bestreiten sind.

Da die Löhne zugleich mit den steigenden Devisenpreisen gestiegen sind, so ist der Kursrückgang auch der Kupferproduktion, dem Bergbau wie der Verhüttung im letzten Jahrzehnt nur wenig, wenn überhaupt, zugute gekommen.

Von der Landwirtschaft wäre dasselbe zu sagen, wenn deren große Hypothekenschulden nicht bestünden. Man braucht sich nur den großen Betrag des Pfandbriefumlaufs zu vergegenwärtigen, um zu verstehen, warum die Hacendados die wärmsten Anhänger der Papierwährung und überhaupt

[1] Wir führten die Frachten, die von der Salpeterindustrie zu zahlen sind, als Goldausgaben an, weil die privaten Eisenbahngesellschaften, die in den Salpeterdistrikten ja allein in Betracht kommen, Gold verlangen, während die Staatseisenbahnen, auf die man für den Kupfertransport größtenteils angewiesen ist, sich mit Papier begnügen.

jeder Politik sind, die geeignet ist, den Kurs in die Tiefe zu treiben. Es ist darauf hingewiesen worden, daß nur der Bodenkredit auf die Goldbasis gebracht zu werden brauchte, um die Grundbesitzer in erbitterte Feinde des Papiergeldes zu verwandeln. Wir haben aber bereits gesehen, wie gefährlich ein derartiges Vorgehen sein würde (Kap. VII, 6).

Nächst den Landwirten werden wohl die Industriellen, die den heimischen Markt mit Fabrikaten versorgen, am meisten durch einen sinkenden Kurs begünstigt; da sie aber die meisten Rohstoffe vorläufig noch aus dem Auslande beziehen müssen, und da auch sie mit den steigenden Löhnen zu rechnen haben, so können sie eigentlich nur als Papiergeldschuldner von einem Kursrückgange profitieren.

Die Exporteure der großen Stapelartikel ziehen heutzutage aus einem Kursrückgang keinerlei Vorteil, da sie ja mit den Produzenten in englischem Golde abrechnen.

Die Importeure werden durch einen sinkenden Kurs oft benachteiligt. Denn, wie erwähnt, sind sie nicht immer in der Lage, die Preise dem Kurse entsprechend anzusetzen. Überdies laufen sie Gefahr, daß der Kurs am Tage, an dem der Kunde Zahlung leistet, tiefer steht als am Tage des Verkaufs. Daß die Kurssicherung gegen solche Verluste nicht immer anwendbar ist, haben wir bereits gesehen (Kap. VIII, 10). Man wird aber hierbei zwischen den großen kapitalkräftigen Häusern und den kleineren Händlern sehr unterscheiden müssen; läßt sich doch geradezu behaupten, daß jenen alle Kursschwankungen, welcher Art sie auch seien, in gewisser Weise zugute kommen. Denn der schwankende Kurs erleichtert den Firmen der ersten Hand die Konkurrenz mit den Händlern der zweiten und dritten Hand, die den Devisenmarkt nicht so leicht überschauen und meist auch nicht kapitalkräftig genug sind, um auf einen günstigen Kurs zu warten oder ihn von vornherein zu sichern, die es ferner mit den Konsumenten zu tun haben, denen gegenüber ein Preisaufschlag oft schwer durchzusetzen ist. — Insofern die Kursschwankungen die Nachprüfung der Einstandspreise erschweren und somit höhere Preisaufschläge ermöglichen, gereichen sie der ganzen Händlerkette des Imports zum Vorteil.

An den Kursschwankungen als solchen sind vor allem die Börsenspekulanten interessiert, denen an einer möglichst großen Beweglichkeit aller Werte liegen muß.

Ein ähnliches Interesse werden die Banken haben; von einem sinkenden Kurse werden sie aber geschädigt, sofern sie sich ihr Kapital nicht gesichert haben.

Die Angestellten der wirtschaftlichen Unternehmungen haben in Chile wohl kaum je unter dem Kursrückgang zu leiden gehabt; vielfach ist ihr Gehalt in Gold festgesetzt.

Da die Staatseinnahmen, wie wir sehen werden (Kap. XII), fast alle auf Gold basiert sind, während die Ausgaben zum größten Teil in Papiergeld zu machen sind, so wird der Fiskus durch eine Kurssenkung begünstigt. Die Hauptausnahme bildet das Budget der Staatseisenbahnen, dessen Defizit teilweise auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die Frachten dem steigenden Devisenpreis nicht gefolgt sind. — Indirekt schädigt aber der Kursrückgang das Staatswesen auf doppelte Weise: er untergräbt den Staatskredit und er fördert die Korruption der Beamten, deren Gehälter mit der Verteuerung des Lebens nicht Schritt gehalten haben.

Den größten Nachteil erleiden die Kapitalbesitzer: die vielen Rentner, die ihr Vermögen in Pfandbriefen angelegt haben, die kleinen Sparer mit ihren Papiergelddepositen bei den Banken und Sparkassen und insbesondere die Kapitalisten, die ihr Einkommen im Auslande verzehren. Für diese ist der Kursrückgang unweigerlich mit Verlusten verbunden, selbst wenn sie ihr Geld in Aktiengesellschaften oder anderen Erwerbsunternehmungen angelegt haben. Denn obwohl der Kursfall in der Regel höhere Unternehmergewinne herbeiführt, so vergeht darüber doch einige Zeit, was nur den im Lande Wohnenden wenig ausmacht, da deren Ausgaben ja auch nicht sofort entsprechend steigen. In der schlimmsten Lage sind natürlich diejenigen, die aus irgendeinem Grunde ihre Kapitalien realisieren und ins Ausland schaffen müssen.

Im allgemeinen hat aber doch, wie wir gezeigt zu haben glauben, der Kursrückgang während des letzten Jahrzehnts die verschiedenen Wirtschaftsinteressen weniger berührt, als man bei mehr deduktiver Betrachtung anzunehmen geneigt ist und als auch durchweg geglaubt wird. Was das für die Volkswirtschaft bedeutet, werden wir im folgenden sehen.

Übrigens deckt sich das Interesse an der Papierwährung nicht ganz mit dem Interesse an einem sinkenden Kürse. Den Banken, den Spekulanten, den Grundbesitzern, den Industriellen ist in erster Linie darum zu tun, daß durch neue Papiergeldemissionen der Geldmarkt erleichtert wird, damit ihre Kreditansprüche leichter befriedigt und gleichzeitig neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen werden.

7. Die natürliche und die künstliche Kursregulierung.

Wenn der Kurs alle übrigen Preise im Lande bis zu einem gewissen Grade beherrscht, so ist er doch auch seinerseits von diesen in gewisser Weise abhängig.

Das erklärt sich damit, daß kein Wert für sich allein steht, sondern mit allen anderen Werten zusammen eine Kette, oder besser, ein Netz bildet; verschiebt sich dieses an einem Punkte,

so zieht das gleich auch andere Änderungen und Verschiebungen nach sich. Wenn die Grundstückspreise steigen, so steigen auch die Mieten, es erhöht sich das Einkommen der Hausbesitzer, und es wächst infolgedessen die Nachfrage auf verschiedenen Gebieten, was vielleicht zu sonstigen Preissteigerungen Anlaß gibt. Wenn das Getreide teurer wird, verteuert sich das Mehl, das Brot; die Folge sind möglicherweise Lohnerhöhungen, die wiederum die mannigfaltigsten Preisverschiebungen herbeiführen können. So zieht jede Wertänderung nach Art der Wellenbewegung ihre Kreise.

Die Preise der beliebig vermehrbaren Güter insbesondere schließen sich so eng an die sonstige Preisgestaltung an, daß man (mit gewissen Einschränkungen) von ihnen sagen kann: sie werden durch die Preise all der Sachen und Leistungen, die zu ihrer Herstellung erforderlich sind, mit anderen Worten durch die Produktionskosten bestimmt. Wenn auch die Marktlage den Preis solcher Güter vorübergehend von dieser Abhängigkeit befreien kann, so wird er doch auf die Dauer nicht davon loskommen, da einzelne Preisänderungen gleich eine entsprechende Einschränkung oder Ausdehnung der Produktion und des Konsums der betreffenden Artikel bewirken.

Auch die Devise hat sozusagen ihre Produktionskosten, von denen ihr Preis regiert wird. Wenn dieser nämlich infolge der Marktlage steigt, steigen die Preise der Einfuhr- und Ausfuhrwaren mit und die Exportproduktion wird wie durch Prämien gefördert und die Einfuhr wie durch Zölle gehemmt. Infolgedessen nimmt das Devisenangebot zu und die Devisennachfrage ab. Dieser gleichsam automatische Prozeß der Kursregulierung hält so lange an, bis daß der Kurs die alte Höhe wieder erreicht hat.

Voraussetzung dabei ist aber, daß die nur indirekt vom Kurse abhängigen Preise seiner Einwirkung einen starken Widerstand entgegensetzen. Die Gestaltung der Kartoffelpreise in Chile bis in die jüngste Zeit hinein ist ein Beispiel dafür, wie die Preise allen Kursschwankungen zum Trotz große Beharrungskraft haben können. Die Maispreise haben sich früher gleichfalls fast unbeeinflußbar gezeigt. Und auch die übrige Wertbildung hat lange Zeit eine ziemlich große Selbständigkeit behauptet.

Wir haben jedoch gesehen, daß sich besonders im letzten Jahrzehnt in dieser Beziehung ein großer Wandel vollzogen hat. Die indirekte Wirkung des Kurses auf die Preise ist heute viel intensiver geworden, als sie es früher war. Die Volkswirtschaft hat es gelernt, mit all ihren Preisen dem Kurse fast auf dem Fuße zu folgen. Die breite Masse der Erwerbstätigen versteht heute eben besser als vormals, zu rechnen und ökonomisch zu handeln.

Das ist zweifellos ein kapitalistischer Fortschritt. Er mag teilweise unmittelbar mit dem Zurückweichen der Naturalwirtschaft zusammenhängen, etwa in folgender Weise: früher verkaufte der Kleinbauer nur einen kleinen Teil seiner Erzeugnisse, und zwar in der Hauptsache, um aus dem Erlös seine geringen Luxusbedürfnisse zu befriedigen. Heute verkauft er den größten Teil seiner Produktion und bestreitet mit dem Erlös fast seinen ganzen Unterhalt. Während ihm früher die Höhe der Geldeinnahme daher verhältnismäßig gleichgültig sein konnte, bedeutet sie ihm heute beinahe sein volles Einkommen, dessen ungeschmälerte Kaufkraft er auf jede Weise aufrechtzuerhalten suchen wird; er wird daher auch bei sinkendem Kurse höhere Preise zu erzielen trachten. — Bei der Steigerung der Kartoffelpreise spielt dieser Umstand vielleicht mit, wenn die Ursachen ja auch in der Hauptsache anderer Art sind.

Was bedeutet das aber für die Kursbildung? Daß der Kurs seine Elastizität einbüßt, daß er die Kraft verliert, auf die frühere Höhe zurückzuschnellen. Die Dinge liegen also heute etwa so: wenn der Devisenpreis durch die Verhältnisse auf dem Devisenmarkt um 10 % hochgetrieben wird, dann steigen auch die meisten Preise im Lande annähernd um 10 %. Der Kursrückgang wirkt infolgedessen kaum noch mehr als Exportprämie und Einfuhrzoll. — Auch gegenüber den Warenpreisen würde der Satz von den Produktionskosten zunichte werden, wenn das Steigen des Preises einer Ware sofort die Erhöhung der Preise aller an der Herstellung beteiligten Faktoren nach sich ziehen würde.

Ist es nun nicht geradezu ein idealer Zustand, daß die Preise mit dem Kurse mitschwingen? Werden nicht die sozialen Ungerechtigkeiten, die sonst durch die Kursschwankungen entstehen, auf diese Weise ferngehalten?

In der Tat ist es ja an sich ganz gleichgültig, ob der jeweilige Kurs 10 d oder 12 d oder 18 d beträgt, so wie auch nichts darauf ankommt, ob die Geldeinheit eines Landes der Franc, die Mark oder der Rubel ist. Zwar gibt es sogar ernsthafte Leute, die sich einbilden, daß der Rückgang des chilenischen Devisenkurses von 45 auf 10 d eine Verarmung oder Verschuldung des Landes in genau demselben Verhältnis ausdrücke; sie wissen nicht, daß sie damit einen ähnlichen Fehler begehen, wie wenn jemand behaupten wollte, England sei zwanzigmal so reich als Deutschland, weil das Pfund Sterling zwanzigmal so viel wert ist als die Mark.

Und doch muß ein fester Kurs immer das vornehmste Ziel aller Währungspolitik sein und bleiben. Denn die Anpassung der Preise an einen schwankenden Kurs wird nie restlos vor sich gehen. Immer wird ein solcher tausend soziale Ungerechtigkeiten mit sich bringen, und, was vielleicht noch

schlimmer ist: er wird zu aufreibenden Lohnkämpfen, zur Korruption der Beamten, zu volkswirtschaftlich schädlichen Spekulationen, zu allen möglichen Übervorteilungen Anlaß geben und alle Berechnungen erschweren. Er ist also die Ursache einer riesigen Kräftevergeudung. Er ist mit einem Wort im höchsten Grade unökonomisch.

Welcher Kurs nun durch die Währungspolitik zu erstreben sei, welche Parität der Staat mit anderen Worten bei der nächsten Währungsreform zu wählen habe, das ist eine Frage, auf die es vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkte nur eine Antwort gibt: der Staat muß eben den Kurs erstreben, dem sich die Preise angepaßt haben, der mit den Preisen sozusagen im Gleichgewicht steht, und das wäre in Chile z. B. gegenwärtig der Kurs von 10 d, der sich seit einiger Zeit ziemlich behauptet hat. Diesem Standpunkte gegenüber gibt es nur ein Bedenken politischer Art: daß, wenn die Regierung wieder einmal zu einer Zwangsanleihe greifen müßte, sie in ernstliche Schwierigkeiten verwickelt werden könnte, nachdem das Publikum einmal weiß, was das staatliche Einlösungsversprechen zu besagen hat. Das ist in der Tat ein Einwand schwerwiegender Art. Demgegenüber ist aber zu sagen: die Regierung ist zu einer Zwangsanleihe nur in Zeiten großer nationaler Gefahr berechtigt. Dann würde sie aber mit der einmütigen Opferwilligkeit des ganzen Volkes zu rechnen haben.

Das bequemste Mittel, um Goldwährungsländern gegenüber einen festen Kurs zu erreichen, ist, es ihnen gleichzutun und gleichfalls die Goldwährung einzuführen. Der Kurs wird dann gleichsam automatisch an seine Parität, an die „Produktionskosten" gefesselt. Denn das umlaufende Gold läßt sich bei mangelndem Devisenangebot jederzeit in Exportware verwandeln und zur Beschaffung von Devisenmaterial verwenden, während bei zu geringer Devisennachfrage Gold ins Land fließt und so Devisenmaterial konsumiert wird. — Aus der Beobachtung, daß zwischen zwei Goldwährungsländern der Kurs niemals erhebliche Abweichungen von der Parität zeigt, folgert Z. Rodriguez im Anschluß an Goschen, daß die Zahlungsbilanz nur innerhalb enger Grenzen wirke. Die größeren Kurssenkungen in Ländern der Papiervaluta, wo doch die Zahlungsbilanz in derselben Weise wirksam sei wie in Goldwährungsländern, ließen sich nur mit einer Geldentwertung (infolge erschütterten Vertrauens usw.) erklären. Von unserem Standpunkte aus müssen wir diese Auffassung zurückweisen, die von der falschen psychologischen Voraussetzung ausgeht, daß das Geld überhaupt Gegenstand der Wertbetrachtung sei [1]. Und

[1] Wir leugnen nicht, daß das Moment des Vertrauens den Kurs beeinflußt. Das tut es aber nur, sofern es sich in Angebot oder Nachfrage auf dem Devisenmarkte umsetzt.

es ist auch leicht, die Fehlerquelle dabei zu entdecken: Z. Rodriguez bedenkt nicht, daß eben mit Hilfe des Goldvorrats in einem Goldwährungslande die Zahlungsbilanz reguliert wird und so mittelbar der Kurs.

Daß es auch in Papierwährungsländern Regulatoren der Zahlungsbilanz und damit des Kurses geben kann, dafür ist die argentinische sowie die brasilianische Konversionskasse ein Beispiel. Eine solche Kasse, die jederzeit zu einem festen Kurse Papier gegen Gold abgibt und zu demselben Kurse Gold gegen Papier, wirkt auf den Kurs in derselben Weise wie die Goldwährung; der einzige Unterschied dabei ist der, daß in dem einen Falle das zum Ausgleich der Zahlungsbilanz nötige Gold aus dem Geldumlauf, d. h. den Kassen der Banken und anderen Wirtschaftseinheiten, genommen wird oder da hineinströmt, während in dem anderen Falle das erforderliche Gold aus der Konversionskasse kommt oder in sie hineinfließt.

Sowohl in Brasilien wie in Argentinien ist die Konversionskasse errichtet worden, um dem Sinken der Devisenpreise, durch das die Produzenten schwer geschädigt wurden, Einhalt zu tun. Durch die Konversionskasse wurde nun zuwege gebracht, daß das übermäßige Devisenangebot statt auf die Devisenpreise zu drücken einen Goldstrom ins Land zog. So erreichte man ohne fiskalische Opfer die Ansammlung eines Goldfonds, der nun auch geeignet war, ein Steigen des Devisenpreises zu verhindern.

Da nun in Chile die Zahlungsbilanz in der Regel passiv ist, so hätte die Errichtung einer Konversionskasse hier nur dann einen Zweck, wenn ihr von vornherein ein Goldfonds zugewiesen würde. Es würde sich dann nur darum handeln, wie hoch dieser Fonds zu bemessen sei, um ein brauchbares „Außenfort zur Verteidigung der Valuta" darstellen zu können. Statt eines derartigen Experiments wäre aber vielleicht die Durchführung einer vollständigen Goldwährung zweckmäßiger.

Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, auf die Zahlungsbilanz und damit auf den Kurs einzuwirken. Am unmittelbarsten wird dies durch die sogenannte Devisenpolitik bewerkstelligt, wie sie von der Österreichisch-Ungarischen Bank und auch von der deutschen Reichsbank betrieben wird, die in ihrem Portefeuille einen Vorrat von Devisen halten, mit dem sie bei steigendem Devisenpreise der Nachfrage zu Hilfe kommen, und den sie bei sinkendem Devisenpreise wieder ergänzen. Eine solche Politik kann aber nur von einer Bank ausgehen, die hoch über den Parteien, hoch über dem wirtschaftlichen Interessenspiel steht und nur nach gemeinnützigen Gesichtspunkten geleitet wird. Eine solche Institution gibt es in Chile vorderhand noch nicht.

Das unsicherste Mittel der Kursregulierung ist dasjenige,

was bereits im Merkantilzeitalter seine höchste Ausbildung erfahren hat: die Zollpolitik. Sie ist es, die in Chile noch heute von all denen, die in dem sinkenden Kurse den Ausdruck eines Verblutungsprozesses sehen, als die beste, wenn nicht die einzige Waffe der Währungspolitik angesehen wird. Wir haben ausgeführt, wie zweischneidig dieses Schwert ist (Kap. IV, 6). Wir leugnen allerdings nicht, daß eine Zollpolitik, die dem übertriebenen Luxuskonsum entgegentritt und die in maßvoller Weise protektionistisch wirkt, durchaus berechtigt ist. Sie wird auch die Kurspolitik unterstützen. Mehr als ein Palliativmittel ist sie aber in dieser Beziehung nicht.

Ebensowenig kann man von einer Finanzreform eine Beseitigung der Währungsnot erwarten; ist doch die chilenische Papiergeldwirtschaft, wie die geschichtliche Betrachtung gezeigt hat, keineswegs die Folge zerrütteter Finanzen gewesen.

Sie ist vielmehr in erster Linie einer ungesunden Kreditorganisation, einem fehlerhaften System der Goldschöpfung zuzuschreiben, wie wir gezeigt zu haben glauben. Die Kurspolitik ist also eng mit der Regelung des Geldumlaufs verknüpft, von dem das nächste Kapitel handeln wird.

Elftes Kapitel.

Die Zahlungsmittel.

1. Das Papiergeld.

Wenn wir den Außenhandel als Ausdruck für die Größe der volkswirtschaftlichen Umsätze mit dem Umlauf an uneinlösbaren Banknoten und sonstigem Papiergeld vergleichen, so erhalten wir folgendes Zahlenbild:

	Millionen $			
	Papiergeldumlauf			Außenhandel
	Nominalwert	Nominalwert (18 d)	Kurswert	(18 d)
1881	41	102	70	142
1891	62	154	64	273
1901	51	51	46	311
1911	151	151	89	688

Dazu ist zu bemerken, daß der Nominalwert des Papierpeso, der anfänglich etwa 45 Pence war, nämlich gleich der Parität des damaligen Goldpeso, auf 18 Pence gebracht werden mußte, um mit den ebenfalls auf 18 Pence umgerechneten Ziffern der Handelsstatistik vergleichbar zu sein. Als Kurswert des Papiergeldumlaufs haben wir den entsprechend dem jährlichen Durchschnittskurse reduzierten Betrag der zirkulierenden Scheine bezeichnet.

Die so gewonnenen Zahlen zeigen uns, daß der Papiergeldumlauf sowohl dem Nominalwert wie dem Kurswert nach viel weniger als der Güterumsatz zugenommen hat. Espinoza, der eingehend untersucht hat, welche Beziehungen in Chile seit dem Jahre 1878 zwischen dem Papiergeldumlauf, dem Handel und dem Kurse bestanden haben, kommt zu dem Ergebnis, daß der Kurs in einem Papierwährungslande keineswegs durch das Verhältnis von Geldmenge und Verkehrsbedarf bestimmt werde. Espinoza übersieht jedoch bei seinen an sich lehrreichen Auseinandersetzungen zweierlei; und zwar erstens, daß außer dem Papiergeld auch andere Zahlungsmittel in Betracht zu ziehen sind, und zweitens, daß bei jeder Geldausgabe es in erster Linie darauf ankommt, wie das Geld in den Verkehr gelangt.

Ende 1909 setzte sich der Papiergeldumlauf von 150 Mill. Pesos, wie wir ohne Zusammenhang erwähnen wollen, folgendermaßen zusammen:

1-Peso-Scheine	. . . . .	8,2 Mill. $
2- „	. . . . .	2,6 „
5- „	. . . . .	24,9 „
10- „	. . . . .	34,7 „
20- „	. . . . .	16,6 „
50- „	. . . . .	16,6 „
100- „	. . . . .	31,1 „
500- „	. . . . .	6,7 „
1000- „	. . . . .	7,9 „

Dazu kommen 883 000 $ aus früheren Emissionen; zum größten Teil handelt es sich wohl um zerstörte Scheine.

2. Scheidemünzen und Fichas.

An silbernen Scheidemünzen [1] sind in den Jahren 1899 bis 1911 ausgeprägt worden:

1-Peso-Stücke	. . . . .	3,1 Mill. $
50-Cents-Stücke	. . . . .	2,2 „
40- „	. . . . .	0,6 „
20- „	. . . . .	4,3 „
10- „	. . . . .	1,3 „
5- „	. . . . .	0,9 „
		12,4 „

Was vor dem Jahre 1899 ausgeprägt worden ist, kommt für den gegenwärtigen Umlauf nicht in Betracht, da der Kursfall, der dem Zusammenbruch der Goldwährung folgte, es lohnend machte, das umlaufende Silber einzuschmelzen und zu exportieren.

Durch Gesetz vom 19. Januar 1899 sah man sich daher genötigt, die Feinheit der Silbermünzen, die durch das Währungsgesetz von 1895 auf 835/1000 festgesetzt war, auf 500/1000 zu erniedrigen. Das Rauhgewicht blieb zunächst wie bisher 20 g per Peso. Der tiefe Kursfall im Jahre 1907 führte dann aber zum Export eines großen Teils auch dieser Münzen. Man ging nun — durch Gesetz vom 9. Dezember 1907 — auf Silbermünzen von 400/1000 Feinheit und einem Rauhgewicht von 15 g per Peso über. Diese Münzen sind noch heute im Umlauf. Ihr Wert per Peso ist 6¼ Pence bei einem Silberpreise von 30 Pence per Unze. Da der Silberpreis aber in den letzten Jahren meist viel niedriger gewesen ist — etwa 25 Pence —, und da er auch in Zukunft nicht leicht über 30 Pence steigen dürfte, so müßte der chilenische Wechselkurs schon auf 3 bis 4 Pence sinken, um von neuem Einschmelzung und Ausfuhr der Silbermünzen lohnend zu machen.

---

[1] Ibáñez, Recopilacion. — Annual Report of the Director of the Mint, Washington 1911.

Durch Gesetz vom 1. August 1910 wurden ein Silberpeso und ein Fünfzigcentsstück von 12 und 6 g Rauhgewicht mit 9/10 Feinheit eingeführt.

Eine eigentümliche Art des Kleingeldes sind die Fichas: Zahlmarken, die in Stücken von 10, 20 und 50 Cents und von 1 und 2 Pesos auf den Salpeterwerken (und in den Minen) ausgegeben werden. Mit den Arbeitern wird nämlich hier nur alle Monate abgerechnet; in der Zwischenzeit erhalten sie bis zur Höhe ihres jeweiligen Guthabens auf Verlangen Fichas. Diese werden in den Läden, in denen die Arbeiter Lebensmittel und andere Dinge kaufen und die von den Unternehmern selber betrieben werden, in Zahlung genommen. Die von den Arbeitern nicht ausgegebenen Fichas werden am Schluß des Monats in staatlichem Gelde eingelöst. — Oftmals ist mit den Fichas Mißbrauch getrieben worden: es ist vorgekommen, daß die Unternehmer sie gar nicht oder nur mit einem Abzug eingelöst haben, oder daß ungebührlich hohe Preise für die Waren gefordert worden sind. Doch ist derartiges selten geworden, seitdem der Arbeitermangel die Unternehmer zwingt, in jeder Weise liberal zu sein.

Der große Nutzen der Fichas ist der, daß durch sie staatliches Geld und alle mit dessen Transport und Aufbewahrung verbundenen Mühen und Zinsverluste erspart werden. Wie groß die Ersparnis ist, läßt sich nur vermuten. Wir können annehmen, daß ein Salpeterarbeiter im Monat etwa 250 $ verdient, und daß er davon etwa 150 $ in Fichas erhält. Diesen Betrag bekommt er aber nicht auf einmal, sondern nach und nach; dreimal im Monat mag die Summe umgesetzt werden. Es ergibt sich also ein Betrag von 50 $ per Kopf der Arbeiter als durchschnittlicher Bedarf an Fichas. Wie wir wissen, beläuft sich die Zahl der Salpeterarbeiter auf 44 000. Wir werden also nicht zu weit greifen, wenn wir als Betrag der in den Salpeterdistrikten umlaufenden Fichas 2—2,5 Mill. $ annehmen. Dazu kommt nun noch der Ficha-Umlauf in den Minen.

3. Das Gold.

In den Kassen der Banken befanden sich am 31. Dezember 1912: 15,7 Mill. $ zu 18 d in Gold; davon kamen auf den Banco de Chile allein 11,8 und auf alle übrigen Banken 3,9 Millionen. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß das Gold, das die Bilanz des Banco de Chile verzeichnet, zum weitaus größten Teil in London liegt, wo diese Bank eine Filiale unterhält. Das in Chile selber vorhandene und als Zahlungsmittel fungierende Gold mag 5—6 Mill. $ zu 18 d betragen.

Es dient hauptsächlich zur Entrichtung des Salpeterzolls, den der Staat merkwürdigerweise zu einem Teil in Gold er-

hebt. Im übrigen spielt es im Zahlungsverkehr kaum eine Rolle. Denn obwohl es noch immer mit gesetzlicher Zahlungskraft ausgestattet ist, so ist es doch in Wirklichkeit fast zu einer gewöhnlichen Ware hinabgesunken, die, wie jede andere, einen Preis hat, der allerdings in besonderer Weise notiert wird, nämlich als Agio, als Prämie. Auch der Fiskus braucht das an ihn gelangende Gold nicht für seine eigenen Zahlungen, sondern er verkauft es; und zwar in Form der Versteigerung. Käufer sind die Zollzahler und ferner Spekulanten, die aus diesem sonderbaren Geschäft oft beträchtliche Gewinne ziehen. — Natürlich kommt das Gold dabei nicht wirklich zum Vorschein, sondern wird durch Gutscheine der Banken, durch „Vales" vertreten, deren Umlauf nur Verschiebungen in den Bankkassen hervorruft.

Von diesem effektiven Goldumlauf wohl zu unterscheiden sind die rein nominellen Goldzahlungen, die heute im Wirtschaftsleben des Landes eine große Rolle spielen. Wenn manche große Handelshäuser und die ausländischen Banken ihren Angestellten die Gehälter in Gold zusichern, wenn die Hausmieten in zahlreichen Fällen in Gold verabredet werden, wenn viele Importeure und selbst manche Läden an ihre Kundschaft gegen Gold verkaufen, so hat das mit wirklichem Golde gar nichts zu tun. Die Zahlungen erfolgen nämlich immer in Papierpesos. Die Goldklausel dabei soll nur heißen, daß mit einem Agio entsprechend dem jeweiligen Kurse zu zahlen ist. Wenn also jemandem ein Gehalt von 1000 $ Gold zugesichert wird, so erhält er, falls der Kurs am Zahlungstage 9 d Pence beträgt, 2000 $ Papier. (Vielfach wird auch der Durchschnittskurs der letzten Woche oder einer anderen vorhergehenden Periode genommen.)

Besondere Erwähnung verdient der Goldwechselkurs. Dieser ist der Preis der Devisen in Goldpesos ausgedrückt und ergibt sich ohne weiteres aus dem Goldagio und dem Papierwechselkurs. Er ist wohl nur ein Überbleibsel aus der Zeit der Goldwährung, das sich wohl schwerlich halten würde, wenn nicht das Interesse noch infolge der Goldzölle bestünde, durch Devisenverkauf unmittelbar Gold zu erlangen. Der Goldwechselkurs bewegt sich natürlich um die Parität von 18 d. Doch können sich Papier- und Goldwechselkurs entgegengesetzt bewegen, denn in einem gegebenen Zeitpunkte können Angebot und Nachfrage betreffs der Anweisungen auf englisches Gold sich anders verhalten als Angebot und Nachfrage betreffs des inländischen Goldes. Die leichte Transportierbarkeit des Goldes wird jedoch zu große Abweichungen verhindern.

4. Das Scheckwesen.

„Wenn man nach den modernen Formen des Geldes fragt," sagt Bendixen, „so hat man nicht nur Münzen und Scheine,

sondern auch Girogelder zu nennen.“ „Wenn die Reichsbank gegen ihr zum Diskont gegebene Wechsel Banknoten ausgibt, so gibt sie Geld; das ist unzweifelhaft. Welcher Unterschied aber besteht wirtschaftlich zwischen diesem Vorgang und dem anderen, daß die Reichsbank, statt Noten zu geben, den Betrag dem Girokonto des Berechtigten zuschreibt? Welcher Unterschied zwischen der Weitergabe der Noten von Hand zu Hand und der Fortübertragung des Giroguthabens von Konto zu Konto? Das ist kein wirtschaftlicher, sondern höchstens ein kultureller Unterschied . . .“

Es wäre übrigens verkehrt, die Banknote mit dem Scheck in Parallele setzen zu wollen. Schecks „sind so wenig Geld wie irgendein Brief, der eine Verfügung über Geld enthält“. Der Scheck verhält sich zum Giro- oder Kontokorrentguthaben wie der Warrant zur Ware, wie der Salpeterkontrakt zum Salpeter. Er kann durch die nicht indossierbare Giroanweisung, durch den telegraphischen Zahlungsauftrag, durch den Wechsel ersetzt werden. Da er aber das wichtigste Instrument zur Übertragung von Giroguthaben ist, so können wir, statt vom Girowesen, einem in Chile ungebräuchlichen Ausdruck, vom Scheckwesen sprechen.

Der Scheckverkehr spielt heute in Chile eine außerordentlich große Rolle. Wie im Jahre 1609 in Amsterdam und im Jahre 1619 in Hamburg eine Girobank errichtet wurde, weil das unvollkommene staatliche Geldwesen den Ansprüchen des wachsenden Handels nicht genügte, so kann auch die große Ausbildung, die das Scheckwesen in Chile erfahren hat, auf die Währungswirren zurückgeführt werden. Einen Schutz gegen die Kursschwankungen konnte es zwar nicht abgeben, wohl aber konnte es den Umlauf schmutziger Scheine teilweise ersparen, und vor allem: es konnte als elastischer Zusatz zu dem starren Papiergeld dienen.

Die Entstehung des Scheckverkehrs in Chile fällt in eine Zeit, wo die Metallwährung noch bestand, wo aber die Goldentwertung den Abfluß des Silbergeldes und Mangel an Umlaufsmitteln zur Folge hatte, nämlich in die 50er Jahre. Der Banco de Valparaiso, der im Jahre 1856 gegründet wurde, nahm den Scheckverkehr in sein Programm auf. Der Banco Edwards folgte sehr bald diesem Beispiel. Wie sich der Scheckverkehr dann entwickelte, konnte nicht festgestellt werden. Aber der Abfluß des Goldes in den 70er Jahren, der die Notenemission so sehr förderte, scheint auch den Scheckverkehr mächtig stimuliert zu haben. Noch mehr hat dann wohl das Aufkommen der Papierwährung zu seiner Ausdehnung beigetragen.

Heute ist er selbst in so kleinen Städten wie Osorno eingebürgert. In Talca, einer Stadt von etwa 40 000 Einwohnern,

sollen an die 2000 Personen am Scheckverkehr beteiligt sein. Selbst der Handwerker und der kleine Geschäftsmann bedienen sich des Schecks in ausgiebigem Maße. Auch die Staatskassen machen von ihm ausgedehnten Gebrauch. Das Scheckwesen hat in Chile also größere Verbreitung gewonnen als in Deutschland. Zwar hat Hamburg ein vortrefflich entwickeltes Girowesen, aber überall anderswo im Reich wird noch vielfach vergeblich um die Beteiligung der Bevölkerung am Giroverkehr geworben.

Neuerdings haben sich die staatlichen Sparkassen in Chile um die Popularisierung des Schecks verdient gemacht. Sie gewähren nämlich 3 % Kontokorrentzinsen, während die sonstigen Kreditinstitute nur 1 % bewilligen. Auch sind die auf sie gezogenen Schecks von der Stempelsteuer befreit, die 5 Centavos für den Scheck beträgt.

Im übrigen hat sich der Staat aber bisher um den Scheckverkehr nicht gekümmert. Das Scheckwesen entbehrt vorläufig noch jeder gesetzlichen Regelung. Weder im Handelsgesetzbuch noch sonstwo ist eine Bestimmung über den Scheck zu finden. Nur ein Gerichtsbeschluß ist vorhanden, wonach die Ausstellung eines Schecks ohne vorliegendes Guthaben zulässig und nicht strafbar ist.

An dem vollständigen Ausbau des chilenischen Scheckwesens fehlt überdies der Abrechnungsverkehr zwischen den Banken, das sogenannte Clearingsystem.

5. Die Geldschöpfung.

Das Problem, wie der Geldumlauf zu gestalten sei, wie und in welchen Mengen das Geld in den Verkehr gebracht werden müsse, ist eine Frage, die sowohl in der Theorie wie in der Praxis noch der vollständigen Lösung harrt. Ja, man ist sich noch kaum darüber einig, wie sie zu formulieren sei.

Als ideale Geldschöpfung wird vielfach eine solche hingestellt, die auf die Preise keinerlei Einfluß übe, die alle Wertbildung sich selber überlasse: das Geld habe die Preise auszudrücken, sie aber nicht zu bestimmen. Es fragt sich nun aber, ob die geldschaffenden Faktoren, sei es der Staat, seien es die Banken, durch die Geldemission — worunter auch die Einräumung von Giroguthaben zu verstehen ist — nicht preisregulierend in das Wirtschaftsleben eingreifen sollen. Ist die Diskontpolitik der Reichsbank als ein Bestandteil ihrer Emissionspolitik zu verwerfen, weil dadurch bewußt auf die Wertbildung eingewirkt wird? Soll die Emissionspolitik, die viel mächtiger ist als z. B. alle Zollpolitik, nicht lenkend in das anarchische Spiel der wirtschaftlichen Interessen eingreifen? Kann es nicht durchaus zweckmäßig sein, durch sie die Kapi-

talisten zugunsten der Unternehmer, die Konsumenten zugunsten der Produzenten zu benachteiligen, um ein Volk zu höherer Anspannung seiner schlummernden oder erschlaffenden wirtschaftlichen Kräfte anzutreiben? Hat nicht am Ende sogar der Inflationismus in einem geldwirtschaftlich aufstrebenden Lande eine gewisse innere Berechtigung trotz aller Vermögensverschiebungen, die er zur Folge hat, und die ihn so verhaßt machen? So wie der Merkantilismus seine Ehrenretter gefunden hat, so wird sie vielleicht noch einmal die heute von uns allen so sehr geschmähte Papierwirtschaft finden; kann man doch geradezu sagen, daß die Papierwirtschaft für die südamerikanischen Staaten des 19. Jahrhunderts das gewesen ist, was früher der Merkantilismus für Europa war.

Wie dem aber auch sei, einem wirtschaftlich mündigen, einem zur modernen kapitalistischen Wirtschaftsweise durchgedrungenen Gemeinwesen gegenüber — und als solches haben wir das heutige Chile erkannt — ist eine inflationistische Politik ebensowenig angebracht wie eine merkantilistische. Eine moderne Emissionspolitik wird etwa von dem Standpunkt einer guten Eisenbahnverwaltung ausgehen müssen, die sich dem Verkehrsbedarf anzupassen hat, und die dabei doch berechtigt ist, eine regulierende Tarifpolitik zu treiben.

In Chile wird eine richtige Geldschöpfung durch verschiedene Dinge erschwert.

Zunächst schon dadurch, daß es an einer mit Staatsautorität ausgestatteten, nach gemeinnützigen Gesichtspunkten geleiteten und alle anderen Kreditinstitute überragenden Bank fehlt. Ob die Begründung einer solchen Institution bei den obwaltenden politischen Verhältnissen zweckmäßig wäre, ist sehr fraglich. Der Erfolg der halb staatlichen Hypothekenkasse beweist in dieser Beziehung nichts; denn die Schwierigkeiten der Geldschöpfung sind ganz anderer Art als die der Pfandbriefausgabe.

Ein weiterer erschwerender Umstand ist die bereits erwähnte Tatsache (Kap. VII, 4), daß Änderungen des Bankzinsfußes nur geringe Wirkung üben. Wir haben darauf hingewiesen, daß das mit den großen Unternehmer- und Spekulationsgewinnen zusammenhängen dürfte. Mit Hilfe des Zinsfußes läßt sich also in Chile nur schlecht Kredit- und Emissionspolitik treiben. Daß die Banken so selten Zinsänderungen vornehmen, mag teilweise hierauf zurückzuführen sein; teilweise ist es wohl auch eine Folge des starren Papiergeldvorrats. Auf den ersten Blick sollte man allerdings meinen, daß ein solcher besonders heftige Zinsschwankungen hervorrufen müßte, aber das Gegenteil ist der Fall, wie die Beobachtung auch anderer Papierwährungsländer zeigt (Subercaseaux). Und der Grund dafür? Es besteht eben in Chile nicht die Notwendig-

keit für die Banken, die Valuta dem Auslande gegenüber zu verteidigen: das Papiergeld fließt nicht ab. Diese unsere Auffassung wird durch die stetige Diskontpolitik der Bank von Frankreich bestätigt, die es verhältnismäßig selten nötig hat, zu Diskontänderungen zu greifen, weil schon ihre Goldprämienpolitik ein wirksames Mittel zur Verhinderung des Goldabflusses ist.

Das größte Hindernis für eine gute Emissionspolitik liegt aber in der üblichen Form der Kreditgewährung, die wir ebenfalls schon kennen gelernt haben (Kap. VII, 4). — Als „Typus klassischen Geldes" bezeichnet Bendixen „die auf den akzeptierten Warenwechsel gegründete Reichsbanknote".

Bekanntlich befolgt die Reichsbank den Grundsatz, nur gegen Warenwechsel Noten auszugeben. Diese gelangen dann bei Einlösung der Wechsel auf diesem oder jenem Umwege zu ihr zurück. Sie stellen also Geld dar, das „mit dem Augenblick, wo die Ware die Hand des Produzenten verläßt, von der Bank ausgegeben wird, also gewissermaßen ins Leben tritt, um dann, wenn die Ware den Konsumenten erreicht hat, zur Bank zurückzukehren, also im Augenblick des Konsums, der Ware gleich, aus dem wirtschaftlichen Leben zu verschwinden". Der Geldumlauf geht also in diesem Falle mit dem Warenumsatz parallel.

In Chile kann sich derselbe Vorgang nicht abspielen, weil zwei wichtige Vorbedingungen dazu fehlen: nämlich einerseits der (inländische) Warenwechsel und anderseits die Notenausgabe.

Der Warenwechsel hat sich in Chile, wie wir wissen, schon infolge eines schlechten Wechselrechts nicht eingebürgert. Freilich kann man auch ohne denselben auskommen. Aber wie sehr wird den Banken durch diesen Mangel die Aufrechterhaltung der Liquidität erschwert, oder, um diesen privatwirtschaftlichen Ausdruck ins Volkswirtschaftliche zu übersetzen: wie leicht führt er dazu, daß die Kreditgewährung und somit die Geldschöpfung mit der Produktion nicht Schritt hält, woraus sich dann Preissteigerungen und Kurssenkungen ergeben.

Was die Notenausgabe betrifft, so darf man nicht glauben, daß sie durch den Scheckverkehr gänzlich ersetzt werden könnte. Zwar verschafft dieser dem Geldwesen eine gewisse Elastizität, aber entbehrlich macht er darum das Notenwesen nicht. Und das aus dem einfachen Grunde, weil die Organisation des Scheckverkehrs noch allerlei zu wünschen übrig läßt, und weil die bestehenden Zahlungsgewohnheiten das Geld auch in Form von Münzen und Scheinen verlangen. Wenn es an der Möglichkeit fehlt, die Umlaufsmenge dieser Geldarten dem Verkehrsbedarf entsprechend zu vermehren, so muß bei wachsenden

volkswirtschaftlichen Umsätzen unbedingt einmal der Zeitpunkt eintreten, wo die Banken auch dem dringendsten und berechtigsten Kreditbedürfnis gegenüber versagen.

In solchem Falle muß dann der Staat zu einer neuen Papiergeldemission greifen, falls er den Banken das Recht zur Notenausgabe nicht bewilligen will. Wenn eine solche Emission nur dazu benutzt würde, dem Geldbedarf des Verkehrs abzuhelfen und wenn das Papiergeld etwa in derselben Weise in den Kreislauf der Volkswirtschaft gelangen würde wie die Noten der Reichsbank, dann könnte sie keine Störungen verursachen. In der Regel wirft sie der Staat in den Verkehr nach der Art eines Falschmünzers. Er braucht sie vielleicht zur Deckung eines Defizits und verwendet sie etwa zu Gehaltszahlungen an seine Beamten, die dann als Käufer auftreten, ohne daß ein entsprechendes Angebot auf dem Warenmarkte vorläge, wie es der Fall wäre, wenn das Geld in Form von Steuern eingegangen wäre, die nichts anderes sind als auf den Staat übertragene Kaufkraft, welche durch einen Produktionsakt entstanden ist. Die Folge einer solchen Papieremission sind natürlich Preissteigerungen und Kurssenkungen.

Wie uns die geschichtliche Betrachtung gezeigt hat, hat der chilenische Staat diese inflationistische Politik betrieben, ohne daß seine Finanzlage, die im folgenden Kapitel zu besprechen sein wird, ihn eigentlich dazu gezwungen hätte. Die Papierwirtschaft in Chile ist vielmehr hauptsächlich durch die falsche Kreditorganisation des Landes herbeigeführt worden. Darauf werden wir immer wieder gestoßen, welche Gedankengänge wir auch einschlagen. Freilich wollen wir uns hüten, die Neuordnung des Bankwesens als das einzige Mittel einer guten Währungsreform zu preisen. Denn es gibt im Leben wohl kein Übel, das aus einem Punkte zu kurieren wäre. Aber das eine ist klar: die Regierung, die in Chile die Goldwährung einführen wollte, ohne für eine gute Regelung des Notenwesens und des Wechselrechts zu sorgen, würde auf Sand bauen.

Zwölftes Kapitel.

Die Finanzen.

1. Die Entwicklung der Staatseinnahmen.

Zu Pesos von 18 Pence umgerechnet, betrugen die ordentlichen Staatseinnahmen:

im Jahre	1830	4,0 Mill.
	1850	10,8 „
	1870	28,8 „
	1890	78,3 „
	1910	175,5 „

In derselben Zeit, in der sich die Bevölkerung um das Dreieinhalbfache vermehrt hat, sind die ordentlichen Staatseinnahmen also um das Vierundvierzigfache gestiegen! Könnte es einen schärferen Ausdruck für die geldwirtschaftliche Entwicklung des Landes geben? Wir sagen nicht: für die Reichtumsentfaltung. Denn der Reichtum vermochte in früherer Zeit nicht in dem Maße wie heute die Geldform anzunehmen. Wenn der Staat auch schon um 1830 fast ausschließlich auf Geldeinnahmen gestellt war und nur zum geringsten Teil seine Aufgaben durch Naturalleistungen der Bevölkerung erfüllen ließ, so wurde er aber eben durch die ganz vorwiegend naturale Form des Volkseinkommens daran gehindert, größere Aufgaben zu übernehmen und zu bewältigen.

Auch ist zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft des Geldes in früherer Zeit viel größer war als heute: wiederum wahrscheinlich eine Folge der geldwirtschaftlichen Entwicklung.

Immerhin sind die anschwellenden Zahlen zum großen Teil auch ein Ausdruck für den wachsenden Volkswohlstand, und das besonders seit den 80er Jahren. Seitdem hat der Steuerdruck sogar abgenommen, wie wir im folgenden sehen werden.

2. Das Steuersystem vor 1879.

Nach dem Abfall von Spanien hatte die junge Republik das überaus vielseitige Abgabesystem des Kolonialregimes zunächst im großen und ganzen aufrechterhalten, soweit es die kriegerischen und revolutionären Wirren zuließen, die natürlich

auch die staatlichen Finanzen in Unordnung brachten. Erst als im Jahre 1830 das neue Staatswesen reorganisiert wurde, kam es zu einer durchgreifenden Finanzreform. Sie wurde von dem damals allmächtigen Minister Portales, der mit weitem Blick und eiserner Energie das große Werk der politischen Neugestaltung leitete, in die Hände von Manuel Renjifo gelegt, und dieser unternahm dann die Lösung seiner schwierigen Aufgabe mit so vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und Umsicht, daß sich sein Name auf das Ehrenvollste mit der Finanzgeschichte des Landes verknüpft hat.

Die wichtigsten Änderungen auf dem Gebiete des Steuerwesens waren die folgenden: das Zollsystem wurde in manchen Punkten protektionistisch gestaltet. Die Alcabala, die allgemeine Verkehrssteuer, wurde auf den Immobilienverkehr beschränkt. Eine neue Grundsteuer, der Derecho de Catastro, kam zu dem Zehnten hinzu, der beibehalten wurde, wie auch die Regalien, von denen das Tabaksmonopol das wichtigste war.

In den 50er Jahren wurden von neuem wesentliche Änderungen vorgenommen: die Zollpolitik wurde gänzlich in freihändlerische Bahnen gelenkt. Der Zehnt und die Katastersteuer wurden beseitigt und durch eine andere Grundsteuer ersetzt. Und, was gleichfalls sehr erwähnenswert ist, der Staat begann selbst den Betrieb von Eisenbahnen zu übernehmen; eine Einnahmequelle wurden die Eisenbahnen freilich noch nicht, da vorderhand die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung durch die Ausgaben mehr als aufgewogen wurden.

Zur Veranschaulichung geben wir aus dem verdienstvollen Werke von Evaristo Molina, Bosquejo de la Hacienda Pública de Chile, einige Zahlen über die Steuererträge (in 1000 Pesos) wieder:

Jahr:	1841	1856	1878
Zölle	1630	4157	6188
Regalien	585	997	1774
Zehnt	231	—	—
Catastro	87	100	—
Alcabala	71	305	344
Contribucion territorial	—	527	1034
Eisenbahnrohertrag	—	—	2978
Sonstiges	158	424	3078
	2762	6510	15396

3. Das Steuersystem nach der Eroberung der Nordprovinzen.

Das wichtigste Ereignis in der Finanzgeschichte des Landes ist die Eroberung der Nordprovinzen und die Einfügung des Salpeterzolls in das Steuersystem. Während die Staatsein-

nahmen in den 70er Jahren jährlich mehr oder weniger als 15 Mill. $ betrugen, schnellten sie jetzt auf 40, im Jahre 1888 auf 50 Mill. $ hinauf. Freilich ist in Betracht zu ziehen, daß der Wechselkurs gleichzeitig von 40 (1876) auf 35 (1882) und 25 (1885) sank. Immerhin fiel er nicht in dem Maße, wie die Einnahmen stiegen, und da natürlich die Ausgaben (Gehälter usw.) teilweise die alten blieben, so war der Fiskus in der Tat sozusagen über Nacht zum reichen Manne geworden.

Die ersten Mehreinnahmen wurden durch die Beschlagnahme der peruanischen Zölle erzielt. Im Jahre 1882 wurde der Salpeterzoll eingeführt. Das Tabaksmonopol und die anderen Regalien konnten daher (1881) wegfallen. Die direkten Steuern samt der Vermögens- und Erbschaftssteuer, die seit 1879 erhoben wurde, blieben dagegen zunächst bestehen. Erst 1889 wurde eine davon, die Alcabala, abgeschafft. Anfang der 90er Jahre gingen die direkten Steuern an die Gemeinden über.

In den Jahren 1883 und 1897 gewährten die ordentlichen Staatseinnahmen folgendes Bild (in 1000 Pesos):

	1883	1897
Einfuhr- und Ausfuhrzoll	30 303	61 200
Vermögens- und Erbschaftssteuer .	1 265	—
Alcabala	704	—
Impuesto agrícola	1 074	—
Eisenbahnrohertrag	5 515	13 107
Sonstiges	5 388	4 975
	44 249	79 282

Wir sehen also den Fiskus in immer größere Abhängigkeit von den Zöllen (und besonders vom Ausfuhrzoll auf Salpeter) geraten. Erst ganz neuerdings hat man das Steuersystem zu erweitern gesucht.

4. Übersicht über die heutigen Staatssteuern.

Nachdem wir die Vorgeschichte der Staatssteuern in sehr summarischer Weise wiedergegeben haben, wollen wir versuchen, die gegenwärtigen Staatssteuern etwas eingehender darzustellen. — Die folgenden Zahlen sind eine systematische Gruppierung und Zusammenfassung [1] der vom Finanzministerium gelieferten Daten über die Staatseinnahmen des Jahres 1910:

[1] Selbst die Addition der Papier- und Goldposten haben wir nach Umrechnung der Papierbeträge in Gold (Prämie 65 %) selber vornehmen müssen.

	Je 1000 Pesos Papier	+ Gold	= Gold	Prozente
Abgaben des Außenhandels:				
Salpeterausfuhrzoll	–	79 665	79 665	45,4
Jodausfuhrzoll	—	727	727	0,4
Einfuhrzölle[1]	79 802	1	48 366	27,6
Hafengebühren usw.	1 616	669	1 648	0,9
Konsulatsgebühren	—	1 204	1 204	0,7
Inlandsteuern:				
Verbrauchssteuer auf Alkohol	2 067	—	1 253	0,7
„ auf Tabak u. Spielkarten	2 581	—	1 564	0,9
Stempelsteuern und -gebühren	4 140	—	2 509	1,4
Bergwerkssteuer	62	—	38	0,0
Gewerbesteuer der Versicherungsgesellschaften	457	—	277	0,2
Erwerbseinkünfte (Rohertrag):				
Eisenbahnen	47 761	—	28 946	16,5
Post und Telegraphen	4 330	—	2 624	1,5
Sonstiges	10 160	498	6 656	3,8
	152 976	82 764	175 477	100,0

5. Die Zölle.

Der Salpeterzoll beträgt gemäß dem heute herrschenden Zollgesetz vom 23. Dezember 1897, das seit dem 1. Januar 1898 in Kraft ist: 3,38 $ Gold, d. h. 60,84 d oder 5,07 sh per 100 kg. Das sind 2 sh 4 d für den spanischen Zentner von 46 kg. Einem Preise gegenüber, der sich seit Jahren zwischen 6 und 9 sh per Zentner verzollten Salpeters (an der Küste) bewegt, ist das eine Belastung, die nur bei dem Monopolcharakter der Salpeterindustrie möglich ist und die nicht aufrechterhalten werden könnte, wenn dem Salpeter gefährliche Konkurrenten erwachsen würden, was ja allerdings vorläufig kaum zu befürchten ist. Für den Fiskus bedeutet der Zoll einen Tribut, den ihm das Ausland, in erster Linie die deutsche Landwirtschaft, entrichtet. Zwar bewirkt er gleichzeitig eine Schmälerung des Reinertrages in der Salpeterindustrie. Aber auch das ist teilweise nichts weiter als eine Besteuerung des Auslandes, da die Salpeterindustrie vorwiegend in fremden Händen liegt.

Der Zoll ist teilweise in barem Golde, teilweise in Wechseln auf London zahlbar.

[1] Einschließlich des Zuschlagszolles auf Alkohol von 256 000 $ Ertrag und einschließlich der Lagerungsgebühren. Das entsprechend dem Kurse erhobene Agio, das in der offiziellen Aufstellung gesondert erscheint, ist ebenfalls einbegriffen (siehe den nächsten Paragraphen).

Der Jodzoll beträgt bei einem Preise, der im Juni 1912 vom Kartell auf 7½ Pence per Unze (31,1 g) festgesetzt worden ist: 1,27 $ Gold, d. h. 22,86 Pence per Kilogramm.

Den Einfuhrzöllen liegt ebenfalls das Zollgesetz vom 23. Dezember 1897 zugrunde. Durch dieses werden — wenn man die seitdem vorgenommenen Änderungen berücksichtigt

58	Importartikel	mit 65 %	vom	Wert	belastet,
117	,,	,, 40 %	,,	,,	,,
55	,,	,, 20 %	,,	,,	,,
66	,,	,, 10 %	,,	,,	,,
107	,,	,, 5 %	,,	,,	,,
35	,,	,, einem spezifischen Zoll belastet,			
26	,,	sind zollfrei			

und die übrigen mit 30 % vom Wert belastet.

Mit den hohen Wertzöllen von 30, 40 und 65 % sind in erster Linie die meisten Fabrikate belastet, vor allem die, deren Produktion im Lande gefördert werden soll, wie Möbel, Schuhe, Konfektionsware, ferner viele Luxusartikel, wie Parfümerie und Pelzwerk. Ihnen gleichgestellt sind auch einige landwirtschaftliche Produkte, deren Einfuhr aus protektionistischen Gründen verhindert werden soll, wie Schinken und Mais.

Sehr hoch belastet sind auch die Genußmittel: Tabak, Tee, Wein, Bier, Zucker. Diese — sowie auch das Salz — tragen einen spezifischen Zoll, der den höchsten Wertzoll teilweise übertrifft:

raffinierter Zucker, 100 kg	9,—	$ Gold
Zigarren, 1 kg (etwa 150 Stück)	6,60	,, ,,
Zigaretten, 1 kg (etwa 1000 Stück)	9,90	,, ,,
Wein, 1 Dutzend Flaschen	14,52	,, ,,
Bier, 1 Dutzend Flaschen	3,63	,, ,,
Tee, 1 kg	1,10	,, ,,
raffiniertes Salz, 1 kg	—,11	,, ,,

Der hohe Zoll auf Wein und Bier hat natürlich in der Hauptsache protektionistischen Zweck.

Ein mittlerer Zoll von 20, 30 oder 40% ruht im allgemeinen auf den Halbfabrikaten.

Zollfrei oder mit einem ganz niedrigen Zoll belastet sind Werkzeuge, Maschinen, Bücher, die meisten Rohstoffe (Garn, Steinkohle, Roheisen usw.).

Vor dem 14. April 1912 waren die Zollsätze etwas niedriger. Durch Gesetz vom 12. Februar 1912 ist — zunächst für die Dauer von drei Jahren — ein allgemeiner Zuschlagszoll verfügt worden: mit gewissen Ausnahmen sind die Wertzölle um 5% des Warenwerts erhöht, die bis dahin zollfreien Waren mit einem Wertzoll von 5% belegt worden und die spezifischen Zölle um 10% ihres Betrages gestiegen. Gleichzeitig sind für

Punta Arenas, das früher Freihafen war, eine Reihe von Zöllen eingeführt worden, und zwar um den von hier aus schwunghaft betriebenen Schmuggel zu verhindern.

Wie bei der Ausfuhr, so wird auch bei der Einfuhr mit dem Peso von 18 d gerechnet. Die Einfuhrzölle sind allerdings in Papiergeld zahlbar, aber mit einem Aufschlag entsprechend dem jeweiligen Agio. Wenn der Kurs auf London z. B. im Laufe der Woche, die dem Zeitpunkt der Verzollung [1] vorhergegangen ist, 12 d betragen hat, so ist eine Zollrechnung von 200 $ Gold mit 300 $ Papier zu bezahlen.

Was die formelle Seite dieses Zollsystems betrifft, so sehen wir, daß in ihm die spezifischen Zölle vor den Wertzöllen ganz zurücktreten. In Wirklichkeit sind aber fast alle sogenannten Wertzölle solche nur dem Namen nach. Sie werden nämlich nicht nach dem Fakturenwert der Ware erhoben, sondern nach einem Werttarif (Tarifa de Avaluos), der durch Gesetz zur Grundlage der Zollerhebung gemacht wird und mehrere Jahre in Kraft bleibt. Unter dem Zollgesetz von 1897 sind bisher drei Werttarife zur Anwendung gekommen; der erste war 1898 bis 1902, der zweite 1903—1907 in Geltung, der dritte, am 1. Januar 1908 eingeführt, gilt noch heute.

Nur auf wenige Artikel erstreckt sich dieser Tarif nicht, wie auf Juwelen und Kutschen, bei denen die Wertbestimmung nach äußeren Merkmalen nicht angebracht ist und daher der zollamtlichen Entscheidung überlassen werden muß. Im allgemeinen aber erfolgt die Wertbemessung nach dem Tarif, und den Zollbeamten liegt es nur ob, die Waren unter die richtigen Tarifpositionen zu bringen.

Es ist nun klar, daß der Wertzoll auf diese Weise zum spezifischen gemacht wird. Denn ob es z. B., wie beim chinesischen Tee, heißt: für 1 kg sind 1,10 $ zu zahlen, oder, wie beim Kamillentee: 1 kg ist 2 $ wert und mit 30 % zu verzollen: in beiden Fällen liegt Zollerhebung einfach nach dem Gewicht vor.

Zwar soll der Tarifa de avaluos die Marktwerte möglichst genau wiedergeben. Das wird jedoch schon deswegen schlecht gelingen, weil unmöglich alle Spielarten der einzelnen Waren berücksichtigt werden können, so daß die schlechtere Qualität leicht zu hoch, die bessere leicht zu niedrig belastet wird [2]. Es kommt hinzu, daß der Tarif auf so lange Zeit festgelegt wird, daß er den Konjunkturen nicht angepaßt werden kann.

In der Entstehung des Tarifs mag sich eine weitere Er-

[1] Das heißt der Zollveranschlagung; die Zollzahlung selbst pflegt später zu erfolgen.

[2] Zum Beispiel fällt die feinste Pariser Seife unter dieselbe Tarifposition wie die ordinärste Toiletteseife; beide gelten vor der Zollbehörde 4 $ pro Kilogramm.

klärung für die Abweichung der Tarifsätze von den Marktpreisen finden. Der Tarif wird von einer Kommission bearbeitet, die sich aus Zollbeamten und Vertretern der einzelnen Wirtschaftszweige zusammensetzt. Wenn in dieser Kommission die protektionistischen Interessen vorwiegen, so wird die Neigung bestehen, übertrieben hohe Tarifsätze aufzustellen. Bei freihändlerischen Tendenzen wird das Gegenteil der Fall sein. Oder auch: es regiert der Kompromiß und bewirkt, daß die eine Ware zu hoch, die andere zu niedrig bewertet wird.

6. Die übrigen Staatssteuern.

Eine Branntweinsteuer ist durch Gesetz vom 18. Januar 1902 eingeführt und zwar als Fabrikatsteuer. Es wurden festgesetzt: für den Kornbranntwein 50 Cents und für den Traubenbranntwein nur 30—40 Cents per Liter Alkohol von 100 Grad Gay-Lussac. Diese Steuersätze sollten jährlich um 10 Cents steigen, bis daß sie die Höhe von 1 Peso erreicht hätten. Heute betragen sie daher sowohl für den Trauben- als auch für den Kornbranntwein 1 Peso. Denaturierter Sprit wurde von vornherein mit nur 5 Cents belegt. Die Steuer wurde zugleich mit einer kommunalen Lizenzabgabe für die Schankwirte unter der Begründung geschaffen, sie solle der Trunksucht steuern, verdankt aber in Wirklichkeit ihr Dasein lediglich dem Bestreben der mächtigen Weinbergbesitzer Mittelchiles, die Konkurrenz der Kornbrenner im Süden — meist Landwirte oder Gewerbetreibende deutscher Abkunft — niederzuwerfen. Wir haben gesehen, daß die Steuer in dieser Beziehung tatsächlich erfolgreich gewesen ist (Kap. IV, 5). Die im Jahre 1911 eingeführte Biersteuer von 5 Cents per Liter hat einen ähnlichen Entstehungsgrund.

Die prinzipielle Berechtigung läßt sich diesen beiden Steuern natürlich nicht abstreiten. Nur müßte sich auch eine Weinsteuer anschließen. Auch bedarf die Erhebungsform der Branntweinsteuer der Korrektur: in der Denkschrift des Finanzministers für 1910 wird auf die übermäßigen Erhebungskosten hingewiesen, die sie verursacht; betragen diese doch über 25% vom Steuerertrage.

Tabaksteuer wird seit 1910, und zwar in der Form von Stempelmarken, erhoben, mit denen die zum Verkauf kommenden Kisten und Pakete verschlossen sein oder — bei Einzelverkauf — die Zigarren umwickelt sein müssen. Sie wird unabhängig vom Zoll auch von importierter Ware erhoben und beträgt nach der im Jahre 1912 und mit dem 18. April 1913 in Kraft tretenden Erhöhung für:

importierte Zigarren per Kiste von 25 Stück .	100 Cents
importierte Zigarren außerdem beim Einzelverkauf per Stück	10 „

inländische Zigarren beim Einzelverkauf per Stück	5	Cents
importierte Zigaretten per Paket von 14 Stück .	10	„
inländische Zigaretten per Paket von 14 Stück .	5	„
importierte und inländ. kleine Zigarren per Stück	2	„
geschnittenen Tabak per 25 g	5	„

Spielkartensteuer, gleichzeitig mit der Tabaksteuer und ebenfalls als Stempelsteuer eingeführt: 20 Cents, wenn importiert, sonst 10 Cents per Paket.

Stempelsteuern und -gebühren. Dasselbe Gesetz, das die Tabak- und die Spielkartensteuer einführte, hat noch ein ganzes Bouket von Stempelabgaben, nämlich 75 an der Zahl, geschaffen. Es sind darunter eine Aktienemissionssteuer von 1%, eine Aktienumsatzsteuer (Schlußnotensteuer) von 20 Cents per Aktie, eine Schecksteuer von 5 Cents per Scheck, eine Quittungssteuer von 20 Cents, eine Geschäftsbüchersteuer (jede Seite muß abgestempelt werden), ein Wechselstempel von 20 Cents. In dieser Weise unterliegen alle möglichen Urkunden, Eingaben, Rechtsgeschäfte einer Abgabe.

Bergwerkssteuer (Patente de Minas): 1 bis 10 Pesos per Hektar jährlich.

Versicherungsgesellschaften zahlen — nach dem Gesetz vom 16. November 1904 — zweierlei Steuer: eine feste jährliche Abgabe von 2000 $ oder (wenn das Kapital 500 000 $ ist und darüber) 3000 $ und außerdem 2% der jährlich eingehenden Prämien (abzüglich der Rückversicherung).

Bankdepositensteuer, durch Gesetz vom 24. Januar 1912 eingeführt. Ihr Satz ist: jährlich 2% vom Durchschnittsbetrage der Depositen. Als Durchschnitt gilt das arithmetische Mittel der monatlichen Höchstbeträge.

7. Die kommunalen Abgaben.

Eine Vorstellung vom kommunalen Abgabesystem geben die folgenden Zahlen für das Jahr 1910, die sich allerdings nur auf 234 von den 311 Gemeinden der Republik beziehen (von den übrigen Gemeinden sind die Daten nicht bekannt geworden):

Kommunale Einnahmen.

Mobilien- und Immobiliensteuer	4,6	Mill. $
Gewerbesteuer	0,8	„
Schankkonzessionssteuer	0,7	„
Bergwerkssteuer	0,5	„
Wagensteuer	0,2	„
Schlachthofgebühr	0,4	„
Sonstiges (Zinsen, Geldstrafen usw.) . . .	10,7	„
Einnahmen ohne Voranschlag	0,4	„
Saldo vom Vorjahre	0,5	„
	18,8	„

M o b i l i e n - und I m m o b i l i e n s t e u e r (Impuesto de haberes inmuebles y muebles). Diese seit 1879 bestehende Realsteuer ist durch Gesetz vom 22. Dezember 1891 den Kommunen übertragen worden. Sie soll alle bewegliche und unbewegliche Habe treffen: Grundstücke (auch Kohlen- und Salpeterlager), Gebäude, Hausgerät, Vieh usw., wenn der Wert aller dieser Gegenstände 2000 $ überschreitet. Die Steuer ruht ferner auf allen Wertpapieren. Die Aktien der Banken sind — durch das Gesetz über die Bankdepositensteuer — davon befreit worden [1]. Der Steuersatz ist beweglich. Er darf aber 3 per Mille des Wertes nicht überschreiten. Die Gemeinde setzt ihn selber fest. Jährlich wird die Steuer durch drei vereidigte Taxatoren veranlagt.

Die Steuer selbst ist im Prinzip zweckmäßig. Die Veranlagung pflegt aber sehr ungenügend zu sein.

G e w e r b e s t e u e r (Impuesto de patentes profesionales e industriales). Gesetz vom 22. Dezember 1866. Sie ruht sowohl auf den liberalen Berufen wie auf den wirtschaftlichen Erwerbszweigen. Ärzte, Advokaten, Ingenieure, Geometer und Hebammen — das sind die Berufsangehörigen, die das Gesetz als steuerpflichtige „Profesionales" ansieht — haben eine jährliche Abgabe von 5—100 Pesos zu entrichten, je nachdem, zu welcher der beiden aufgestellten Größenklassen und zu welcher der fünf Ortsklassen sie gehören. Die gewerblichen Unternehmer (einschließlich der Kaufleute), die Industriales, haben 2—2000 Pesos zu zahlen, je nach ihrer Ortsklasse und je nachdem, zu welcher der drei für sie festgesetzten Größenklassen ihre Betriebe gerechnet werden [2]. Soweit die Unternehmungen aber die Form der Aktiengesellschaften haben, tragen sie eine Steuer von 2% des Reingewinnes [3]. Die von überseeischen Exporteuren und Fabrikanten gesandten Geschäftsreisenden (Kap. VI, 4) zahlen ungerechterweise keine Gewerbesteuer.

Als Sondergewerbesteuer ist die mit dem Branntweinsteuergesetz verknüpfte S c h a n k k o n z e s s i o n s s t e u e r zu nennen, die je nach Orts- und Größenklasse 75—1200 Pesos beträgt.

Halb eine Aufwand-, halb eine Betriebssteuer ist die durch Gesetz vom 23. September 1862 geschaffene W a g e n s t e u e r (Impuesto de patentes de vehículos), die 5—15 Pesos beträgt

[1] Die Steuer auf Bankaktien erfaßte natürlich die — im Auslande befindlichen — Aktien der fremden Banken nicht mit. Die nationalen Banken wurden durch diese Steuer also benachteiligt. Daher hat man sie durch die Bankdepositensteuer ersetzt, die die fremden und die nationalen Banken in gleicher Weise trifft.

[2] Für Valparaiso sind die Steuersätze durch Spezialgesetz verdoppelt worden.

[3] Die Banken unterliegen seit dem Bestehen der Bankdepositensteuer der Gewerbesteuer nicht.

und nach der Art des Fuhrwerks (Equipage, Ochsenkarren usw.) abgestuft ist.

Schlachthofgebühr, Gesetz vom 26. Dezember 1873. Für je 100 kg Bruttogewicht der geschlachteten Tiere 45 Cents in den Provinzen Santiago und Valparaiso, 30 Cents in den übrigen.

8. Die Steuerprinzipien.

Der chilenische Staat ist in der glücklichen Lage, daß er im Salpeterzoll eine Einnahmequelle besitzt, die es ihm ermöglicht, die Bevölkerung mit schweren Steuerlasten zu verschonen. Schon aus diesem Grunde haben die sozialpolitischen Steuerprinzipien in Chile nicht die Bedeutung wie im europäischen Finanzwesen.

Sie treten vollends hinter den finanziell-technischen Anforderungen zurück, weil es die unreife, wenig gefestigte Natur des Staatswesens gebietet, daß bei der Einführung einer Steuer vor allem darauf gesehen wird, ob sie der Korruption und der Defraude Spielraum läßt oder nicht. Bekanntlich sind die Steuern, die an einen Verkehrsvorgang anknüpfen und nach äußerlichen Merkmalen erhoben werden, Mißbräuchen dieser Art am wenigsten ausgesetzt. Daher sind die spezifischen Zölle oder die Wertzölle mit festem Werttarif, die Stempelabgaben, die Gewerbesteuern nach Orts- und Größenklassen die für ein Land wie Chile angemessensten Steuerarten. Weniger angebracht sind Fabrikatsteuern wie die bestehende Branntweinsteuer, da die Defraudation dadurch sehr erleichtert wird; eine Flächensteuer wäre in diesem Falle vorzuziehen. Ganz ungeeignet wären alle Personalsteuern; ergeben sich doch selbst aus der Immobilien- und Mobiliensteuer, die ja nur eine Ertragssteuer ist, schwere Unzuträglichkeiten, und zwar aus der Schwierigkeit der Veranlagung. Als besonderer Nachteil hat sich dabei erwiesen, daß diese — früher staatliche — Steuer den Kommunen überantwortet worden ist.

Wenn man aber von der Branntwein- und der Immobilien- und Mobiliensteuer absieht, so sind die in Chile bestehenden Steuern, so wie sie hier sein sollen: bestimmt, klar, konkret; wenn sie infolgedessen einem abstrakten Gerechtigkeitsideal nicht genügen, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nur wenig berücksichtigen, so muß das eben in den Kauf genommen werden.

Am meisten fordern die Einfuhrzölle die Kritik des Sozialpolitikers heraus.

Die Importzolleinnahmen machen ein Sechstel der Einfuhr aus: im Jahre 1910 beliefen sie sich bei einer Einfuhr von 300 Mill. $ Gold auf etwa 50 Mill. $ Gold. Auf den Kopf der Bevölkerung waren das ungefähr 15 $ Gold, also 22—23 Mark.

Wenn man bedenkt, daß in Deutschland die Zollbelastung nur etwa 10 Mark beträgt, so müssen die 15 $ in Chile als sehr viel erscheinen, ja geradezu als eine drückende Bürde für die ärmere Bevölkerung. Und doch sind sie das in Wirklichkeit nicht. Denn die Nahrungsmittel werden zum größten Teil im Lande selber gewonnen und unterliegen also keiner Verzollung (wichtige Ausnahmen: Salz, Reis, ein Teil des Viehs). Wenn dafür die Zölle auf Genußmittel sehr hoch sind, so ist vom sozialpolitischen Standpunkt hiergegen nicht viel einzuwenden; zwar sind Zucker, Tee, Kaffee und Tabak Artikel des Massenverbrauchs, sie sind aber dabei doch halbwegs entbehrliche Gegenstände. Anders steht es um die Zölle auf Schuhe, Konfektionswaren, Hüte und überhaupt auf Kleidungsstücke aller Art. Man hat diese Zölle, die sich bei mittlerer Höhe schon wegen ihrer großen finanziellen Ergiebigkeit sehr wohl rechtfertigen ließen, aus protektionistischen Gründen auf 40 und 65% hinaufgetrieben und sich so einer unverhältnismäßigen Belastung der großen Masse der Konsumenten einer kleinen Minderheit von Produzenten zuliebe schuldig gemacht. — Im übrigen ist an dem Zolltarif nicht sehr viel auszusetzen; nur möchten wir darauf hinweisen, daß manche Zölle eine stärkere Differenzierung nach der Qualität der Ware vertragen würden.

Eine nicht genügend beachtete Eigentümlichkeit des chilenischen Steuersystems ist die, daß es den Handel und das Gewerbe stärker belastet als die Landwirtschaft. Während auf dieser fast nur die Immobilien- und Mobiliensteuer lastet, haben jene noch die Gewerbe-, die Aktienemissions- und Aktienumsatzsteuern neben sonstigen Stempelabgaben zu tragen. Aber hiergegen ist nur wenig einzuwenden. Denn diese Mehrbelastung ist gegenüber dem landesüblichen Zins und den großen Unternehmergewinnen ganz unbedeutend und wird wohl kaum als Last, sondern höchstens als Belästigung empfunden. Die Stempelabgaben tragen überdies zur Vermehrung der Rechtssicherheit bei, da durch sie viele sonst völlig formlose Rechtsgeschäfte eine Beurkundung erfahren.

Man kann in der stärkeren Heranziehung des mobilen Kapitals auch eine stärkere Besteuerung der Fremden erblicken, die auf diesem Gebiete das einheimische Element im ganzen überwiegen, und man wird darin nichts Unberechtigtes sehen können, da sich die Fremden ja häufig genug durch ihre Rückkehr in die alte Heimat den Verbrauchssteuern entziehen.

Schwerer als die sozialpolitischen Nachteile wiegt vielleicht ein anderer Nachteil, der mit äußerlich bestimmten Steuersätzen verknüpft ist: die Schwierigkeit, die Steuer dem Finanzbedarf anzupassen. Der Ertrag der Zölle und der Stempelabgaben wächst mit steigender Konjunktur und nimmt mit sinkender ab. Gerade dann, wenn der Fiskus hohe Ein-

nahmen besonders nötig hat, sind die Erträge solcher Steuern oft am niedrigsten.

Bei einer Einkommensteuer, wie sie z. B. in England besteht, läßt sich ohne große volkswirtschaftliche Bedenken der Steuersatz leicht dem Bedarf entsprechend erhöhen. Weniger angebracht und schwerer möglich ist das schon bei den Realsteuern (wie der Immobilien- und Mobiliensteuer), welche verschuldete Wirtschaftssubjekte ebenso belasten wie schuldenfreie. Die meisten Schwierigkeiten stellen sich aber einer Änderung der indirekten Steuern entgegen. Denn wenn z. B. der Zolltarif erhöht wird, so wie man ihn in Chile 1912 zur Deckung eines Defizits erhöht hat, dann werden dadurch zwar vielleicht höhere Einnahmen erzielt, aber zu gleicher Zeit wird eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung hervorgerufen, von anderen Nebenwirkungen ganz abgesehen.

Bei den großen materiellen Fortschritten des Landes sind freilich die Steuererträge fast dauernd gestiegen. Daß das Land seit Jahren an einem chronischen Defizit leidet, erklärt sich namentlich mit politischen und administrativen Gründen.

9. Die Ausgaben.

Wir versuchen zunächst durch die Betrachtung der Zahlen für 1910 einen Überblick zu gewinnen:

	Je 1000 Pesos			
	Papier	+ Gold	= Gold	Prozente
Ministerium des Innern	29 209	3 015	20 717	10,3
Ministerium des Äußern:				
Sektion f. d. ausw. Angelegenh.	359	1 685	1 903	0,9
Sekt. f. Kultusangelegenheiten	1 474	—	893	0,4
Sektion für Kolonisation	2 246	105	1 466	0,7
Justizministerium	7 807	—	4 732	2,4
Unterrichtsministerium	25 325	465	15 813	7,9
Finanzministerium	12 737	28 013	35 732	17,9
Kriegsministerium	23 311	3 554	17 682	8,8
Marineministerium	11 432	8 086	15 014	7,5
Ministerium für Industrie und öffentliche Arbeiten:				
Sektion für die Industrie	2 543	154	1 695	0,8
Sektion f. d. öffentl. Arbeiten	9 151	41	5 587	2,8
Sektion für die Eisenbahnen	81 180	256	49 456	24,7
Durch Spezialgesetze genehmigte Ausgaben[1]	46 668	2 451	30 735	15,4
	253 442	47 825	201 425	100,0

[1] Davon 10,1 Mill. für die Eisenbahnen, 5,7 Mill. für öffentliche Arbeiten, 5,1 Mill. für das Ministerium des Äußern, 4,9 Mill. für das Kriegs-

Die erste Stelle unter den Ausgaben nehmen die Betriebsunkosten der Eisenbahn ein, die in den letzten Jahren immer größer gewesen sind als die entsprechenden Einnahmen. Womit dies schlechte Ergebnis zusammenhängt, haben wir bereits erörtert (Kap. V, 2).

Auf das Finanzministerium kommen 18% aller Ausgaben, und zwar 10%, nämlich 19,4 Mill. $ Gold, auf den Schuldendienst. Zeitweilig, in den 60er und 70er Jahren, verschlang das Finanzministerium die Hälfte aller Einnahmen, im Jahre 1865: 45%, im Jahre 1877: 54%.

Heer und Marine beanspruchen 16% der Ausgaben. In früheren Jahren verbrauchten sie auch in Friedenszeiten oft weit mehr, durchschnittlich etwa 33%.

Auf den Unterricht gehen 8% der Ausgaben, auf den Kultus kaum $^1/_2$%. In den 40er Jahren war dies Verhältnis eher das umgekehrte. 5—6% wurden für den Kultus und nur 2—3% für den Unterricht verwandt. Aber besonders schon unter Manuel Montt, in den 50er Jahren, begann man mehr und mehr für die Hebung der Volksbildung zu tun. Am meisten aber war Balmaceda — Ende der 80er Jahre — bemüht, in diesem Sinne zu wirken. Durch die siegreiche Opposition wurden die Ausgaben für den Unterricht dann stark beschnitten; doch sind sie seitdem fast stetig erhöht worden.

Auf eine Kritik des Ausgabeetats können wir hier unmöglich eingehen. Zwar stellt die Presse in dieser Beziehung ein reiches, überreiches Material zur Verfügung, aber wie schwer ist es, dabei das Berechtigte von dem Unberechtigten zu sondern. Wir sparen uns die Beispiele, die mehr oder weniger gut die Tatsache veranschaulichen, daß ein Teil der Staatsgelder für unnütze Dinge verschwendet wird und ein anderer Teil ungesetzliche Wege nimmt, die aber doch leicht vergessen lassen, daß bei weitem das meiste schließlich nutzbringende Verwendung findet.

Wir wollen hier nur die Worte wiedergeben, die sich in der Denkschrift des Finanzministers für das Jahr 1903 finden: „In einem gut geordneten Staate ist es nicht statthaft, alle ordentlichen Staatseinnahmen und sogar diejenigen, welche ganz offenbar einmal versiegen müssen, wie den Ertrag des Salpeterzolls, auf bleibende Ausgaben zu verwenden und den Etat durch Gehälter anschwellen zu lassen, die einer großen Zahl von tatsächlich überflüssigen Beamten zugehen, oder durch Pensionen, die mit unverständlicher Freigebigkeit bewilligt werden und die dem Staat von Jahr zu Jahr wachsende Opfer auferlegen."

Die Belastung des Etats mit überflüssigen Ausgaben auf

ministerium, 3,9 Mill. für die Marine, 3,1 Mill. für den Unterricht, 2,4 Mill. für das Finanzministerium.

Kosten wichtiger und notwendiger Ausgaben ist die schlimme Folge des oligarchischen Interessenspiels, dem das chilenische Budgetrecht (Gesetz vom 16. September 1884) weiten Spielraum zur Betätigung gibt.

Chile ist wohl das einzige Land der Welt, wo Einnahme- und Ausgabeetat völlig getrennt sind. Der Ausgabeetat wird nämlich alle zwölf Monate, der Einnahmeetat nur alle achtzehn Monate erneuert. Begreiflicherweise wird schon dadurch die Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben erschwert.

Noch verhängnisvoller aber ist, daß die Ausgaben nicht regelrecht in ordentliche und außerordentliche geschieden werden. Das Gesetz teilt sie zwar in einem ähnlichen Sinne ein, nämlich in feste und veränderliche (fijas y variables); leider unterläßt es aber, genügend zu definieren, was darunter zu verstehen sei. So hat es dazu kommen können, daß man die Unkosten der Verwaltungsbureaus (Beleuchtung, kleine Reparaturen), den Ankauf von Lebensmitteln und Materialien für das Heer und ähnliche Aufwendungen zu den „veränderlichen" Ausgaben rechnet, nur weil ihre Höhe, die ja von schwankenden Preisen abhängt, nicht genau bestimmbar ist, obwohl der Gesetzgeber als veränderliche Ausgaben offenbar nur die nicht unbedingt notwendigen, die nicht regelmäßig wiederkehrenden verstanden haben wollte.

Wenn nun die Voranschläge, die zunächst in den einzelnen Ministerien ausgearbeitet werden, vor das Gesamtministerium gelangen und der Finanzminister Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen hat, dann wird womöglich ein Teil der im untergeschobenen Sinne des Worts „veränderlichen" Ausgaben gestrichen, während vermeidbare Ausgaben, wie Neubauten aller Art, bleiben. Kommt dann der Voranschlag in die aus Mitgliedern des Senats und der Deputiertenkammer zusammengesetzte Budgetkommission (Comision Mista), dann werden an den „veränderlichen" Ausgaben weitere Abstriche gemacht, um für nebensächliche Dinge Platz zu schaffen — ein Vorgang, der sich im Plenum gleichfalls wiederholt.

Natürlich werden hinterher Nachträge (Suplementos) zum Etat erforderlich. Und das Defizit ist die notwendige Folge. Überdies besteht der Brauch, durch Spezialgesetze weitere Ausgaben zu bewilligen, ohne für die entsprechende Deckung zu sorgen.

So ergab sich im Jahre 1910 ein Defizit von 64,7 Mill. $ Papier, das sich im Jahre 1911 auf 66,7 Mill. $ [1] erhöhte.

Um es zu beseitigen, griff man zu verschiedenen Maßregeln, unter anderem zum Verkauf von Pfandbriefen der Hypothekenkasse, wovon bereits die Rede war (Kap. VII), und zu den — gleichfalls schon besprochenen — Zollerhöhungen des Jahres 1912.

[1] einschließlich der Kontokorrentzinsen, die der Fiskus dem Banco de Chile schuldete.

Glücklicherweise hat man begonnen, das Übel des chronischen Defizits unmittelbar an der Wurzel zu fassen: im Jahre 1912 ist ein Gesetz in Kraft getreten, das dem Plenum der Kammern das Recht nimmt, Zusätze zum Voranschlag zu machen; sie darf nur Kürzungen vornehmen.

Schlechter als um die fiskalische ist es zumeist um die kommunale Ausgabepolitik bestellt. Wir können diese aber nicht weiter erörtern und beschränken uns auf die Wiedergabe folgender Zahlen, die sich auf das Jahr 1910 und auf 234 von 311 Gemeinden beziehen:

Gehälter	1,4	Mill. $ Papier
Sicherheitspolizei	1,2	,, ,,
Reinigung	0,9	,, ,,
Beleuchtung	0,9	,, ,,
Pflasterung	1,2	,, ,,
Volksschulen	0,1	,, ,,
Armenpflege	0,4	,, ,,
Andere Ausgaben	11,4	,, ,,
Nichtetatmäßige Ausgaben . .	0,6	,, ,,
	18,1	,, ,,

Hierzu sei nur bemerkt, daß in den ländlichen Gemeinden, wo die Grundbesitzer die Machthaber sind, leicht übertriebene Sparsamkeit herrschen wird, während in den Städten verschwenderische Neigungen vorwalten werden.

10. Die Staatsschulden vor dem Kriege von 1879.

Wie die Geschichte der Staatseinnahmen, so zerfällt auch die Geschichte des Anleihewesens in zwei deutlich durch den Krieg abgegrenzte Perioden, und zwar gilt das sowohl für die äußere als auch für die innere Schuld.

Betrachten wir zunächst die äußere Schuld bis in die 70er Jahre:

Jahr	Betrag 1000 £	Erlös 1000 £	Zins %	Amortisation %	Zweck
1822	1 000	675	6	1	Allgemein.
1842	934	934	6	1	Rückzahlung d. Anleihe von 1822.
1843	757	757	3	1	Kapitalisierung der aufgelaufenen Zinsen.
1858	1 555	1 340	4½	1	Eisenbahnbau.
1865	450	405	6	50	Rüstungen gegen Spanien.
1866	1 121	953	7	2	„ „ „
1867	2 000	1 640	6	2	„ „ „ und Rückzahlung der Anleihe von 1865.
1870	1 013	800	5	1	Eisenbahnbau.
1873	2 277	2 026	5	2	„ u. Ankauf v. Kriegsschiffen.
1875	1 133	997	5	2	Umwandlung innerer Anleihen für öffentliche Arbeiten.
	12 240	10 527			

Von den ersten drei Anleihen war bereits in der Einleitung die Rede. Sie stellen einen verfrühten Vormarsch in das Gebiet der Kreditwirtschaft dar. Dagegen läßt sich schon der für den Eisenbahnbau bestimmten Anleihe von 1858, die in die Glanzzeit von Manuel Montt fiel, die volkswirtschaftliche Berechtigung nicht abstreiten. Sie wurde auch unter sehr günstigen Bedingungen untergebracht: zu einem Kurse von 92% und einer Kommission von 2% bei einem Zinsfuß von 4½%, so daß der Staat das so beschaffte Kapital also nur mit 5% zu verzinsen hatte. Als Chile dann aber in den 60er Jahren für den Krieg gegen Spanien Geld brauchte, mußte es 7,14% und 8,24% Zinsen zahlen, zumal damals der europäische Kapitalmarkt selber in Bedrängnis war. Die Anleihen, die Chile in den 70er Jahren für Rüstungen und Bauten machte, erfuhren schon wieder günstigere Bedingungen.

Von den 12,2 Mill. £, die Chile bis zum Jahre 1875 im Auslande aufgenommen hat, sind also etwa 5 Mill. £ für produktive und etwa ebensoviel für konsumtive Zwecke (Rüstungen usw.) verwandt worden, während der Rest zur Tilgung früherer Anleihen gedient hat. Da der wirkliche Erlös der Anleihen nur 10,5 Mill. £ gewesen ist, so sind der Produktion des Landes etwa nur 4 Mill. £ zugute gekommen, anderen Zwecken ungefähr dasselbe. — In den Jahren 1876—1884 sind keine Anleihen im Auslande erhoben worden.

Dafür wuchs um diese Zeit die innere Schuld sehr stark an. Ihre Geschichte beginnt mit einer Rentenschuld, die von den Spaniern übernommen werden mußte. 1829 wurde ein sechsprozentiges Staatspapier geschaffen, um damit die Offiziere abzufinden, die nach den Befreiungskämpfen entlassen wurden. Sie erhielten in dieser Form 615 300 $ (zu 45 d). Im Jahre 1836 wurde für Rüstungszwecke eine Anleihe von 106 500 $ erhoben, zur Konsolidierung von Zwangsanleihen im Jahre 1837 eine solche von 1 732 000 $.

So waren bis zum Jahre 1850 2,6 Mill. $ erhoben worden. Die innere Schuld vermehrte sich weiterhin wie folgt, unter:

Manuel Búlnes	(1841—1851)	um	0,3	Mill. $
Manuel Montt	(1851—1861)	„	1,2	„
J. J. Pérez	(1861—1871)	„	18,9	„
F. Errazuriz	(1871—1876)	„	7,7	„
Anibal Pinto	(1876—1881)	„	45,4	„

Diese Anleihen wurden für Eisenbahnbauten, für Heeresrüstungen und andere Zwecke aufgenommen. Sie hatten die verschiedensten Formen, die der Rentenschuld, der Schatzscheine, der Eisenbahnanleihe usw.

Im Jahre 1879 kam die verderbliche Form des Papiergeldes hinzu, das man damals ausgab, um für den Krieg die nötigen Mittel zu beschaffen. In den Jahren 1879 1881 wurden für 28 Mill. $ Papiergeld ausgegeben.

11. Die gegenwärtigen Staatsschulden.

Auf dem Gebiete der äußeren Schuld hatte der Krieg dagegen sehr gute Folgen, wurde doch durch die Eroberung der wertvollen Salpeterprovinzen der Staatskredit außerordentlich gehoben. Als daher auf dem europäischen Kapitalmarkt in den 80er Jahren der Zinsfuß sehr niedrig war, da konnte Chile seine äußere Schuld zu sehr günstigen Bedingungen konvertieren. Während noch vor der Konversion, im Jahre 1884, 366 000 £ jährlich an Zinsen zu zahlen gewesen waren, so kamen nach Vollendung der Konversion, im Jahre 1887, auf den Zinsendienst 336 000 £, obwohl sich die Schuld von 6,8 auf 8 Mill. £ erhöht hatte,

Welche äußeren Anleihen seit 1885 zustandegekommen sind, das zeigen folgende Zahlen [1]:

Lfde. Nr.	Jahr	Betrag 1000 £	Erlös 1000 £	Zinsfuß %	Amortisation %	Zweck
1	1885	809	693	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Konversion früherer Anleihen.
2	1886	6 010	5 770	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	
3	1887	1 160	1 114	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Einlösung von Salpeterzertifikaten.
4	1889	1 546	1 500	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Eisenbahnbau.
5	1892	1 800	1 710	5	$\frac{1}{2}$	Rückzahlung schwebender Schulden.
6	1892	149	75	6	1	Einlösung des Papiergeldes.
7	1893	630	615	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Ablösung von Rechten am Guanoverkauf.
8	1895	2 000	1 870	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Bezahlung kommun. Schulden u. Einl. v. Papiergeld.
9	1896	265	265	$4\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	Kauf der Eisenbahn von Coquimbo.
10	1896	4 000	3 820	5	$\frac{1}{2}$	Öffentliche Arbeiten.
11	1896	200	171	$5\frac{1}{2}$	2	Wasserversorgung von Valparaiso.
12	1905	1 350	1 259	5	1	Kanalisationsbau (Alcantarillado).
13	1906	3 700	3 339	$4\frac{1}{2}$	2	Eisenbahn Arica—La Paz, Wasserversorgung usw.
14	1909	3 000	2 783	5	$\frac{1}{2}$	Wiederaufbau von Valparaiso.
15	1910	2 600	2 510	5	1	Bahn Arica—La Paz, Hafenbau von Valparaiso.
16	1911	4 905	4 635	5	1	Straßenpflasterung von Valdivia und Santiago.
17	1911	5 000	4 725	5	1	Bau eines Schlachthofs, Hafenbau v. Valparaiso u. San Antonio, Rüstungen.
		39 124	36 854			
Davon amortisiert:		4 396				
		34 728				

[1] Nicht einbegriffen sind nur einige wenige Anleihen, die nach 1885 aufgenommen wurden, aber 1911 bereits amortisiert waren.

Die Anleihen 1 und 2 der Jahre 1885 und 1886 waren, wie gesagt, eine Finanzoperation, durch die der Schuldendienst sehr erleichtert wurde. Die Anleihen 3 und 7 der Jahre 1887 und 1893 dienten zur Erfüllung von Verbindlichkeiten, die mit der Erwerbung der Nordprovinzen zusammenhingen. Die Anleihe 4 aus dem Jahre 1889 war für den Eisenbahnbau bestimmt. Anfang der 90er Jahre wurden die Anleihen 5 und 6 aufgenommen, um die Kosten zu bestreiten, die der Bürgerkrieg dem Lande verursacht hatte. Mit der Anleihe 8 vom Jahre 1895 mußte der Staat den Kommunen zu Hilfe kommen, nachdem er ihnen durch die Verfassungsreform von 1891 ganz neue Aufgaben zugewiesen hatte. Die Anleihen 9, 10 und 11 vom Jahre 1896 dienten verschiedenen, meist produktiven Zwecken.

Acht Jahre lang, von 1896—1904, wurde der auswärtige Staatskredit dann überhaupt nicht angespannt. Dann aber begann man, fieberhaft Anleihe auf Anleihe zu häufen. In sieben Jahren wurde dem Lande eine Schuldenlast von 20,5 Mill. $ aufgebürdet! Gewiß sind alle Anleihen der letzten Jahre für produktive oder sonst wertvolle Zwecke bestimmt gewesen. Leider aber sind sie zum Teil ihren Zwecken einfach entzogen und privaten Interessen dienstbar gemacht worden. Die Art, wie man mit den Anleihegeldern verfahren hat, gehört zu den traurigsten Kapiteln des chilenischen Staats- und Wirtschaftslebens.

Inzwischen hat die verzinsliche innere Schuld keine bedeutende Zunahme erfahren. Sie betrug nämlich im Jahre 1881: 33,2 Mill. $ Papier und beläuft sich heute auf 29,8 Mill. $ Papier und 6 Mill. $ Gold. Sie setzte sich am 31. Dezember 1911 wie folgt zusammen:

Rentenschuld (Censos redimidos).	27,5	Mill. $	Papier
Dreiprozentige Schuld	1,7	,,	,,
Fünfprozentige Schuld	0,6	,,	,,
Fünfprozentige Goldanleihe . . .	6,0	,,	Gold

Der letztgenannten Goldanleihe liegt ein Vertrag zwischen Chile und Bolivien vom Jahre 1905 zugrunde, worin Bolivien die durch den Krieg von 1879 herbeigeführten Änderungen anerkannte, wofür Chile gewisse Geldverpflichtungen auf sich nahm.

Neben den verzinslichen inneren Schulden, die bei dem heutigen Kurse im ganzen etwa 40 Mill. $ Papier ausmachen, sind die unverzinslichen inneren Zwangsanleihen, die Papiergeldemissionen, zu erwähnen. Gegenwärtig laufen 150864000 $ Papiergeld [1] um.

[1] von dem Papiergeld der „Emissionskasse“ abgesehen.

Zu der bisher aufgeführten äußeren und inneren Schuld kommen nun noch die Zinsgarantien, die der Fiskus auf sich genommen hat. Für die Obligationen der Longitudinalbahn, die sich auf 4 Mill. £ belaufen, wie für das Kapital der Sociedad de Altos Hornos, das 7 Mill. $ Gold beträgt, werden von Staats wegen 5% Zinsen garantiert.

Wenn wir aber auch hiervon absehen, sowie von dem Papiergelde, das unter ganz anderen Gesichtspunkten zu betrachten ist, und das überhaupt zu zwei Dritteln gedeckt ist — durch einen Konversionsfonds, der Ende 1911: 98 Mill. $ Gold betrug —, so ergeben sich als Gesamtschuld des chilenischen Staats für Ende 1911: 730 Millionen Mark, nämlich erstens 34,7 Mill. £ oder 463 Mill. $ Gold oder 694 Mill. Mark äußere Schuld, zweitens 6 Mill. $ Gold oder 9 Mill. Mark innere Goldanleihe und drittens 29,8 Mill. $ Papier oder 26 bis 27 Mill. Mark innere Papieranleihe.

Ob diese Schuldenlast der Wirtschaftskraft des Landes angemessen ist, ob sie sie vielleicht übersteigt, läßt sich nur schwer beurteilen.

Pro Kopf der Bevölkerung beläuft die Schuldenlast sich auf etwa 220 Mark, während sie — nach Hübners Tabellen — in Argentinien 500, in Brasilien 150, in Frankreich 700, in England 300 Mark beträgt. Allerdings kann sich Chile, was das Volksvermögen betrifft, mit Ländern wie Frankreich, England und Argentinien nicht messen.

Auf das Verhältnis des Volksvermögens zu den Staatsschulden kommt es auch verhältnismäßig wenig an. Viel wichtiger ist ihr Verhältnis zum Staatsvermögen. Leider gibt es hierüber keine zuverlässigen Daten. Die Staatsbahn steht (im Jahre 1910) mit 174 Mill. Pesos Papier zu Buch; eine Zahl, die sicherlich zu niedrig ist, obwohl der Staatsbahnbetrieb seit Jahren aus dem Defizit nicht herausgekommen ist. Die wertvollsten Vermögensobjekte, die sich in fiskalischen Händen befinden, sind die Staatsländereien im Süden des Landes und in den Salpeterprovinzen. Über deren Wert gibt es aber nur Mutmaßungen, nicht einmal Schätzungen. Sie stellen zweifellos nur zum geringen Teil Werte dar, die in der nächsten Zukunft realisierbar wären.

Nach einer sehr optimistischen Angabe, die uns zu Gesicht gekommen ist (Galdámes, Jeografia económica de Chile) soll das gesamte Staatsvermögen über 1400 Mill. Pesos Papier betragen. Mit solch einer Zahl ist aber fast nichts gewonnen.

Die für die Beurteilung der Staatsschulden wichtigste Relation ist das Verhältnis der Staatseinnahmen zu den Summen, die der Schuldendienst erfordert. Heute (1913) verschlingt er (einschließlich der Zinsgarantien) mehr als 2,5 Mill. £, d. h. mehr als 50 Mill. Mark, aber immer noch weniger als 20%

der veranschlagten Einnahmen. Das ist noch nicht erdrückend viel.

Freilich ist eines zu bedenken: die Staatseinnahmen beruhen nur zum Teil auf der bleibenden Steuerkraft der Bevölkerung, zum anderen Teil gründen sie sich auf den vergänglichen Reichtum der Salpeterfelder. Solange die Salpeterindustrie gedeiht, besteht für die Staatsanleihen keine Gefahr, aber auch nur so lange.

Politische Gefahren sind nicht vorhanden und werden auch wohl nicht entstehen. Denn an dem guten Willen, zu zahlen, solange die finanziellen Kräfte des Landes es irgendwie erlauben, daran hat es noch keiner chilenischen Regierung gefehlt, und keine würde es wohl wagen dürfen, etwas anderes zu wollen. Wie tief die politische Moral in Chile auch gesunken sein mag, die Kreditwürdigkeit des Staates ist noch über allem Zweifel erhaben.

Vierter Abschnitt.

Grundlagen und Folgen der Geldwirtschaft.

Dreizehntes Kapitel.

Die Fremdenwirtschaft.

1. Vorbemerkungen.

Wenn wir zurückblicken und uns vergegenwärtigen, in welch verschwenderischer Fülle und mit welch ungestümem Drang auf fast allen wirtschaftlichen Gebieten neues Leben hervorgebrochen ist, wie das Land innerhalb des kurzen Zeitraums von zwei bis drei Menschenaltern von einer tiefen Wirtschaftsstufe zu einer fast europäischen Ausgestaltung der Arbeitsteilung, der Kapitalkonzentration, des Verkehrs, der Technik, des Kredit-, Geld- und Finanzwesens gelangt ist, dann fühlen wir uns versucht, mächtig treibende Volkskräfte als Ursache dieser stürmischen Entwicklung gelten zu lassen. Und doch kann uns schon der oberflächlichste Beobachter darüber belehren, daß das, was wir hier zum größten Teil wahrnehmen, nichts weiter ist als eine kleine Teilerscheinung der im 19. Jahrhundert von Europa bewerkstelligten Umspannung des Erdballs mit einem immer dichter werdenden Netz weltwirtschaftlicher Beziehungen.

Freilich hatte schon die Kolonialzeit wesentliche Vorarbeit geleistet, obwohl die in den extremen Lehren des Freihandels Befangenen das zu übersehen pflegen. Und doch ist die Auffassung, als ob die Spanier ihre südamerikanischen Kolonien nur ausgebeutet und geschädigt hätten, eine grobe historische Ungerechtigkeit, der nicht scharf genug widersprochen werden kann. Denn in Wirklichkeit hat Südamerika der spanischen Herrschaft unendlich viel zu verdanken.

Die Spanier haben, als Beamte wie als Kolonisten, ein großartiges wirtschaftliches Erziehungswerk an ihren Kolonien vollbracht. In tausend Dingen sind sie ihnen die Lehrmeister gewesen. Sie haben überhaupt die Grundlagen wirtschaftlicher Arbeit und Gesittung in der südlichen Hemisphäre der Neuen Welt gelegt. Man braucht nur daran zu erinnern, daß erst durch sie die meisten der uns unentbehrlich erscheinenden Werkzeuge, Nutzpflanzen und Haustiere dort eingeführt worden sind; daß sie modernen Rechtsanschauungen dort den Weg gebahnt haben. Sie haben nicht nur die Minenschätze gehoben, sondern auch eine bedeutende Siedlungsarbeit geleistet. In diesem Sinne schrieb der französische Gelehrte Claude Gay:

„Keine andere Nation hat jemals den Geist der Kolonisation auf solche Höhe gebracht wie die Spanier[1]". Besonders wertvolle Kulturarbeit haben die Jesuiten geleistet, die im Jahre 1593 nach Chile kamen und sicherlich nicht zum Nutzen des Landes im Jahre 1767 vertrieben wurden.

Die Spanier haben allerdings, wie wir ja eingangs ausgeführt haben, ihre Kolonien mit verkehrshemmenden Banden umstrickt. Sie haben sie zwar auf eine ziemlich hohe Stufe der Naturwirtschaft geführt, aber die Staffeln der Geldwirtschaft haben sie ihnen versperrt, soweit es irgend anging. Erst als mit diesem System gebrochen wurde und als vollends die spanische Herrschaft überhaupt zusammenbrach, da war für die Geldwirtschaft die Bahn frei. Damit sie sich entfalten konnte, mußten aber noch weitere Voraussetzungen erfüllt werden.

2. Der Weltmarkt und das ausländische Kapital.

Vor allem mußte Europas Wirtschaft die Sphäre des territorialen und kontinentalen Verkehrs überschreiten. Sie mußte in ihren elementaren Bedürfnissen mehr und mehr von den anderen Weltteilen abhängig werden. Ihr mußte der eigene Boden zu eng werden. Sie mußte über die eigenen Grenzen hinaustreten, um jenseits der Meere nicht nur nach Gold und Gewürzen und Genußmitteln suchen zu gehen, sondern auch nach des Leibes Kleidung und Nahrung, und die exotischen Genußmittel mußten zu unentbehrlichen Artikeln des Massenverbrauchs werden. Ein stets aufnahmefähiger Weltmarkt mußte sich so bilden, und mit ihm zugleich mußten Dampfschiffe und Telegraphen und hundert Organe und Einrichtungen des Verkehrs entstehen und sich in seinen Dienst stellen.

Was sich vom argentinischen Getreide und Fleisch, vom brasilianischen Kaffee und Kautschuk sagen ließe, das gilt auch vom chilenischen Salpeter. Denn, wie wir schon einmal hervorhoben: erst als dieser der europäischen Landwirtschaft zum unentbehrlichen Düngemittel wurde, wurde er auch die große Reichtumsquelle der südamerikanischen Westküste.

Die Gegenwerte, die Chile für seine Ausfuhr erhalten hat, sind die ersten materiellen Triebkräfte seiner wirtschaftlichen Entwicklung gewesen. Das ausländische Kapital ist, wenigstens zu Anfang, fast gar nicht als mutig sich vorwagender Pionier, aus eigener Initiative ins Land gekommen, wie doch vielfach angenommen wird; es ist fast nur dem Zwange der Zahlungsbilanz folgend zugeströmt.

Für die Salpeterindustrie weist Billinghurst (gegenwärtig

[1] Claudio Gay, Historia fisica y politica de Chile. Agricultura 1. Band Paris 1862.

Präsident von Peru) [1] nach, daß sie ihre Entstehung ausschließlich dem einheimischen Kapital, keineswegs aber dem fremden Kapital verdankt. Erst später ist dieses mehr und mehr in den neuen Produktionszweig eingedrungen. Noch Ende der 70er Jahre waren in Tarapacá, dem damals weitaus wichtigsten Produktionsgebiet, mehr als zwei Drittel des Kapitals peruanisch; nur 14% waren englisch, und auch diese 14% waren es nur dadurch geworden, daß englische Unternehmer hauptsächlich durch spekulative Machenschaften eine Reihe von Salpeterwerken an sich zu bringen wußten.

Später hat der Anteil des fremden Kapitals weiter zugenommen. Im Jahre 1901 gab es:

		Ausfuhr	
11	chilenische Werke . . .	5,4 Mill. span. Zentner	= 15 %
48	englische „ . . .	20,2 „ „ „	= 55 %
12	deutsche „ . . .	5,4 „ „ „	= 15 %
8	spanische „ . . .	3,8 „ „ „	= 10 %
6	sonstige „ . . .	2,3 „ „ „	= 5 %
			100 %

Neuerdings, besonders in den Gründungsjahren, ist der chilenische Anteil wieder gewachsen, gab es doch im Jahre 1909:

		Ausfuhr	
49	chilenische Werke . . .	33,4 Mill. span. Zentner	= 40 %
62	englische „ . . .	33,8 „ „ „	= 40 %
12	deutsche „ . . .	9,3 „ „ „	= 11 %
9	peruanische „ . . .	3,4 „ „ „	= 4 %
6	italienische „ . . .	2,6 „ „ „	= 3 %
7	sonstige „ . . .	2,0 „ „ „	= 2 %
			100 %

Diese Zahlen sind allerdings kein scharfer Ausdruck für die Kapitalverteilung. Denn die Produktion wird dem investierten Kapital nicht ganz entsprechen. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß eine reinliche Scheidung nach Nationalitäten nicht vorgenommen werden kann, da ein und dasselbe Werk oft mit Kapital verschiedener Nationen betrieben wird. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die chilenischen Gesellschaften größtenteils mit fremdem Kapital arbeiten.

Wenn man dessen hohen Anteil betrachtet, wird man sich aber bewußt bleiben müssen, daß es nur zum geringen Teil aus dem Auslande zugeflossen ist, und daß es sich vorwiegend um solches handelt, das im Lande selber von fremden Unternehmern erworben worden ist.

Auch der Kupferbergbau ist bis in die neueste Zeit fast

[1] Guillermo E. Billinghurst, Los capitales salitreros de Tarapacá, Santiago 1889.

ohne jedes fremde Kapital ausgekommen. Zwar wurden schon in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts eine Reihe von Gesellschaften zur Ausbeutung chilenischer Minen in London gegründet. Das war aber, wie Poeppig berichtet, nur ein großer Börsenschwindel, und das Geld, das gewissenlose Spekulanten damals dem Publikum zu entlocken wußten, hat das Land seiner Bestimmung nie erblickt.

So sind auch alle anderen Wirtschaftszweige ganz ohne oder fast ohne jede Hilfe ausländischen Kapitals emporgewachsen. Das gilt von der Landwirtschaft, vom Handel und von den Banken.

Erst in jüngster Zeit, etwa seit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre, ist fremdes Kapital in größerem Maße eingedrungen. Seitdem sind die Filialen englischer und deutscher Überseebanken entstanden, die ihre Gründungskapitalien aus dem Auslande mitgebracht haben (in welcher Form, darüber siehe Kap. VIII, 10). Eine Anzahl Eisenbahnen und Telegraphen sind mit englischem Gelde erbaut worden. Englische Kapitalisten sind in die Salpeterindustrie hineingegangen. In einige Kupferbergwerke hat sich französisches Kapital gewagt, und neuerdings sind zwei der größten Minen (El Teniente und Chuquicamata) von Nordamerikanern gekauft worden. Elektrizitätswerke sind mit englischem Gelde begonnen und dann von deutschem Kapital übernommen worden. Hauptsächlich englischem Gelde verdankt die patagonische Schafzucht ihr Dasein.

Man wird einwenden können, daß schon sehr früh ausländisches Kapital in Form der Staatsanleihen ins Land geflossen sei. Demgegenüber ist jedoch zu sagen, daß diese zum großen Teil konsumtiven Zwecken gedient haben.

Sind aber auch die Verdienste des ausländischen Kapitals um die wirtschaftliche Erschließung des Landes verhältnismäßig gering, so ist Chile fremdem Unternehmungsgeiste um so mehr verpflichtet.

3. Die Fremdenstatistik.

Der Begriff des Fremdentums ist in Neuländern wie Chile schwer zu fassen, obwohl er in ihrer Presse und ihrer Politik eine große Rolle spielt. Das Schlagwort von der Notwendigkeit, die „nationale“ Produktion zu fördern, das nicht so sehr auf das Ausland als vielmehr auf die fremden Unternehmungen gemünzt ist, hat in Chile große Zugkraft.

Nach chilenischem Staatsrecht gelten als Chilenen „alle auf chilenischem Gebiet Geborenen“. Somit verlieren hiernach die Kinder der Eingewanderten die väterliche Nationalität einfach durch die Tatsache ihrer Geburt in Chile. Allerdings sagt das Gesetz dann auch: man geht durch Naturalisation im

Auslande des chilenischen Bürgerrechts verlustig. Eintragung in ein fremdes Konsulatsregister genügt jedoch nicht.

Die Statistik läßt die rechtliche Seite ganz unberücksichtigt und rechnet schlechthin alle im Lande Geborenen zu den Einheimischen und alle im Auslande Geborenen zu den Fremden. Das ist zwar in einer Weise sehr zweckmäßig, führt aber andererseits zu dem Widersinn, daß z. B. alle vor der Eroberung Tarapacás daselbst geborenen Einheimischen in der Statistik als Fremde gelten, während die nachher dort geborenen Kinder der eingewanderten Engländer und Deutschen als Chilenen aufgeführt sind.

Auf diese Weise ergaben sich bei der Volkszählung vom Jahre:

1854	20 000	Fremde
1865	22 000	„
1875	25 000	„
1885	87 000	„
1895	79 000	„
1907	135 000	„

Im Jahre 1907 setzte sich die Zahl der Fremden wie folgt zusammen:

Europäer und Nordamerikaner:		
Spanier	18 755	
Italiener	13 023	
Deutsche	10 724	
Engländer	9 845	
Franzosen	9 800	
Österreicher u. Ungarn	3 813	
Schweizer	2 080	
Yankees	1 055	
Andere	3 693	72 788
Süd- und Mittelamerikaner:		
Peruaner	27 140	
Bolivianer	21 968	
Argentinier	6 956	
Andere	1 756	57 820
Asiaten, Afrikaner, Türken:		
Chinesen	1 920	
Türken	1 729	
Andere	267	3 916
	Insgesamt:	134 524

Für die nationalökonomische Betrachtung ist der Kreis der Fremden, wie ihn hier die Statistik festlegt, natürlich ganz un-

genügend. Für die Erörterung einer bedeutsamen Frage: der Frage, inwiefern die wirtschaftlichen Eigenschaften der Bevölkerung durch Rasseeigentümlichkeiten bestimmt werden, müßte man ihn sehr weit ziehen, so weit, daß er statistisch nicht zu fassen wäre. — Hier interessiert uns die Nationalität vor allem insofern, als sie für wirtschaftliche Beziehungen mit dem Auslande von Bedeutung ist. Von diesem Standpunkt aus wird man vielfach noch die zweite, dritte, ja die vierte Generation der Einwanderer dem Kreise der Fremden zurechnen müssen: solange noch das volle Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Lande der Abstammung besteht, solange der Gedanke gänzlicher oder zeitweiliger Rückkehr dorthin gepflegt wird, solange das Streben herrscht, die Jugend dort erziehen zu lassen, solange die Beziehungen zu den Verwandten in der alten Heimat aufrechterhalten werden, ja, solange auch nur sachliche Interessen und Bedürfnisse das verknüpfende Band sind, liegt oft noch die Tatsache des Fremdentums vor. Das beste Kriterium dafür ist die Sprache.

Martin schätzt, daß es in Chile einschließlich der Schweizer, der baltischen Russen und der Deutsch-Österreicher 20 000 bis 25 000 Deutschredende gibt und 10 000 Englischredende. Diese Schätzung stützt sich aber auf die Zählung vom Jahre 1895. Für die Gegenwart können wir ruhig 30 000 Deutschredende und 15 000 Englischredende dafür einsetzen. Diese 45 000 Personen wird man fast alle zu den Fremden rechnen können, obwohl sich viele darunter befinden, deren Groß- und Urgroßeltern bereits nach Chile gekommen sind.

Dagegen wird man die eingewanderten Spanier schon meist von der zweiten Generation an ganz zu den Einheimischen rechnen müssen — bei der Identität der Sprache und der Verwandtschaft des Blutes. Die Italiener und viele der Franzosen werden wohl, wenn nicht in der zweiten, so doch in der dritten Generation völlig vom Wirtsvolk assimiliert sein.

Es versteht sich, daß neben Sprachen- und Rassenähnlichkeit die Religion, das Schulwesen, soziale Verhältnisse und viele andere Dinge die Treue zum alten Vaterlande beeinflussen. Wir wollen nur erwähnen, daß der in Deutschland herrschende Kastengeist die Abtrünnigkeit der Auswanderer nur zu fördern geeignet ist.

Wie dem aber auch sei, wir greifen schwerlich sehr weit fehl, wenn wir annehmen, daß es im eben angegebenen Sinne 110—120 000 Europäer in Chile gibt. Von den in der Statistik aufgezählten nichtchilenischen Südamerikanern können wir nur einen Teil als Fremde ansehen; denn, wie wir wissen, sind viele der Peruaner — allerdings nur wenige der Bolivianer — vor dem Kriege geborene Ortsangehörige. Viele der aufgeführten Argentinier gehören zur fluktuierenden Grenzbevölkerung.

Wir glauben schätzen zu dürfen, daß in Chile insgesamt 150—160 000 Fremde leben: das wären 5% der Bevölkerung. In Brasilien machen (nach dem Bericht der Volkszählungskommission) allein die im Auslande geborenen Fremden 17%, in Argentinien 25% aus. Das will nun aber an sich nicht besagen, daß das Fremdentum in der chilenischen Volkswirtschaft weniger bedeute als in dem Wirtschaftsleben jener Staaten. Denn hier gehört die große Mehrzahl der Fremden zu den unteren Klassen, während die Fremden Chiles ganz vorwiegend den mittleren und höheren Ständen zuzuzählen sind und sich in mehr oder weniger leitenden Stellungen befinden.

4. Die Fremden im Wirtschaftsleben.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1907 sind von den 134 000 Fremden 92 000 männlichen und 42 000 weiblichen Geschlechts. Unter den 1 257 000 Erwerbstätigen werden 78 000 Fremde — 64 000 Männer und 14 000 Frauen — aufgeführt. Die Zahl der männlichen erwerbstätigen Fremden erhöht sich vermutlich auf 70—80 000, wenn wir die im Lande geborenen hinzunehmen.

Die meisten der nichtchilenischen Südamerikaner sind Lohnarbeiter, teilweise Wanderarbeiter. Unter den Europäern werden wir als Lohnarbeiter fast nur die unter den Ungarn und Österreichern aufgezählten Dalmatiner, Kroaten und Slawonier, neben manchen Italienern und Spaniern, ansehen dürfen.

Es bleiben dann an die 50 000 Fremde, die im Lande als kaufmännische oder technische Angestellte, als Betriebsleiter und als Unternehmer tätig sind.

Wir brauchen fast nur bereits Gesagtes zu wiederholen, um die Rolle, die sie als solche in den einzelnen Berufszweigen spielen, deutlich zu machen:

Im „Hochhandel“ werden über die Hälfte, vielleicht sogar zwei Drittel aller Erwerbstätigen der mittleren und leitenden Stellungen Fremde, und zwar Engländer und Deutsche, sein. Im Kleinhandel finden sich viele Italiener und Spanier auch Türken; vielleicht ein Drittel dieses Berufszweiges wird durch sie besetzt gehalten.

In der Salpeterindustrie überwiegt das Fremdentum durch die Zahl der Betriebsleiter und Angestellten mindestens ebenso wie durch die Macht des Kapitals.

Das Großgewerbe liegt fast ganz in den Händen der Fremden. Deutscher Tüchtigkeit ist die industrielle Blüte des chilenischen Südens zu verdanken. Die Deutschen betreiben dort Gerbereien, Holzsägereien, Getreidemühlen, Brennereien usw. Aber auch weiter im Norden haben die Deutschen einen beträchtlichen

Teil des Großgewerbes inne, z. B., wie auch überall sonst in Südamerika, das Brauwesen. Hier in den mittleren und nördlichen Provinzen des Landes sind auch viele Franzosen als Unternehmer von Gerbereien, Möbeltischlereien, Schuhfabriken usw. tätig. Das Handwerk, besonders das großstädtische, ist zwar weniger als das Großgewerbe, aber doch auch ziemlich stark von fremdem — deutschem, französischem, englischem, italienischem — Element durchsetzt.

Die Landwirtschaft, das Bankwesen, der Kupferbergbau werden noch am wenigsten von den Fremden beherrscht. Die Landwirtschaft Mittelchiles ist noch fast völlig „national". Je weiter wir nach Süden gehen, desto größer finden wir den Anteil der Fremden, besonders der Deutschen, an der Landwirtschaft. Der Weinbau Mittelchiles ist hauptsächlich von französischen Küfern und Weinbauern technisch gefördert worden.

Das Bankgewerbe, das bis in die 90er Jahre hinein nur von einheimischem Kapital gespeist wurde, hat wohl schon vorher manchen Fremden in leitender Stellung geduldet, ist aber lange eine Hochburg des Chilenentums geblieben, die erst in der Gegenwart von dem Fremdentum bedroht wird. Auch in den Bereich der Kupferproduktion fängt erst seit kurzem fremder Unternehmungsgeist an, wesentlich an Boden zu gewinnen.

5. Schlußfolgerungen.

Die Erscheinung, daß die Überführung einer naturalen Wirtschaftsverfassung in die Form der Geld- und Verkehrswirtschaft von fremden Händlern und Unternehmern angebahnt und gefördert wird, hat so viele Parallelen in der Weltgeschichte, daß sie sich fast wie ein Naturgesetz ausnimmt. Die Geldwirtschaft scheint in den Anfängen unlöslich mit der Fremdenwirtschaft verknüpft zu sein. Wir erinnern nur an die Bedeutung der Juden für Europa, der Italiener des Mittelalters für Deutschland, der Hanseaten für England, der Europäer für China.

Und fast naturgesetzlich stellt sich auch im Wirtsvolk Feindschaft und Haß gegen die fremden Eindringlinge ein, die Einfluß und Herrenrechte gewinnen, da wo man allein Ansprüche zu haben glaubte. Man sieht, wie die Fremden Kapitalien aus dem Lande ziehen, wie sie den Einheimischen erfolgreich Konkurrenz machen. Man sieht durch sie Geld- und Verkehrswirtschaft zunehmen und mißt ihnen die Schuld bei für alle die Mißstände, die jede solche Umwälzung mit sich bringt.

Früher suchte man sich durch ein hartes Fremdenrecht zu helfen: man verbot dem Fremden, sich im Lande nieder-

zulassen oder doch ein Gewerbe auszuüben, oder man erlegte ihm besondere Abgaben auf. Solche Fremdenpolitik war ein wesentliches Stück des altspanischen Kolonialsystems. Heute ist die Regierung des Wirtsvolks zur Bekämpfung der Fremdenwirtschaft auf andere Mittel angewiesen. Die differentielle Besteuerung des vorwiegend von deutschen Landwirten und Gewerbetreibenden in Südchile erzeugten Kornbranntweins gegenüber dem Weinsprit, der hauptsächlich von der „nationalen" Landwirtschaft in Mittelchile hergestellt wird, gehört in dieses Kapitel (wenn auch diese Maßregel keinem bewußten Gegensatz zum Deutschtum entsprungen sein mag).

Eine besonders wichtige Waffe dieser Art — eine neue Form prohibitiven Fremdenrechts — haben wir auch in der Währungspolitik kennen gelernt. Die Papierwährung ist gewiß nicht aus der Fremdenfeindlichkeit geboren worden; aber ihre Fortdauer schöpft aus der Bekämpfung des Fremdentums, positiv ausgedrückt, aus der Schutzbedürftigkeit der „nationalen" Produktion, gute Nahrung.

Die fremdenfeindliche Politik ist so verkehrt wie alle Bestrebungen, die sich gegen den natürlichen Lauf der Dinge, d. h. gegen übermächtige Entwicklungstendenzen auflehnen. Eine Politik aber, wie sie in der Papierwährung zutage tritt, ist um so sinnwidriger, als sie sich gegen ihren eigenen Zweck kehrt. Denn sie schädigt die Fremden nicht in ihrer Erwerbstätigkeit, sondern als Kapitalbesitzer; sie hindert sie nicht, Reichtümer zu erwerben, wohl aber veranlaßt sie sie, das Erworbene aus dem Lande zu ziehen, und, was ebenso schlimm ist, sie wirkt allem Kapitalzufluß entgegen.

Im allgemeinen und vor allem in früheren Jahrzehnten hat sich der chilenische Staat übrigens als durchaus fremdenfreundlich erwiesen: in der richtigen Erkenntnis, daß die Blutzufuhr aus der Alten Welt sein Wirtschaftsleben unschätzbar bereichert und fördert, und in der Einsicht von der Unzulänglichkeit der nationalen Wirtschaftskraft.

Vierzehntes Kapitel.

Die nationale Wirtschaftskraft; die Bevölkerungszahlen.

1. Die Bevölkerungszunahme.

Da die Einwanderung in Chile dem siegreich vorwärtsdringenden Kapitalismus mit seinem schrankenlosen Ausdehnungsdrange statt einer großen Arbeiterarmee nur die wirtschaftlichen Befehlshaber gestellt hat, so ist es ganz der Verjüngungskraft der einheimischen Bevölkerung überlassen geblieben, seinen wachsenden Ansprüchen immer neue Arbeiterbataillone zuzuführen. Daß es für die kapitalistische Entwicklung nicht nur auf die psychischen Energien, sondern auch auf die physischen Leistungen der Massen ankommt, das zeigen am besten die modernen europäischen Verhältnisse, die ohne die große Bevölkerungszunahme im 19. Jahrhundert undenkbar wäre. Kapitalismus und Bevölkerungsdichtigkeit stehen in unverkennbarem Zusammenhange. Auch in Chile — so müssen wir annehmen — wären die Fortschritte der Geldwirtschaft ohne große Vermehrung der Bevölkerung nicht zustande gekommen.

Die verschiedenen Volkszählungen haben folgendes ergeben:

	Jahr	Einwohnerzahl	Jährliche Zunahme
	1835	1 010 332	
	1843	1 083 801	0,88 %
	1854	1 439 120	2,61 %
	1865	1 819 223	2,15 %
	1875	2 075 071	1,33 %
	1885	2 527 320	1,99 %
	1895	2 712 145	0,71 %
	1907	3 249 279	1,52 %
Schätzung:	1910	3 353 009	

Wir führen diese oft mißbrauchten Zahlen hauptsächlich an, um davor zu warnen [1].

Fast völlig wertlos sind die beiden ersten Zählungen gewesen: sie wurden durch das Mißtrauen der Bevölkerung, die sich vor Kontributionen und Aushebungen fürchtete, ebensosehr erschwert wie durch die Unwegsamkeit des Landes. Ohne-

[1] Poeppig S. 182 ff. — Cruchaga S. 147 ff.

hin wurden sie sehr summarisch vorgenommen. Im Jahre 1854 ging man sorgfältiger zu Werke; aber auch jetzt war das Ergebnis wenig befriedegend. Der Zensus vom Jahre 1865 wurde schon deswegen sehr unvollkommen, weil gerade am Zählungstage ein wolkenbruchartiger Regen niederging, der viele Gegenden so unzugänglich machte, daß ganze Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt bleiben mußten. Obwohl die Zählung vom Jahre 1875 verhältnismäßig gut ausgeführt wurde, hält es Cruchaga selbst bei dieser für geboten, dem Ergebnis 10 % zuzufügen.

Die folgenden, im allgemeinen wohl ziemlich gut durchgeführten Erhebungen sind nun noch aus besonderen Gründen mit den vorherigen unvergleichbar: wegen der Eroberung der Nordprovinzen im Jahre 1879 und der endgültigen Unterwerfung der Araukaner im Jahre 1882. Das war ein doppelter Zuwachs, der das Bild der natürlichen Volksvermehrung trübt.

Wir glauben folgende Zahlen an die Stelle der obigen setzen zu müssen:

Ohne die Nordprovinzen, einschließlich der Araukaner	1843:	1,4 Mill. Einwohner
	1875:	2,4 „ „
Das heutige Chile	1907:	3,3 „ „
	1910:	3,4 „ „

In zwei Drittel Jahrhundert also eine Zunahme von zwei Millionen. Das ist im Durchschnitt ein jährlicher Zuwachs von 30 000 Köpfen, der nur zum allergeringsten Teil der Einwanderung zuzuschreiben ist; betrug diese doch im ganzen Zeitraum 1883—1907 nur 54 201 Köpfe [1].

Relativ ist die Bevölkerung in Chile also stärker gewachsen als in Deutschland, wo sie sich von 35 Millionen im Jahre 1850 auf 65 Millionen in der Gegenwart vermehrt hat.

2. Heirats-, Geburts- und Sterbeziffer.

Die einzelnen Zahlen über die Komponenten der Bevölkerungszunahme geben wir im Anhang wieder.

Die offizielle Heiratsziffer bewegt sich seit Jahren um 6 per Mille. Diese Zahl ist aber insofern unzureichend, als sie sich nur auf die standesamtlichen Eheschließungen bezieht, während daneben noch viele rein kirchliche Trauungen vollzogen worden, die vor dem Gesetz zwar völlig ungültig sind, die sich aber sozial und wirtschaftlich von den standesamtlichen nicht unterscheiden.

Mit dieser Ungereimtheit hat es folgende Bewandtnis: als man unter dem Präsidenten Santa Maria im Jahre 1885 die

[1] Sinópsis Estadística i Jeográfica de la República de Chile en 1907, Santiago 1909.

Zivilehe einführte, da wußte die klerikale Opposition es durchzusetzen, daß die kirchliche Trauung nicht an die standesamtliche gebunden wurde. Die höchst unerquickliche Folge war, daß den gesetzlichen Bestimmungen zum Trotz in den Kreisen gläubiger Katholiken der priesterliche Segen nach wie vor für völlig genügend erachtet und die standesamtliche Eintragung oft einfach unterlassen wurde.

So erklärt sich, daß, während die offizielle Heiratsziffer vor dem Jahre 1885 etwa 7 per Mille war, sie im Lahre 1885 auf 2, im Jahre 1886 auf 1,5 per Mille sank. Dann ist sie allerdings gestiegen, ohne jedoch die alte Höhe wieder erreicht zu haben.

Das Gesetz beugt übrigens auch der fatalen Möglichkeit nicht vor, daß sich jemand mit einer Frau standesamtlich, mit einer anderen kirchlich trauen läßt. In der wandernden Arbeiterbevölkerung soll solche Bigamie vorkommen. Immerhin dürfte dieser Fall selten sein.

Wenn wir zu der offiziellen Heiratsziffer die Zahl der rein kirchlichen Eheschließungen hinzunehmen, so kommen wir heute vielleicht auf 7 per Mille, schwerlich höher. Diese Zahl erscheint als ziemlich niedrig, wenn man bedenkt, daß sie (im Jahre 1910) in Deutschland 7,7 ‰, in Frankreich 7,9 ‰, in England 7,4 ‰ beträgt. Sie wird aber durch die im Jahre 1907 vorgenommene Zählung der Ledigen und Verheirateten bestätigt, die — wie wir annehmen — auch die rein kirchlichen Ehen berücksichtigt. Auf je 1000 Einwohner kamen nach den Angaben im Censo de la República für 1907:

	Ledige	Verheiratete	Verwitwete
Chile.	676	268	43
Deutschland	600	340	60
Frankreich	517	401	82
England	608	337	55

Die geringe Heiratsziffer in Chile erklärt sich teilweise mit der sehr großen Zahl unehelicher Verbindungen, teilweise mit dem Altersaufbau der Bevölkerung: mit der verhältnismäßig kleinen Zahl der Ehemündigen, worauf die hohe Geburtenziffer schließen läßt.

Auch die amtliche Geburtenstatistik entspricht der Wirklichkeit nicht ganz. Wenn wir annehmen, daß 10 % aller Geburten nicht verzeichnet worden sind — was der Wirklichkeit entsprechen dürfte —, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Geburtenziffer in Chile mindestens 40 per Mille ist. Sie ist in einigen ländlichen Bezirken außerordentlich hoch (50, 60 und 70 per Mille).

Am niedrigsten ist die Geburtenziffer durchweg in den Salpeterprovinzen und in den Städten:

Departement	1906	1907
Tacna	29	30
Arica	34	36
Tarapacá	35	33
Pisagua	27	25
Antofagasta.	26	32
Tocopilla	40	42
Taltal	28	33
Santiago	35	34
Valparaiso	34	36
Concepcion	43	42
Talca	40	43
Chillan	44	41

Die geringere Geburtenziffer in den Nordprovinzen findet ihre Erklärung hauptsächlich darin, daß dort weit mehr Männer leben als Frauen. Im Jahre 1907 wurden gezählt:

Provinz				
in Tacna	15 047 Männer	und	13 701	Frauen
„ Tarapacá	64 915 „	„	45 121	„
„ Antofagasta	71 846 „	„	41 477	„

Daß die Fruchtbarkeit in den Städten geringer ist als auf dem Lande, hat wohl einerseits seinen Grund in schlechteren Gesundheitsverhältnissen, andererseits, vielleicht sogar in der Hauptsache, in der hier verbreiteteren Sitte der Kinderbeschränkung, wenngleich es feststeht, daß auch unter den oberen Ständen oft großer Kinderreichtum herrscht.

Die schreckliche Kehrseite der in Chile so hohen Geburtenziffer ist eine ungewöhnlich hohe Sterbeziffer. Während sie sich in den meisten zivilisierten Ländern um 20 per Mille bewegt, liegt sie in Chile weit über 30. In diesem Falle spiegelt die Statistik die Wirklichkeit fast getreu wieder. Denn jede Beerdigung wird von der Anmeldung des Todesfalles beim Standesamt abhängig gemacht.

Die Frage nach den Ursachen der hohen Sterblichkeit führt uns auf sehr traurige Tatsachen.

3. Klima und Krankheiten.

„Man kann wohl sagen," meint Westenhoeffer[1], „daß es wenige Länder der Erde gibt, die vom Klima und von der Sonne so begünstigt sind wie Chile." Diese Behauptung läßt sich so allgemein sehr wohl aufstellen, obwohl das Land eine Längenausdehnung von Norden nach Süden hat, die ebenso viele Breitengrade beträgt wie die Entfernung des mittleren Rußlands bis

[1] Westenhoeffer, Bericht über die Tätigkeit des pathologisch-anatomischen Instituts der Universität Santiago de Chile in den Jahren 1908 und 1909. Berliner klin. Wochenschr. 1911 Nr. 23—27.

zum Sudan. Folgende Zahlen zeigen, daß die klimatischen Unterschiede verhältnismäßig gering sind [1]:

Stadt	südl. Breite	Meereshöhe m	Temperatur Januar	Temperatur Juli	Niederschlag cm
Iquique	20° 12′	10	21,0	15,9	0,05
Valparaiso . .	33° 01′	50	17,3	11,4	41
Santiago . . .	33° 27′	530	19,9	7,5	32
Valdivia. . . .	39° 49′	15	16,4	7,2	270

Vom nördlichen und mittleren Chile kann man sagen: es ist ein Land der Sonne, wo die Hitze aber dank dem Humboldtstrome, der die Küste nordwärts entlang zieht, nie übermäßig wird, ja nicht einmal die höchsten deutschen Sommertemperaturen erreicht, und wo die Trockenheit der Luft sie selten auch nur unangenehm werden läßt. Die Feuchtigkeit des Südens aber, die größer ist als die der regenreichsten Gebiete in Deutschland, paart sich mit einer Temperatur, die deren Gesundheitsschädlichkeit ausschließt. Ein Nachteil des Klimas im mittleren und nördlichen Chile ist es, daß im Sommer die trockene Luft die Staubentwicklung sehr fördert; in einiger Entfernung von der Küste kommen als etwas sehr Unliebsames die großen Temperaturschwankungen hinzu, die z. B. in Santiago im Laufe eines Tages regelmäßig 20—30, zuweilen sogar weit über 40° betragen.

Dies sowie der Staub schadet natürlich besonders den Atmungsorganen und macht es erklärlich, daß unter den Todesursachen die Lungenentzündung die erste Stelle einnimmt. Im Durchschnitt der Jahre 1908—1910 bewirkte sie 14—15 % aller Todesfälle. Die meisten übrigen Krankheiten sind jedoch zum geringsten Teil auf klimatische Verhältnisse zurückzuführen. Es starben [2]:

	je 1000 Personen 1905	1906	1907	1908	1909	1910
Lungenentzündung	9,3	9,7	12,3	14,9	15,2	15,7
Schwindsucht	6,9	8,6	8,4	8,6	8,7	9,1
Typhus.	3,0	5,6	4,3	3,8	5,7	1,8
Pocken.	8,8	3,3	0,9	0,4	3,2	1,8
Keuchhusten	2,1	3,0	2,5	2,2	2,2	1,7
Dysenterie u. Brechdurchfall	2,9	2,3	2,4	3,7	5,6	5,1
Masern.	2,6	2,4	0,2	1,5	1,0	2,9

Malaria kommt in Chile nur nördlich vom Loaflusse in beschränktem Maße vor. Gelbes Fieber tritt nur selten auf und zwar gleichfalls nur im Norden. Die Cholera tötete in den Jahren 1886—1888 fast 25 000 Menschen, ist dann aber nicht

[1] Martin S. 181.

[2] Diese Zahlen sind sehr wenig zuverlässig; denn „die den Standesämtern gemachten Angaben sind gänzlich willkürlich, in weitaus der Mehrzahl der Fälle weder durch Ärzte noch durch besonders Totenschauer gesichert“ (Westenhoeffer S. 1).

wiedergekehrt. Sehr verbreitet ist in Chile die Syphilis (auch unter den Deutschen des Südens); sie pflegt aber (bei den Einheimischen) verhältnismäßig milde zu verlaufen. Die Pocken sind in Chile endemisch; von Zeit zu Zeit werden sie zu rasch und weit um sich greifenden Epidemien, wie es 1905 der Fall war. Schwindsucht, Dysenterie, Typhus fordern Jahr für Jahr Tausende von Menschenopfern.

Keuchhusten, Masern und besonders Brechdurchfall räumen schrecklich unter den kleinen Kindern auf. Deren Sterblichkeit ist außerordentlich groß. Fast 40 % aller Toten sind Kinder unter einem Jahre:

1905	27 %	1908	40 %
1906	37 %	1909	39 %
1907	39 %	1910	33 %

Nimmt man die Kinder hinzu, die das Alter von zehn Jahren nicht erreicht haben, so ist die Kindersterblichkeit weit über 50 % der gesamten Sterbeziffer. Diese furchtbare Tatsache hängt ohne Frage ein wenig mit der hohen Zahl der unehelichen Geburten zusammen. Der Anteil der unehelichen Geburten an der gesamten Geburtenziffer war:

1905	33 %	1908	37 %
1906	32 %	1909	38 %
1907	36 %	1910	37 %

Allerdings besagen diese Zahlen nicht dasselbe wie in Westeuropa; denn illegitime Verbindungen sind im Volke weniger verpönt. Für eine Mutter der unteren Stände bieten sich in Chile auch weniger Schwierigkeiten, die Nachkommenschaft zu ernähren; viele Dienstmädchen verdingen sich selbst in den Städten nicht anders als unter der Bedingung, ihr Kind mit ins Haus der Herrschaft nehmen zu dürfen. — Die große Kindersterblichkeit erklärt sich hauptsächlich mit einem entsetzlichen Wohnungselend, worunter eheliche wie uneheliche Kinder zu leiden haben und das auch das Leben der Erwachsenen verkürzt.

4. Die Arbeiterwohnungen.

Die proletarische Bevölkerung der Städte wohnt zum großen Teil in Conventillos. Conventillo bedeutet im kastilischen Spanisch Freudenhaus. In Chile ist es die Bezeichnung für die großen Arbeitermietskasernen, die — daher wohl der Name — nach klösterlichem Zellensystem (Convento-Kloster) gebaut sind.

Es ist im Prinzip dieselbe Bauart, die viele Landhäuser und Stadtwohnungen der Reichen aufweisen, die überhaupt in sonnigen und erdbebenreichen Ländern die angemessenste sein mag: in der Mitte ein Kühlung spendender Garten, umgeben von einer luftigen Veranda, auf die jedes einzelne Zimmer unmittelbar

hinausführt. Die Conventillos haben im Grunde dieselbe Raumgestaltung. Sie sind aber oft nur die grauenhafte Karikatur dieser Wohnweise: an die Stelle der duftenden und farbenreichen Blumenbeete tritt ein schmutziger Hof, die Sammelstelle für allen Auswurf seiner Bewohner. Und was betrachten diese als solchen; gibt es doch unter ihnen manche, deren ganze Tagesbeschäftigung darin besteht, den von den Müllwagen zusammengefahrenen Kehricht der Wohlhabenden nach brauchbaren Sachen zu durchwühlen! In der Mitte des Hofes bildet sich ein stinkender Rinnsal. Räudigen Hunden und halbnackten Kindern ist das der Tummelplatz, die Heimat, zuweilen fast ein Paradies gegen das Innere der Behausungen. Eine ganze Familie wohnt oft in einem einzigen fensterlosen Verschlage. Von Zimmern kann man nicht reden; haben doch manche dieser stallartigen Wohnstellen als Wände nur mannshohe Wellblechschirme, als Fußböden nur festgestampfte Erde, die sich in einen halben Morast verwandelt, wenn es regnet, da das Dach wohl dem Licht, aber nicht dem Wasser den Eintritt verwehrt. Trotz der „Luftigkeit" dieser Räume entwickeln sich darin Gerüche, die sich glücklicherweise nicht näher beschreiben lassen [1].

Diese Conventillos sind die Brutstätten des Lasters, der Trunksucht, der Epidemien. Sie werden zu wahren Mordgruben, wenn, wie es in manchen Städten der Fall ist, schlechte Trinkwasserverhältnisse hinzukommen. — Freilich darf man nicht glauben, daß für alle Conventillos die gegebene Beschreibung zutrifft, mit der wir nur die schlimmste Spielart dieser Wohnungsgattung kennzeichnen wollten.

Um dem Wohnungselend zu steuern, wurde am 20. Februar 1906 ein Gesetz erlassen, das die Consejos de Habitaciones para Obreros (Arbeiterwohnungsämter) in den Provinzialstädten und in Santiago schuf. Dasjenige von Santiago ist als Consejo Superior de Habitaciones para Obreros den anderen übergeordnet. Präsidenten sind in den Provinzen die Departementschefs (Gobernadores), in Santiago der Intendente (das Oberhaupt der Provinz); die übrigen Mitglieder sind Vertreter der Gemeinden, der Kirche, der Arbeiterorganisationen usw. Zu diesen ehrenamtlich fungierenden Mitgliedern treten besoldete Beamte. Aufgabe der Consejos ist, „den Bau hygienischer und billiger Wohnungen zu begünstigen" und gesundheitsschädliche Wohnungen umbauen oder niederreißen zu lassen. Für einwandfreie Arbeiterwohnungen sieht das Gesetz Steuerbefreiung, billige Wasserzuführung, Krediterleichterungen vor.

Während es anfänglich schien, als ob diese Bestimmungen mehr oder weniger auf dem Papier stehen bleiben würden, läßt

[1] Vgl. Bürger S. 180 und Westenhoeffer S. 9.

sich doch jetzt beobachten, daß, wenigstens in Santiago, eifrig und energisch daran gearbeitet wird, sie in die Tat umzusetzen. Von den 1574 Conventillos (mit 27 000 Zimmern) der Hauptstadt, die 75 000 Menschen beherbergen, waren Mitte 1912 bereits über 300 niedergerissen worden, in denen mehr als 7000 Personen wohnten. Um dem drohenden Wohnungsmangel abzuhelfen, hat das Amt eine staatlich garantierte Anleihe aufgenommen und sie zur Errichtung besserer Arbeiterwohnungen (sog. Citées) verwandt. Natürlich kann hierdurch nur ein kleiner Teil des Bedarfs gedeckt werden. In der Hauptsache ist man in dieser Beziehung auf das Privatkapital angewiesen. Die Regierung ist daher ermächtigt worden, eine Zinsgarantie von 6 % für den Bau von Arbeiterwohnungen zu gewähren; doch hat sie davon bisher keinen Gebrauch gemacht [1].

All diese wohnungspolitischen Bestrebungen [2] verdienen, so anfechtbar sie im einzelnen sein mögen, um so größere Anerkennung, als das proletarische Wohnungselend eine an sich fast notwendige, nur durch planmäßige Sozialpolitik abwendbare Folge der städtischen Entwicklung ist: die schlimme Kehrseite der Erscheinung, daß die Bevölkerung, ihre wirtschaftlichen Kräfte besser konzentrierend, sich mehr und mehr in wenigen Zentren zusammenballt. — Auch auf dem Lande sind die Wohnungen der ärmeren Bevölkerung meist kläglich genug. Mit Stroh dürftig gedeckte Lehmhütten (Ranchos) oder kleine Wellblechschuppen: das ist das kümmerliche Heim vieler Bauern und Inquilinos. Wie unhygienische Verhältnisse hier aber auch obwalten mögen, zur ernstlichen Lebensgefahr werden sie erst, wenn sie sich häufen, wenn sie zum Massenelend werden, wie in den Städten. — Besonderer Art sind die Arbeiterwohnungen in den Bergbaugetrieben und den Salpeterwerken. Hier sind es oft aus Wellblech aufgeführte Massenquartiere, die Feldlagern gleichen. Viele davon sind nicht viel besser als die städtischen Conventillos.

5. Die Städtebildung.

In Ortschaften von mehr als 1000 Einwohnern lebten

im	Jahre	1885	34,3 %	der Bevölkerung
„	„	1895	38,6 %	„ „
„	„	1907	43,3 %	„ „

[1] Consejo Superior de Habitaciones Obreras. Memoria General, 1911, und Memoria de su Labor 1911—1912.

[2] Daß sich die Regierung ihrer sozialpolitischen Pflichten bewußt geworden ist, zeigt auch die Errichtung eines Arbeitsamtes (Oficina del Trabajo) als Abteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Das Arbeitsamt, dessen Tätigkeit hauptsächlich informatischer Art ist, veröffentlicht den Boletin de la Oficina del Trabajo, von dem im Jahr 1911 drei inhaltreiche Nummern erschienen sind.

Noch im Jahre 1875 gab es in Chile nur zwei Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern, und zwar

Valparaiso	mit	98 000	Einwohnern
Santiago	„	130 000	„

Im Jahre 1907 hatten folgende Städte mehr als 20 000 Einwohner:

Santiago	333 000
Valparaiso	162 000
Viña del Mar	26 000 [1]
Concepcion	55 000
Iquique	40 000
Talca	38 000
Chillan	34 000
Antofagasta	32 000

Die Zahl der Städte mit mehr als 5000 Einwohnern war:

1875	21
1885	33
1895	35
1907	43

Im Jahre 1907 hatte Chile:

2	Großstädte	(über 100 000 Einw.)	mit	495 000	Einw.
6	Mittelstädte	(20—100 000 „)	„	221 000	„
35	Kleinstädte	(5—20 000 „)	„	376 000	„
170	Landstädte	(1—5000 „)	„	316 000	„
4884	Dörfer	(unter 1000 „)	„	1 248 000	„
?	Einzelsiedlungen		„	593 000	„
				3 249 000	Einw.

Vergleichen wir nun die Stufe der städtischen Eintwicklung Chiles im Jahre 1907 mit derjenigen Deutschlands im Jahre 1895 (neuere Zahlen waren uns unerreichbar); die Bevölkerung war, in Prozenten ausgedrückt, wie folgt auf Stadt und Land verteilt:

	Chile 1907	Deutschland 1895
Großstädte	15,2 %	13,5 %
Mittelstädte	6,8 %	10,5 %
Kleinstädte	11,6 %	13,6 %
Landstädte	9,7 %	?
Dörfer	38,4 %	?
Einzelsiedlungen	18,3 %	?
	100 0 %	100,0 %

Wir ersehen hieraus, daß Martin nicht ganz recht hat, wenn er sagt, daß „die Bevölkerung von Chile ein viel länd-

[1] Viña del Mar ist (wenn auch selbständige Gemeinde) Vorstadt von Valparaiso.

licheres Gepräge als die von Mitteleuropa trägt“ (S. 400). Die Städtebildung ist vielmehr auch in Chile weit vorgeschritten. Der Behauptung Martins muß man allerdings insofern beipflichten, als die ländliche Bevölkerung weniger als in Deutschland in scharf abgegrenzten Dorfschaften wohnt, sondern mehr zerstreut in lauter Einzelsiedlungen.

Die Neigung dazu, ein Erbteil des Araukanertums, suchte der König von Spanien zu bekämpfen. In einer Verordnung von 1703 befiehlt er, „daß alle Landleute in Dörfern wohnen sollen und im Weigerungsfalle zu verbannen oder in die Gefängnisse zu sperren seien“ (Gay, Agricultura I S. 154). Des Königs Machtspruch war natürlich umsonst, obwohl er durch die an sich vernünftige Erwägung veranlaßt sein mochte, daß eine zerstreut wohnende Bevölkerung sich zivilisatorischen Einflüssen leicht entzieht.

6. Die Bevölkerungsdichtigkeit.

Chile hat mit einer Oberfläche von 757 000 qkm und einer Einwohnerschaft von 3 249 000 Seelen eine Bevölkerungsdichtigkeit von 4,3 Menschen auf den einzelnen Quadratkilometer, während sie beträgt:

in England	239
„ Deutschland	120
„ Frankreich	74
„ Schweden	13
„ Uruguay	5,6
„ Brasilien	2,0
„ Argentinien	1,8
„ Bolivien	1,4

Nächst Uruguay ist Chile von allen südamerikanischen Staaten am dichtesten bevölkert. Im Kommissionsbericht zur Volkszählung wird mit Recht hervorgehoben, daß die chilenische Bevölkerung im Verhältnis zur landwirtschaftlich nutzbaren Fläche aber sogar viel dichter wohne als in Uruguay.

Wir erinnern uns, daß der ganze Norden des Landes Wüste ist, die nur einige Oasenkulturen aufzuweisen hat, daß ganz im Süden fast nur Raum für die Schafzucht bietet und daß das mittlere Gebiet zum großen Teil unfruchtbares Gebirge ist (Kap. III, 2).

Nur ein Viertel bis ein Drittel des chilenischen Bodens gelten als landwirtschaftlich nutzbar.

Man kann sich daher des Eindrucks nicht erwehren, daß die städtische und verkehrswirtschaftliche Entwicklung in Chile durch den Druck der Bevölkerungsdichtigkeit nicht nur ermöglicht, sondern auch wesentlich gefördert worden ist. Die große relative Bevölkerungszunahme hätte allerdings auch eine Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes bewirken

können, und das wäre vielleicht geschehen, wenn mehr Grund und Boden in die Hände der Fremden übergegangen wäre. Da sich diese aber zum großen Teil dem Handel und dem Gewerbe zugewandt und hier neue Erwerbsmöglichkeiten geschaffen haben, so ist der Bevölkerungszuwachs, dem die eigene Scholle nicht genügte, hauptsächlich in diese Richtung geströmt.

Ein besonderer Umstand mag diese Entwicklung noch beschleunigt haben: die große Beweglichkeit der chilenischen Bevölkerung, die schon Poeppig aufgefallen ist (S. 185). Obwohl der größere Teil des Volks damals an die Scholle gebunden war, gab es doch schon eine Menschenklasse, die, ein wahres Nomadenleben führend, dauernd hin und her wanderte. „Sobald in Peru oder Chile“, so berichtet Poeppig, „irgendwo eine vielversprechende Silberader entdeckt wird, verbreitet sich das Gerücht mit Schnelligkeit bis in große Entfernungen, und von allen Seiten strömt eine leichtbewegliche Bevölkerung herbei, um an dem Strome der Reichtümer teilzunehmen, den man, gleichviel mit welchem Rechte, gemeiniglich für unerschöpflich hält. Mitten in der dürrsten Gegend, wo nie ein Mensch sich ansiedelt, erhebt sich in wenigen Monaten eine Ansammlung meist übelgebauter Hütten.“ Die modernen Verkehrsmittel haben natürlich die Bevölkerung um so beweglicher gemacht. Gañanes (wandernde Gelegenheitsarbeiter) waren im Jahre 1907 240 000 Personen, d. h. 20 % aller Erwerbstätigen.

Wie stark die Bevölkerungsdichtigkeit die geldwirtschaftliche Entwicklung vorwärtsstrebt, scheint uns aus folgenden Zahlen hervorzugehen, die Kaerger aus der Sinopsis Estadística für das Jahr 1907 zusammengestellt hat:

	Auf 1 qkm Bewohner	Wert eines Hektars
Provinzen Lanquihue und Valdivia . . .	3,2	7,6 $
Cautin, Malleco, Arauco, Bio-Bio außer Laja	9,4	34 $
Departement Laja, Provinz Concepcion, Nuble, Maule, Linares	15,5	39 $
Talca, Curicó, Colchagua, O'Higgins, Santiago, Valparaiso und von Aconcagua Dep. Los Andes und San Felipe. . .	21,2	65,5 $
Dep. Putaendo, La Ligua, Petorca, Prov. Coquimbo, von der Provinz Atacama die Dep. Freirina und Vallenar	3,8	7,7 $
Zusammen	10,8	30,8 $

„Diese Zahlen“, sagt Kaerger, „berechtigen zur Aufstellung folgenden Gesetzes: Mit jedem Bewohner, den ein Quadratkilometer in Chile mehr empfängt, steigt der Preis eines solchen um annähernd 300 $.“

Daß die Bodenpreise in Chile fortdauernd gestiegen sind,

erklärt sich also nicht etwa nur mit dem sinkenden Wechselkurse, sondern vor allem auch mit dem Wachstum der Bevölkerung und der infolgedessen zunehmenden Produktivität der Volkswirtschaft und steigenden Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten. Die höheren Bodenpreise drücken aber gleichzeitig aus, daß der zuwachsenden Bevölkerung der Landerwerb erschwert wird. Sie werden dadurch ein Maßstab für den Druck, mit dem die Bevölkerung aus der Landwirtschaft in die anderen Erwerbszweige gedrängt wird.

Die Tatsache, daß die geldwirtschaftliche Entwicklung mit durch die Bevölkerungsdichtigkeit hervorgerufen worden ist, steht nicht im Widerspruch zu der anderen, daß sich häufig genug an dieser oder jener Stelle der Volkswirtschaft Arbeitermangel zeigt, zumal dieser nicht immer auf der zu geringen Arbeiterzahl, sondern oft auch auf dem zu geringen Arbeitswillen der Bevölkerung beruht. Das führt uns zu neuen Gedanken- und Tatsachenreihen.

Fünfzehntes Kapitel.

Die nationale Wirtschaftskraft; der Volkscharakter.

1. Vorbemerkung.

Von aller gedanklichen Scheidemünze, die über Südamerika umläuft, ist mit am abgegriffensten die Behauptung, daß seine Bevölkerung die Fehler der indianischen und kaukasischen Vorfahren ohne deren Vorzüge in sich vereinige. Dies zu widerlegen, ist nicht unsere Aufgabe, und doch wird die Hinfälligkeit dieser Ansicht wie von selber in der folgenden Erörterung zutage treten, die wir mit einer kurzen Darstellung der Verhältnisse einleiten, unter denen die noch nicht assimilierten Ureinwohner Chiles leben.

2. Die magellanischen Indianer.

Im Territorium Magallanes leben familien- oder hordenweise in rein okkupatorischer Tätigkeit einige Nomadenstämme.

Die Yagan am Südrande des Feuerlandes, etwa 1000 an der Zahl, führen ein kümmerliches Dasein als Jäger und Fischer. Ihre wichtigsten Waffen und Werkzeuge sind: Pfeil und Bogen, Speer, Harpune, Dreizack, Angel, Schleuder und Knochenmesser. Sie nähren sich hauptsächlich von Muscheltieren, genießen daneben aber auch das Fleisch von Seeigeln, Seeottern, Robben, Walfischen, Guanakos, Vögeln. Sie bekleiden sich, wenn überhaupt, sehr dürftig mit Fellen und wohnen zeitweise in zeltartigen Hütten, zeitweise in ihren sehr dauerhaften Kanoes. Wie in der Hütte, so unterhalten sie auch im Boote — und zwar hier auf einer Grundlage von toniger Erde — ununterbrochenes Feuer.

Die 500 Alakaluf des westpatagonischen Kanalnetzes leben in ähnlicher Weise.

Das nördliche Feuerland ist das Gebiet der Ona-Indianer, die zum Unterschied von den Yagan und Alakaluf keine Boote besitzen. Sie leben hauptsächlich von der Guanakojagd, die sie mit Pfeil und Bogen ausüben. Als auf ihren Jagdgründen Schafzüchtereien angelegt wurden — zuerst im Jahre 1884 —, da betrachteten sie auch die Schafe als ihr Wild. Um sich der unwillkommenen Jäger zu erwehren, setzten die Weißen dann einen grausamen Vernichtungskampf ins Werk mit dem Er-

folge, daß von den 4000 Ona, die es anfänglich gab, nur einige hundert übrigblieben.

Auf höherer Stufe stehen die patagonischen Indianer, die Tehuelchen, von denen einige Hundert auf chilenischem Gebiet, im Nordosten des Territoriums Magallanes, herumstreifen mögen. Auch sie sind Jäger: Guanakos und Strauße sind ihr wichtigstes Wild. Aber sie sind dabei ein gewandtes Reitervolk und in manchen Dingen geschickter als die anderen; sie wissen gute Zelte herzustellen und die Feuerwaffe zu gebrauchen. Oft gehen sie nach Punta Arenas oder nach argentinischen Häfen, um mit den Weißen Handel zu treiben. Es kommt vor, daß weiße Schafzüchter Tehuelchemädchen zur Frau nehmen.

3. Die Araukaner.

All diese Indianerstämme stehen aber wirtschaftlich tief unter den in den Provinzen Llanquihue bis Arauco und Bio-Bio lebenden Araukanern oder Mapuche, d. h. Leute des Landes, wie sie sich selber nennen. Nach der Zählung vom Jahre 1907, die der erste ernsthafte, wenn auch immer noch unvollkommene Versuch war, sie numerisch zu erfassen, lebten in Chile 101 118 Araukaner, und zwar in

Provinz	Männer	Frauen	Insgesamt
Arauco	2 280	2 426	4 706
Bio-Bio	495	403	898
Malleco	5 543	5 718	11 261
Cautin	22 288	24 473	46 761
Valdivia	13 378	12 756	26 134
Llanquihue	5 735	5 623	11 358
	49 719	51 399	101 118

Die Araukaner lebten früher in Familienverbänden, die von Kaziken patriarchalisch geleitet wurden. Jeder Häuptling nahm sich so viele Frauen, als er kaufen und ernähren konnte, und umgab sich mit möglichst vielen Mocetones, d. h. Knechten, Knappen, Kriegern, die ihm freiwillig Gefolgschaft leisteten. Seitdem im Jahre 1882 die Araukaner völlig und endgültig unterworfen worden sind, haben sich diese Verbände aber mehr und mehr aufgelöst; ihren kriegerischen Charakter haben sie natürlich völlig eingebüßt, aber auch als Wirtschaftseinheiten bestehen sie kaum noch fort.

Denn die Mocetones haben sich durchweg selbständig gemacht, und die Vielweiberei ist im Abnehmen begriffen. Während vor hundert Jahren der reiche Indianer in der Regel zwanzig Frauen und noch mehr hatte, so hat er deren heutzutage höchstens vier bis fünf.

Auch die — auf den Ruf der Kaziken — zusammentretenden Volksversammlungen, die früher die Träger der höchsten

Stammesgewalt waren, haben ihre alte Bedeutung verloren. Zwar finden sie gegenwärtig mindestens einmal im Jahre statt, aber sie dienen fast nur noch der Geselligkeit und dem alten heidnischen Götterkult, kaum noch zur Schlichtung von Rechtsstreitigkeiten und Erledigung sonstiger innerer Stammesangelegenheiten. Am zähesten halten die Araukaner an ihrer Sprache fest; gibt es doch noch viele unter ihnen, die das Spanische gar nicht verstehen.

Große Anpassungsfähigkeit haben sie andererseits in kriegerischer und wirtschaftlicher Beziehung gezeigt. Es ist bekannt, wie rasch sie, die vor dem Einfall der Spanier das Pferd überhaupt nicht kannten, zu einem gewandten Reitervolk geworden sind und wie schnell sie die Herstellung eiserner Lanzen und Messer gelernt haben; nur dadurch haben sie den Spaniern über drei Jahrhunderte lang widerstehen können.

Ebenso gelehrig sind sie auf wirtschaftlichem Gebiet gewesen. — Als die Spanier ins Land kamen, fanden sie eine araukanische Bevölkerung vor, die es schon zum seßhaften Ackerbau mit künstlicher Bewässerung und zum Gebrauch metallischer Werkzeuge sowie gewebter Kleidung gebracht, die aber noch unendlich viel von den Europäern zu entlehnen hatte und die dann auch sehr bald den Getreidebau und die meisten Haustiere: Pferd, Rind, Schafe und Hühner übernahm.

Freilich, über eine mittlere Stufe der Naturalwirtschaft sind die Araukaner im allgemeinen auch heute nicht hinausgelangt. Ihre landwirtschaftliche Technik steht zwar fast auf derselben Höhe wie die der chilenischen Kleinbauern — der hölzerne Pflug, wenn nicht gar der eiserne, hat die Hacke (Luma) teilweise verdrängt (in der Chacareria natürlich nicht); zum Dreschen werden meist Stuten gebraucht —, aber die Arbeit des Araukaners wird dabei doch noch wenig vom Erwerbszweck geleitet.

Im allgemeinen wird nur so viel Land bestellt, als der hauswirtschaftliche Bedarf erheischt. Das hat auf der anderen Seite zur Folge, daß man sich selber sein Haus (Ruca) bauen muß, daß Hausgeräte, Kleidungsstücke usw. nicht von draußen bezogen werden können, sondern in der eigenen Wirtschaft hergestellt werden müssen: die Männer schnitzen Schüsseln, Teller, Löffel aus Holz, schneiden und flechten das Zaumzeug für die Pferde zurecht, die Frauen machen Flaschen, Becher, Schüsseln aus Ton, flechten Körbe und weben die Kleidungsstoffe. — Die Feldarbeit, wenigstens die schwerere, wird von den Männern geleistet, nicht, wie man annehmen sollte und wie vielfach auch zu lesen ist, von den Frauen.

Der Überschuß der Eigenproduktion wird verkauft. Mit dem Erlös werden Messer, Tücher, Glasperlen, Branntwein usw. eingehandelt.

Natürlich lernt der Araukaner immer mehr den Wert des Geldes erkennen; sein Kaufbedürfnis erweitert sich und treibt ihn dazu, in steigendem Maße für den Markt zu produzieren. Eine weitere Durchbrechung der Naturalwirtschaft ist die Tatsache, daß viele Araukaner heute als Tagelöhner auf benachbarte Güter gehen. Bittere Not zwingt sie dazu, haben sie doch durch eigenes oder fremdes Verschulden den größten Teil ihres früheren Landbesitzes verloren. Die chilenische Regierung arbeitet ihrer weiteren Verproletarisierung durch ein sehr zweckmäßiges Gesetz entgegen, das ihnen das Recht nimmt, Ländereien zu veräußern. Leider wird das Gesetz vielfach umgangen.

Und doch darf man nicht glauben, daß die Araukaner, wie man früher allgemein annahm, raschem Untergange geweiht seien oder daß sie doch sehr bald von dem Herrschervolke assimiliert sein würden. Die Erhebung vom Jahre 1907 hat vielmehr gezeigt, daß die Zahl der Araukaner im letzten Jahrhundert, wenn auch nicht gewachsen, so doch auch nicht zurückgegangen ist; zwar hat sich ihre Zahl in einigen Distrikten vermindert, in anderen aber dafür vermehrt. Wie die besten Kenner ihres Volkstums immer wieder bezeugen, kann auch von einer allgemeinen Entartung durch Branntweingenuß u. dgl. keine Rede sein. Zu dem Arbeiterheer, das beim Eisenbahnbau im Fronteragebiet, im alten Araukanien, beschäftigt war — so sagt Pater Hieronymus —, stellte gerade der Indianer das stärkste und beste Kontingent.

4. Das Araukanertum als chilenisches Rassenelement.

Wie groß der Anteil der Araukaner an der Rassenmischung des chilenischen Volks ist, läßt sich nicht entfernt sagen. Sicher ist nur, daß der indianische Einschlag in Chile viel geringer ist als in den meisten anderen Staaten Südamerikas. Und doch muß er auch in Chile sehr groß sein. Denn die Zahl der eingewanderten Spanier kann nicht entfernt an die der Araukaner herangereicht haben, die in das chilenische Volkstum übergegangen sind. Allerdings scheint die Fruchtbarkeit der Einwanderer außerordentlich gewesen zu sein, und besonders in der ersten Zeit haben sie sich die araukanische Institution der Vielweiberei in sehr weitgehendem Maße zu eigen gemacht. Uns will auch scheinen, daß das kaukasische Blut größere Vererbungskraft gehabt hat als das araukanische, daß es diesem gegenüber seine Eigenschaften stärker hat durchsetzen können als wohl meist sonst gegenüber anderen Rassen.

Auffällig ist es, daß in dieser Beziehung die Urteile von zwei so guten Beobachtern wie Martin und Westenhoeffer, die beide als Ärzte jahrelang im Lande tätig gewesen sind, völlig

voneinander abweichen. Martin sagt (S. 360): „Die große Mehrzahl der Bewohner des Landes bilden die aus einer Mischung von Spaniern mit den alten Ureinwohnern hervorgegangenen Chilenen. In dem so entstandenen Volke herrschen die Kennzeichen der spanischen Abstammung in dem Grade vor, daß ein Einwanderer den Eindruck erhält, als ob er sich in Spanien befände.“ Westenhoeffer (S. 5) dagegen meint von der unteren Bevölkerungsschicht, also von der großen Masse des Volks, „sie ist so sehr mit Indianerblut durchsetzt, daß man oft schwer den Chilenen vom heutigen Araukaner unterscheiden kann, besonders in vorgerücktem Alter.“

Als unsere eigene Beobachtung möchten wir hinzufügen, daß sehr häufig in ein und derselben Mischlingsfamilie einige Kinder fast ganz kaukasischen und andere fast ganz araukanischen Typus zeigen.

Wie dem aber auch sei: zu bedauern ist, daß es unter den Chilenern viele gibt, die ihre araukanischen Vorfahren am liebsten verleugnen möchten, deren Volkscharakter dem germanischen in vieler Beziehung ähnlich ist, wie Palacios in seinem geistreichen Buche „Raza Chilena“ Valparaiso 1904 gezeigt hat.

Anhangsweise sei erwähnt, daß im Norden Chiles, hauptsächlich an der Grenze von Peru und Bolivien aber auch noch in der Provinz Atacama, mehrere tausend, vielleicht sogar an die 20 000 inkasische Indianer, hauptsächlich Aimaras, leben, die aber mehr und mehr ihr Volkstum und ihre Sprache abstreifen und mit der übrigen Bevölkerung verschmelzen. Im ganzen ist ihr Anteil an dem Aufbau der chilenischen Nation sehr gering.

5. Die kaukasischen Rassenelemente im chilenischen Volk.

Die Eroberer, die unter Pedro de Valdivia im Jahre 1540 ihren Einzug hielten, stammten zumeist aus Kastilien und Estremadura. Mit ihnen zugleich kamen aber auch Krieger nichtspanischer Nationalität; befand sich doch, wie uns die Gründungsakte von Santiago überliefert, sogar unter den hervorragendsten Führern ein Deutscher, ein Nürnberger namens Blumen [1], und ein Italiener.

Die spanischen Kolonistenfamilien, die in den nächsten anderthalb Jahrhunderten folgten, waren vorwiegend Basken, also keltischer Rasse. Als im Anfang des 18. Jahrhunderts, nach dem spanischen Erbfolgekrieg und dem Sieg der Bourbonen, das Verbot fremder Einwanderung französischen Staatsangehörigen gegenüber aufgehoben wurde, wanderten sehr viele

[1] Andere sagen auch Blume oder Blumenthal (Vicuña Mackennat z. B. nimmt letzteres an). Der eigentliche Name ist nicht bestimmt festzustellen, da nur die (vollständige oder unvollständige) Übersetzung davon: F l o r e s überliefert ist.

Franzosen ein. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts zog der berühmte Gouverneur Ambrosio O'Higgins, der rein irischer Abstammung war, manchen Landsmann ins Land. In der Zeit der Unabhängigkeitskriege ließen sich eine Reihe von Nordamerikanern und Engländern nieder. Angehörige vieler Nationen waren im Laufe der Kolonialzeit daneben durch diese oder jene Lücke des Absperrungsnetzes hindurchgeschlüpft.

Ob unter den spanischen Eroberern viel germanisches Blut — von der Westgotenzeit herstammend — war, wie Palacios behauptet, wollen wir dahingestellt sein lassen. Ebensowenig wollen wir die Frage, die durch Sombarts Werk „Die Juden und das Wirtschaftsleben" so großes Interesse gewonnen hat, erörtern, wieviel maurisches und jüdisches Blut nach Chile gelangt ist. Nach Fuenzalida Grandon (La evolucion social de Chile) sind sehr viele Juden ins Land gekommen; er stützt seine Behauptung auf die Etymologie der Namen, doch verfährt er dabei wohl ziemlich willkürlich.

Die Einwanderung in den letzten 60—70 Jahren hat nur wenig Bausteine zum chilenischen Volkstum geliefert. Nur ein Teil der romanischen Einwanderung hat sich ihm eingefügt. Die meisten übrigen Ausländer haben sich zu Fremdenkolonien zusammengeballt, die in sich ziemlich abgeschlossen sind.

Dagegen hat sich das bunte Völkergemisch, das bis zur Zeit der Unabhängigkeitskriege und etwas darüber hinaus nach Chile gelangt ist, völlig zu einer neuen Nation verschmolzen. Zweifellos sind unter seinen Rasseelementen viele von großer wirtschaftlicher Tüchtigkeit gewesen. Mit Recht betont der chilenische Nationalstolz, daß die baskischen Ahnen zu den wirtschaftlich fähigsten Stämmen der pyrenäischen Halbinsel gehört hätten. Vicuña Mackenna spricht von den Basken als „der Rasse, die die fleißigste, widerstandsfähigste und verkehrsgewandteste der Halbinsel gewesen sei," mit der sich nur die Katalanen hätten messen können. Wir werden im Folgenden sehen, welcher Art, wirtschaftlich betrachtet, die Verbindung war, die in Chile die kaukasischen Rassenelemente untereinander und mit den Araukanern eingegangen sind.

Die Rasse hat sich auch in Chile als der stärkste klassenbildende Faktor erwiesen. Daher stellen die oberen Klassen der Bevölkerung die rein kaukasische Mischung — wenn nicht ganz, so doch annähernd — dar, die unteren Klassen indessen die Verbindung des kaukasischen mit dem araukanischen Blute.

6. Die sozialen Klassen.

In Chile gibt es eine scharf abgegrenzte Aristokratie, so wie sie von allen südamerikanischen Staaten heute wohl nur Brasilien hat, wo die Traditionen des Kaisertums noch nicht

völlig getilgt sind. Jedenfalls bestehen im benachbarten Argentinien keine so scharfen Standesunterschiede. Bei dem Abfall vom Mutterlande ist allerdings in Chile, wie auch sonst im spanischen Südamerika, aller Adel offiziell abgeschafft worden. Trotzdem hat sich hier eine mächtige und geschlossene soziale Gruppe behauptet, die viele der besten Stellungen im Lande innehat; viele der großen Grund- und Minenbesitzer sowie viele Senatoren, Minister, Abgeordnete, hohe Geistliche, Richter sind aus ihren Reihen. Dabei verdankt sie — als echt aristokratisches Gebilde — ihre Geltung fast weniger tatsächlichem Einfluß als traditionell begründetem Ansehen; und dieses weiß sie durch große Exklusivität im gesellschaftlichen Verkehr und in der Heiratspolitik zu wahren. Vom europäischen Adel unterscheidet sie sich wohl hauptsächlich dadurch, daß sie bei der Berufswahl weniger beengt ist, wird doch mancher „Hijo de Familia“ ohne Nachteil für seine soziale Stellung Auktionator, Makler, Viehhändler, Spekulant.

Neben der Aristokratie steht eine Plutokratie, die teilweise reicher und mächtiger ist als jene. Mit in ihrer Hand liegen die größten Vermögen des Landes: Wertmassen von 10 bis 50 Millionen. Aber diese Plutokratie ist das, was sie vorstellt, nicht kraft des Namens und der Geburt, sondern nur vermöge ihrer positiven, hauptsächlich wirtschaftlichen, zum Teil auch politischen Macht. Sie setzt sich aus den Familien zusammen, die vor ein, zwei, drei Generationen zu Reichtum oder politischer Bedeutung gelangt sind. — Immer bleibt aber zwischen den beiden oberen Schichten eine allerdings oft nur für den Kenner sichtbare Kluft bestehen. Denn, wie sich zwei- oder dreimal gezeigt hat, ist es leichter Präsident der Republik zu werden, als in die Aristokratie hineinzuheiraten. Als trennende Gewalt spielt vielleicht — instinktiv oder bewußt — das Gefühl mit, daß bei der Plutokratie die Rassenreinheit oft weniger gut verbürgt ist als bei der Aristokratie, die durchweg mit vollkommenem Erfolge bestrebt gewesen ist, ihre kaukasische Abstammung vor Kreuzung zu bewahren.

Was andererseits die beiden obersten Schichten in mancher Beziehung eng verknüpft und von einer dritten Bevölkerungsklasse scheidet, das sind die solidarischen Interessen des Besitzes.

Während in Deutschland und wohl überhaupt in ganz Europa der Beruf größere klassenbildende Kraft hat als der Besitz, ist in Chile, wie überall in Süd- und Nordamerika, gerade das Umgekehrte der Fall. In Chile ist der Beruf nichts, das Einkommen alles. Damit erklärt sich auch, warum der Aristokrat, ohne sich etwas zu vergeben, einen beliebigen Beruf ergreifen kann, wenn dieser nur nicht mit körperlicher Arbeit verbunden ist. So erklärt sich wohl auch, daß der Offizier und

der Staatsbeamte als solche in Chile längst nicht das sind, was sie in Deutschland vorstellen [1].

Diese Berufe, sowie alle die, die keine handwerksmäßige, körperliche Tätigkeit erfordern, vor allem also die liberalen und kommerziellen Erwerbszweige, sind zum kleinen Teil von d r Aristokratie und Plutokratie in Beschlag genommen. Im übrigen bilden sie das Betätigungsfeld einer Bevölkerungsgruppe, deren weniger angesehene Elemente bald verächtlich als Mediopelo, Halbhaar, bezeichnet werden. Dieser Begriff ist schwer wiederzugeben. Wenn manche meinen, daß der Ausdruck auf das Mestizentum der betreffenden Volksschicht hinweise, so ist das ein ethymologischer Irrtum. Denn der Ausdruck stammt schon aus Spanien, wo er allerdings wohl in etwas anderem Sinne gebraucht wird als in Chile. Er bezeichnet aber auch in Chile nicht das Mischblut, können doch zum Mediopelo reine Kaukasier gehören. — Der chilenische Mediopelo ist das Gegenstück zum deutschen Spießbürgertum. Wenn dieses das Urbild der Behaglichkeit, Behäbigkeit — und Geschmacklosigkeit ist, so ist der Mediopelo das der äußerlichen, zuweilen allerdings etwas fadenscheinigen Eleganz und der inneren Dürftigkeit.

Wirtschaftlich betrachtet, hat der Mediopelo keine entfernte Ähnlichkeit mit dem deutschen Mittelstande, dessen Kern die selbständigen Handwerker und Bauern sind. Die chilenischen Bauern (Huasos) und Handwerker stehen lange nicht auf derselben wirtschaftlichen Höhe wie jene; sie sind meist Analphabeten und in ihnen ist der indianische Einschlag meist weit stärker als in den oberen Schichten. Nur ausnahmsweise gehören sie zum Mediopelo. Meist trennt sie davon eine große — durch uneheliche Verbindungen allerdings ausgiebig ausgefüllte — Kluft und bringt sie in enge Zusammengehörigkeit zu den untersten Volksklassen, zum Roto.

Roto heißt: zerrissen; el Roto: der Zerlumpte. Ursprünglich scheint dies Wort den Sinn von Vagabund oder Abenteurer gehabt zu haben. Cervantes wendet es so auf Don Quijote an (Bd. 1 Kap. 23). Den Kolonialtruppen scheint es allgemein zum Spitznamen geworden zu sein. Heute ist es in Chile die herrschende Bezeichnung für das niedere Volk. — Mit demselben Selbstbewußtsein, wie der deutsche Arbeiter sich Proletarier nennt, nennt sich der chilenische Arbeiter Roto. Doch dürfte man Roto nicht mit Proletarier übersetzen. Denn zur Klasse der Rotos gehören neben den auf Geldlohn gestellten Arbeitern der Städte und der Salpeter- und Bergwerke auch die Naturallohn empfangenden Fronbauern.

---

[1] Es fällt auch auf, wie wenig der Beruf in Chile den Menschen sein Gepräge aufdrückt: ein Psychologe hätte es hier schwer, aus dem Charakter auf den Beruf zu schließen.

7. Die wirtschaftlichen Charaktereigenschaften der Chilenen.

Die Betrachtung der sozialen Klassen in Chile hat uns gezeigt, daß es hier, wie wohl in jedem Gemeinwesen, das zwei gar nicht oder nur zum Teil verschmolzene Rassen umspannt, an einem breiten Mittelstande fehlt, der Träger des wirtschaftlichen Fortschritts wäre und aus dem die leitenden Unternehmer hervorgehen könnten. Die (in sich zwar abgestufte aber doch nur) schmale Oberschicht will nur politisch herrschen, und die breite Masse des Volkes ist zu wirtschaftlich selbständigem Handeln nicht fähig.

Wenn man hundert chilenische Familienväter der höheren Stände frage, welchen Beruf sie für ihre Söhne wünschten — heißt es in einem kürzlich srschienenen Buche „Encina, Nuestra Inferioridad Económica —, so seien deren achtzig für die akademische, insbesondere für die (in die Politik ausmündende) Advokatenlaufbahn, fünfzehn für die Landwirtschaft und nur fünf für den Handel und die Industrie.

Man hat darauf hingewiesen, daß die inneren politischen Verhältnisse in Deutschland die Entwicklung eines tüchtigen Unternehmerstandes begünstigt hätten; in Deutschland stünde dem Bürgertum die politische Laufbahn nicht in derselben Weise offen wie in Frankreich und Italien, so daß die tüchtigsten Elemente in Deutschland weniger vom Wirtschaftsleben abgelenkt würden als in jenen demokratischen Ländern. Was nun Chile betrifft, so konzentrieren sich alle geistigen Kräfte hier noch mehr auf das politische Leben als in Frankreich und Italien.

Ein gewisses wirtschaftliches Interesse fehlt den Chilen allerdings nicht. Enrique Molina („La Cultura y la Educacion Jeneral", 1912) betont mit Recht, daß ihr Erwerbstrieb fast zu stark ausgebildet ist. Und auch an Unternehmungsgeist gebricht es ihnen nicht eigentlich.

Wie viele sind kühne Pioniere der Salpeterindustrie und vor allem des Kupferbergbaus gewesen! Wie viele sind über die Anden gezogen, um in Argentinien als Viehzüchter ihr Heil zu versuchen! Wie manche sind in die Silber- und Zinnminen Boliviens gegangen oder nach Ecuador auf die Kakaopflanzungen und nach Kalifornien auf die Goldsuche. Es wäre in der Tat zu verwundern, wenn ein Volk wie die Chilenen, das zum großen Teil aus kriegerischen, wagemutigen, ja verwegenen, abenteuerdurstigen Elementen hervorgegangen ist, nicht viele Beweise vorwärtsdrängender Initiative auch auf wirtschaftlichem Gebiete gegeben hätte.

Andererseits aber wäre es auch zu verwundern, wenn sich in demselben Volke das starke Pflichtbewußtsein entwickelt hätte, jene Eigenschaft, welche Sombart als diejenige bezeichnet,

welche den Deutschen in so hohem Grade zur kapitalistischen Wirtschaftsweise befähige und ihn dem Südländer gegenüber so überlegen mache.

Noch mehr als der Franzose und der Italiener, von denen Sombart spricht, läßt es der Chilene an dieser Eigenschaft fehlen. Das ist nicht nur die Ansicht der vielen Ausländer, die ihrer neuen Heimat nicht einmal die Gerechtigkeit widerfahren lassen, sie mit den wirklichen Zuständen der Alten Welt zu vergleichen, vielmehr mit Vorliebe einen aus den Wolken geholten Maßstab anlegen, sondern auch die der Chilenen selber, die sehr viel, fast zu viel Selbstkritik üben. Diese Selbstkritik ist im Grunde nur ein Sonderfall der Erscheinung, daß man lieber Politik als Wirtschaft treibt, daß man lieber reglementiert und redet, als Hand anlegt. Die wissenschaftliche Betrachtung wird jedenfalls solche Selbstanklagen mit mehr Vorsicht verwerten müssen als Bürger, der seine teilweise gehässigen Darstellungen mehr aus der Zeitungslektüre als aus unmittelbarer Anschauung schöpft, und der noch obendrein diejenigen, die ihm die rechte Backe geboten haben, auch auf die linke schlägt.

Zu dem Besten und Objektivsten aus der großen selbstanklägerischen Literatur gehört das erwähnte Buch von Encina, und wir werden Encina — mit dem bei allgemeinen Behauptungen immer nötigem Vorbehalt — immerhin zustimmen müssen, wenn er seinen Landsleuten Mangel an Pünktlichkeit und Genauigkeit, an Beharrlichkeit und an Ehrlichkeit vorwirft: „Somos inexactos“, „El chileno carece de perseverencia“, „Nuestra honradez es deficiente“.

Den chilenischen Arbeiter kennzeichnet Encina treffend mit folgenden Worten: „Trotz seiner ungewöhnlichen physischen Kraft, seiner Intelligenz und seines Stolzes ist er zu regelmäßiger und anhaltender Arbeit, wie sie fortgeschritteneren Völkern eigen ist, nicht imstande. Er arbeitet mehrere Tage hindurch sehr intensiv, aber unversehens verläßt er seine Arbeit, um Zeit und Geld zu verprassen.“ — Der blaue Montag ist geradezu eine volkswirtschaftliche Institution, mit der jeder Unternehmer rechnen muß. In allen Gewerbegattungen betrachten viele Arbeiter frühestens den Dienstag als Wochenanfang. Die Trunksucht trägt daran natürlich die Hauptschuld.

Bei der oberen Volksklasse äußert sich der Mangel an wirtschaftlicher Tatkraft insbesondere in der Abneigung zu körperlicher, handwerksmäßiger, technischer Arbeit und, was damit zusammenhängen dürfte, zum Spezialistentum. Sombart meint auch vom Südländer, daß ihm jedes Talent zur Spezialisierung fehle. „Dieser mit seiner sinnlich-künstlerisch-unethischen Natur hat die Tendenz, die Welt um sich, um seine Persönlich-

keit zu gruppieren und darum diese als Ganzheit sich zu erhalten. Wir dagegen lösen die Individualität auf in eine Anzahl Teile, die wir den objektiven Zwecken anpassen und unterordnen." Wir glauben jedoch, daß beim Chilenen, der wohl nicht viel vom Künstlertum hat, diese „Auflösung der Individualität" aus ganz anderen Gründen unterbleibt; wir glauben, daß sie so viel psychische Energie, so viel inneren Zwang erfordert, daß nur lange Gewöhnung, nur durch Generationen hindurch geübte Selbstzucht die Kraft dazu verleiht. Zu solcher Gewöhnung war aber in der naturalen Wirtschaftsverfassung kaum Gelegenheit; ja selbst heute ist der Spezialisierung in vielen Berufen durch die Geringfügigkeit der Nachfrage eine Grenze gezogen. — Diese Erwägung führt uns schon hinüber zu den Gründen der wirtschaftlichen Charakterfehler, die wir allerdings nur andeuten können.

Wir wollen nicht in den auch in Chile zur Mode gewordenen Fehler verfallen, alles mögliche mit der Rasse zu erklären; sonst müßten wir die Unpünktlichkeit, Ungenauigkeit und geringe Ausdauer des Chilenen auf seine Abstammung vom sensiblen Romanen zurückführen, sowie den hier und da hervortretenden Mangel an Ehrlichkeit auf die schlecht entwickelten Eigentumsbegriffe des blutsverwandten Araukaners, oder gar die Disziplinlosigkeit auf den Individualismus der gotischen und semitischen Ahnen. Und doch geben wir der Vererbung ihr Recht mit dem Hinweis darauf, daß die Volkselemente, die sich zum Chilenentum zusammengeschlossen haben, die Eigenschaft der Unstetigkeit mit sich brachten, woher sie auch kamen: die Europäer, die sich einst nach dem letzten Winkel der Welt getrauten, mußten viel Abenteurerblut in sich haben, und die Araukaner hatten es als Naturvolk.

Die geistig-traditionellen Einflüsse sind aber vielleicht ebenso groß. Die Verachtung der gewerblichen, technischen Arbeit in den oberen Ständen ist ein unverkennbares Erbstück Spaniens, das noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts so sehr in feudalistischen Anschauungen befangen war, daß (nach Roscher) im Jahre 1781 die Akademie zu Madrid eine Preisaufgabe stellen mußte, warum die nützlichen Gewerbe nichts Ehrenrühriges enthielten. Vielleicht kann man auch den herrschenden Individualismus anklagen und die Phrase der republikanischen Freiheit, die früh den jungen Gemütern eingepflanzt wird und nur zu leichtauf das moralische Gebiet überwuchert. Manche Schriftsteller neigen dazu, die Schule verantwortlich zu machen, die zu wenig für die technische und ökonomische Ausbildung tue und allzu „humanistisch" sei. Dabei geht der „Humanismus" der chilenischen Mittelschulen, der Lizeen, über den unserer lateinlosen Realschulen nicht hinaus. Überdies bestehen in Chile eine ganze Reihe von

Handelsschulen. Auf die katholische Kirche einen Teil der Schuld wälzen zu wollen, wie es viel geschieht, halten wir vollends für verkehrt, zumal die männliche Bevölkerung sich nicht gerade durch große Kirchlichkeit auszeichnet.

Wenn man nach entfernteren Gründen forscht, so stößt man auf die physische Eigenart des Landes: auf die Erdbeben-, Krankheits- und sonstigen Gefahren, die, wie alle Unsicherheit, Leichtfertigkeit und Sorglosigkeit sozusagen als psychologisches Antitoxin sich entwickeln helfen, während gleichzeitig die Milde des Klimas dasselbe unmittelbar bewirkt.

Gehen wir aber zum Nächstliegenden über, so scheint uns, daß die Sprunghaftigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und die damit zusammenhängende Unbeständigkeit in der Welt der wirtschaftlichen Werte Unstetigkeit und Unzuverlässigkeit im Volkscharakter verstärkt und insbesondere die im Volke schlummernde Unternehmungs- und Abenteurerlust zu zügelloser Spielsucht und Spekulationswut aufgepeitscht haben.

In dem fast unvermittelten, überaus raschen Übergang von der Haus- zur Verkehrswirtschaft werden wir überhaupt eine wesentliche Erklärung für viele Fehler des Volkscharakters und viele soziale Übelstände zu suchen haben. Wir müssen uns bewußt werden, welch ungeheure Anforderungen an die Tatkraft und die Moral eines Volks die kapitalistische Wirtschaftsweise stellt. In der Naturalwirtschaft spielt sich das Leben in einfachen und festen Formen ab. Durch Recht und Sitte ist der Pflichtenkreis des einzelnen genau umschrieben. Änderungen vollziehen sich langsam und schwerfällig.

Der einzelne wird vom Verbande der Familie oder der Grundherrschaft fest umschlossen. Seine individuelle Freiheitssphäre ist somit sehr beschränkt; vor vielen Gefahren bleibt er aber geschützt. Der Inquilino arbeitet unter dem Zwang der grundherrlichen Disziplin; vor Hunger und Obdachlosigkeit ist er jedoch sicher. Der Hacendado führt ein halb beschauliches, halb wildes, im ganzen wenig arbeitsreiches Landleben; aus den im Grunde engen Verhältnissen gelangt er nicht heraus; von wirtschaftlichen Sorgen bleibt er aber im wesentlichen frei.

Die Geldwirtschaft sprengt die naturalwirtschaftlichen Verkettungen. Der einzelne löst sich von der bisherigen Gemeinschaft los. Der Inquilino zieht in die Stadt oder in die Minen: er wird zum Proletarier, dessen Existenz allein auf flüchtigem Geldlohn ruht. Er kann nun leichter durch Sparsamkeit und Geschick emporkommen; noch leichter aber kann er verschulden und verkommen. Der Hacendado kann durch kaufmännische und industrielle Unternehmertätigkeit große Kapitalien erwerben; er kann Getreide- und Grundstücksspekulationen durchführen. Was er damit aber auch immer erreichen kann, er wird abhängig von der Konjunktur, von den Preisen und Kursen.

Die Geldwirtschaft setzt der Bevölkerung neue, viel weitere Ziele. Sie ruft den Wettstreit hervor. Sie fordert eine viel intensivere Anspannung aller Kräfte heraus. Sie kann latente Energien wecken, ganz neue Begabungen ans Licht bringen.

Nun waren es aber in Chile hauptsächlich die Fremden, die die tausendfach sich bietenden Gelegenheiten zu wirtschaftlicher Leistung verwertet haben. Die Einheimischen genossen vielfach den steigenden Reichtum mit: sei es nun, daß die Arbeit der Fremden den Preis ihres Grundbesitzes gewaltig emportrieb, sei es, daß sie die fiskalischen Zollerträge außerordentlich anschwellen ließ. Den psychologischen Segen der Arbeit genossen sie jedoch nicht mit. Sie waren meist nicht imstande, der Beschaulichkeit und Ungebundenheit der naturalwirtschaftlichen Produktionsweise so rasch zu entsagen, wie die sprunghafte wirtschaftliche Entwicklung es erheischte. Wo sie in die neue Ordnung der Dinge eintraten, vermochten sie sich den ungewöhnlichen Anforderungen an Präzision, Ausdauer, Gewissenhaftigkeit nicht gleich anzupassen. Sie fanden sich in dem maschinenartigen Getriebe nicht zurecht und blieben im alten Schlendrian stecken.

Ohne den neuen Pflichten gewachsen zu sein, suchten sie sich indessen die äußeren Annehmlichkeiten, die ihnen entsprachen, die „Zivilisation", anzueignen und gerieten infolgedessen um so widerstandsloser in die tausendfachen Gefahren moralischer Art, die alle Geldwirtschaft mit sich bringt.

Von vielen der Inquilinos, die von 1850 und besonders von 1880 an die Fesseln der Hörigkeit von sich warfen, gilt fast wörtlich dasselbe, was Schmoller über die Millionen europäischer Arbeiter sagt, „die 1750—1900 aus ihren naturalwirtschaftlichen Verhältnissen herausgerissen wurden, verarmten und verkamen, weil sie ohne Kuh, ohne Schwein, ohne kleine Kartoffelwirtschaft nicht sich zurechtfanden, im Betriebe der Großstadt die freie, selbständige Geldwirtschaft nicht erlernten, der Verschuldung bei Bäcker und Krämer, dem Trunk, dem Laster anheimfielen."

Und von den Übelständen, die unter den höheren Ständen in Chile hervorgetreten sind, läßt sich ebenfalls großenteils in den Worten Schmollers reden: „Da mit der Geldwirtschaft die persönlichen Rücksichten zurücktreten, so wird die Härte, die Rücksichtslosigkeit, die Macht der Geldleute leicht zum Krebsschaden der Gesellschaft. Sie kaufen alles, die öffentliche Meinung, oft sogar die Regierung und die Parlamente. Bestechlichkeit, Korruption, Prostitution (die geistige und die körperliche), das Überwuchern der Geldheiraten, der gewissenlose Materialismus, die frivole Lieblosigkeit, die ausbeutende harte Klassenherrschaft, das sind die Züge der extremen Geldwirtschaft."

Wir werden insbesondere zu erörtern haben, wie sich das politische Leben und namentlich das Parteiwesen unter dem Zepter der Geldwirtschaft gestaltet hat.

Ein Gemeinplatz in der wirtschaftspolitischen Literatur des Landes ist die Behauptung, daß die Eroberung der Nordprovinzen und der gewaltige Aufschwung der Salpeterindustrie letzten Endes die Auswüchse im Staatsleben und die Zersetzungserscheinungen in der Gesellschaft hervorgerufen habe. Diesem Gedanken, den Encina für eine hohle Phrase erklärt, liegt ein richtiges Gefühl zugrunde. Denn die Salpeterindustrie hat ja mehr als alles andere der Geldwirtschaft mit all ihren segensreichen, aber auch ihren schlimmen Folgen zum Siege verholfen.

Freilich wird man sich davor hüten müssen zu glauben, daß die Geldwirtschaft und ihre Schäden erst seit dem Kriege hervorgetreten seien. Schon in der Kolonialzeit hat Chile die Schattenseiten der Geldwirtschaft erfahren; für die Zeit nach den Befreiungskämpfen erweisen dies die Schilderungen des Engländers Miers. Dieser ergeht sich in ähnlichen Betrachtungen über den Volkscharakter wie neuerdings der Schweizer Malsch, der Chile nicht nur in geographischer, sondern auch in kultureller und moralischer Beziehung als den letzten Winkel der Welt bezeichnet, oder wie der Chilene Canje (Chile Intimo), der über sein Vaterland so schreibt, wie etwa über die deutschen Verhältnisse ein wissenschaftlich unzurechnungsfähiger Sozialdemokrat schreiben würde.

Das beweist aber nur, daß sich die Schattenseiten der Geldwirtschaft schon gezeigt haben, als diese in den Anfängen steckte. Geldwirtschaft ist immer nur ein relativer Begriff: Natural- und Geldwirtschaft sind, wie Schmoller bemerkt (Grundriß II, S. 93), zu allen Zeiten nebeneinander vorhanden; es kommt eben darauf an, welche von beiden und in welchem Maße sie überwiegt. Der Unterschied zwischen der Gegenwart und Vergangenheit Chiles ist eben der, daß die Geldwirtschaft heute viel weitere Lebenskreise ergriffen und infiziert hat. Poeppigs Darlegungen aus dem Anfang der 30er Jahre, die sich immer durch ernste und lautere Sachlichkeit auszeichnen, geben uns recht. Poeppig weist z. B. auf den großen Unterschied zwischen der ländlichen (in fast völliger Naturalwirtschaft lebenden) und der städtischen (in vorwiegender Geldwirtschaft lebenden) Bevölkerung des Landes. Die Städter besäßen „nicht entfernt die Redlichkeit und Herzlichkeit, welche den Chilenen des Innern auszeichnen.“ Der hervorragende französische Gelehrte Claude Gay drückt sich — unabhängig von ihm — in ganz ähnlicher Weise aus (Agricultura I, S. 74).

Sechzehntes Kapitel.

Der Staat.

1. Die Übergangszeit 1810—1830.

Bekanntlich ist der Abfall der südamerikanischen Kolonien von Spanien nur zum geringsten Teil auf die Wirksamkeit der freiheitlichen Ideen zurückzuführen, die von dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfe und der französischen Revolution ausgingen. Wie das wirtschaftliche Leben, so hatte die spanische Krone auch das geistige Leben der Kolonien dank der mächtigen Hilfe, die ihr die Kirche lieh, so erfolgreich zu bevormunden verstanden, daß revolutionäre Bewegungen nicht hätten aufkommen können, wenn nicht ganz besondere Umstände eingetreten wären. Die spanische Herrschaft in den Kolonien war um so fester begründet gewesen, als man dort ein kunstvoll gezimmertes Schachtelsystem der Gewaltenteilung errichtet hatte. Ein sehr wichtiges Stück dieses Systems war es, daß man den Machtbefugnissen der Gouverneure die Autorität der kolonialen Gerichtshöfe, der Audiencias, entgegenstellte. Wirksamer aber war vielleicht noch der Gegensatz zwischen den Kreolen und Spaniern, den man künstlich verschärfte, wenn nicht überhaupt schuf.

Die Kreolen, d. h. die in den Kolonien geborenen Abkömmlinge der Spanier (nicht zu verwechseln mit den Mestizen, den Mischlingen), waren teilweise mächtige Grundherren geworden, die als solche über die große Masse des Volks herrschten. Sie bildeten eine einflußreiche koloniale Aristokratie, die über die wirtschaftlichen Kräfte des Landes fast unumschränkt gebot. Wenn sie für die spanische Herrschaft nicht eine dauernde Gefahr sein sollten, so mußte ihnen wenigstens die politische Gewalt versagt bleiben. Wohlweislich wurden daher die Staatsämter in der Regel nur mit eigentlichen Spaniern besetzt. Lediglich zu den kolonialen Kommunalverwaltungen, den Cabildos, hatten die Kreolen Zutritt; da das Amt des Stadtrats (Rejidor) einfach versteigert wurde, so konnten sie es kaufen.

Die Kreolen hatten im Grunde keine Ursache, mit dieser Rollenverteilung unzufrieden zu sein. Denn sowohl soziales Ansehen wie wirtschaftliche Macht mitsamt der niederen Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt — die die Cabildos ausübten — waren ihnen hiernach zugefallen. Die breiten Massen aber, die allein leer ausgingen, standen auf so niedriger Bildungs-

stufe und waren so sehr dem geistlichen Regiment unterworfen, daß sie die obwaltenden Verhältnisse als gottgewollt und naturgegeben ansahen. Sie befanden sich, wenigstens in Chile, in einer durchaus erträglichen Lage, die ebensosehr durch die patriarchalische Wirtschaftsverfassung wie durch die kirchliche Sozialpolitik (Feiertage usw.) verbürgt wurde.

So erklärt es sich, warum die revolutionären Ideen in Südamerika zunächst nur sehr wenige Vertreter fanden, und daß diese sich damit anfänglich gar nicht hervorwagten.

Der Anfang des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes war denn auch nur eine Bewegung zugunsten des von Napoleon gefangen gesetzten Königs Ferdinand, die dieselbe Form hatte wie im Mutterlande. Wie dort, so errichtete man auch in Südamerika Juntas im Namen des entthronten Königs. Die Aristokratie in Santiago ernannte eine Junta am 18. September 1810. An den Abfall von Spanien dachte aber zunächst kaum jemand. Nur von einem Manne (Juan Martinez de Rozas) weiß man, daß er von vornherein, jedoch nur heimlich, diesen Plan hegte. Sehr bald trat aber die Absicht der völligen Loslösung vom Mutterlande allgemein und unverhüllt hervor. Man zog gegen die Truppen des Königs ins Feld. Uneinigkeit zwischen den Führern der Patrioten (Carrera und O'Higgins) ließ es allerdings im entscheidenden Augenblick zu keinem geschlossenen Vorgehen kommen, so daß sich die Königlichen von neuem der Herrschaft bemächtigen konnten (1814—1817). Erst mit Hilfe eines argentinischen Heeres, das von dem berühmten Freiheitskämpfer San Martin befehligt wurde, gelang es, die Spanier endgültig zu vertreiben. Der Führer der chilenischen Truppen, Bernardo O'Higgins, der Sohn des hervorragenden chilenischen Gouverneurs und nachmaligen peruanischen Vizekönigs Ambrosio O'Higgins, ergriff mit diktatorischer Vollmacht umkleidet das Regiment.

Im Jahre 1823 mußte er abdanken. Eine Zeit wilder Anarchie beginnt. Revolutionen, Staatsstreiche, Gehorsamsverweigerung der Truppen jagen einander. Neben den materiellen und politischen Interessen ist es vor allem der staatsphilosophische Doktrinarismus, der die Kämpfe dieser Zeit entbrennen läßt: die idealistischen Forderungen übertönen zeitweise alle anderen.

Zu den wunderlichsten Blüten, die der Doktrinarismus trieb, gehörten die vielen Verfassungen, die entworfen und teilweise auch in Kraft gesetzt wurden. Besonders die, die Juan Egaña schrieb, strotzte von lehrhaften und moralisierenden Auseinandersetzungen. „Man glaubt einen griechischen Philosophen zu hören, der Lektionen über Tugend und Sittlichkeit erteilt," so urteilt darüber Cruchaga. Es waren Glaubensbekenntnisse des Naturrechts und der rationalisti-

schen Aufklärungsphilosophie, mit deren Proklamierung man alle Übel des Gesellschaftslebens zu bannen und die moderne Zivilisation zu beschwören hoffte.

Noch heute spielt der Doktrinarismus in Chile, wie wohl überhaupt in Südamerika, eine weit größere Rolle, als gemeinhin angenommen wird. Vielleicht ist er ein schlimmerer Feind geordneter staatlicher Verhältnisse als der nackte politische und wirtschaftliche Eigennutz. Für Chile war es daher ein großes Glück, daß ihm in der Zeit, als alles drunter und drüber zu gehen schien, ein Realpolitiker erstand, der von politischen Dogmen und wirtschaftlichen Theorien nicht viel wußte, der aber einen um so schärferen Blick für das Nächstliegende hatte, und der mit eiserner Faust den jungen Staat in feste, wenn auch enge und starre Formen zwängte. Dieser hervorragende Staatsmann war der Kaufmann Diego Portales.

2. Das autoritäre Regime: 1830—1870.

Unter den Präsidenten: Joaquín Prieto: 1830—1841,
Manuel Búlnes: 1841—1851,
Manuel Montt: 1851—1861,
José Joaquín Pérez: 1861—1871.

Portales gelangte zur Macht durch eine Revolution, die er im Verein mit dem Befehlshaber der Südarmee, dem General Prieto als Führer der Konservativen oder Pelucones, d. h. Perückenträger, Zopfmenschen, ins Werk setzte (Schlacht zu Lircai). Man darf sich nicht vorstellen, daß diese Partei ein ausgesprochenes Programm hatte oder auch nur ein klar umschriebenes Ziel verfolgte; handelte es sich doch bei allen Parteibildungen damals — und auch heute noch — in erster Linie um Gruppierungen auf Grund rein persönlicher Interessen. Aber im allgemeinen hatten sich doch in dieser Partei Anhänger des alten Regimes, Anhänger einer autoritären Regierungsform zusammengeschlossen, die sich zwar nicht nach der kolonialen Anhängigkeit, aber doch nach einer festen und energischen Staatsgewalt zurücksehnten, die der Freiheitsschreier überdrüssig geworden waren und auf individualistische Utopien nichts mehr gaben. Wie groß das Streben nach geordneten Verhältnissen war, das zeigt das rasche Anwachsen der siegreichen Partei, das trotz vielfältiger politischer Sonderinteressen erfolgte.

Allerdings war mit Portales eine Persönlichkeit an die Spitze getreten, der durch die Vereinigung zweier Eigenschaften, die sich selten in einer Person beisammen finden, im höchsten Grade geeignet war, ehrgeizige und schwer lenkbare Elemente zu beherrschen. Denn mit eiserner Strenge und zielbewußter Energie wußte er Selbstlosigkeit und Bescheidenheit zu verbinden. Vielleicht war seine größte Tat die, daß er allen Ver-

suchungen, sich selber mit der höchsten Würde zu bekleiden, standhielt und sich mit der Rolle des mächtigen Ministers des Generals Prieto begnügte, ohne sie im geringsten seinem eigenen Vorteil dienstbar zu machen, so daß er als ein armer Mann starb. Er fiel im Jahre 1837 durch Mördershand.

Die Sehnsucht nach Bismarcks etwas unbequemer, aber warmer Wolljacke einer starken Staatsgewalt und der mächtige Wille eines Mannes, der die tieferen Bedürfnisse seines Volks, genauer: der herrschenden Oberschicht, klar erkannte, machen das Wunder verständlich, daß Chile im Jahre 1833 eine Verfassung erhielt, die von allen individualistischen Überschwenglichkeiten frei war, die im Grunde nur eine vorsichtige Weiterbildung der kolonialen Regierungsform darstellte.

Dem früheren Gouverneur als dem Vertreter der absoluten Königsgewalt entsprach jetzt ein Präsident, der monarchenähnliche Prärogativen hatte; der Audiencia als der Kontrollinstanz für die Handlungen des Gouverneurs entsprach ein Senat. Etwas völlig Neues war eigentlich nur die Deputiertenkammer. Statt daß diese aber, wie es dem Wesen einer modernen Republik entsprochen hätte, oberstes Organ gewesen wäre, war sie von vornherein zu fast völliger Bedeutungslosigkeit verdammt.

Der Präsident, der ohne weiteres die Staatsbeamten ein- und absetzen konnte, der die Provinzial- und Kommunalverwaltungen nach französisch-zentralistischem System an der Hand hatte, war dem Parlament gegenüber wie mit dem Recht der Gesetzesinitiative so auch mit fast absolutem Vetorecht ausgestattet. Die Gegnerschaft des Parlaments hatte er aber kaum zu fürchten, da er auf die Wahlen so einwirken konnte, daß vorwiegend seinen Anhängern und insbesondere auch seinen Beamten, die Kammermitglieder werden durften (in der Union war das schon damals nicht der Fall), die Mandate zufielen. Er war einer gefügigen Majorität, wenigstens in der Deputiertenkammer, immer sicher. Überdies konnte er unter gewissen Umständen den Belagerungszustand verhängen und einfach im Verordnungswege regieren. Seine Machtbefugnisse erhoben ihn also über manchen König. Von einem solchen unterschied er sich eigentlich nur durch begrenzte Regierungsdauer. Er wurde für fünf Jahre gewählt; tatsächlich betrug aber die Präsidentschaftsperiode zehn Jahre, denn da eine einmalige Wiederwahl zulässig war, so war sie ihm bei seinem Einfluß auf die Wahlen auch sicher.

Wenn es richtig ist, daß jede Wirtschaftsverfassung einer bestimmten Staatsform bedarf; wenn es richtig ist, daß sich für die Anfänge einer arbeitsteiligen und verkehrsreichen Volkswirtschaft der Absolutismus am besten eignet, so erklärt sich mit der Verfassung vom Jahre 1833, daß der große geldwirt-

schaftliche Aufschwung des Landes im Zeitraum 1830—1860 verhältnismäßig ungestört und harmonisch, ohne schwere Schädigungen für das Staats- und Gesellschaftsleben, vor sich ging. Die Glanzzeit des autoritären Regimes war die Regierungszeit von Manuel Montt. Wir haben gesehen, daß die materiellen Fortschritte des Landes damals, in den 50er Jahren, besonders groß waren; jetzt können wir hinzufügen, daß ohne die umsichtige und tatkräftige Regierung Montts und seines Ministerpräsidenten Antonio Varas sich die Dinge nicht so gedeihlich entwickelt und sich nicht so, wie es der Fall war, auch auf das geistige Leben übertragen hätten. Es bedurfte eben einer starken Regierungsgewalt, um den Reichtum in produktive und heilsame Bahnen zu lenken. Das beste Beispiel dafür ist wohl die Hypothekenkasse, die nur durch einen Varas zu einer segensreichen Institution werden konnte.

Es scheint aber, daß eine hochentwickelte Geldwirtschaft absolutistische Staatsformen auf die Dauer nicht duldet. Mit ihr entsteht eine mächtige Plutokratie, eine reiche Bourgeoisie, die sich den Einmischungen der Regierung und der Bureaukratie widersetzt, oder die den Einfluß der bisherigen halb feudalistischen Aristokratie der Grundherren niederzukämpfen sucht.

Auch in Chile ist derartiges zu beobachten gewesen. Allerdings verbirgt es sich hinter vielen Einzelheiten oder wird teilweise durch andere Momente überdeckt, die gleichfalls zur Untergrabung des autoritären Regimes beigetragen haben, wie insbesondere das Aufkommen einer klerikalen Bewegung.

3. Der politische Zersetzungsprozeß: 1871—1891.

Unter den Präsidenten: Federico Errázuriz: 1871—1876,
Aníbal Pinto: 1876—1881,
Domingo Santa Maria: 1881—1886,
Manuel Balmaceda: 1886—1891.

Die demokratischen Bewegungen, die in den 40er Jahren die Throne Europas erschütterten, hatten sich auch nach Chile fortgepflanzt. Manche unter den jüngeren Politikern wurden damals zu Gegnern der herrschenden Regierungsform. Das zeigte sich schon bei den Präsidentschaftswahlen Ende der 40er Jahre. Allerdings würden die liberalen und radikalen Ideen damals keinerlei praktische Bedeutung gewonnen haben, wenn sich mit ihnen nicht noch andere Bestrebungen verbündet hätten.

Hauptsächlich partikularistische Interessen spielten noch mit. Während Manuel Montt nämlich von der Regierung in Santiago zum Nachfolger von Bulnes ausersehen wurde, stellte Concepcion, die Metropole des Südens, die von jeher die eifersüchtige Nebenbuhlerin der Landeshauptstadt gewesen war,

den Befehlshaber der Südarmee, den General Cruz, als Gegenkandidaten auf, wobei sie mit der Unterstützung der Liberalen rechnete, obwohl sie deren Glaubensbekenntnis durchaus nicht teilte. Als der Regierungskandidat den Sieg davontrug, griff General Cruz zu den Waffen. Er wurde jedoch in der Schlacht bei Loncomilla im Jahre 1851 so vollständig besiegt, daß auch dem Liberalismus vorderhand alle Hoffnungen schwinden mußten und daß das herrschende Regime zunächst völlig gesichert schien.

Da erwuchsen diesem plötzlich ganz neue Gefahren. An die Spitze der Kirche war in Chile der Erzbischof Valdivieso getreten, eine Kraftnatur, ein energischer Verfechter kirchlicher Herrschaftsrechte, der im Jahre 1857 eine geringfügige Kompetenzstreitigkeit zum Ausgang eines klerikalen Feldzugs gegen die Regierung nahm und so der Urheber einer scharfen Spaltung innerhalb der konservativen Partei wurde. Die Anhänger der Regierung sonderten sich unter dem Namen der nationalen Partei oder der Montt-Varisten (d. h. der Anhänger von Montt und Varas) von der klerikalen Gruppe ab, die den Namen der konservativen Partei beibehielt.

Zur gemeinsamen Bekämpfung der Regierung schlossen sich nunmehr die Klerikalen mit den im Jahre 1851 besiegten Liberalen zu der sogenannten Fusion zusammen; ein Bündnis, das sehr unnatürlich erscheinen würde, wenn man nicht berücksichtigte, daß alle Parteibildung in Chile immer vorwiegend persönliche Beweggründe gehabt hat. Immerhin waren nicht alle Liberalen bereit, sich der Koalition anzuschließen Diese wenigen spalteten sich als radikale Partei ab.

Daß der Liberalismus übrigens gerade jetzt nicht nur ein Aushängeschild persönlicher Interessen war, sondern in gewisser Beziehung wirklicher Wesensausdruck sozialer Neubildungen war, das zeigt sich darin, daß er viele Anhänger besonders in den Minenprovinzen fand, wo sich eine reiche Bourgeoisie derzeit bildete. Ja, in Copiapó übernahm ein Minenmagnat selber die Führung und setzte im Jahre 1859 eine Revolution ins Werk.

Sie wurde zwar niedergeworfen, aber bei den neuen Präsidentenwahlen traten ihre Tendenzen doch so wirksam hervor, daß im Jahre 1861 nur ein lauer Anhänger der Regierungspartei, José Joaquín Perez, an die Spitze des Staates gelangte, ein Mann, der sich sehr bald auf die Seite der Fusionsparteien hinüberziehen ließ und sich dazu verstand, ein klerikal-liberales Ministerium zu ernennen. Jetzt waren also die Montt-Varisten in die Opposition gedrängt worden und verbündeten sich nun mit ihren früheren Gegnern, den Radikalen. Gleichzeitig nahmen sie den Kampf gegen das herrschende Regime auf. Daß sie, die bisherigen Befürworter einer starken Regierungs-

gewalt, ihr Programm mit einem Male einfach umkehrten, erklärt sich mit der unsachlichen, persönlichen Natur der Parteikämpfe; jetzt waren eben sie die von der Staatskrippe verdrängte Opposition, die um so größere Aussicht hatte, den alten Platz zurückzuerobern, je schwächer die Regierung war. Dagegen war jetzt die liberal-konservative Fusion die treue Hüterin der Verfassung von 1833 geworden. Ein Systemwechsel machte sich fast nur insofern fühlbar, als die klerikalen Interessen nun begünstigt wurden.

Die Opposition setzte nun gegen die Kirche einen heftigen literarischen Feldzug in Szene. Erbitterte Abwehr war die Folge. Ja die Klerikalen ließen sich zu den maßlosensten Gegenangriffen hinreißen. Sie brachten es unter anderem dahin, daß die Deputiertenkammer gegen den obersten Gerichtshof, dessen Präsident Montt geworden, eine Anklage beim Senat einbrachte, die völlig aus der Luft gegriffen war. Durch dergleichen verscherzten sie sich natürlich viele Sympathien. — Beiläufig sei erwähnt, daß in den Jahren 1865—1866 ein letzter Versuch Spaniens, seine Herrschaft in Südamerika wiederherzustellen, siegreich hatte abgewehrt werden können, ohne daß die innere Politik davon wesentlich berührt worden wäre.

Als Errazuriz im Jahre 1871 Präsident wurde, war die Fusion zwar noch immer am Ruder, aber eine Schulreform in klerikalem Sinne, die schwere Mißbräuche zur Folge hatte, führte zum Sturz des konservativ-liberalen Ministeriums und zur völligen Auflösung der Fusion.

Die Liberalen vereinigten sich jetzt mit den Montt-Varisten und Radikalen zu einer antiklerikalen Koalition, zu einem neuen „Liberalismus", der, zur Herrschaft gelangt, in staatlicher Beziehung natürlich ziemlich konservativ gestimmt war. Immerhin zeigten sich die sachlichen Tendenzen jedoch stark genug, um einige Verfassungsänderungen herbeizuführen. Schon 1871, kurz bevor die Amtszeit des Präsidenten Perez ablief, hatte man die Präsidentschaftsperiode durch das Verbot der Wiederwahl verkürzt. Im Jahre 1874 wurde die Befugnis des Präsidenten zur Verhängung des Belagerungszustandes eingeengt; einige Staatsämter wurden für unvereinbar mit dem Mandat zum Kongreß erklärt und so wurden noch einige weitere Einschränkungen der Präsidialgewalt und andere Reformen in demokratischem Sinne vorgenommen. Hier beginnt also die Zersetzung des autoritären Regimes; allerdings waren diese Änderungen noch ziemlich belanglos oder doch ohne großen praktischen Erfolg.

Während also die alte Form in der Hauptsache noch blieb, hatte sich aber doch jetzt schon inhaltlich ein wesentlicher Wandel vollzogen: die Regierung hatte nicht mehr eine einheitliche, festgefügte Partei hinter sich. Denn noch brüchiger

als die konservativ-liberale Fusion gewesen war, wurde jetzt die liberale Koalition. Die Folge war, daß unter dem sehr zu Kompromissen neigenden Präsidenten Aníbal Pinto zahlreiche Kabinettskrisen stattfanden. Mehr und mehr ging der Staatsleitung die alte Stetigkeit und Festigkeit verloren. Damit erklärt sich teilweise, daß die Wirtschaftskrisis, die um diese Zeit über das Land hereinbrach und im Jahre 1878 ihren Höhepunkt erreichte, zur Papierwährung führte.

Im Jahre 1879, als der Krieg gegen Peru und Bolivien entbrannte, schien die alte Staatskraft wiedergekehrt zu sein. Dank der Einmütigkeit aller Volkskreise und dem Heldenmut des Heeres wurde er siegreich durchgeführt. Bald begann aber der Parteihader und der innere Zwist von neuem. Unter dem energischen Präsidenten Santa Maria wirkten die antiklerikalen Parteien in einem Kulturkampf zusammen, der die schärfsten Formen annahm und mit der Verstaatlichung der Kirchhöfe und der Einführung der Zivilehe einen gewissen Abschluß fand. Das eigentliche Ergebnis war aber weder eine wirkliche Schwächung der Klerikalen noch ein festerer Zusammenschluß der Liberalen. Die Eigenmächtigkeiten des Präsidenten bei Stellenbesetzungen hatten vielmehr die Tendenz zur Parteizersplitterung nur gefördert.

Zu diesen Eigenmächtigkeiten wurde auch gerechnet, daß Santa Maria seinen Minister Balmaceda zum Nachfolger bestimmte; da dem Präsidenten der Einfluß auf die Wahlen nach wie vor geblieben war, so war er auch imstande, seinen Willen durchzusetzen. Aber von Anfang an hatte es Balmaceda mit einer starken Opposition zu tun.

Balmaceda ist der letzte der Präsidenten des alten Regimes, der monarchischen Präsidenten, wie man sie nennen möchte. Seine Regierungszeit erscheint als die letzte große Kraftprobe, die die Präsidialgewalt unternahm, das Parlament unter ihren Willen zu zwingen; es ist der letzte Versuch des republikanischen Absolutismus, die emporstrebende Oligarchie niederzuwerfen. Für diesen Zweck setzte Balmaceda die ganze Machtfülle ein, die die Verfassung ihm übertrug. Wie die Monarchen der Aufklärungszeit, verwendete er die reichen Mittel, die dem Fiskus infolge der geldwirtschaftlichen Fortschritte des Landes zuflossen, zu vielseitiger staatlicher Kulturarbeit: Staatsbauten, Erweiterung des Schulwesens gehören dahin.

Wie sehr sich das Parlament gegen diese vielleicht überstürzten Maßregeln auflehnte, wie oft der Präsident die Ministerien wechseln und immer neue Majoritäten zu bilden versuchen mußte, er vermochte es, seinen Willen durchzusetzen. Erst gegen das Ende seiner Regierung kam es zum offenen und unheilbaren Bruch. Der Kongreß hatte seine ordentlichen

Sitzungen geschlossen, ohne das Budget bewilligt zu haben, der Präsident aber, statt ihn zu außerordentlichen Sitzungen zu berufen, setzte selbstherrlich den Etat des Vorjahres in Kraft. Ein blutiger Bürgerkrieg sollte die Lösung des Konflikts bringen, und er brachte sie zugunsten des Parlaments. Als Balmaceda seine Sache verloren sah, flüchtete er sich in die argentinische Gesandtschaft, wo er sich das Leben nahm. Er hinterließ einen Brief, der als sein politisches Testament gilt, und worin es heißt:

„Solange in Chile der Parlamentarismus so weiter herrscht, wie man ihn ausgeübt hat und wie ihn die siegreiche Revolution aufrechterhalten wird, kann es weder freie Wahlen geben noch Parteiorganisationen, die die Festigkeit des Staates gewährleisten ... Nur bei einer Gewaltenteilung, die auch der Exekutive eine gewisse Unabhängigkeit einräumt, kann ein gesundes Parteiwesen entstehen und der Staatswille harmonisch sich bilden ... Der Parlamentarismus hat auf den Schlachtfeldern triumphiert, aber Dauerndes ist damit nicht errungen. Entweder führen Überlegung, Einsicht und Vaterlandsliebe zu ruhigen und vernünftigen Reformen und zur Organisierung einer wirklich repräsentativen Regierung, oder es müssen sich früher oder später die alten bedauerlichen Wirren erneuern, und zwar zwischen denen gerade, die jetzt vereint die Revolution ins Werk gesetzt haben und die nur solange zusammengehalten haben, als der Sieg noch nicht errungen war."

4. Die Parlamentsherrschaft seit 1891.

Unter den Präsidenten: Jorge Montt: 1891—1896,
Federico Errázuriz: 1896—1901,
Germán Rieco: 1901—1906,
Pedro Montt: 1906—1910,
Ramon Barros Luco: 1910—1915.

Mit dem Sturze Balmacedas war das Schicksal des autoritären Regimes besiegelt. Die Verfassungsänderungen, die in den Jahren 1891—1893 von den siegreichen Revolutionsparteien durchgeführt wurden, bedeuten den völligen und endgültigen Bruch mit der alten Regierungsform, soweit diese der Präsidialgewalt das Übergewicht über den Kongreß gegeben hatte. Viele der wichtigsten Prärogativen wurden dem Staatsoberhaupt gekürzt oder genommen. Sein Vetorecht wurde erheblich eingeschränkt. Der Einspruch des Präsidenten war von nun an jedem Gesetz gegenüber unwirksam, wenn die Kammern mit Zweidrittelmehrheit dafür eintraten. Ohne Rücksicht auf den Willen des Präsidenten konnte jetzt der Kongreß zusammentreten, wenn seine Majorität es wünschte. Die Staatsbeamten sowie die Unternehmer, die mit dem Fiskus geschäftlich in Verbindung stehen, konnten nicht mehr in den

Kongreß gewählt werden (Ley de incompatibilidades). Besonders wichtig war die Einführung der „autonomen Kommune", d. h. die Durchführung der kommunalen Selbstverwaltung. Vorher hatten zwar unmittelbar vom Volke gewählte Gemeindekörperschaften bestanden, diese waren aber von der Regierungsgewalt in jeder Beziehung abhängig gewesen. Das wurde nun anders; denn der Regierung wurde nun nur ein fast belangloses Aufsichtsrecht über die Kommune zugestanden.

Die bedeutendste aller Neuerungen aber war die Reform des Wahlrechts, sofern die Aufstellung der Wählerlisten der Regierung entrissen und auf die Kommunen übertragen wurde.

Damit wurde dem Präsidenten die Möglichkeit genommen, wie bisher die Wahlen in seinem Sinne zu beeinflussen. Bisher hatte er durch die von ihm abhängigen Beamten einen sehr wirksamen Druck auf die Wählermassen ausüben können und war so in der Lage gewesen, in den Kongreß eine gefügige und starke Regierungspartei zu bringen. Damit war es jetzt vorbei.

Die Wahlbeeinflussungen, wie sie der Präsident ausgeübt hatte, waren natürlich ungesetzlich gewesen. Oft genug waren Gewaltmaßregeln ergriffen worden, um widerspenstige Wähler gefügig zu machen. Oder man hatte tausend Listen angewandt, um das ersehnte Ergebnis zu erzielen. Wenn daher die Wahloperationen dem Bereich der Staatsgewalt entrückt wurden, so tat man damit scheinbar ein gutes Werk im Interesse der Wahlfreiheit und des demokratischen Prinzips. In Wirklichkeit spielte man aber dadurch die ganze Fülle des Wahlrechts in die Hände der mächtigen Oberschicht, der Aristokratie und Plutokratie. In den ländlichen Wahlkreisen waren es jetzt die großen Grundherren, die ihre Leute an die Urne schickten. Dem mobilen Kapital blieb dafür die Herrschaft über die städtischen Wählermassen. Diese Herrschaft wird in der Form des Stimmenkaufs ausgeübt. Nur in vereinzelten Fällen haben sich die städtischen Proletarier selbständig genug gezeigt, eigene Kandidaten aufzustellen. Im allgemeinen ziehen sie es vor, ihr Wahlrecht zu verschachern. Je nach der Lage der Dinge schlagen sie viel oder wenig dabei heraus. Man kann sagen, daß einem Kandidaten zur Deputiertenkammer der Wahlfeldzug 30—50 000 $ und zuweilen sogar an die 100 000 $ kostet. Wer Senator werden will, muß dagegen 100—200 000 $, wenn nicht mehr, aufwenden.

Es läßt sich denken, wie erbittert der Wahlkampf wird, da solche Summen auf dem Spiel stehen. Im Grunde ist der Stimmenkauf das ehrlichste aller üblichen Wahlmanöver. Den Rattenkönig von Fälschungen und Betrügereien, die daneben üblich sind, wollen wir nicht näher untersuchen.

Um demgegenüber gerecht zu bleiben, wird man sich daran erinnern müssen, welche Unsumme von Unmoral auch in anderen parlamentarisch regierten Ländern bei den Wahlen zutage tritt.

Die nächste Folge der neuen „Wahlfreiheit“ ist gewesen, daß der Kongreß mehr als früher die Vertretung plutokratischer und feudalistischer Sonderinteressen geworden ist. Der besitzlosen Intelligenz, den aufstrebenden Talenten ist der Zutritt erschwert. Vielfach wird auch (z. B. im Buche von Martin) das Gesetz über die Unvereinbarkeit eines Staatsamtes oder eines fiskalischen Auftrags mit einem Mandat zum Kongreß als Grund dafür angegeben, daß häufig gerade die begabtesten Elemente von dem parlamentarischen Leben fernbleiben müßten, doch insofern zu Unrecht, als schon die „Wahlfreiheit“ dasselbe bewirkt.

Das Sinken des geistigen Niveaus im Kongreß und seine größere Annäherung an die plutokratischen Interessen wäre aber verhältnismäßig ungefährlich, wenn sich eine starke Partei hätte bilden können, die zu einer zielbewußten und stetigen Politik imstande wäre. Unglücklicherweise hat aber der von keiner absolutistischen Gewalt gehemmte Kampf der oligarchischen Interessen zu einer Parteizersplitterung geführt, die eine wahre Anarchie des politischen Lebens bedeutet.

Die diesjährigen Wahlen haben folgendes Ergebnis gehabt:

	Deputiertenkammer	Senatorenkammer
Konservative	29	9
Liberaldemokraten	28	9
Liberale	22	12
Radikale	22	3
Nationalisten	12	2
Demokraten	5	1
Parteilos	—	1
	118	37

Das sind sechs Parteien, die fast ebenso viele Kombinationen eingehen können, wie die Mathematik erlaubt. Denn in der einen Beziehung liegen die Dinge heute genau so wie früher: keine Partei befolgt ein Programm oder hat überhaupt so etwas, was man Prinzipien nennen könnte. Mit einer Ausnahme: die Konservativen sind die ausgesprochenen Anhänger der Kirche, und die Radikalen sind ebenso ausgesprochen ihre Gegner. Im übrigen aber die Parteien nach sachlichen Bestrebungen, als Vertreter bestimmter Weltanschauungen charakterisieren zu wollen, wäre vergebliche Mühe. In wirtschaftspolitischer Beziehung bestehen keine prinzipiellen Gegensätze. Höchstens kann man die Demokraten als Vertreter der Arbeiter-

klasse ansehen. Doch sind sie es nicht entfernt in der Weise wie die sozialistischen Parteien in Deutschland, Frankreich oder England. Unter allen Parteien finden sich Anhänger der Goldwährung und gleichzeitig solche der Papierwährung. Ebenso finden sich Protektionisten und Freihändler in allen Lagern. Oder vielmehr: es gibt überhaupt sehr wenige Politiker, die das eine oder das andere sind. Sie sind durchweg Opportunisten. Denn die Doktrinäre, deren es früher vielleicht zu viele gab, sind im Aussterben begriffen.

Die politische Gruppenbildung ist heute noch mehr als früher eben nur persönlicher, nicht sachlicher Natur. Man könnte fast sagen: die Parteien unterscheiden sich fast nur wie ein Regiment vom anderen. Im Parteikampfe sind sie taktische Einheiten, deren Vorgehen nur durch die zufällig vorliegenden Verhältnisse bestimmt wird. Jede einzelne hat aber dabei doch ihre eigentümliche Tradition, die allerdings nur bei Tischreden und sonstigen festlichen Gelegenheiten eine Rolle spielt. Und hat auch eine gewisse gesellschaftliche Stellung.

Die Konservativen sind, um im Bilde zu bleiben, die Garde. Sie fühlen sich in feierlichen Stunden als die Erben der Sieger von Lircai, der Väter des absolutistischen Regimes. Zu ihrer Fahne schwören im allgemeinen die vornehmsten Familien des Landes. Es gehört sozusagen zum guten Ton, sich ihnen anzuschließen. Sie sind die schärfsten Vertreter der feudalistischen, plutokratischen und klerikalen Interessen, wenn auch nicht in demselben Sinne wie die Konservativen in Deutschland.

Den Konservativen am nächsten steht etwa die nationale Partei oder die der Montt-Varisten, zu der ebenfalls viele Grundbesitzer zählen.

Die Liberalen lassen sich am wenigsten kennzeichnen, denn sie rekrutieren sich aus verschiedenen Kreisen. Sie haben den Namen der Partei geerbt, die unter Errazuriz ans Ruder kam, aber nur den Namen. Ein Teil der jüngeren Elemente freilich bekennt sich aufrichtig zu den alten Idealen. Als eine Art Ausgleichs- und Mittelpartei pflegt sie die Präsidentschaftskandidaten zu stellen.

Die Radikalen treten, wie schon erwähnt, als entschiedene Gegner der Kirche hervor. Unter ihnen finden wir die meisten doktrinären Politiker. Sie stützen sich hauptsächlich auf den demokratischen oder, besser, auf den antiaristokratischen Mittelstand, aber auch auf die Minenbevölkerung des Nordens und die Protestanten europäischer Abstammung im Süden.

Das geringste Ansehen genießen wohl die Liberaldemokraten oder Balmacedisten, die früheren Anhänger Balmacedas. Nach dem Siege der Opposition verloren viele von ihnen Amt und Stellung. So wurde diese Partei die der „entrechteten" Mittel-

schicht. In ihren Reihen finden sich viele ämterhungrige Elemente aus dem „Mediopelo". Doch gehören ihr gleichzeitig einige der vornehmsten Familien an.

Auch die demokratische Partei entstand unter Balmaceda im Jahre 1887. Sie will die proletarischen Interessen vertreten. Vorderhand spielt sie keine Rolle.

Was den Parteien die Farbe gibt, sind also in erster Linie historische Reminiszenzen, die aber keine praktische Bedeutung haben, und ferner ist es ihr gesellschaftlicher Rang, in dem nur ganz rudimentär das Moment der Klassenvertretung zum Vorschein kommt.

Trotzdem sind die Parteien teilweise sehr straff, fast militärisch, in den politischen Klubs, den Juntas, Centros, Asambleas, organisiert [1]. Es sind vielerlei Abhängigkeiten, gesellschaftliche, verwandtschaftliche, geschäftliche, die das Bindemittel abgeben; bei einigen Parteien ist es auch im wesentlichen die Person des Führers. So mächtig wie in Argentinien sind die chilenischen Parteihäupter aber nicht, schon weil sie nicht, wie dort, bei den Wahlen ausschlaggebenden Einfluß haben.

Von den argentinischen Parteien sagt Julius Wolff (Die argentinische Währungsreform von 1899, Schmollers Forschungen), sie seien ausnahmslos nichts anderes als Vereinigungen zur gegenseitigen Förderung der persönlichen Interessen ihrer Mitglieder. In derselben Schärfe läßt sich das nun von den chilenischen Parteien nicht sagen, da es unter ihnen, besonders wohl unter den Konservativen, viele durchaus gemeinnützig handelnde Politiker gibt. Da in Chile im Gegensatz zu Argentinien den Volksvertretern keine Diäten zugestanden werden, so fällt hier ein egoistischer Antrieb im Parteileben fort.

Und doch ist auch in Chile die parlamentarische Korruption erschreckend groß. Es ließe sich geradezu ein ganzes System dieser Korruption aufstellen; die verhüllte gesetzgeberische Begünstigung von Sonderinteressen würde dann den breitesten Raum einnehmen, aber auch der nackte Raub von Staatseigentum müßte darin einen Platz finden.

[1] Der Club de la Union in Santiago mit seinen fast 2000 Mitgliedern muß ebenfalls an dieser Stelle genannt werden. Er hat allerdings an sich keinen politischen Charakter und umschließt daher Angehörige aller Parteien. Die wichtigste Aufnahmebedingung ist der Besitz einer der Aktien des Vereins (der die Rechtsform der Aktiengesellschaft hat). Eine solche Aktie stellt ein Objekt von mehreren 1000 $ dar. Begreiflicherweise ist der Klub der Sammelplatz der vornehmen Santiaguiner Herrenwelt, die nun in seinen luxuriösen Räumen nicht nur frühstückt, Zeitungen liest und Billard spielt, sondern auch kommerzielle und politische Geschäfte abschließt. Man kann sagen, daß bis zu einem gewissen Grad die Politik des Landes im Club de la Union gemacht wird.

Mit das verderblichste Ergebnis der parteipolitischen Interessenspiels ist ein fortwährender Kabinettswechsel, durch den alle Stetigkeit in der Regierung zur Unmöglichkeit wird. Ein Ministerium hat schon deswegen keine Aussicht auf längere Dauer, weil die eigenen Parteigenossen seine schlimmsten Feinde sind, denn jeder wartet mit Spannung auf die Gelegenheit, selber ins Kabinett zu kommen. Da die einzelnen Parteien so klein sind, daß immer nur eine Koalition die Mehrheit bilden kann, so bedarf es nur des Abfalls der einen von den verbündeten Parteien, um das Ministerium zu stürzen. Vielleicht würden die Dinge anders liegen, wenn das Mandat zur Volksvertretung, wie es z. B. in der Union der Fall ist, mit dem Sitz im Kabinett unvereinbar wäre. Solche „Inkompatibilität" würde gleichzeitig eine Stärkung der Präsidialgewalt bedeuten.

Die parlamentarische Korruption hat in der Korruption der Staatsverwaltung ein Gegenstück. Wie überall in Südamerika, so fehlt es auch in Chile an einer absolut integren Bureaukratie. Die Bestechlichkeit der Zollbeamten ist notorisch. Am meisten wird der Korruption durch die schlechte Besoldung der Staatsämter Vorschub geleistet.

Der oft nötige Nebenverdienst wird natürlich zumeist auf ehrliche Weise erworben, was dann aber die Beamten zu doppelter, vielleicht sogar dreifacher und vierfacher Berufstätigkeit zwingt. Damit wird auch von Staats wegen gerechnet, wie sich daraus ergibt, daß z. B. in den Ministerien nur für den Nachmittag Dienststunden angesetzt sind. Begreiflicherweise trägt dies System zur Hebung der amtlichen Leistungen nicht bei. Auch ist es für die soziale Stellung der Beamten von Nachteil.

Wie wir schon einmal erwähnten, ist mit dem Staatsdienst in Chile lange nicht dasselbe soziale Ansehen verknüpft, wie bei uns in Deutschland, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, daß die Aristokratie sich durchaus nicht sehr beflissen zeigt, in die Verwaltung einzudringen.

Es ist nun wohl kaum möglich, Ursache und Wirkung hierbei zu unterscheiden. Das eine ist aber klar: durch die soziale Hebung der Bureaukratie wäre außerordentlich viel zu erreichen. Dazu wäre aber erforderlich, die Gehälter zu erhöhen, die Zahl der Beamten einzuschränken, die Aufnahme und die Entlassung von sachlichen Motiven abhängig zu machen. Derartiges ist aber wohl nur unter einer gänzlich anderen Regierungsform denkbar.

Die schlimmste Korruption ist seit der Einführung der Selbstverwaltung in den Kommunen hervorgetreten. Das Gesetz vom 22. Dezember 1891 hat sie ganz nach schweizerischem Muster umgestaltet. Sie erhielten eine Reihe von Steuern

zugewiesen und gleichzeitig wurde ihnen eine große Fülle neuer administrativer Befugnisse zuerkannt.

Die Folge davon ist gewesen, daß auf dem Lande die Grundherren die Kommunalgewalt an sich gerissen und teilweise in ihrem eigensten Interesse mißbraucht haben, während in vielen Städten die Stadtväter eine verderbliche Schleuder- und Raubpolitik getrieben haben. In der Hauptstadt insbesondere wurden die Zustände schließlich so unheilvoll, daß der Staat eingriff: die Kommunalwahlen, die 1912 in Santiago vorgenommen wurden, erklärte das Gericht wegen vorgekommener Fälschungen für ungültig und der Intendent übernahm bis auf weiteres die Stadtverwaltung. Santiago wurde jetzt wie vor 1891 regiert [1].

Dieses energische Vorgehen, die Frucht langjähriger Arbeit zweier sehr einflußreicher Persönlichkeiten, hat viele mit der frohen Hoffnung erfüllt, daß etwas Analoges dem parlamentarischen Treiben gegenüber geschehen könnte. Vielleicht, daß die 1912 gegründete Liga de Accion Cívica, unter deren Mitgliedern die vornehmsten Namen zu finden sind, einen kleinen Anfang dazu bedeutet. Sie ist eine private Vereinigung, die als ihren ersten Zweck eine durchgreifende Kommunal- und Wahlreform hinstellt.

Zum mindesten ist sie einer der vielen Beweise dafür, wie schmerzlich man im Lande und besonders auch unter den herrschenden Klassen die furchtbaren Mißstände im Staatsleben empfindet. Gerade die Tatsache, daß das volle und schmerzende Bewußtsein des Übels vorhanden ist, zeigt uns, daß es sich dabei nicht um tiefe organische Störungen handelt, sondern nur um funktionelle Leiden, die zu heilen zwar lange und stetige Arbeit erfordern wird, die aber nicht unheilbar sind.

Schon eine durchgreifende Verfassungsänderung würde viel wirken können, denn bis zu einem gewissen Grade handelt es sich nur darum, das notwendige Gleichgewicht der Gewalten im Staate herzustellen. Und ein solches Gegengewicht ist in einem Lande, wo der Demos auf lange Zeit noch unfähig sein wird, die eigenen Interessen wahrzunehmen, wo der kirchliche Einfluß sich fast nur auf die Frauen erstreckt, entweder der Absolutismus oder eine unparteiische und selbstlose Bureaukratie.

Im Grunde kommt es darauf an, daß die überwuchernden, Staat und Gesellschaft vergiftenden Geldinteressen durch andere Mächte in Schranken gehalten werden.

Man hat den Zustand der extremen Geldwirtschaft neuerdings als Amerikanismus bezeichnet. Denn nirgends tritt er

[1] Im Jahre 1913 haben Neuwahlen stattgefunden, die geradezu musterhaft verlaufen sind.

deutlicher und schärfer zutage als in den Vereinigten Staaten. Vielleicht wird die Eröffnung des Panamakanals das Vordringen der Nordamerikaner und des Amerikanismus in Chile begünstigen. Vielleicht wird aber die Angst vor dem gewaltigen „Bruder“ des Nordens das chilenische Volk europäisch-germanischem Einfluß mehr und mehr zugänglich machen und es mit dem erfüllen, was England und Deutschland über alle anderen großen Staaten der Welt erhebt: mit einem starken sozialen und politischen Pflichtbewußtsein.

Quellen und Literatur.

Bei der ungenügenden Zentralisation des Bibliothekwesens und der mangelhaften Organisation des Buchhandels in Chile kann das folgende Quellen und Literaturverzeichnis keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Immerhin glauben wir die wichtigsten Schriften nicht übersehen zu haben.

Allgemeines. Nachbargebiete.

J. E. Wappäus, Handbuch der Geographie und Statistik des ehemaligen spanischen Mittel- und Südamerika . . . Leipzig 1863—1870, S. 727 ff.

Hugo Kunz, Chile und die deutschen Kolonien 1890 (Sammelwerk).

Otto Bürger, Acht Lehr- und Wanderjahre in Chile Leipzig 1909. (Feuilletonistisch.)

Carl Martin, Landeskunde von Chile, Hamburg 1909. (Dieses wichtige Werk bietet auch nationalökonomisch Wertvolles.)

Siegfried Benignus, In Chile, Patagonien und auf Feuerland Berlin 1912. (Aufsätze über Ethnographisches, Zoologisches, Wirtschaftliches.)

Berichte über Handel und Industrie (standen uns leider nicht zur Verfügung).

Enrique Espinoza, Jeografía descriptiva de la República de Chile 5. Aufl., Santiago 1903.

Luis Orrego Luco, Chile contemporáneo. In den Anales de la Universidad, Bd. 114—115, 62. Jahrgang, Santiago 1904 (Araukaner, Kolonialzeit, Verfassung, Parteigeschichte, Presse, Verkehrswesen, Kunst).

Luis Galdámes, Jeografía económica de Chile Santiago 1911 (Gebiet, Bevölkerung, Bergbau, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Kredit, Finanzen).

Egidio Poblete, Elementos de derecho industrial Valparaiso 1912. (Nützlich als Übersicht über einen großen Teil der wirtschaftlichen Gesetzgebung des Landes.)

Außerdem viele rein kompilatorische Arbeiten (Wiener, Robinson Wright, Canto, Poirier usw.).

Revista Económica 1886—1889, 7 Bände. (Diese viele wertvolle Beiträge enthaltende nationalökonomische Zeitschrift hat leider nur vier Jahre bestanden.)

Revista Comercial. (Seit vielen Jahren bestehende kommerzielle Wochenschrift.)

Als Zeitungen kommen in Betracht vor allem: El Mercurio (besteht seit 1827; einige seiner Artikel aus den 50er und 60 er Jahren sind uns von großem Nutzen gewesen), dann La Union und El Diario Ilustrado.

Trabajos del Cuarto Congreso Científico (1. Pan-Americano). Bd. 8—10 enthält: Ciencias económicas y sociales, Santiago 1911. (Über Chile selber nur einige Arbeiten).

Memorias del Ministro de Hacienda. (Erscheinen jährlich; als Anlage der Bericht der Zollbehörde, der Hypothekenkasse und der Delegacion Fiscal de Salitreras.)

Botschaften der Präsidenten. (Jährlich.)

Statistik.

Sinópsis estadística i jeografíca de la República de Chile. Herausgegeben von der Oficina Central de Estadística. (Zuletzt 1909 — das Jahr 1907 betreffend — erschienen.)

Estadística Comercial. (Jährlich.)

Resúmenes del Comercio Exterior de Chile. (Jährlich erscheinender Auszug aus der vorhergenannten Statistik.)

Estadística Minera de Chile; vol. I 1903, vol. II 1904/05, vol. III 1906/07, vol. IV 1908/09. (Herausgeber und Hauptmitarbeiter dieses umfassenden Werkes: Guillermo Yunge. Enthält nicht nur statistisches Material, sondern auch zahlreiche Abhandlungen über bergbauliche Gegenstände.)

Estadística Industrial. (Herausgegeben von der Sociedad de Fomento fabril. Erschienen für 1908, 1909 und 1910.)

Estadística Agrícola. Oficina de Estadística e Informaciones agrícolas. (Dem Ministerium der Öffentlichen Arbeiten bis 1911 unterstellt.)

Durch Gesetz vom 6. Dezember 1911 wurde der statistische Dienst reorganisiert und in der Oficina Central de Estadística, die bisher nur die Sinópsis herausgegeben hatte, zentralisiert. Von den statistischen Publikationen, die nach diesem Gesetz erfolgt sind, haben uns vorgelegen (außer der Estadística Comercial für 1911 und der Estadística Agrícola für 1910/11, die sich selbst in ihrer Form nicht geändert haben):

Anuario Estadístico de la República de Chile. Año 1910. Territorio. Poblacion. Instruccion. Justicia. Culto. Beneficencia.

— — Movimiento Marítimo.

— — Casa de Moneda, Hacienda Pública, Communicaciones, Comercio, Bancos etc.

— — Año 1911. Mineria y Metalurgia.

Evaristo Molina, Bosquejo de la Hacienda Pública de Chile desde la independencia hasta la fecha. Santiago 1898. (Eine sehr verdienstvolle Zusammenfassung aller statistischen Daten über das Finanzwesen der Republik von ihren Anfängen an.)

Resumen de la Hacienda Pública de Chile desde la Independencia hasta 1901, Santiago 1901. (Eine Erweiterung der vorhergehenden Arbeit; doch fallen manche nützliche Hinweise, die sich in jener finden, hier fort.) Sie enthält:

I. Statistik und Gesetze über das Geldwesen.
II. Einnahmen und Ausgaben des Staates.
III. Öffentliches Schuldenwesen.
IV. Staatsvermögen.
V. Einfuhr und Ausfuhr.
VI und VII. Internationale Übersichten.
VIII. Bibliographie über das Finanzwesen.

Gustavo Ibáñez, Recopilación de las disposiciones vigentes relativas á la conversion y emision de billetes, á la acuñacion de monedas y á los bancos. (Eine Art Fortsetzung des vorher genannten Werkes.) Ministerio de Hacienda, Santiago 1912.

Censo de la República de Chile levantado el 28 de noviembre de 1907, Santiago 1908. (Einschließlich einer interessanten Denkschrift der mit der Zählung betrauten Kommission.)

Lautaro Navarro Avaria, Censo jeneral del territorio de Magallanes, 2 Bde., Punta Arenas 1907.
Poblacion calculado de la República de Chile en 1910 i Reseña del movimiento de poblacion del mismo año. Oficina Central de Estadística, Santiago 1912.

Zur Einleitung.
Das Zeitalter der Naturalwirtschaft in Chile.

William H. Prescott, History of the conquest of Peru, new ed., London.
Roscher-Jannasch, Kolonien, Kolonialpolitik und Auswanderung.
Konrad Haebler, Amerika. Helmolts Weltgeschichte. Leipzig 1904.

Peter Schmidtmeyer, Travels into Chile over the Andes in the years 1820/1821, London 1824.
Mary Graham, Journal of a residence in Chile during the year 1822, London 1824.
John Miers, Travels in Chile and La Plata, 2 Bde., London 1826. (Führt eine sehr scharfe Sprache über die sozialen und politischen Verhältnisse.)
Eduard Poeppig, Reise in Chile, Perú und auf dem Amazonenstrome während der Jahre 1827—1832, 1. Bd., Leipzig 1835. (Ein hervorragendes Werk.)
Vicente Perez Rosales, Recuerdos del pasado (1814—1860). Neu herausgegeben in der Biblioteca de Escritores de Chile, Santiago 1910.
Claudio Gay, Historia física y política de Chile. Agricultura, 2 Bde., Paris 1862.
Miguel Cruchaga, Estudio sobre la organizacion económica i la hacienda pública de Chile, Santiago 1878.
Vicuña Mackenna, Historia de Valparaiso 2 Bde., Valparaiso 1869 und 1872.
Diego Barros Arana, Historia jeneral de Chile 16 Bde., Santiago 1884—1902.
Domingo Amunátegui Solar, La sociedad chilena del siglo XVIII: Mayorazgos i títulos de Castilla 3 Bde., Santiago 1901.
— Las encomiendas indíjenas en Chile 2 Bde., Santiago 1909/10.
Victor Domingo Silva, Monografía histórica de Valparaiso, Valparaiso 1910.

Zu Kapitel I.
Die Salpeterindustrie.

Guillermo E. Billinghurst, Los capitales salitreros de Tarapacá, Santiago 1889. (Mit vielen wertvollen historischen Angaben.)
L. Darapsky, Das Departement Taltal, Berlin 1900.
Karl Kaerger, Landwirtschaft und Kolonisation im spanischen Amerika, 2. Bd.: Die südamerikanischen Weststaaten und Mexiko, Leipzig 1901, S. 1—36.
Semper und Michels, Die Salpeterindustrie Chiles, Berlin 1904. (Das umfassendste Werk über den Gegenstand.)
Gandarillas und Ghigliotto Salas (die allerlei statistisches und sonstiges Material sowie eine Bibliographie über den Salpeter hinzugefügt haben), Santiago 1908.
A. Plagemann, Der Chilesalpeter, 1906.
A. Bertrand, La crisis salitrera 1910, Paris 1910.
—, Cuestiones salitreras, Paris 1911.
—, Conferencias sobre cuestiones salitreras, Santiago 1912.

Asociacion Salitrera de Propaganda: Circulares trimestrales.
Memorias de la Delegacion Fiscal de Salitreras i Guaneras. (Erscheinen als Beilagen zur Denkschrift des Finanzministers.)
Actas i Documentos del Consejo Salitrero.
Ferner die bereits genannte Bergbaustatistik.

Zu Kapitel II.

Die Kupferproduktion.

Vicuña Mackenna, La edad del oro en Chile, Santiago 1881.
—, El libro de la plata, Santiago 1882.
—, El libro del cobre y del carbón de piedra, Santiago 1883.
Francisco J. San Roman, Reseña industrial e histórica de la mineria i metalurjia de Chile, Santiago 1894.
Alberto Herrmann, Estado de la mineria de cobre en Chile, Santiago 1900.
—, La produccion en Chile de los metales i minerales mas importantes, de las sales naturales, del azufre i del guano desde la conquista hasta fines del año 1902, Santiago 1903.
Ferd. Gautier, Chili et Bolivie, Etude économique et minière, Paris 1906.
Aufsätze von Diaz Ossa, G. Yunge und Torres Pinto in der Zentenarnummer des Mercurio.
Boletin de la Sociedad nacional de Mineria, 1883—1911. Zahlreiche Artikel.
Hauptquelle für die Gegenwart ist die Bergbaustatistik, insbesondere die von G. Yunge herausgegebene Estadística Minera (siehe oben).

Zu Kapitel III.

Die Landwirtschaft.

Claudio Gay, Agricultura (siehe zur Einleitung). Dies hervorragende Werk des französ. Gelehrten ist die Hauptquelle für die frühere Zeit).
Karl Kaerger, Landwirtschaft und Kolonisation im spanischen Amerika, 2. Bd.: Die südamerikanischen Weststaaten und Mexiko, Leipzig 1901. (Mit dieser ausgezeichneten Arbeit hat das Werk von Gay ebenbürtige Nachfolge gefunden; sie ist noch immer die Hauptquelle für die Gegenwart, obwohl sie in manchen Punkten ein wenig veraltet ist.)
Teodoro Schneider, La agricultura en Chile en los últimos cincuenta años, Santiago 1904. (Berichtet hauptsächlich über die Tätigkeit der Sociedad de Agricultura.)
Francisco Rojas Huneeus, Estado actual de la agricultura en Chile, Santiago 1910. (Broschüre, zu einer Ausstellung in Nordamerika geschrieben.)

Friedrich Johow, Über die chilenische Palme. Verhandl. des deutschen wissenschaftlichen Vereins, Valparaiso 1900. IV S. 325 ff.
José Miguel Irarrázaval, El ganado lanar en Magallanes, Santiago 1910.
Jahresberichte der Viehzuchtgesellschaften.
Boletín de la Sociedad Nacional de Agricultura. (Behandelt fast nur technische Themata.)
Estadística agrícola (siehe oben).

Zu Kapitel IV.

Das Gewerbe.

Keine eingehendere Darstellung vorhanden.
Über Eisen und Kohle siehe die Bergbaustatistik, insbesondere die Arbeiten von Vattiers im 4. Bande der Estadística Minera über Eisen.

Über die Industrie selber: Estadística industrial (siehe oben) und Censo de la República (siehe oben); über Müllerei und Brennerei: Kaerger a. a. O., über die chemische Industrie: Malsch (Deutsche Arbeit in Chile; siehe Kap. XIII).

Über industriellen Protektionismus:

Labor de la Sociedad de Fomento fabril 1883—1908 (Broschüre).
Z. Rodriguez, Estudios económicos, Aufsatz über M. Courcelle Seneuil, Valparaiso 1893.

Boletín de la Sociedad de Fomento fabril, 1883—1912. (Behandelt fast nur technische Fragen.)

Zu Kapitel V.

Die Verkehrsmittel.

Santiago Marín Vicuña, Los ferrocarriles de Chile, 3. Aufl., Santiago 1912.
Über Schiffahrt Aufsätze in den Schriften des Cuarto Congreso Científico (siehe oben).
Statistik in der Sinópsis estadística und im Anuario estadístico, Bd. 3 (siehe oben).

Zu Kapitel VI.

Der Handel.

Literatur nur über das Geschichtliche: Poeppig a. a. O., Miers a. a. O. (siehe zur Einleitung). Außerdem Handelsstatistik.

Zu Kapitel VII.

Die Banken.

Einige historische Angaben bei Roß, Los Bancos de Chile, 1886, und Santelices, Los Bancos chilenos, 1893 (siehe Kap. IX).
Jahresberichte der Kontokorrentbanken.
Amtliche Zusammenstellung dieser Jahresberichte.
Luis Barros Borgoño, La Caja de Crédito hipotecario, Santiago 1912.
Memorias de la Caja de Crédito hipotecario.
Caja de Crédito hipotecario. Informe correspondiente á las operaciones del año 1911, Santiago 1912.
Jahresberichte der Sparkassen. In den Denkschriften der Hypothekenkasse.

Zu Kapitel VIII.

Das Börsenwesen, insbesondere der Devisenmarkt.

Börsenstatuten.
Reglamento de la Cámara de Comercio.

Zu Kapitel IX.

Die Geschichte der Währung und der Konjunkturen.

Mercurio vom 2. Januar 1851: Artikel über Doppelwährung.
Chacon, Artikel im Mercurio vom 24. und 25. Juni 1860.
Courcelle-Seneuil, Artikel im Mercurio vom 14. Mai 1861.
Manuel Miquel, Estudios económicos y administrativos sobre Chile, Santiago 1863.
M. Concha y Toro, La situacion económica, Santiago 1876.
Marcial Gonzalez, Estudios económicos, Santiago 1882.
Agustin Roß, Los Bancos de Chile y la lei que los rije, Valparaiso 1886.

Nicomedes Ossa, Ligeros apuntes sobre el establecimiento y desarollo de los Bancos de Emision de Chile, Revista Económica, Bd. I, Santiago 1886.

Courcelle-Seneuil, Exposición de motivos del proyecto de la ley de bancos de 1860, Revista Económica, Bd. VII, 1889.

Z. Rodriguez, Estudios económicos, Valparaiso 1893.

Ramón E. Santelices, Los Bancos chilenos, Santiago 1893.

Francisco Valdés Vergara, La situacion económica y financiera de Chile, Valparaiso 1894.

Agustin Roß, El problema financiero, Valparaiso 1894.

Guillermo Subercaseaux, El papel moneda en Chile desde 1898, Santiago 1906.

Julio Zegers, Estudios económicos 1907—1908, Santiago 1908.

Marcial Martinez, La cuestion económica, Santiago 1908.

Roberto Espinoza, Cuestiones financieras de Chile, Santiago 1909.

Rudolf Dunker, Wirtschaftsstudien aus Südamerika, speziell über Chile, Leipzig 1910.

Agustin Roß, Chile 1851—1910. Sesenta años de cuestiones monetarias y financieras y de problemas bancarios, Santiago 1911.

Guillermo Subercaseaux, El papel moneda, Santiago 1912.

Silva de la Fuente, Artikel über die Emissionskasse im Diario Ilustrado, 1912.

Alberto Edwards, Artikel über die Emissionskasse im Mercurio, 1912.

Außerdem die Berichte der Revista Comercial, die Denkschriften des Finanzministeriums und die oben zitierten statistischen Werke.

Zu Kapitel X und XI.

Der Wechselkurs und die Zahlungsmittel.

Siehe die im Texte zitierte Literatur; da es sich um Schriften handelt, die das Geldwesen im allgemeinen behandeln, gehören sie nicht in dieses Verzeichnis über die Chile betreffende Literatur.

Zu Kapitel XII.

Die Finanzen.

Ein zusammenfassendes Werk über das chilenische Finanzwesen gibt es nicht. Eine gute, wenn auch sehr knappe Übersicht über einen großen Teil des Gegenstandes:

Galdámes, Jeografia económica (siehe oben).

Cruchaga a. a. O. (siehe Einleitung). (Enthält wohl die beste, der über das koloniale Finanzwesen vorhandenen Darstellungen.)

Poeppig a. a. O. und Miers a. a. O. (Hier finden sich ziemlich ausführliche Angaben über das chilenische Finanzwesen der 20er und 30er Jahre.)

Domingo Amunátegui Rivera, Tratado jeneral de derecho administrativo aplicado á la lejislacion de Chile, Santiago 1907. (Behandelt das Budgetrecht und andere Teile des Finanzwesens, die in das Verwaltungsrecht gehören.)

Hauptquelle sind die Denkschriften des Finanzministeriums und die beiden Werke von Molina über hacienda pública (siehe oben Statistik); die Zahlen über die kommunalen Finanzen im Anuario Estadístico (früher in der Sinópsis); ferner die einzelnen Steuergesetze.

Zu Kapitel XIII.

Die Fremdenwirtschaft.

Miguel de Olivares, Historia de la Compañia de Jesus en Chile, Coleccion de historiadores de Chile, Santiago 1874.

Billinghurst a. a. O. (siehe Kap. I) und Poeppig a. a. O. (siehe Einleitung).

Vicente Perez Rosales, Recuerdos del pasado (siehe Einleitung). (S. 371 ff. handeln von der deutschen Kolonisation im Süden.)

Deutsche Arbeit in Chile, Bd. 1 1910 (Bd. 2 noch nicht erschienen). Festschrift des Deutschen Wissenschaftlichen Vereins zu Santiago, Santiago 1910. (Aufsätze von Albert Hoerll, Paul Ende, Albert Meyer über deutsche Kolonisation im Süden.)

T. Pinochet-Le Brun, La conquista de Chile en el siglo XX, Santiago 1909.

Die deutschen Interessen in Argentinien, Chile, Bolivien und Peru. Von einem alten Praktiker. Berlin 1911.

Zu Kapitel XIV.

Die nationale Wirtschaftskraft; die Bevölkerungszahlen.

Statistik (siehe oben).

Über Klima und Krankheiten:

Westenhoeffer, Bericht über die Tätigkeit des pathologisch-anatomischen Instituts der Universität Santiago de Chile in den Jahren 1908 und 1909, Berliner klinische Wochenschrift 1911, Nr. 23—27.

Boletin de Higiene y Demografia.

Martin a. a. O.

Über Arbeiterwohnungen:

Boletín de la Oficina del Trabajo. (Erscheint seit 1911.)

Memoria del Consejo Superior de Habitaciones obreras, 1911 und 1912.

Las Habitaciones obreras en Chile i en el Estranjero, Oficina del Trabajo, Santiago 1911.

Zu Kapitel XV.

Die nationale Wirtschaftskraft; der Volkscharakter.

Über die Feuerländer:

Martin a. a. O. und Benignus a. a. O.

Über die Araukaner:

José Toribio Medina, Los aborijenes de Chile, Santiago 1882.

Tomas Guevara, Historia de la civilizacion de la Araucania, 3 Bde., Santiago 1898—1902.

R. Lenz, Diccionario etimolójico, Santiago 1905 und 1910.

P. Hieronymus, Geistiger, sittlicher und wirtschaftlicher Stand der Indianer Chiles, Altöttinger Franziskus-Kalender für 1913, S. 68 ff.

Martin a. a. O. und Benignus a. a. O.

Über die europäische Abstammung der Chilenen.

B. Vicuña Mackenna, Los oríjines de las familias chilenas. Biblioteca de autores chilenos, vol. 13—15, Santiago 1903.

Luis Thayer Ojeda, Navarros y Vascondagos en Chile, Santiago 1904.

—, Familias chilenas, Santiago 1906.

(Palacios), Raza chilena, Valparaiso 1904.

Alejandro Fuenzalida Grandon, La evolucion social de Chile 1541—1810, Santiago 1906.

Über die wirtschaftlichen Charaktereigenschaften der Chilenen:

außer Miers, Poeppig, Gay, Bürger:

Albert Malsch, Le dernier recoin du monde, Genêve, 1907. (Hier nur genannt, um davor zu warnen; das Buch berichtet nur von einigen schlechten Erfahrungen, die der Verfasser im Lande gemacht hat.)
Valdes Cange, Sinceridad. Chile íntimo en 1910, 2. Aufl., Santiago 1910. (Einseitig.)
Francisco Encina, Nuestra inferioridad económica, Santiago 1912.
Luis Galdámes, Educacion económica e intelectual, Santiago 1912. ((Polemik gegen Encina.)
Enrique Molina, La cultura i la educacion jeneral, Santiago 1912. (Polemik gegen Encina.)

Zu Kapitel XVI.

Der Staat.

Politische Geschichte im allgemeinen. Parteiwesen. Verfassung.

Claudio Gay, Historia física y política de Chile. Historia: vol. 1—8, Paris 1844—1871.
Ramon Sotomayor Valdes, Historia de Chile durante los cuarenta años 1831—1871, Santiago 1875/76, 3 Bände.
Isidoro Errazuriz, Historia de la administracion Errazuriz. Precedido de una introduccion que contiene la reseña del movimiento y la lucha de los partidos desde 1823 hasta 1871, Valparaiso 1877. (Über die allgemeine Parteigeschichte ist der Verfasser nicht hinausgelangt.)
Domingo Villalobos B., Lecciones de historia de Chile, Santiago 1896, 3. Aufl.
J. J. Larrain Zañartu, Derecho parlamentario, Santiago 1896/97, 2 Bände.
Daniel Riquelme, Compendio de historia de Chile, Valparaiso 1899.
Jorge Huneeus, La Constitucion ante el Congreso, Santiago 1890/91, 2. Aufl.
Alberto Edwards, Bosquejo histórico de los partidos políticos chilenos, Biblioteca de autores chilenos, vol. 12, Santiago 1902.
José Alfonso, Los partidos políticos de Chile, Santiago 1902.
Robustiano Vera, historia de Chile, Santiago 1903.
Luis Orrego Luco, Chile contemporáneo (siehe oben).
Luis Galdámes, Estudio de la historia de Chile, Santiago 1911, 2. Aufl.

Kolonialzeit und die Jahre 1810—1831.

J. V. Lastarria, Investigaciones sobre la influencia social de la conquista i del sistema colonial de los Españoles en Chile, Edicion oficial, Santiago 1909.
Diego Barros Arana, Historia jeneral de Chile.
Historia jeneral de la República de Chile 1810—1831. (Verschiedene Autoren.) Santiago 1866—1882, 5 Bände.
José Zapiola, Recuerdos de treinta años, 1810—1840, Santiago 1902, 5. Aufl.

Periode 1831—1841:

B. Vicuña Mackenna, Don Diego Portales, Valparaiso 1863, 2 Bde.
Carlos Walker Martinez, Portales, Paris 1879.
Ramon Sotomayor Valdes, Historia de Chile bajo el gobierno del Jeneral Prieto, Santiago 1900—1901, 3 Bände.
Valentin Letelier, La Gran Convencion de 1831—1833, Santiago 1901.

Periode 1841—1851:

Diego Barros Arana, Un Decenio de la historia de Chile (1841 bis 1851), Santiago 1905/06, 2 Bände.

Periode 1851—1861:

Cuadro histórico de la administracion Montt — escrito segun sus proprios documentos (Lastarria u. a.), Valparaiso 1861.

Periode 1861—1871:

Alejandro Fuenzalida Grabdon, Lastarria i su tiempo, Santiago 1893.

Periode 1871—1881:

Gonzalo Búlues, Guerra del Pacífico, Valparaiso 1911.

Periode 1881—1886:

Walker Martinez, Historia de la administracion Santa Maria, Santiago 1888/89.

Periode 1886—1891:

Maurice H. Hervey, Dark Days in Chili. An account of the revolution of 1891, London 1891/92.

Hugo Kunz, Der Bürgerkrieg in Chile, Leipzig 1892.

Joaquin Nabuco, Balmaceda, Valparaiso 1895. (Übersetzung aus dem Portugiesischen.)

Julio Bañados Espinosa, Balmaceda, su gobierno y la revolucion de 1891, Paris 1894, 2 Bände.

Statistische Tabellen.

Tabelle 1.

Heirats-, Geburts-, Sterbeziffer von 1880—1911.

Jahr	Verhältniszahlen pro Mille der Bevölkerung			Absolute Zahlen, je Tausend		
	Heiraten	Geburten	Sterbefälle	Heiraten	Geburten	Sterbefälle
1880	6,1	37	31	14	86	70
1881	6,8	43	27	16	102	63
1882	7,1	39	27	17	94	65
1883	7,1	40	25	17	97	61
1884	7,2	40	24	18	100	59
1885	2,0	25	26	5	62	67
1886	1,5	29	27	6	73	67
1887	2,7	29	31	7	75	80
1888	3,3	32	32	9	82	82
1889	4,3	38	32	11	98	84
1890	4,1	38	36	11	99	96
1891	2,5	30	34	7	79	89
1892	4,8	39	38	13	104	99
1893	5,1	39	35	14	104	91
1894	5,7	41	33	15	109	90
1895	5,0	39	31	14	105	84
1896	5,7	37	30	16	102	83
1897	4,8	39	31	13	109	86
1898	4,9	37	29	14	105	81
1899	4,6	37	29	14	107	84
1900	4,5	38	36	13	111	104
1901	5,9	38	36	18	116	108
1902	5,5	38	29	17	116	86
1903	5,1	38	26	16	116	80
1904	5,2	38	28	16	117	87
1905	5,4	38	35	17	120	110
1906	5,7	36	33	19	117	105
1907	6,5	39	30	21	126	96
1908	6,5	39	32	21	130	104
1909	5,8	39	31	20	129	105
1910	5,6	38	31	19	130	106

Tabelle 2.

Wechselkurs, Handel, Schuldendienst, Staatseinnahmen [1] 1850—1911.

Jahr	Kurs	Einfuhr	Ausfuhr	Staatliche Zinszahlungen ans Ausland	Gesamter auswärtiger Schuldendienst	Ordentliche Staatseinnahmen [2]	
	Pence	Mill. $ zu 18 d.	Mill. $ zu 18 d.	Mill. $ zu 18 d.	Mill. $ zu 18 d.	Mill. $ m/c	Mill. $ zu 18 d
1850	46,2	30	32	0,93	1,35	4,3	—
1851	45,8	40	31	0,90	1,34	4,4	—
1852	46,0	39	36	0,88	1,35	5,5	—
1853	47,3	30	32	0,85	1,38	5,6	—
1854	45,0	44	36	0,83	1,35	5,9	—
1855	45,8	47	49	0,80	1,35	6,3	—
1856	45,6	50	46	0,77	1,35	6,5	—
1857	45,8	51	50	0,74	1,35	6,4	—
1858	45,3	46	46	0,71	1,36	6,0	
1859	45,6	47	50	1,60	2,33	6,3	—
1860	43,8	54	62	1,57	2,39	7,4	—
1861	44,3	41	50	1,53	2,39	5,9	—
1862	45,4	43	56	1,47	2,63	6,3	
1863	43,9	50	49	1,41	2,63	6,7	—
1864	44,3	46	67	1,36	2,63	6,6	—
1865	45,8	54	65	1,29	2,61	7,3	—
1866	46,6	49	69	1,41	2,79	6,2	
1867	46,8	64	80	4,07	9,13	9,8	—
1868	46,1	66	76	3,80	9,05	11,0	
1869	46,1	70	70	3,52	6,09	11,0	—
1870	45,6	72	68	4,08	6,05	12,0	—
1871	45,9	68	81	3,97	6,06	12,0	—
1872	46,4	89	96	3,87	6,11	14,0	—
1873	44,8	94	95	4,49	6,71	15,0	—
1874	44,6	95	91	5,09	8,07	15,0	—
1875	43,8	93	87	5,33	8,61	16,0	—
1876	40,6	80	85	5,53	9,92	15,0	—
1877	42,1	68	70	5,33	9,86	14,0	—
1878	39,6	56	70	5,09	9,80	14,0	—
1879	33,0	42	78	4,92	8,11	15,0	—
1880	30,9	52	88	4,90	5,35	28,0	
1881	30,9	68	74	4,90	5,95	37,0	—
1882	35,4	100	140	4,90	4,16	41,0	

[1] Die Zahlen sind teils dem Resúmen de Hacienda Pública, teils Ibañez, Recopilacion entnommen (siehe Literaturverzeichnis) und von uns auf Pesos von 18 d gebracht.

[2] $ m/c = Pesos moneda corriente = Pesos des valutarischen Geldes.

Tabelle 2 (Fortsetzung).

Jahr	Kurs Pence	Einfuhr Mill.$ zu 18 d.	Ausfuhr Mill.$ zu 18 d.	Staatliche Zinszahlungen ans Ausland Mill.$ zu 18 d.	Gesamter auswärtiger Schuldendienst Mill.$ zu 18 d.	Ordentliche Staatseinnahmen Mill. $ m c Mill. $ zu 18 d
1883	35,3	107	149	4,90	5,73	44,0
1884	31,8	93	120	4,88	7,10	38,0
1885	25,4	85	108	4,85	20,17	36,0
1886	23,9	93	108	4,75	69,95	37,0
1887	24,5	103	126	4,48	23,00	46,0
1888	26,3	128	154	4,80	7,45	50,0
1889	26,6	137	139	4,75	6,07	55,0
1890	24,1	143	143	5,60	7,03	53,0
1891	18,8	134	139	5,60	12,57	56,0
1892	18,8	165	136	5,87	9,77	62,0
1893	15,0	144	153	7,22	8,34	58,0 + 12
1894	12,6	115	152	7,31	8,43	65,0 + 14
1895	16,8	146	154	7,56	8,83	84,0
1896	17,4	156	157	9.89	11,43	81,0
1897	17,6	138	137	11,15	12,99	79,0
1898	15,7	102	168	11,50	13,47	88,0
1899	14,5	106	161	10,85	13,73	32,0 + 68
1900	16,8	129	166	10,83	15,35	26,0 + 78
1901	16,0	139	172	—[1]	—[1]	—[1]
1902	15,2	132	186	—	—	—
1903	16,6	142	194	—	—	—
1904	16,6	157	216		—	—
1905	15,6	189	265	—	—	—
1906	14,4	225	271	—	—	—
1907	12,1	294	274	—	—	—
1908	9,6	267	319	—	—	—
1909	10,8	262	306	—	—	—
1910	10,8	297	329	—	19,4	153,0 + 83
1911	10,6	349	339	—	—	—

[1] Die offiziellen Daten der folgenden Jahre sind unzulänglich oder nicht erhältlich.

Tabelle 3.

Monatliche Durchschnittspreise in Pesos von acht der wichtigsten Landesprodukte 1904—1911.

(Nach den Wochenberichten der Revista Comercial.)

Jahr	Monat	Kurs	Weizen (candeal redondo)	Mehl (cilindro)	Bohnen (caballeros)	Kartoffeln (coloradas)	Butter (en vejigas, centro)	Mais	Gerste (comun á bordo)	Heu (segundo corte á bordo)
		Pence	73,60 kg	46 kg	92 kg	46 kg	46 kg	73,60 kg	71,30 kg	46 kg
1904	Jan.	16,6	5,75	6,05	11,90	1,60	68	6,60	5,55	1,75
	Febr.	16,5	5,85	5,95	11,25	1,70	62	7,00	5,55	1,70
	März	16,6	6,15	5,95	10,75	1,55	64	5,70	5,35	1,60
	April	16,5	5,90	5,85	10,55	1,60	76	5,25	5,05	1,60
	Mai	16,8	5,90	5,55	10,80	1,60	84	5,30	4,90	1,60
	Juni	16,9	5,90	5,50	10,40	1,60	90	5,45	4,80	1,60
	Juli	16,7	5,80	5,40	9,80	1,80	100	5,75	4,55	1,60
	Aug.	16,6	5,70	5,60	10,80	1,80	110	6,05	4,80	1,60
	Sept.	16,7	5,70	6,00	13,00	1,70	100	6,30	4,95	1,60
	Okt.	16,6	6,90	6,15	13,70	3,65	94	6,50	4,60	1,60
	Nov.	16,2	8,90	6,50	15,50	4,10	85	6,00	4,45	1,80
	Dez.	16,1	8,65	6,90	14,00	3,50	76	5,70	4,30	2,10
		16,6	6,45	5,95	11,85	2,20	84	6,00	4,90	1.70
1905	Jan.	16,1	8.50	6,90	13,50	2,70	66	5,50	4,20	2,10
	Febr.	16,4	9,00	7,00	13,00	2,55	65	5,50	4,25	2,00
	März	16,2	9,50	7,70	14,00	2,65	71	5,50	4,30	2,00
	April	16,1	9,50	7,70	12,60	2,50	80	5,50	4,30	2,00
	Mai	16,0	9,40	7,70	13,00	2,50	88	5,50	4,35	2,00
	Juni	16,0	10,50	7,70	16,00	2,55	105	5,50	4,45	2,10
	Juli	15,8	12,00	7,70	16,00	4,00	120	5,70	5,00	2,10
	Aug.	15,2	15,00	7,90	16,50	4,00	128	6,90	5,30	2,15
	Sept.	15,3	16,00	8,50	16,50	4,50	130	7,00	5,45	2,30
	Okt.	15,3	16,00	9,00	16.45	4,60	130	7,75	5,45	2,30
	Nov.	14,8	16,00	8,90	17,20	4,75	100	8,05	5,45	2,30
	Dez.	14,5	13,80	8,85	18,10	3,15	78	6,65	5,15	2,20
		15,63	12,10	7,90	15,20	3,35	97	6,25	4,80	2,15
1906	Jan.	14.2	11,25	8,75	19,75	2,65	75	5,75	5,45	2,30
	Febr.	14,9	11,50	9,00	19,25	2,00	81	5,95	6,30	2,40
	März	15,1	12,00	9,20	17,80	2,60	96	6,60	7,15	2,75
	April	14,9	13,50	9,30	19,25	3,05	110	7,65	8,25	3,30
	Mai	14,5	13,00	9,35	24,30	4.40	110	8,30	9,45	4,40
	Juni	14,2	13,00	10,15	25,00	4,65	120	8,50	9,55	5,60
	Juli	14,5	13,00	10,20	22,30	3,95	122	8,35	9,00	6,40
	Aug.	14,5	12,50	10,00	19,00	2,75	125	7,75	8,75	5,35
	Sept.	14,2	12,00	10,00	19,80	2,90	128	7,90	9,70	6,10
	Okt.	13,7	12,00	10,00	18,25	2,50	130	7,60	9,95	4,40
	Nov.	13,7	11,60	9,75	18,00	3,25	130	7,25	9,50	3,50
	Dez.	14,1	10,80	9,60	15,70	3,10	124	6,10	9,50	[illegible],50
		14,4	12,15	9,60	19,90	3,15	113	7,30	8,50	4,15

Tabelle 3 (Fortsetzung).

Jahr	Monat	Kurs	Weizen (candeal redondo)	Mehl (cilindro)	Bohnen (caballeros)	Kartoffeln (coloradas)	Butter (en vejigas, centro)	Mais	Gerste (comun á bordo)	Heu (segundo corte á bordo)
		Pence	73,60 kg	46 kg	92 kg	46 kg	46 kg	73,60 kg	71,30 kg	46 kg
1907	Jan.	13,5	10,90	9,50	14,10	2,55	120	7,55	9,50	3,55
	Febr.	13,5	9,50	9,50	14,25	3,50	124	8,65	9,70	3,75
	März	12,9	9,60	9,55	15,25	3,15	125	10,00	10,25	4,95
	April	12,3	11,00	10.20	18,00	3,15	147	13,70	11,00	6,10
	Mai	12,8	11,00	10,25	17,75	3,50	150	11,00	11,00	5,25
	Juni	12,7	11,00	10,55	16,40	3,40	150	9,80	11,00	5,15
	Juli	12,3	10,50	11,00	15,75	3,50	150	9,50	12,35	5,20
	Aug.	12,2	10,50	11,00	16,30	2,75	166	9,20	12,50	4,60
	Sept.	12,3	10,50	10,50	16,10	2,50	200	9,00	12,35	3,80
	Okt.	11,3	10,60	10,80	16,25	2,25	200	9,00	12,65	3,55
	Nov.	9,9	11,00	11,25	17,30	3,50	192	10,20	14.30	3,50
	Dez.	9,1	11,00	11,50	16,50	4,50	190	11,00	—	3,50
		12,1	10,60	10,45	16,20	3,20	160	9,90	11.50	4,40
1908	Jan.	10,4	11,00	11,90	15,50	4,50	163	11,00	12,00	3,50
	Febr.	9,7	11,00	11,50	14,00	4,50	126	11,00	10,00	3,35
	März	8,9	11,00	11,00	14,00	4,50	150	13,50	8,70	3,00
	April	8,8	11,00	11,00	13,75	3,75	170	12,00	8,60	3,00
	Mai	8,8	11,00	10,90	13,60	3,10	168	11,60	8,80	3,00
	Juni	8,1	13,25	11,25	15,50	3,75	187	11,75	11,00	3,20
	Juli	8,5	14,00	12,00	18,50	3,75	190	12,00	11,70	3,40
	Aug.	10,1	14,00	12,30	16,85	3,75	200	12,25	12,20	3,40
	Sept.	10,1	14,60	12,30	16,50	3,75	200	12,00	11,85	3,25
	Okt.	10,0	15,20	12,20	17,60	7,30	200	12,00	11,40	3,25
	Nov.	10,3	16,00	12,00	20,25	6,50	191	12,00	11,25	3,35
	Dez.	11,7	16,50	12,00	19,25	3,60	154	12,60	10,10	3,25
		9,62	13.20	11,70	16,25	4,40	175	12,00	10,60	3,25
1909	Jan.	12,9	15,40	11,20	19,00	3,50	148	13,00	8,00	3,45
	Febr.	11,5	13,00	10,80	19,00	3,30	140	13,00	8,30	3,60
	März	11,4	13,75	11,10	19,25	3,15	142	15,75	8,50	3,50
	April	10,8	15,25	12,05	25,00	3,20	165	14,20	9,05	3,85
	Mai	10,1	16,00	13,45	27,60	6,20	200	12,40	9,35	4,20
	Juni	10,4	16,50	14,00	29,00	6,10	200	12,50	9,90	4,50
	Juli	10,6	17,00	14,00	29,00	6,95	200	11,80	10,40	4,90
	Aug.	10,1	17,50	14,60	31,00	8,25	187	12,10	11,60	5,15
	Sept.	10,3	17,30	13,45	31,70	9,85	225	12,35	10,65	4,95
	Okt.	10,3	16,30	13,05	30,60	9,10	225	12,40	9,40	4,35
	Nov.	10,2	16,60	13,45	34,00	7,15	184	12,90	9,00	3,95
	Dez.	11,0	16,75	13,85	35,00	5,50	140	13,00	8,60	3,65
		10,8	16,00	12,90	27,50	6,00	179	12,95	9,40	4,15

Tabelle 3 (Fortsetzung).

Jahr	Monat	Kurs	Weizen (candeal redondo)	Mehl (cilindro)	Bohnen (caballeros)	Kartoffeln (coloradas)	Butter (en vejigas, centro)	Mais	Gerste (comun á bordo)	Heu (segundo corte á bordo)
		Pence	73,60 kg	46 kg	92 kg	46 kg	46 kg	73,60 kg	1,30 kg	46 kg
1910	Jan.	10,7	15,50	13,80	34,60	5,75	140	12,30	8,95	3,50
	Febr.	10.7	15.00	13.20	37.00	6.30	167	12,85	9.45	3,45
	März	10.7	13.90	14.00	38,00	7,50	200	12.50	9,60	3,45
	April	10,8	13,50	13,10	35,00	6.45	200	11.90	9.50	3.40
	Mai	10,9	13.60	13,00	31.00	6,55	200	9.60	8,75	3,40
	Juni	10,4	13.40	12.50	29.75	6,45	200	9.40	8,05	3.35
	Juli	11,0	12,45	12.50	28,20	6,70	206	10.05	8.15	3.30
	Aug.	10.4	13,50	13.30	30.25	7,00	220	11,10	8.70	3,30
	Sept.	10,6	13.50	13,00	30,70	6,75	233	11.25	8.75	3.30
	Okt.	10,8	13,00	12,45	29,80	6.55	204	10.10	8.50	3,40
	Nov.	10,3	12.25	12.90	28.90	6.35	190	11.00	8.30	4,20
	Dez.	10.8	11.90	12,20	28,30	6.90	190	11.40	8.70	5,05
		10.75	13.50	13,05	31,80	6,60	196	11,10	8.75	3,60
1911	Jan.	10.9	11.75	12,80	27.25	6,20	180	12.40	8,70	5,00
	Febr.	10,8	11.75	12,80	27.80	5,25	180	12.60	8,50	5.00
	März	10,7	11.75	12,80	28.00	4.75	185	13.50	8,50	5,00
	April	10.6	11.35	12,75	26.50	4.40	206	13,25	8,55	5,05
	Mai	10,8	11.25	12,70	27.00	6.00	225	12.75	8,90	4,60
	Juni	10,8	11.25	12.15	29,50	6,00	225	13,35	8,90	4.20
	Juli	10,6	11,25	12.00	30.25	—	225	13,00	10.60	5,00
	Aug.	10.6	11.75	12.25	33.60	6,00	225	14,00	11.90	5,15
	Sept.	10,6	12,60	12,40	35.50	6.35	225	17,00	11,95	5,30
	Okt.	10,3	12,95	12,50	36,00	12.20	220	17.00	12,70	5,30
	Nov.	10.2	13,40	12,50	35.50	11,60	225	18,60	12 80	4.60
	Dez.	10.3	13.00	11.85	34,20	9.40	220	18,30	12,25	4.35
		10,6	12,00	12,45	30,90	7.10	211	14,65	10.35	4.90

Tabelle 4.

Der jährliche Durchschnittspreis der obigen Landesprodukte in Pesos zu 18 Pence.

Jahr	Weizen	Mehl	Bohnen	Kartoffeln	Butter	Mais	Gerste	Heu
	73,60 kg	46 kg	92 kg	46 kg	46 kg	73.60 kg	71,30 kg	46 kg
1904	5.95	5.50	10,92	2,05	77.50	5,55	4,52	1,55
1905	10,55	6,90	13,20	2,90	84,40	5,45	4,16	1,85
1906	9,75	7,70	15,70	2,50	90,00	5,85	6,80	3,32
1907	7,10	7,05	10.90	2,15	107,00	6,65	7,75	2,95
1908	7,05	6,25	8,70	2,35	93,50	6.40	5,65	1,75
1909	9.60	7,75	16,50	3,60	107,50	7,75	5,65	2,50
1910	8,05	7,80	19,00	3.95	117,00	6,65	5,25	2,15
1911	7.15	7,35	18.20	4.20	124.00	8,60	6,10	2.90

Tabelle 5.

Salpeter und Kupfer.

Jahr	Salpeterausfuhr in 1000 kg	Hamburger Durchschnittspreis des Salpeters in Mark per 100 kg	Kupferproduktion in 1000 kg	Londoner Durchschnittspreis des Kupfers in £ per 1016 kg
1880	226 000	—	40 000	63
1881	358 100	—	40 000	62
1882	489 300	—	45 000	66½
1883	584 800	—	39 500	63
1884	559 600	—	46 600	54
1885	429 700	—	39 800	43½
1886	452 800	—	37 800	40
1887	712 800	—	30 000	46
1888	784 200	—	49 900	81½
1889	931 400	—	24 900	49½
1890	1 026 300	16	26 600	54
1891	891 700	17	21 000	51½
1892	798 000	17	21 400	45½
1893	947 000	18	23 200	44
1894	1 081 300	18	23 000	40
1895	1 220 400	16	22 400	43
1896	1 116 800	15	25 000	47
1897	1 047 600	15	21 000	49
1898	1 294 200	14	26 300	52
1899	1 380 700	15	25 700	73½
1900	1 466 000	16	27 700	73½
1901	1 292 000	17	30 000	67
1902	1 330 600	18	27 000	52½
1903	1 452 800	18	30 000	58
1904	1 486 200	20	31 000	58
1905	1 669 000	21	29 000	69
1906	1 766 800	21	26 000	87
1907	1 649 600	22	29 000	87
1908	2 033 600	20	42 000	60
1909	2 108 700	19	42 700	59
1910	2 356 700	18	-	57
1911	2 454 700	19	—	58

Berichtigungen.

Seite 43, Z. 22 statt „Die Eisenindustrie“ lies „Das Eisen“.
„ 45, Z. 26 statt „besteuert“ lies „besteuerte“.
„ 64, Z. 30 statt „es hier“ lies „es sich hier“.
„ 119, 1. Textzeile statt „Geldmarkt“ lies „Wirtschaftsleben“.
„ 134, Z. 2 statt „Rückgang“ lies „Kursrückgang“.
„ 164, Z. 11 statt „In der Regel wirft“ lies „In der Regel aber wirft“.
„ 180, Z. 34 das Wort „weiterhin“ ist zu streichen.
„ 240, Z. 7 von unten: Das Werk von Gandarillas und Ghigliotto Salas ist eine mit Ergänzungen versehene Übersetzung des Buches von Semper und Michels.

BINDING LIST SEP 15 1929

Author Wagemann, Ernst
236854
Title Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile.
Ec.H
W1298w

DATE. NAME OF BORROWER.

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU